DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 5 Mai 1990 E 8080 E



CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft

SPD:

Die Partei des blanken Opportunismus

Schrecken aller Gegner der Wiedervereinigung: Deutschland neutral wie Österreich und Schweiz

Richard von Weizsäcker:

Hohe Ehrung von der zionistischen ADL

Gewerkschaften:

Das trojanische Pferd des Sozialismus

Freimaurerei:

Neues vom Schottischen Ritus

Winston Churchill:

Kriegsheld oder Verbrecher?

David Irving:

Der britische Historiker kämpft gegen Kriegspropaganda Lügen und Massenhysterie

Neu!

Immer wieder gefragt eine Zeitschrift für eine natürliche Lebensweise.

Gesunde Medizin

widmet sich ausschließlich und eingehend den Themen der Naturheilverfahren und der biologischen Medizin.

Gesunde Medizin

erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von 64 Seiten und ist durchweg vierfarbig.
Preis 5 DM.

Gesunde Medizin

erhalten Sie bei Ihrem Zeitschriftenhändler oder beim Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg.





Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

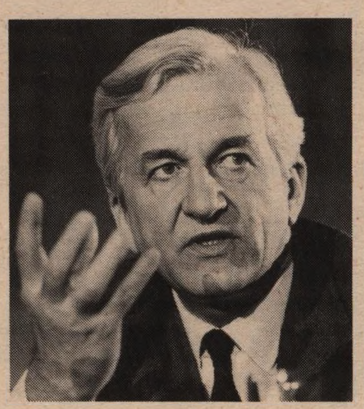


Exclusives aus Politik und Wirtschaft

Deutschland



Oskar Lafontaine: »Ich habe Probleme damit, Deutschstämmige vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen.«



Die grausame Vertreibung von Millionen Deutsche ist für den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker »eine erzwungene Wanderschaft«.

Finanzen

New-Age

Internationales

4. Jahrgang Nr. 5 Mai 1990

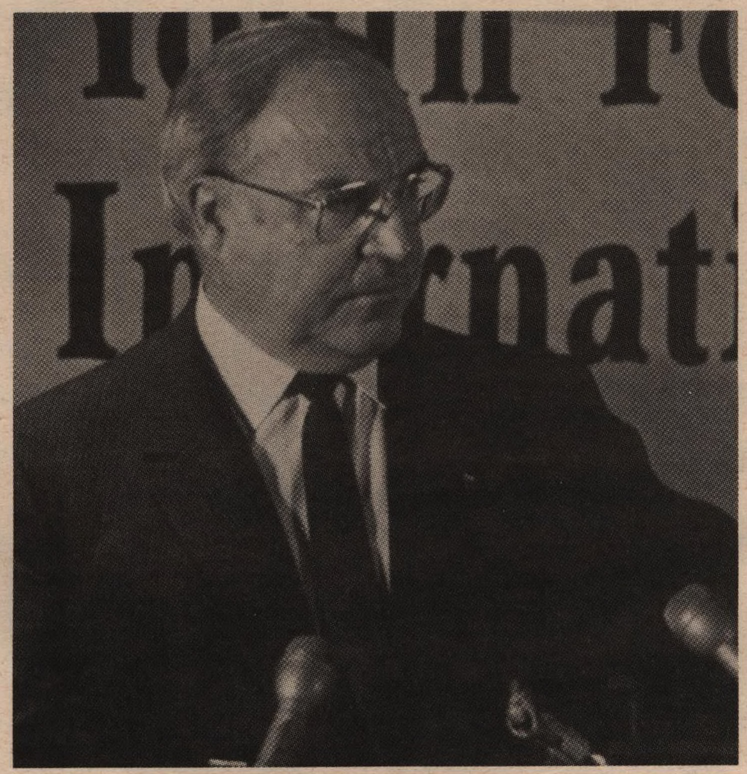
Deutschland

Wiedervereinigung – Gegner und Wendehälse

Frank Falkenberg

Bundeskanzler Helmut Kohl bezeichnet sich als »Enkel Konrad Adenauers«. Und das, obwohl allgemein bekannt ist, daß Adenauer nach dem Ersten Weltkrieg einen westdeutschen Separatstaat plante und nach dem Zweiten Weltkrieg verwirklichte. Selbst die Zeitung »Die Welt«, die im wesentlichen pro Adenauer war und traditionsgemäß immer pro CDU und heute als pro Kohl gilt, muß bei einer Besprechung des Buches »Option für den Westen« des Münchner Historiker Ludolf Herbst – erschienen im Deutschen Taschenbuch-Verlag – über Adenauers Nachkriegspolitik unter der Überschrift »Was Adenauer von der Wiedervereinigung hielt« schreiben:

»Der Preis dieser Politik (der Westintegration) war der bewußte Verzicht auf die Einheit Deutschlands. Es ist zu begrüßen, daß Herbst ohne den Versuch einer Beschönigung klarstellt, daß ›diese Politik mit dem Vorwurf zu leben hat, einen Teil der Nation – der deutschen Schicksalsgemeinschaft – einfach im Stich gelassen zu haben, nicht einmal den Versuch unternommen zu haben, sie vor dem Schicksal erneuter Tyrannei zu bewahren‹.«



Wird der Enkel Adenauers, Bundeskanzler Helmut Kohl, eine Wiedervereinigungspolitik mit allen Konsequenzen betreiben und nicht wie damals auf einseitige Westintegration setzen?

Einseitig für die Westintegration

Und weiter heißt es in der Buchbesprechung der »Welt«: »Der Vorwurf, Adenauer habe die sowjetischen Vorschläge für ein neutrales Gesamtdeutschland – ›Stalin-Note‹ vom März 1952 – nicht ausgelotet und damit eine Chance zur Wiedervereinigung aus der Hand gegeben, ziele zu kurz.

Adenauer betrieb gar keine konstruktive Wiedervereinigungspolitik, sondern hatte einseitig für die Westintegration optiert, und zwar von Anfang an. Im Frühjahr 1952 entschied sich für ihn gar nichts. Alles, was er während der Phase der Westintegration in der Deutschlandpolitik unternahm, diente taktischen Zwecken.« Diesem Urteil des Autors ist sicherlich zuzustimmen.

Aufschlußreich, daß die stets Adenauer-freundliche, demgemäß westradikale »Welt« heute zustimmt, daß Adenauer zu »taktischen Zwecken« anders redete, als er handelte. Zu »taktischen Zwecken« wollte er bekanntlich der westdeutschen Bevölkerung weismachen, daß ein NATO-Beitritt der Bundesrepublik zur deutschen Wiedervereinigung führe.

NATO-Partner im Bremserhäuschen

So versucht jetzt einer der engsten Helfershelfer Adenauers, der ehemalige Delegationsleiter bei den Verhandlungen über den sogenannten »Deutschlandvertrag«, Wilhelm Georg Grewe, sich folgendermaßen zu rechtfertigen: »Die Bundesrepublik ist der NATO beigetreten unter der vertraglich festgelegten Voraussetzung, daß die Mitglieder des Bündnisses zur Wiedervereinigung beitragen würden.«

Welch bloßen Papierwert diese »vertraglich festgelegte Voraussetzung« hat, sehen wir gerade in diesen Tagen. Aus der Fülle nachfolgend nur einige wenige ausländische Pressestimmen, denen man alles andere als West-Feindschaft nachsagen kann.

So heißt es beispielsweise in der Züricher „Sonntags-Zeitung", dem größten Schweizer Sonntagsblatt, unter der Überschrift: »Deutsche Wiedervereinigung: Die Großmächte im Bremserhäuschen«: »Alle möchten heute noch schnell auf den seit Wochen angefahrenen Reformzug in Ostdeutschland aufspringen und sich dort ins Bremserhäuschen setzen. Alle versuchen, sich in fast panischer Hast irgendwie in die Diskussion um die deutsche Frage zu drängen: alle – Moskau und Washington, London und Paris. Denn alle haben zu spät erkannt, daß die Völker draußen auf den Straßen zur Zeit schneller denken und handeln als die Politiker in ihren Salons. Und daß die Annäherung von Bundesrepublik und DDR bereits ein Fait accompli ist: ›Deutschland einig Vaterland‹ verwirklicht sich mittels zahlloser konkreter, formeller und informeller Schritte im Alltag an Ort und Stelle.«

Die »Schweizer Weltwoche« schreibt unter der Überschrift »Wandlung«: »Anfang November noch äußerte sich Francois Mitterand wohlwollend über die deutsche Wiedervereinigung. Jetzt, nach der Durchlöcherung der Mauer, sucht er sie mit allen Mitteln zu bremsen. Die Franzosen trauen den Deutschen nicht und vermuten, daß ihnen die Einheit der Nation wichtiger ist als die Integration Europas.«

In der Londoner »Times« heißt es im Leitartikel: »Französisches Denken ist in den vergangenen Wochen von dem Entschluß bestimmt worden, einen Weg zu finden, um Westdeutschland in die EG ›einzusperren‹.«

Wie der Westen über das französisch-deutsche Verhältnis in der EG denkt, beschreibt die »Washington Post«: »Ein intelligenter Jockei im Sattel eines kräftigen Pferdes: das ist das Bild, das Politiker in Paris für das französisch-deutsche Bündnis gebrauchen. Über 30 Jahre hat das Bild französische diplomatische und politische Geschicklichkeit bezeichnet, in Ergänzung von westdeutscher Wirtschaftsmacht.«

Auch Washington trat auf die Bremse, als die West- und Mittel-

deutschen wieder durch die durchlöcherte Berliner Mauer und den Zonen-Stacheldrahtverhau schritten. So schreibt die »International Herald Tribune«: »Mit seinem Überraschungsbesuch in Ostdeutschland hat (US-Außenminister) Baker – ohne die westdeutsche Regierung zu Rate zu ziehen – amerikanische Absichten signalisiert, den Versuch zu machen, die Glaubwürdigkeit der DDR-Führerschaft zu verbessern und einem Machtvakuum zuvorzukommen, das einen Wiedervereinigungs-Ansturm auslösen könnte, wie Beamte sagten.«

Zuspringer Kohl auch als Bremser?

Und noch einmal die einflußreiche »Washington Post«: »Westdeutschland weiß, daß die Alliierten versuchen, den ungestümen Drang zur deutschen Wiedervereinigung zu verlangsamen, und zunehmend ärgern sich die Westdeutschen darüber. Sollen West- und Ostdeutschland, fragen sich die Deutschen, die einzigen zwei Länder sein, die keinen vollen Anspruch auf das Recht der Selbstbestimmung haben?«

Wie zahlreich sind aber die Bremser selbst in höchsten Stellen der Bonner Regierung? Schließlich hat Bundeskanzler Kohl jahrelang gegen einen neuen deutschen Nationalstaat gewettert, so daß es jetzt seltsam klingt, ihn von deutscher Wiedervereinigung sprechen zu hören. Ist das wieder ein schlaues »Wende«-Manöver, worum er sich nach der nächsten Bundestagswahl nicht im geringsten schert? Eingedenk der taktischen Züge seines politischen Opas, des Separatisten Adenauer?

Ist nicht auch Kohl im letzten Moment auf den fahrenden Zug aufgesprungen, um nunmehr als Mitfahrer auf die Bremse zu drücken? Wie schrieb doch die Schweizer »Weltwoche«: »Helmut Kohl geriet von Tag zu Tag stärker unter Zugzwang. Je länger er sich dem Wunsch seiner Bündnispartner beugte und zum Thema Wiedervereinigung schwieg, um so schwieriger wurde seine Position im eigenen Land. Schon forderten Schönhubers Republikaner, die seine CDU und vor allem die CSU von rechts bedrohen, ein vereinigtes Deutschland in den Grenzen von 1937 – im Bundestagswahlkampf im November wollen sie damit auf Stimmenfang gehen. Da sprang Kohl mit seinem Zehnpunkteplan zur Wiedervereinigung, den er am 28. November vor dem Deutschen Bundestag vortrug, in einem Riesensatz auf den fahrenden Zug.«

Es ergäbe eine lange Aufzählung, wollten wir im Rahmen dieses Artikels alle die wiedervereinigungs-feindlichen Äußerungen von maßgebenden Politikern aller Bonner Parteien bis in die jüngste Zeit auflisten. Zu fragen ist dabei, was ihnen das Grundgesetz eigentlich gilt und wie die Staatsanwaltschaft bei solch verfassungswidrigen Reden einfach zusehen kann.

Erinnern wir, allerdings auch nur in wenigen herausgegriffenen Beispielen, an einige westdeutsche Zeitungen die für eine dauernde Spaltung von West- und Mitteldeutschland plädiert haben. Daran möchten heute natürlich auch diese Wendehälse nicht mehr erinnert werden, ebenso wenig wie all die Status-quo-Fetischisten im Fernsehen und Rundfunk.

Daran wollen sie nicht erinnert werden

Zitieren wir, fast beliebig herausgegriffen, einen Artikel von Marion Gräfin Dönhoff, der Herausgeberin des Hamburger Wochenblattes »Die Zeit«. Sie schrieb unter der Überschrift »Mauer und Einheit: Zeit zur Umkehr«: »Aber man muß doch einmal überlegen, ob die Vorstellung einer Wiedervereinigung der beiden Deutschlands wirklich der einzige Weg zur Heilung ist – wobei ›Weg‹ der falsche Ausdruck wäre: es ist nämlich kein Weg, sondern nur Rezept zum Nicht-Handeln, zum Winterschlaf in Permanenz. Unsere politischen Vorstellungen sind auf dieser Schiene, die ins Niemandsland führt, eingerastet, obgleich nichts zu erblicken ist, was dem Traum von der deutschen Einheit Realität verleihen könnte, nicht einmal am fernen Horizont.«

Dann fordert sie, wie auch in späteren Jahren immer wieder führende Redakteure der »Zeit«, einen ausdrücklichen Verzicht auf die Wiedervereinigung.

Als bezeichnend für die »führende« Presse in der Bundesrepublik sei am Rande bemerkt, daß der Chefredakteur der Bonner »Welt«, Manfred Schell, in seinem Springer-Blatt einen dreispaltigen Lobartikel auf die Gräfin Dönhoff zu ihrem 80. Geburtstag verfaßt hat. Überschrift: »Charakter und Geschichtsbewußtsein«.

Doch auch bei der »Süddeutschen Zeitung« gibt es solche Charaktere und Geschichtskenner. Beispiele? Mehr als genug. Wiederum beliebig herausgegriffen. Robert Leicht – damals Ressortchef für Innenpolitik, inzwischen nach Norden zur »Zeit« gewechselt –: »Der deutsche Nationalstaat Bismarckscher Provenienz und die deutschen Einheitsvorstellungen des 19. Jahrhunderts sind nicht nur aus außenpolitischen Gründen gegenstandslos geworden; es fehlt auch der entscheidende innere Antrieb der Einheitsbestrebungen, weil sich die politischen Wertvorstellungen fundamental gewandelt haben.«

Das könnte in der Wortwahl, besonders in den Ausfällen gegen Bismarck, auch von Kohl oder Lafontaine stammen. Hans Heigert, jahrelang im Vorsitz der Chefredaktion der »Süddeutschen Zeitung«, schrieb beispielsweise im Leitartikel: »Verzicht auf Wiedervereinigung, trotz des Verfassungsaufrufs, sie in Freiheit zu vollenden? Derart eng formuliert, löst sich die Frage auf, verliert sie ihren historischen Rang. Ziel kann in der Tat nur sein, die Vereinigung des deutschen Staates überflüssig zu machen. Günter Grass sprach demgegenüber einmal von der deutschen Kulturnation, die zu erhalten lohnend und auch möglich sei. Hinzuzufügen ist: sofern sie nicht politisch überfrachtet wird. Das alles wird viel, viel Zeit in Anspruch nehmen.«

Auch Bonn muß die Vergangenheit bewältigen

Greifen wir zu den »Nürnberger Nachrichten«, die mit ihren Kopfblättern in Mittelfranken sehr verbreitet sind. Im Kommentar von einem gewissen Felix Hartlieb heißt es: »Allerdings leidet die Union noch immer an diesem Widerspruch zwischen politischem Handeln und einer Rhetorik, die so tut, als könne das Wiedervereinigungsgebot, das die Väter des Grundgesetzes unter den seinerzeit noch ganz anderen europäischen Verhältnissen in die Verfassung dieser Republik schrieben, heute als konkrete Anweisung verstanden werden. Das Selbstbestimmungsrecht in allen völkerrechtlichen Ehren – aber soll es etwa auch dann den Vorrang haben, wenn die Restauration eines im Osten verkleinerten Bismarck-Reiches, dem so schön beschworenen europäischen Frieden zuwiderlaufen sollte?«

Nun nur noch ein Sprung nach Westfalen, um nach dem Norden und dem Süden der Bundesrepublik auch ein Beispiel aus dem Westen zu bringen. Nehmen wir die »Neue Westfälische« aus Bielefeld, wo Dr. Jürgen Kellermeier, Redakteur im Norddeutschen Rundfunkt von Hamburg, als Leitartikler immer wieder hanebüchene Meinungen verbreiten kann.

Kellermeier schrieb dort allerdings schon vor fünf Jahren: »In seiner umfangreichen Antwort auf die sowjetische Kampagne gegen die Bundesrepublik hat Außenminister Genscher einen ungewöhnlich bemerkenswerten Satz zur Deutschlandpolitik untergebracht: ›Die Aufgabe, die beide deutschen Staaten als Verantwortungsgemeinschaft für die Stabilität im Zentrum Europas zu erfüllen haben, verlangt, daß sie selbst stabil sind.‹

Was Genscher jetzt in einem offiziellen Dokument des Auswärtigen Amtes erklärt hat, ist schließlich die reine Wahrheit: ohne die Stabilität der Existenz dieser beiden Staaten, das heißt, ohne die Stabilität der Teilung ist gesamteuropäische Stabilität auf absehbare Zeit nicht möglich.«

Kellermeier wendet sich dann gegen »Infragestellung der DDR durch Wiedervereinigungsdeklamationen«. Das alles zur Zeit Honeckers, dem für die Errichtung von Mauer und Stacheldraht offenbar ein europäischer Verdienstorden für die Stabilität auf dem Kontinent gebührt.

Auch der Bundesrepublik steht noch eine große Vergangenheitsbewältigung bevor: die Trennung von all den Wiedervereinigungsgegnern im Fernsehen, Rundfunk und in der Presse. □

SPD

Partei des blanken Opportunismus

Siegfried Gruber

Nicht nur in den Medien und bei Schriftstellern gab es die berühmten Wendehälse, die nach dem alten Adenauerschen Prinzip handeln: »Was kümmert mich das Geschwätz, das ich noch gestern von mir gegeben habe.« Bei den Parteien zeichnet sich besonders die SPD durch ihre Vergangenheitsverdrängung aus und hat sich damit zur Opportunismus-Partei der Bundesrepublik entwickelt. Denn keine der im Bundestag vertretenen Parteien – mit Ausnahme der Grünen – hat die deutsche Einheit so bekämpft wie die Sozialdemokraten.

Besonders verwerflich ist dabei der Versuch der sozialdemokratischen Führung, heute so zu tun, als ob ihre Führung 1946 in Mitteldeutschland schärfsten Widerstand gegen die »Zwangsvereinigung« mit der KPD zur SED geleistet hätte. Vergessen werden soll und darf nicht, daß dies von vielen einfachen SPD-Mitgliedern auch wirklich getan wurde, daß die Mehrzahl der führenden SPDler sich dagegen vehement hierfür einsetzte.

Laut dem Kurt-Schumacher-Kreis Berlin e.V., einer Vereinigung ehemaliger sozialdemokratischer politischer Häftlinge in der DDR, waren 90 Prozent der damaligen SPD-Funktionäre für diese Vereinigung – während der Großteil der Mitglieder dagegen war –. Besonders Otto Grotewohl hat sich nach Angaben Hermann Kreutzers, der 1945 die SPD in Thüringen gründete und heute dem Kurt-Schumcher-Kreis vorsteht, für die Zusammenführung der SPD und der KPD in der SED eingesetzt und sei dann dafür auch mit dem Amt des ersten Ministerpräsidenten der DDR belohnt worden. Kreutzers Aussagen gipfeln in dem Vorwurf, daß ohne die tatkräftige Unterstützung durch die SPD die SED gar nicht erst zustande gekommen wäre.

Laut Parteitagsprotokoll vom 19. und 20. April 1946 sagte das SPD-Vorstandsmitglied Max Fechner: »Uns ist das Herz erfüllt mit Freude und Dankbarkeit. Nun ist es endlich vollendet, das große Einigungswerk. Sehnsucht von Hunderttausenden wurde gestillt, der Bruderkampf begraben, die Einheit geschaffen.« Fechner beendete seine Rede mit den Worten (laut Protokoll): »Wir erheben uns von den Plätzen und stimmen ein in den Ruf: Die geeinte sozialistische Arbeiterbewegung, die Partei aller schaffenden Deutschen, die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, sie lebe (Stürmisch fällt die Versammlung ein) hoch, hoch, hoch! (Spontan wurde die Internationale gesungen.)« Das Abstimmungsergebnis, mit dem der Vereinigung mit der KPD zugestimmt wurde, wurde mit »Bravo«-Rufen begrüßt.

Die SPD half damals der SED

Die Wende der SPD im Oktober 1989

Selbst wenn man den Druck der Sowjets auf die SPD bei dieser Frage ebenso berücksichtigt wie der sicherlich unfreiwilligen Zustimmung einiger der bei diesem Parteitag anwesenden Mitglieder, dann ist aufgrund der vielen lebenden Zeitzeugen, die zum Teil auch heute noch in der SPD hohe Posten innehaben und von daher als parteipolitisch unverdächtig gelten können, gesichert, daß der Großteil der damaligen SPD-Führung begeistert mitmachte.

Der Kurt-Schumacher-Kreis stellte weiter fest: »Als 1948 bis 1950 einige Tausend von rechten Sozialdemokraten, die im Geist von Kurt Schumacher und Ernst Reuter der Freiheit, aber nicht dem Sozialismus verpflichtet waren, auf Veranlassung der SED verhaftet wurden, rührte sich bei Grotewohl und den Zehntausenden ehemaliger SPD-Funktionäre, die alle eifrig beim ›Aufbau des Sozialismus‹ tätig waren, keine Hand.«

Und die Befürwortung des SED-Regimes und der Kampf gegen die deutsche Einheit hat sich bei den Sozialdemokraten trotz vieler anderslautender Reden, die jetzt im DDR-Wahlkampf zu hören sind, bis Oktober 1989 fortgesetzt. Erst als das Volk der DDR das stalinistische SED-Regime stürzte, drehte sich auch die SPD – wie das berühmte Vögelchen im Wind.

Um die Richtigkeit dieses Vorwurfs bestätigt zu bekommen, braucht man nur einige Redepassagen führender West-Sozis nachzulesen. So sagte der jetzige Ehrenvorsitzende der DDR-SPD, Willy Brandt, noch am 11. September 1988: »Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, wurde die Wiedervereinigung zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.« Und nur drei Tage später ergänzte Brandt dies mit den Worten: »Wie der Begriff Wiedervereinigung zum Grundlagenvertrag in Anspruch genommen wurde, das habe ich in der Tat für wirklichkeitsfremd und schon deshalb nicht für hilfreich gehalten.«

Der Wendehals Willy Brandt

Und laut Professor Martin Kriele waren die von Brandt 1977 unter anderem in der »Zeit« geschriebenen Artikel »von zwei Grundgedanken durchzogen: Einmal: Zwar erhöbe die Idee der Menschenrechte einen universalen Anspruch – das bestritt er nicht. Aber für die Menschen in den sozialistischen Staaten bleibe dieser Anspruch ein abstrakter. Er lasse sich nicht verwirklichen, und wir sollten das auch nicht wünschen, sondern uns mit menschlichen Erleichterungen innerhalb des fortbestehenden Systems begnügen. Wer für Menschenrechte eintreten wolle, solle sein Betätigungsfeld nicht in Osteuropa suchen, sondern in der Dritten Welt oder bei uns im Westen, wo noch viel zu tun bleibe.« Das alles hinderte Brandt aber nicht daran, nach dem 9. November 1989 zu sagen: »Nun wächst zusammen, was zusammengehört.«

Und auch der Kanzlerkandidat der SPD, Lothar Lafontaine, steht seinem Vorbild in nichts nach. Noch am 19. Dezember des vergangenen Jahres, also mehr als einen Monat nach Öffnung der innerdeutschen Grenze, betonte er beim SPD-Bundesparteitag in Berlin: »Ich habe nie in staatlichen Kategorien gedacht, weil sich dies gar nicht mit den grundsätzlichen Ideen des demokratischen Sozialismus in Übereinstimmung bringen läßt.«

Und laut Informationen aus diplomatischen Kreisen soll Berlins Regierender Bürgermeister Walter Momper noch im Februar dieses Jahres »unter ausdrücklicher Berufung auf seinen Freund Lafontaine« seine Abneigung zur Wiedervereinigung gegenüber der französischen Regierung mit den unterschiedlichen »gesellschaftlichen« Systemen und mit der »geopolitischen Lage« in Deutschland begründet haben. 1988 sagte Oskar Lafontaine, er habe »Probleme damit, Deutschstämmige vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen«.

Während Peter Glotz das Wort Wiedervereinigung als »widerwärtig« bezeichnete und SPD-Fraktionschef Vogel von »leichtfertigem und illusionärem Wiedervereinigungsgerede« sprach, sagte Egon Bahr im November 1988 folgendes hierzu: »Lüge, Heuchelei und politische Umweltverschmutzung.« Daß Bahr seine Meinung im Laufe der darauffolgenden Monate nicht geändert hat, zeigt seine Antwort vom Oktober 1989 auf die Frage, warum die West-SPD keine Kontakte zur neugegründeten Ost-SPD aufnehmen wolle: »Die SPD will in anderen Ländern nicht konspirativ tätig werden«. Man beachte den Passus »in anderen Ländern«. □

DDR

Der Sieg der Konservativen

Hans Baader

Was noch vor wenigen Wochen als reinste Utopie erschien, ist nun doch Realität geworden. Die bürgerlich-konservativen Kräfte in der DDR haben bei der Volkskammerwahl am 18. März einen derart überwältigenden Sieg errungen, wie es wohl selbst der größte Optimist nicht in seinen kühnsten Träumen zu erhoffen wagte. So positiv das schwache Abschneiden der SPD zu werten ist, so bedenklich ist doch das relativ hohe Abschneiden der SED-Nachfolgeorganisation PDS. Doch über eines muß man sich im klaren sein: Der Kampf um Deutschland ist noch nicht gewonnen. Ganz im Gegenteil: Der Kampf hat erst begonnen – und er wird schwerer als viele es heute glauben (wollen).

Was bedeutet die absolute Stimmenmehrheit, über die die Demokratische Allianz (bestehend aus CDU, DSU und DA) und die Liberalen in der Volkskammer verfügen und die wohl zur Wahl des CDU-Vorsitzenden Lothar de Maiziere zum neuen DDR-Ministerpräsidenten führen wird, für die Wiedervereinigung? Als erstes erscheint es als sicher, daß die Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands nun über den Artikel 23 des Grundgesetzes erfolgen wird.

Keine sozialistischen Utopien

Dieser besagt: »Dieses Grundgesetz gilt zunächst in den Ländern Baden, Bayern, Bremen ... In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.« So war es auch beim »Anschluß« des Saarlands der Fall, nachdem sich das saarländische Volk am 23. Oktober 1955 mit ebenfalls überwältigender Mehrheit dafür aussprach, aus Frankreich aus- und in die Bundesrepublik eingegliedert zu werden.

Der zweite Weg, der Anschluß an Artikel 146 Grundgesetz, ist damit aus der Diskussion. Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut: »Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.« Dieser Weg wurde stets von der SPD favorisiert, die ironischerweise 1989 beim 40. Jahrestag des Inkrafttretens des bundesdeutschen Grundgesetzes eben dieses Grundgesetz als »freieste Verfassung, die es jemals in Deutschland gab«, gelobt hatte.
Damit ist den Sozialisten, gleich ob sie aus der SPD oder der PDS kommen – die sich zum Teil ohnehin nur durch die andere Reihenfolge der Buchstaben unterscheiden –, die Möglichkeit genommen worden, die Utopien des internationalistischen Sozialismus auch in der neuen deutschen Verfassung festschreiben zu lassen. Dennoch dürfen diese Kräfte, die immerhin 38 Prozent der Sitze in der neuen Volkskammer der DDR innehaben, nicht unterschätzt werden. Denn ihre Truppen sind noch immer sehr stark.

Sozialisten stark in den Großstädten

Vor allem muß man die Unterschiedlichkeit der Wahlergebnisse in den ländlichen Regionen und den Städten berücksichtigen. Während in den ländlichen Gebieten die Bürgerlich-Konservativen die Mehrheit haben, sieht es in den Großstädten oft ganz anders aus. So bekamen beispielsweise in Ost-Berlin die SPD und die PDS zusammen rund 65 Prozent der Stimmen. In anderen Städten ist die Mehrheit meist nicht ganz zo groß, doch Stimmenanteile von zusammen mehr als 50 Prozent nicht selten. Bei den Kommunalwahlen am 6. Mai sind sicherlich nicht wesentlich andere Stimmverteilungen zu erwarten.

Zwar ändert dies nichts an der landesweiten Machtverteilung, doch stärkt dies den Einfluß der sozialistischen Kräfte ganz beträchtlich. Denn in einem föderalistischen Staat sind die Städte von besonderer Wichtigkeit, sei es aufgrund ihres Steueraufkommens, des Verwaltungsapparates oder des Einflusses auf Anstalten, beispielsweise des Verfassungsschutzes.

Die Gewerkschaften sind ein anderer Teil der sozialistischen Kampftruppen. So wurde noch schnell kurz vor der Volkskammerwahl von der PDS-Mehrheit – übrigens mit weitestgehender Unterstützung der SPD – ein Gewerkschaftsgesetz durchgepeitscht, das diesen ein »Recht auf Mitwirkung« bei allen Gesetzen und Rechtsvorschriften die Arbeits- und Lebensbedingungen betreffend, zuspricht. Vergessen werden darf dabei nicht, daß die Spitze des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR (FDGB) trotz einiger personeller Änderungen noch immer bis zur Führungsspitze mit SED-Leuten durchsetzt ist.

Der Stasi arbeitet jetzt für den KGB

Unterstützung bekommt der FDGB durch den bundesdeutschen DGB. So schrieb dann auch bereits vor den Wahlen das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, immerhin der größten Einzelgewerkschaft in der Bundesrepublik, einen Artikel, der die Überschrift trug: »Eine neue Perspektive für den Sozialismus – Der Zusammenbruch im Osten ist kein Gegenargument« und in dem der Gewerkschafter »öffentliche Einflußnahmen, ja staatliche Intervention in die Wirtschaft fordert«. Und genau dies war ja der Hauptgrund, warum es die DDR wirtschaftlich auf keinen grünen Zweig brachte.

Vergessen werden darf auch nicht, daß der Großteil der Staatssicherheit (Stasi) der DDR, speziell die Agenten im Ausland, nun vom sowjetischen KGB übernommen wurden. Daneben wurde kurz vor der Wahl ein vom PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi geschriebenes Geheimpapier bekannt, worin er alle Stasi-Leute aufforderte, weiterhin aktiv zu bleiben: »Sie werden noch gebraucht«, und ihnen versicherte, für den Schutz ihrer Anonymität sei gesorgt.

Und auch international wird dieser überwältigende Sieg der bürgerlich-konservativen Kräfte in der DDR zu einem verstärkten Kampf gegen die Bundesrepublik führen. Denn die Taktik, speziell der Briten und Franzosen, letztendlich aber auch die der Amerikaner und Sowjets, sah doch folgendermaßen aus:

Die erwartete SPD-Regierung sollte in der neuen Verfassung und in den diese begleitenden Gesetzen und Verordnungen einige bestimmte Dinge festschreiben. Übrigens ist es nicht so, daß es bei einem Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz keine Einflußmöglichkeiten der DDR-Regierung gäbe; denn bevor letztendlich am 1. Januar 1957 der Anschluß des Saarlands an die Bundesrepublik erfolgte, waren diesem intensive Gespräche und durchaus auch von der saarländischen Regierung geforderte gesetzliche Änderungen bestimmter Punkte in der Bundesrepublik vorangegangen.

So wollten die Sozialdemokraten unter Vorsitz von Ibrahim Böhme beispielsweise die Oder-Neiße-Linie bedingungslos als polnische Westgrenze festschreiben lassen, den Israelis weitere Zugeständnisse machen – beispielsweise in der Zustimmung zur Zahlung von Wiedergutmachung – und vor allem den Gedanken des Nationalstaates zu Lasten einer ebenfalls unbedingten Europäisierung fallen lassen. Verstärkte Abrüstung, der weitere Verzicht auf Souveränität und Ausbau zu einer multikulturellen Gesellschaft waren weitere Forderungen der Sozialisten.

Dieses ist nun aber von zwei bürgerlich-konservativen Regierungen in den zwei der drei Teilstaaten Deutschlands nicht mehr zu erwarten. So erklärte die Bundesregierung bereits in deutlichen Worten, daß sie bei einer Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR nicht bereit sei, eventuellen neuen Reparationsforderungen zuzustimmen. □

Trojanisches Pferd des Sozialismus

Alfred König

Wer geglaubt hatte, der Sturz der SED, – oder wie sie sich jetzt verniedlichend nennt: PDS –, hätte auch zu einem Sieg der freiheitlichen Kräfte in der DDR geführt, sieht sich leider getäuscht. Wenn schon, dann kann man höchstens von einer gewonnenen Schlacht in einem noch lange währenden Krieg sprechen. Denn quasi durch die Hintertür und von vielen unbemerkt, haben sich die Linkssozialisten über die Gewerkschaften ein gehöriges Stück Macht in Mitteldeutschland gesichert. Mit dem Ziel, zusammen mit dem DGB letztendlich im wiedervereinigten (Teil-)Deutschland doch noch den Sieg des Sozialismus durchzusetzen.

So hat die Volkskammer zwar bei ihrem verabschiedeten Gewerkschaftsgesetz einen allzu großen und offensichtlichen Machtzuwachs des Freien Deutschen Gewerkschfatsbundes (FDGB) unterbunden. Aber dennoch hat der FDGB durch das Gewerkschaftsgesetz künftig in der DDR eine Machtposition, die die des DGB in der Bundesrepublik weit übersteigt.

Rettung für die Stalinisten

Weggefallen sind vor allem zwei Punkte, mit denen sich die Gewerkschaften ein »Vetorecht« bei allen Parlamentsentscheidungen zu Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen, von Steuern bis hin zum Umweltschutz und sämtlichen Betriebsentscheidungen gewähren lassen wollten. Jetzt haben die Gewerkschaften in der DDR »nur noch« ein »Recht auf Mitwirkung« bei Gesetzen und Rechtsvorschriften zu den Arbeits- und Lebensbedingungen. Ein für die Gewerkschaften wichtiger Punkt ist jetzt aber in der DDR-Verfassung verankert, nämlich das Verbot der Aussperrung, was bei Tarifverhandlungen ein Machtmonopol ohnegleichen für die Gewerkschaften bedeutet.

Da der FDGB aber noch immer bis in die Führungsspitze von SED-Leuten durchsetzt ist, selbst wenn es einige Abbesetzungen gegeben hat, haben die Stalinisten damit einen wichtigen Eckpfeiler im neuen Machtgefüge der DDR erobert.

Zusammen mit dem DGB soll dann der Großangriff auf alles Konservative und erst recht Nationale in West- und Mitteldeutschland gestartet werden. So lautete dann auch eine Überschrift in einem von dem geschäftsführenden Vorstandsmitglied der IG Metall, Siegfried Bleicher, verfaßten Artikel: »Eine neue Perspektive für den Sozialismus – Der Zusammenbruch im Osten ist kein Gegenargument.«

Forderung nach einem Mandat

Bleicher wörtlich: »Zu den ideengeschichtlichen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft gehört (neben der Soziallehre der christlichen Kirchen und der Philosophie der Aufklärung; der Verfasser) unabänderlich die sozialistische Theorie...In der aktuellen Diskussion über eine ›ideologische Krise der Gewerkschaften‹ wird von interessierter Seite bewußt das Scheitern des staatsbürokratischen Bürokratismus mit dem Scheitern sozialistischer Theorie identifiziert. Das ist historisch und politisch unhaltbar.«

Bleicher wendet sich dagegen, den auf einer kommunistischen Parteidiktatur aufgebauten SED-Staat mit dem Sozialismus gleichzusetzen. Dieser sei aber sehr wohl notwendig, um dem Gemeinwohl in einem Staat zum Durchbruch zu verhelfen, zum Beispiel durch »öffentliche Einflußnahmen, ja staatlicher Intervention in die Wirtschaft«. Damit predigt also jemand genau das, was seit Jahrzehnten in der DDR gescheitert ist. Sicherlich ist an der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik in einigen wichtigen Punkten Kritik zu üben, doch ist zur Beseitigung dieser Mißstände ein neuer Rahmenplan und nicht vereinzelte staatliche Interventionen vonnöten.

Was Bleicher damit verklausuliert fordert, ist nichts anderes, als die Gewährung eines politischen Mandates für die Gewerkschaften. Vom Ursprung her waren Gewerkschaften aber als nicht anderes als Interessenvertretungen eines Berufsstandes gedacht, mit Einfluß und gegebenfalls »Macht« eben auch nur auf dem Gebiet der Arbeitspolitik, aber nicht auch auf den Gebieten Asylrecht, § 218, Ausländerpolitik, so wie es heute tatsächlich der Fall ist.

Wenn sich die Gewerkschaften dann wenigstens parteipolitisch neutral verhalten würden, könnte man diesen Machtzuwachs auch noch tolerieren. Doch leider ist gerade das Gegenteil der Fall. Der breitesten Öffnung nach links, steht den Konservativen und Rechten das Tor der Gewerkschaften aber nur einen Spaltbreit offen. Bei einigen DGB-Einzelgewerkschaften müssen unter bestimmten Umständen bereits sogar CSU-Sympathisanten mit Ausschlußverfahren rechnen.

Kampfgruppe gegen rechts

Wie sehr der DGB in Wirklichkeit bereits zu einer »Kampfgruppe gegen rechts« verkommen ist, kann auch einem Bericht des bayerischen Innenministeriums entnommen werden. Dort steht unter anderem, daß Punker in vom DGB gemieteten Bussen und mit »Handgeldern« zwischen 68 und 108 Mark zu Aktionen und Demonstrationen gefahren wurden, um dort den politisch Andersdenkenden zu »überzeugen«. Und daß Gewerkschafter bei jedem Versuch, den gesetzlich vorgeschriebenen Parteitag einer rechten Partei oder eine sonstige Veranstaltung zu verhindern, neben den Kommunisten ganz vorne stehen, ist heute leider traurige Wirklichkeit. Dagegen wurde noch nie ein Demonstrationstransparent des DGB oder einer seiner Einzelgewerkschaften gegen den Parteitag einer radikal-linken Partei gesehen.

Und daß der DGB es selber mit den Gesetzen nicht so genau nimmt, bewiesen zahlreiche Vorfälle der jüngeren Vergangenheit, besonders der Fall »co op« und die »Neue Heimat«.

Jetzt wurde endlich nach vielen Monaten der Geheimhaltung vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufdeckung des Neue Heimat-Skandals der Abschlußbericht zur Veröffentlichung freigegeben. Ganz kurz gefaßt, wurden dorthin eklatante Verstöße gegen gesetzliche Bestimmungen seitens der Gewerkschaften festgestellt.

Demnach hat die gewerkschaftseigene Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG (BGAG) versucht, aus der angeschlagenen Neue Heimat auch dann noch Kapital zu schlagen, als es schon um die Substanz des inzwischen in der Auflösung befindlichen Unternehmens ging. Nachdem die BGAG am 1. Januar 1985 ihren Anteil an der Neuen Heimat auf 98 Prozent erhöht hatte, sei das Wohnungsbauunternehmen voll in den BGAG-Konzern eingebunden gewesen. Die Gründung der BG-Immobiliengesellschaft mbH habe »entgegen den in der Öffentlichkeit geäußerten Bekundungen aus Gewerkschaftskreisen« nicht nur der Sanierung der Neuen Heimat, sondern »von Anfang an« dem Ziel gedient, »aus den von der Neuen Heimat erworbenen Wohnungen Gewinne zu erzielen, die dann in den Bereich der BGAG fließen sollen«.

Wie es abschließend in dem Bericht heißt, sind der Wegfall von Bestimmungen des Mieterschutz »erstrebt« und Verstöße gegen das Wohnungsbaugemeinützigkeitsgesetz bewußt in Kauf genommen worden. □

Oder-Neiße-Linie

Ursache neuer Anti-Deutschland-Kampagne

Hans Wagner

Wie sich die Zeiten gleichen. Am 31. März 1939 erklärte der damalige britische Premierminister Chamberlain: »Ich habe jetzt das Haus davon in Kenntnis zu setzen, daß im Falle einer Handlung durch die Polens Unabhägigkeit deutlich gefährdet würde...die Regierung Seiner Majestät sich verpflichtet fühlen würde, der polnischen Regierung unverzüglich alle in ihrer Macht stehende Unterstützung zu gewähren. Ich möchte hinzufügen, daß die französische Regierung mich zu der Erklärung ermächtigt hat, sie nehme in dieser Angelegenheit die gleiche Stellung ein wie die britische.«

Heute, nur rund 51 Jahre später, klingt es ähnlich. So erklärte der französische Außenminister Dumas: »Diese Grenze ist unantastbar.« Und der französische Verteidigungsminister Chèvenement fügte hinzu: »Diese Grenze könnte nur durch Krieg verändert werden.«

Bereits kurz zuvor hatte die britische Premierministerin den Polen Großbritanien als Garantiemacht für die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze gegenüber Deutschland angeboten. Und selbst US-Präsident George Bush, der vordergründig stets am meisten für die (Teil-)Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands eingetreten war, sah sich bemüßigt zu erklären, die Oder-Neiße-Linie sei bereits 1976 bei der KSZE-Konferenz völkerrechtlich anerkannt worden und seine Regierung garantiere die Unverletztlichkeit dieser Grenze.
Damals wie heute bildet sich also wegen Polen eine internationale Koalition gegen Deutschland – und das obwohl das Vorgehen der Polen beide Male eindeutig gegen das Völkerrecht verstieß. Während 1939 die seinerzeitige chauvinistisch eingestellte polnische Regierung den Deutschen einen Korridor nach Danzig verwehrte und die Stadt trotz völkerrechtlich klaren Votums der Bevölkerung mehr und mehr okkupierte, erheben die Polen heute Anspruch auf Gebiete, die ihnen nach dem Völkerrecht nicht zustehen. Daß Deutschland bereits von sich aus auf andere ihm zustehende Gebiete verzichtet hat, wird dabei einfach übergangen.

Deutsche Reich besteht rechtlich fort

Treffend hat die »Notverwaltung des Deutschen Ostens« kürzlich die völkerrechtlich geltende Lage skizziert: »Seit 1939 beziehungsweise 1945 können auch durch Siegermächte gewaltsam geschaffene ›Realitäten‹ nur noch dann rechtswirksam werden, wenn sie dem bestehenden allgemeinen Völkerrecht nicht widersprechen; das allgemeine Völkerrecht und da vor allem das zwingende, humanitäre Völkerrecht schützt eben jetzt weitgehend den Unterlegenen vor der Willkür der Sieger. Danach ist festzustellen:

1. Das Deutsche Reich ist 1945 mit der Kapitulation der Wehrmacht nicht untergegangen, sondern besteht rechtlich fort.

2. Die völkerrechtlich gültigen Grenzen sind diejenigen des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 1.9.1939 (nach Ansicht des Verfassers vom 31. August 1939) einschließlich der freien Stadt Danzig, aber ohne Protektorat Böhmen und Mähren. Das Gebiet innerhalb dieser Grenzen war von allen Nachbarstaaten als deutsches Staatsgebiet anerkannt; es war fast ausschließlich von Deutschen bewohnt. Völkerrechtlich gültige Grenzen können rechtswirksam nur mit vorheriger Zustimmung der betroffenen Bevölkerung geändert werden. Annexionen sind nicht mehr möglich. Sie können nie mehr rechtswirksam werden.

3. Auf Grund der ›Wiener Konvention über das Recht der Verträge‹ vom 23.5.1969 sind sogar die Friedensverträge von Versailles und St. Germain anzufechten, und zwar wegen der darin enthaltenen groben Verletzungen zwingenden, humanitären Völkerrechts, nämlich des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes. Es müßte danach also vor allem wegen Westpreußen, Posen, Ostoberschlesien, Nordschleswig, Elsaß-Lothringen, Eupen und Malmedy, Südtirol usw. neu verhandelt werden, während Gebiete innerhalb der Grenzen vom 1.9.1939 schon wegen der hier von vornherein anzuwendenden Grundsätze des zwingenden Völkerrechts überhaupt nicht zur Debatte stehen.«

Die Ausarbeitung der »Notverwaltung« schließt wie folgt: »Nach geltendem zwingenden Völkerrecht hat keine Sieger- oder Besatzungsmacht das Recht, seine Truppen und Verwaltungsorgane noch 44 Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes auf fremdem Staatsgebiet zu stationieren oder zu belassen.«

Beifall für Kohls Vorgehen

Was die »Notverwaltung des Deutschen Ostens« hier ausgearbeitet hat, ist aber nicht in irgendwelchen geheimen Alchimistenküchen verborgen, sondern für jeden leicht nachlesbar. Wenn jetzt die Polen aber versuchen, einen der reichsten deutschen Landstriche ohne Gegenleistung für sich zu vereinnahmen, so ist dies aus ihrer Sicht durchaus zu verstehen, ebenso wenn die – nicht nur – ehemaligen Gegner Deutschlands an einer Zerstükkelung eben dieses Deutschlands interessiert sind.

Umso unverstänklicher ist es dann aber, wenn »deutsche« Politiker mit diesen Feinden des deutschen Staates gemeinsame Sache machen und trotz völkerrechtlich eindeutiger Vorgaben bedingungslos und ohne Ausgleich auf mehr als 100.000 Quadratkilometer urdeutsches Land verzichten wollen. Neben der SPD, FDP und – natürlich – den Grünen sind hier aber auch gewichtige Teile der CDU, allen voran Geißler und Süßmuth, zu nennen, während dem Vorgehen Bundeskanzler Kohls weitgehend Beifall zu zollen ist.

Der Generslsekretär des Bundes der Vertriebenen, Koschyk, hat es dargestellt, daß ernstlich an eine Rückgabe der ostdeutschen Gebiete wohl nicht zu rechnen ist. Maxime eines jeden deutschen Politikers müßte es dann jedoch sein, in Verhandlungen etwa den Status einer Freihandelszone mit möglichst vielen Rechten für die deutsche Minderheit in den dortigen Gebieten sowie einen Ausgleich auf anderen Ebenen zu schaffen.

So war die Absicht Kohls zu begrüßen, in einem eventuellen Grenzanerkennungsvertrag auch die Rechte der deutschen Minderheit ebenso wie den Verzicht auf Zahlung weiterer Reparationen an Polen – für die es sowieso keine völkerrechtliche Handhabe gibt – festschreiben zu lassen. Denn Deutschland hat bereits rund elf Milliarden Mark an Polen auf überwiegend freiwilliger Basis gezahlt. Als letztes wurde ihnen praktisch der gesamte 760 Millionen Mark-Kredit aus der Regierungszeit Helmut Schmidts erlassen – was anderes bedeutet die Umwandlung in wertlose Zloty-Guthaben nicht –.

Und diese Forderung Kohls als »Quatsch« zu bezeichnen, da Polen 1953 ohnehin auf die Zahlung von Reparationen verzichtet habe, ist auch falsch. Denn erst Anfang März bezifferte der polnische »Verband der Geschädigten des Dritten Reiches« die »Ansprüche« der rund 13 Millionen polnischen Zwangsarbeiter auf deutsche Entschädigungsleistungen auf etwa 537,1 Milliarden Mark. □

Deutschland

Neutral wie Österreich und die Schweiz

Beat Christoph Baeschlin

Die Frage stellt sich: Sind die Deutschen fähig und willens, die große Rolle zu übernehmen, die ihnen durch die Ereignisse der letzten Monante auf dem Servierbrett dargeboten wird? Seit dem Frühmittelalter ist dem deutschen Volk nie mehr eine führende Rolle in Europa einfach durch die Umstände zugespült worden. Aus tiefer Demütigung aufstehend, sieht sich Deutschland unvermutet in eine Führungsposition von weltweitem Ausmaß versetzt. Deutschland und Japan waren die Hauptverlierer des Zweiten Weltkrieges, und nun können sie Sieger in einer Friedensperiode werden.

Es ist verständlich, daß diese plötzliche Aufwertung Deutschlands weltweite Unruhe auslöst. Aber nicht nur die bisherigen Vormünder der beiden Deutschländer – Vormünder, die sich zwar lauthals als Freunde Deutschlands ausgaben – sind sehr bestürzt. Auch die Deutschen selber erschrecken vor der neuen Situation. Ist doch das ganze Geschwätz der seit 1945 mit immer strafferer Disziplin durchgeführten »Umerziehung« sozusagen über Nacht wie ein zu eng gewordenes Kleid geplatzt.

Die Feinde der Wiedervereinigung sind mächtig

Unvermutet sind im Herbst 1989 Gefühle erwacht, die jahrzehntelang unter dem Schutt der »Umerziehung« begraben waren. Was früher etwas kitschig als die deutsche Seele bezeichnet worden war, drängte mit ungestümer Wucht an die Oberfläche. Fast vergessene Empfindungen kamen wieder zum Vorschein. Freudentränen brachen unwillkürlich aus bei Alten und Jungen. Ein befreiendes Gefühl von Jubel und Dankbarkeit erfaßte weite Volksteile, die seit Menschengedenken nie mehr Anlaß gehabt hatten, sich am Gedanken an Volk und Vaterland zu freuen. Und das Wort »Vaterland« hatte plötzlich wieder guten Klang, nachdem es jahrzehntelang nicht einmal mehr ausgesprochen werden durfte.

In der ganzen Welt und somit auch in Deutschland selber sind die Feinde der Wiedervereinigung am Werk, um Unruhe und Angst vor dem Zusammenschluß der beiden Teile Deutschlands zu schüren. Da wird mit Bedacht Stimmung gemacht gegen den »Angriffsgeist« der Deutschen, gegen den »Übermut eines übermächtigen Deutschlands«, gegen das Entstehen des »Vierten Reiches«. Dieses plumpe Fürchtenmachen beeindruckt zwar viele Leute. Aber es ist offensichtlich, daß dieses Schreckgespenst vorwiegend aus der EG-Küche stammt. Denn dort sieht man die Felle davonschwimmen.

Ein neutrales Deutschland braucht sich nicht mehr der europäischen Superbürokratie von Brüssel unterzuordnen. Und wenn Deutschland dort nicht mehr mitmacht, kommt das kurzerhand einem Streik des Zahlmeisters gleich. Denn wer wird zahlen, wenn Deutschland nicht da ist? Ein auf eigenen Füßen stehendes Gesamtdeutschland würde schon deshalb über riesige Mittel verfügen, weil es finanziell nicht mehr die Milchkuh Europas und der übrigen Welt zu spielen braucht.

Eine besonders hinterhältige und wirksame Art des Fürchtenmachens vor der deutschen Einigung besteht in der Anheizung von Futterneid und Angst um die Kaufkraft der D-Mark. Das wirkt besonders im innerdeutschen Meinungswesen sehr nachhaltig. Da wird vorgerechnet, daß die

Den Schock der Wiedervereinigung bekämpfen

Übernahme der DDR enorme Summen Geldes verschlingen werde, weshalb nun plötzlich magere Jahre kämen, wo es dann heißt: »Wiedervereinigung statt Butter« oder »Einig Vaterland statt höhere Kaufkraft«. Diese und ähnliche Unkenrufe sind natürlich mit klarer Absicht in Umlauf gebracht. Die Urheberschaft ist nicht schwer zu erraten: Es sind Kräfte, die Deutschland für alle Zeit am Gängelband führen möchten.

Die eingeschüchterten Westdeutschen und die sich ganz natürlich einstellende politische Erregung könnten besänftigt werden durch eine Berufung auf bekannte und vertrauenserweckende politische Begriffe und Praktiken. Wenn heute ein neutrales Gesamtdeutschland als Schreckgespenst dargestellt wird, müßte man ein Gegenmodell als nachzuahmendes Vorbild nennen, zum Beispiel die österreichische und die schweizerische Neutralität, und sagen, Gesamtdeutschland wird die Neutralität Österreichs und der Schweiz als verpflichtende außenpolitische Maxime übernehmen. Damit würde gewissermaßen eine Ausweitung der bewährten österreich-schweizerischen Neutralität auf Gesamtdeutschland stattfinden.

Die Schweiz und Österreich gelten als seriöse und zuverlässige Staaten. Sie sind wahrhaft neutral, weil sie weder der NATO noch der EG angehören. Wenn sich Gesamtdeutschland die außenpolitische Maxime dieser beiden Staaten zueigen machen würde, hieße das, Gesamtdeutschland möchte sich moralpolitisch mit seinen beiden südlichen Nachbarstaaten solidarisieren.

In der Praxis wäre das ein Argument, dem sich die beiden Hauptmächte USA und Sowjetunion nicht entziehen könnten. Denn diese sind als erste betroffen, müßten sich doch ihre Besatzungstruppen aus den beiden Teilen Deutschlands zurückziehen. Denn erst nach dem Abzug der Fremdstreitkräfte wird Deutschland wieder ein souveräner Staat sein, um folgenschwere Beschlüsse in gültiger Weise fassen zu können, zum Beispiel Beitritt zu NATO und EG.
Deutschland steht aber heute noch unter der Vormundschaft der Besatzungsmächte. Deshalb ist der Beitritt zur EG ebenso wie die Mitgliedschaft bei der NATO und Warschauer-Pakt völkerrechtlich hinkend, da sie von den Deutschländern nicht aus freiem Willen eingegangen worden sind. Zwar tun die Brüsseler EG-Behörden und die Politiker in Washington, London und Paris, als ob sie davon nichts wüßten. Das ist taktisch begreiflich, aber rechtlich unerheblich.

Seit den Siegerkonferenzen von 1945 in Jalta und Potsdam lautet der Hauptgrundsatz aller politischen Weltstrategie: Deutschland muß geteilt und handlungsunfähig gemacht werden. Um diese Grundregel den Deutschen beizubringen, haben die Siegermächte das gesamte deutsche Kulturleben überwacht, um mit allem Nachdruck ihre psychologisch raffinierte Umerziehung betreiben zu können. Da die Deutschen eigentlich ein leichtgläubiges Volk sind, konnte ihnen eine beträchtliche Angst vor sich selber anerzogen werden. Das deutsche Volk muß die ihm eingepflanzte Angst vor sich selber wieder überwinden. Es muß wieder Selbstvertrauen und Selbstachtung erlangen. Es muß sich zumuten, die ihm in den Schoß fallende große Aufgabe mit Ruhe, Sorgfalt und gesundem Menschenverstand anzupacken.

Schon aus diesem Grund wäre es empfehlenswert, sich zu politischen Modellen zu bekennen, die in der Praxis gute Ergebnisse gezeigt haben und die international einen guten Ruf genießen. Das ist bei der österreichischen und der schweizerischen Neutralitätspolitik eindeutig der Fall. Zudem würde auch eine einzigartige Entstpannung der internationalen Atmosphäre erreicht, wenn mitten durch Europa von den Alpen bis zur Nord- und Ostsee ein kraftvoller neutraler Block bestünde. Das würde in erheblichem Maße dazu beitragen, im europäischen Haus Ruhe einkehren zu lassen. □

Das Problem mit der NATO

Hans Wagner

Neben der Problematik der polnischen Westgrenze ist die Frage der Neutralität der zweite Punkt, mit denen »unsere Freunde und Verbündeten« mit Unterstützung zahlreicher Vasallen in West- und Mitteldeutschland versuchen wollen, das Schiff der Wiedervereinigung in die von ihnen gewünschten Kanäle zu lenken. Denn eines ist sicher: So lange die beiden deutschen Teilstaaten in einer Konföderation zusammengeschlossen sind, ist ein Verbleib der Bundesrepublik in der NATO oder gegebenenfalls eine assoziierte Mitgliedschaft noch möglich, ein wiedervereinigtes (Teil-)Deutschland in der NATO dagegen nicht.

Eine der Hauptgründe hierfür ist das berechtigte Sicherheitsinteresse der Sowjetunion. Denn ein wiedervereinigtes Deutschland im Rahmen der NATO würde zu einem militärischen Ungleichgewicht führen, das zwangsläufig zu einer Verschärfung der Gegensätze führen und auch die Möglichkeit eines dritten Weltkrieges vergrößern würde. Denn der Druck auf die UdSSR, die praktisch ganz auf sich alleine gestellt wäre, nachdem der Warschauer Pakt mehr oder weniger zerbrochen ist, würde zunehmen und der Sowjetunion nur zwei Möglichkeiten lassen: Aufgabe ihrer Souveränität und damit Einverleibung durch das kapitalistische System Rockefellscher Prägung, oder das Beharren auf einem eigenständigen Weg und damit Verhärtung der Fronten.

Neutralität als Idealfall

Dies führt zwangsläufig zu einer modifizierten Neutralität als Idealfall. Das Szenario sähe wie folgt aus: Der gesamte Raum zwischen der jetzigen Demarkationslinie zur DDR und der Westgrenze der UdSSR wird zur kriegswaffenfreien Zone, wobei es Deutschland und Polen zugestanden wird, ihre Hauptstädte Berlin und Warschau mit Panzer- und Flugzeugverbänden sowie Flugabwehrraketen zu schützen.

Alle fremden Streitkräfte verlassen das Territorium Deutschlands. Gleichzeitig baut Deutschland eine Armee auf, die zu Teilen aus Berufssoldaten und zu Teilen aus Wehrpflichtigen besteht. Rüstungsobergrenzen, die auf dem tiefstmöglichen, aber verteidigungsnotwendigen Niveau liegen sollen, werden mit der UdSSR ausgehandelt. Gleichzeitig werden sowohl mit dem Warschauer Pakt als auch mit der NATO Nichtangriffspakte sowie gegenseitige Unterstützungsgarantien bei einer Kriegserklärung eines der Militärbündnisse an einen der Vertragspartner abgeschlossen.

Die Deutschen sollten selbst entscheiden

Man kann in diesem Zusammenhang nur den vom extrem linken, zum politisch gemäßigten gewandelten französischen Philosophen André Glucksmann zitieren, der in seinem Buch »Die Macht der Dummheit« schrieb: »Und was die Notwendigkeit betrifft, die Deutschen mit sich selbst zu versöhnen, so hätte er (Reagan) es denen überlassen (sollen), darüber zu reden, für die diese Notwendigkeit keine Selbstverständlichkeit ist: den Vertriebenen zum Beispiel und ganz allgemein den jetzigen Verbündeten, denen es keinesfalls mißfällt, wenn die Bundesrepublik ein wirtschaftlicher Riese und politischer Zwerg ist.

Setzen gleiche Rechte nicht gleiche Pflichten voraus? Vor allem für jede Demokratie das Recht, ihre Freiheit zu verteidigen, und sei es mit dem Leben, und sei es atomar? Der Bürger der Bundesrepublik hat zu entscheiden, nicht wir an seiner Stelle?«

Anders, als es die zumeist gleichgeschalteten Vertreter der etablierten Medien und Parteien dem »Otto Normalverbraucher« weismachen wollen, ist der Weltfrieden in den vergangenen Monaten nicht stabiler, sondern in Wirklichkeit anfälliger geworden.

Für die Sowjetunion unannehmbar

Denn was Bundeskanzler Kohl, Verteidigungsminister Stoltenberg, Außenminister Genscher, NATO-Generalsekretär Wörner und letztendlich alle Minister der NATO-Staaten wollen, ist für die UdSSR unannehmbar. Selbst wenn man sich, wie vorgeschlagen, darauf beschränken würde, das wiedervereinigte (Teil-) Deutschland als NATO-Staat – oder der NATO assoziiertes Mitgliedsland – zu belassen, gleichzeitig aber die NATO-Gruppen nur auf dem Gebiet der jetzigen Bundesrepublik zu stationieren, während auf dem Gebiet der jetzigen DDR entweder gar keine Truppen oder nur deutsche Truppen stünden.

Denn dies würde letztendlich nichts anderes bedeuten, als daß die jetzige DDR Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion wäre. Die Bedrohung der UdSSR würde damit mehrere hundert Kilometer gen Osten rücken, da der Puffer ihrer in der DDR stationierten Streitkräfte entfallen würde und kein zweiter Puffer, beispielsweise durch ein neutrales Deutschland, gegeben wäre.

Daß ein neutrales Deutschland unter Sicherheitsaspekten der Idealfall wäre, kann wohl alleine aufgrund dieser wenigen nur kurz angerissenen Punkte von niemandem verneint werden.

Worum es aber in Wirklichkeit geht, nämlich Deutschland nach wie vor keine Souveränität zuzugestehen, wird aus einer Analyse Henry Kissingers deutlich. Der Rockefeller-Günstling schrieb nämlich folgendes: »Japan zum Beispiel könnte innerhalb kürzester Zeit unabhängig von seinen bestehenden Streitkräften den Status einer militärischen Supermacht erreichen. Ein eigenständiges, vereinigtes Deutschland wäre in der gleichen Lage. Ein Deutschland jedoch, das Teil der NATO wäre, würde unter einem Rüstungskontrollschirm von Verbündeten ruhen, die eifrig darauf bedacht wären, daß Deutschland die beschlossenen Beschränkungen auch einhält.«

Wer wird für Deutsche Selbstmord begehen?

Die Vorteile sieht Kissinger darin, daß es dann eine Zone zwischen Rhein und Elbe gäbe, die nur leicht militarisiert wäre, sowie eine entmilitarisierte Zone auf dem jetzigen Gebiet der DDR. Dies würde aber im Klartext nichts anderes bedeuten, als daß Deutschland seiner eigenen Verteidigungsbereitschaft beraubt auf die Gunst anderer Staaten angewiesen und Opfer irgendwelcher Krisen wäre. Würde es zu einem nicht für alle Zukunft auszuschließenden neuen Kalten Krieg kommen, würde sich dies wieder über Deutschland entladen, ohne daß die Deutschen mit eigener militärischer Stärke einen ausgleichenden Puffer spielen könnten.

Das Gegenargument, daß ein militärisch starkes Deutschland sich schließlich auch mit einem der beiden anderen militärisch starken Bündnisse gegen den dritten Block zusammenschließen könnte, ist auch abwegig, da der andere Block noch immer stark genug wäre, ein wirksames Abwehrschild aufzubauen. Auch bieten sich aufgrund Gorbatschows Initiative sehr gute Möglichkeiten für eine sehr weitgehende Abrüstung. Wenn man die Armeen und die atomaren Waffen wirklich auf das niedrigstmögliche Niveau begrenzt, bieten drei nebeneinanderliegende Blöcke sogar ein noch mehr an Sicherheit als zwei. Zumal wenn man bedenkt, daß Deutschland mit Abstand noch immer der kleinste dieser drei Blöcke und damit die »Gefahr eines deutschen Imperialismus«, wie er immer als Ausrede vor eigenem Herrschaftsdenken angegeben wird, ausgeschlossen wäre.

Damit würde sich auch die Frage des Staatssekretärs im US-Verteidigungsministerium, Fred Ikle, von selber lösen. Dieser hatte vor zwei Jahren gefragt: »Wer wird Selbstmord begehen um die Deutschen zu verteidigen?« □

Deutschland-Journal

Weizsäcker will nach Berlin ziehen

Bundespräsident Richard von Weizsäcker überlegt, seinen Amtssitz nach Berlin ins dortige Schloß »Bellevue« zu verlegen. Der in Reichstagsnähe liegende Sitz des Präsidenten war während seiner ersten Amtszeit nach heftiger Kritik des Haushaltsausschusses mit hohen Summen restauriert worden.

Nach weiteren Informationen, die vor allem vom linken CDU-Flügel und von der FDP kommen, soll von Weizsäcker gesamtdeutscher Bundespräsident werden und unbeschadet des Artikels 54 Absatz 2 Grundgesetz diesen Posten auch noch nach Ende seiner eigentlichen Amtszeit 1994 innehaben können – notfalls mit Änderung oder einem Zusatz zum Grundgesetz –.

Argumentiert wird wie folgt: Von Weizsäcker habe sich wie kein Präsident zuvor Verdienste um das deutsche Volk erworben und besonders im Ausland viele Vorbehalte gegen die Bundesrepublik abgebaut. Von daher wäre es gerade jetzt, wo die Nachbarstaaten Furcht vor einem zu starken Deutschland haben, nur richtig, mit einer »Ausnahme-Verlängerung angesichts der historischen Ereignisse« mit von Weizsäcker ein Signal zu setzen. □

Berlin Hauptstadt, Bonn Regierungssitz

Zuverlässigen Informationen zufolge soll die SPD bei einer Wiedervereinigung darauf bestehen wollen, daß Berlin zwar Hauptstadt werden könne, der Regierungssitz aber in Bonn bleiben müsse. Angesichts der »historischen Belastung« sei es der Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn und vor allem auch mit Israel nicht sinnvoll, den Regierungssitz in eine Stadt zu verlegen, »in der die Beschlüsse für die Führung der beiden Weltkriege gefaßt wurden«.

Angesichts der Tatsache, daß Berlin die »altangestammte« Hauptstadt ist und der Großteil der deutschen Bevölkerung dies auch weiter so haben will, könne zwar Berlin wieder pro forma Hauptstadt werden, die »eigentliche politische Macht« solle aber in Bonn bleiben. Die Verlegung des Sitzes des Bundespräsidenten nach Berlin würde die Stadt stark genug aufwerten. Auch diesen Plan sollen weite Teile der CDU-Linken sowie der Freidemokraten unterstützen.

Neben diesen politischen Gründen gebe es jedoch auch handfeste praktische Gründe. Angesichts der ohnehin vorhandenen Wohnraum- und Büroraumnot sowie der anziehenden Kauf- und Mietpriese wäre der notwendige Umzug von mindestens rund 150.000 Personen kaum zu bewerkstelligen ohne zu einem Chaos zu führen. Daneben würden dann die ganzen Gebäude und vor allem auch die Botschaften der fremden Staaten in Bonn ungenutzt herumstehen. Möglichkeiten, diese Gebäude mit Firmenverwaltungen oder ähnlichem zu besetzen, bestünden dagegen kaum. Und schließlich würde ein Umzug nach Berlin besonders den Einzelhandel Bonns stark treffen. Geschätzt wird, daß mindestens ein Drittel der Einzelhandelsgeschäfte in so einem Fall schließen müßten.

Um den Bürgern Mitteldeutschlands aber nicht den Eindruck zu vermitteln, ihre Geschicke würden aus dem »Westen« bestimmt und sie hätten nichts mehr zu sagen, soll der Bundesrat seinen ständigen Sitz nach Berlin verlegen und sollen auch im Berliner Reichstag wichtige Bundestagssitzungen stattfinden. Auch die Wahl des Bundespräsidenten soll in Berlin erfolgen. □

Bronfman plant Deutschland-Konferenz

Der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, will am 8. Mai, dem Jahrestag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht 1945, eine Sonderkonferenz in Berlin abhalten, auf der er eine »bedeutsame Rede« über die »jüdische Perspektiven der Frage der deutschen Vereinigung« halten will.

Interessant hierzu: Die israelische Regierung versucht alles, Bronfman, der in der Vergangenheit stets eine wohlwollende Haltung gegenüber der DDR-Regierung innenahm, zu überzeugen, daß er mit einer derartigen Konferenz »diplomatisches Porzellan« zerschlagen würde.

Bronfman erkärte nun aber, er werde sich von seiner Idee nicht abbringen lassen. Einer müsse der Welt mitteilen, daß die deutsche Einheit »nicht von ihrem historischen Kontext gelöst« werden dürfe. □

Dorothee Wilms Nachfolgerin von Rita Süßmuth?

Die derzeitige Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Dorothee Wilms, hat beste Chancen Nachfolgerin von Rita Süßmuth als Bundestagspräsidentin zu werden, sollte diese nach einem CDU-Sieg bei den niedersächsischen Landtagswahlen wie geplant ins dortige Kabinett eintreten. Für sie spricht, daß sie von Bundeskanzler Kohl sehr geschätzt wird und ihr Ministerium nach der Wiedervereinigung ohnehin aufgelöst werden soll.

Zweiter Favorit für dieses Amt ist der jetzige Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger. Hintergrund ist, daß sich bereits jetzt sehr viele Fraktionskollegen über den Führungsstil des 69jährigen ärgern. Da viele der älteren CDU-Abgeordneten, die zu den Hauptstützen Dreggers gehören, für die kommende Legislaturperiode nicht mehr kandidieren, böte sich so die wohl letzte Möglichkeit, den CDU-Rechten ohne Gesichtsverlust wegzuloben.

Dregger selber soll von derartigen Plänen nicht besonders begeistert sein. Er möchte lieber das mit einer ansehnlichen Machtfülle ausgestattete Amt des Fraktionsvorsitzenden behalten, anstatt ein mehr oder weniger reines Repräsentationsamt wahrzunehmen und sich dort auch noch mit den Grünen herumärgern zu müssen. □

Wiedervereinigung nach Artikel 146 führt zur Nichtigkeit aller Verträge

Eine Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der DDR nach Artikel 146 Grundgesetz würde zur Nichtigkeit aller bisherigen Verträge der beiden Staaten für das neue Deutschland führen. Diese Ansicht vertritt zumindest Professor Hartmut Schiedermair, einer der führenden Völkerrechtler der Bundesrepublik. Laut Schiedermair, der an der Kölner Universität das Institut für Internationales Völkerrecht leitet, ginge bei einer derartigen Wiedervereinigung »nicht nur die DDR als Staat unter, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland. Es entstünde ein neuer Staat. Nach dem Völkerrecht wäre dieser neue Staat Deutschland von allen Verträgen und Verpflichtungen frei – ganz wenige Dinge ausgenommen. Damit würde die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft erlöschen; neue Aufnahmeverhandlungen müßten geführt werden. Dieses Deutschland wäre aber zum Beispiel auch vom Warschauer Pakt frei.«

Auch für die Frage der Oder-Neiße-Linie hätte dies große Konsequenzen. »Denn auf diesem Weg würde auch die Grenzgarantie des Bundestages hinfällig. Die Grenzfrage wäre wieder offen. Ebenso wäre der Görlitzer Vertrag, in dem die DDR die polnische Grenze garantiert, ungültig.« Ein Anschluß nach Artikel 23 Grundgesetz hätte all diese Folgen nicht.

Entschieden wies Schiedermair die Behauptung zurück, der Artikel 23 würde einen »Anschluß« der DDR an die Bundesrepublik bedeuten. Schiedermair hierzu: »Das ist grob falsch. Tatsächlich wird eine Lösung nach Artikel 23 der eigenen Geschichtlichkeit der DDR gerecht. Er garantiert –

in Verbindung mit Artikel 28 (›Die verfassungsmäßige Ordnung in den Ländern muß den Grundsätzen des republikanischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaats im Sinne dieses Grundgesetzes entsprechen‹) – den Bestand der föderalistischen, in Länder gegliederten Struktur Deutschlands. Nach 146 wäre sie keineswegs gesichert; dann würde in langer Prozedur eine neue Verfassung geschrieben, und niemand weiß heute, ob am Ende ein föderalistischer oder ein zentralistischer Staat stünde.« □

»Kriegsverbrecher« kommen in England vors Gericht

Das britische Parlament hat jetzt die Möglichkeit geschaffen, daß Männer und Frauen, die nach 1945 nach Großbritannien eingereist sind und die britische Staatsbürgerschaft angenommen haben, wegen »Kriegsverbrechen« vor Gericht gestellt werden können. Bislang war dies nicht möglich, da nach britischem Recht ein Brite keine Kriegsverbrechen begangen haben konnte und von daher auch kein Gerichtsverfahren gegen ihn eingeleitet werden konnte.

Wie verlautet, soll sofort gegen drei Greise, die während des Zweiten Weltkriegs auf deutscher Seite kämpften, eine derartige Anklage vorbereitet werden. Gegen 75 andere, hauptsächlich Balten, würden jetzt die Ermittlungen aufgenommen. □

Rente für Ausbildung bei der Deutschen Wehrmacht

Nach den vielen seltsamen Gerichtsentscheidungen der vergangenen Monate, endlich mal wieder eine positive. Wie das Bundessozialgericht jetzt entschied, gilt die Teilnahme an einem Wehrertüchtigungslager der ehemaligen nationalsozialistischen Parteiorganisationen als »militärischer Dienst«. Diese Zeit müsse daher rentensichernd als Ersatzzeit auf die gesetzliche Rentenversicherung angerechnet werden. □

Nachhilfe für Hausbesetzer durch die RAF

Daß RAF-Terroristen auch nach zwölfjähriger Haftzeit nicht unbedingt geläutert sein müssen, zeigt der Fall Roland Mayers. Die dänische Polizei glaubt, daß militante Hausbestzer in Kopenhagen Kontakte in die deutsche Terrorszene und hier besonders zu Roland Mayer haben, der seit Dezember 1988 wieder auf freiem Fuß ist.

Bei der Stürmung zweier besetzter Häuser in Kopenhagen fand die Polizei auch ein Protokoll über ein Treffen Mayers mit Hausbesetzern in Kopenhagen am 7. Oktober des vergangenen Jahres. Nach Auswertung dieses Protokolls glaubt die dänische Polizei, daß der RAF-Terrorist eine Art Berater für den militanten Teil der Hausbesetzer-Szene sei, der möglicherweise sogar Terror-Anschläge vorbereite. Die Hausbesetzer sagen dagegen, daß Mayer lediglich über die Lage der RAF-Gefangenen in deutschen Gefängnissen berichtet habe. □

Genscher will die Wende zur SPD

Einer der Hauptverlierer der DDR-Wahlen ist auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher. Der frühere FDP-Vorsitzende hatte »ganz fest« mit einem Sieg der SPD bei den Volkskammerwahlen Mitte März gerechnet, der dann auch »Auswirkungen auf die politische Landschaft in der Bundesrepublik« haben werde. Nicht zufällig sei der Vorsitzende der Ost-SPD, Ibrahim Böhme, von »Wendelin« Genscher empfangen worden.

Wie weiter zu erfahren war, soll der »heimliche Vorsitzende der FDP« geplant haben, nach einem klaren Wahlsieg der Ost-SPD seine Partei zu veranlassen, ohne Koalitionsaussage in die im Dezember dieses Jahres stattfindenden Bundestagswahlen zu gehen. Die Argumentation sollte wie folgt lauten: Die West-CDU habe sich unfähig gezeigt, mit einer von der Ost-SPD geführten DDR-Regierung die notwendigen Schritte zu einer möglichst raschen Wiedervereinigung »der beiden deutschen Staaten« durchzuführen.

Da diese größte Aufgabe des deutschen Volkes seit Beendigung des Wiederaufbaus« aber nicht an parteipolitischem Gezänk scheitern dürfe, wollte Genscher den Informationen zufolge »die von einem Sieg der Ost-SPD ausgehende Sogwirkung für die West-SPD« ausnutzen und seine Partei und nicht die Grünen als Koalitionspartner der SPD aufbauen. Nach dem Sieg der konservativen »Demokratischen Allianz« (DA) in der DDR seien nun aber die Bundestagswahlen zugunsten der CDU gelaufen und eine Ablösung Kohls nur über eine sogenannte »Ampel-Koalition« von SPD, FDP und den Grünen zu erreichen, die aber von allen Beteiligten verneint werde.

Also bleibe der FDP, um in der nächsten Legislaturperiode auch noch an der Regierung beteiligt zu sein, nichts anderes übrig, als bei der CDU zu bleiben, was Genscher »gewaltig gegen den Strich« gehe. Dies sei dann auch der Grund gewesen, warum der Bundesaußenminister am Abend der Volkskammerwahl unsichtbar blieb und nichts von sich hören ließ. □

Die Jagd auf Dr. Hamer geht weiter

Die Jagd auf den Kölner Krebsarzt Dr. Ryke Geerd Hamer, dem vor einigen Jahren die Approbation entzogen wurde und dessen »Eiserne Regel des Krebs« bis heute nicht nachgeprüft wurde, geht weiter. Erst kürzlich führte die Kölner Staatsanwaltschaft die vierte Hausdurchsuchung bei Hamer durch. Der Vorwurf lautet auf Körperverletzung, da Hamer, ohne hierzu berechtigt gewesen zu sein, einen jungen Mann aus Hamburg behandelt haben soll. Laut der Staatsanwaltschaft soll Hamer im Rahmen der Behandlung dem an Krebs erkrankten jungen Mann abgeraten haben, entgegen dem Rat der ihn bislang behandelnden Ärzte (alles Schulmediziner) keine Chemotherapie an dem mit Krebs befallenen Bein durchführen zu lassen. Wenig später habe dem jungen Mann dann aber das Bein amputiert werden müssen, was, so die Staatsanwaltschaft, nicht notwendig gewesen wäre, hätte der Mann auf den Rat seiner Ärzte gehört.

Hamer bestreitet diese Vorwürfe. Vielmehr habe er dem jungen Mann nur von seinen Forschungsergebnissen – wonach dieser auf einem tiefgreifenden Konfliktschock beruht und nach Lösung dieses Schocks von alleine wieder ausheilt, sehr vereinfacht ausgedrückt – erzählt, ihm zur Ruhigstellung des Beines eine Schiene dagelassen und ihm abgeraten, das Bein amputieren zu lassen. Er hätte den jungen Mann aber keineswegs behandelt.

Die ermittelnde Staatsanwältin Mösch ist aber anderer Meinung und schrieb Personen, deren Adressen bei der Hausdurchsuchung gefunden wurden und die sich an Hamer um Rat gewandt hatten, an und wollte wissen, inwieweit Hamer sie behandelt habe. Frau Mösch wollte von einer Dame sogar wissen, ob Dr. Hamer ihr sein Buch verkauft habe – es muß erwähnt werden, daß dieses Buch in jeder Buchhandlung gekauft werden kann und nicht etwa auf dem Index steht –.

In einer Aktennotiz hielt ein von Frau Mösch angeschriebener Mann fest, er habe bei dem Verhör den Eindruck gewonnen, »daß Frau Oberstaatsanwältin Mösch den Fall Hamer sehr hoch aufhängen möchte und Dr. Hamer zum Staatsfeind erklärt haben möchte. Insbesondere habe sie die Hausärztin des Herrn S. sehr aggressiv angegangen und verlangt, sie solle umfassend Auskunft geben. Die Kölner Staatsanwaltschaft verneint dies natürlich und besteht darauf, daß Hamer nicht anders behandelt werde, als alle anderen auch, gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft. □

Hetze gegen einen Arzt

Hans-Joachim Gerdesheim

Man muß sich als Arzt nicht unbedingt gegen die Schulmedizin stellen, um Schwierigkeiten zu bekommen, es reicht schon eine unliebsame politische Meinung aus, die Approbation entzogen zu bekommen. Beispiel hierfür ist der im schleswig-holsteinischen Sörup praktizierende praktische Arzt Hans Pedersen.

»Die Verfolgung politischer Gegner wegen gemeinrechtlicher Delikte wie Mord, Diebstahl, Untreue ist als politische Justiz viel gebräuchlicher als die Verfolgung wegen rein politischer Vergehen wie Landes- und Hochverrat.« Dieses Zitat stammt von dem angesehenen Völkerrechtler Professor Grimm, der in seinem Buch »Politische Justiz – Die Krankheit unserer Zeit« weiter schreibt:

»In den Prozessen geht es darum, daß eine bestimmte politische Einstellung betraft werden soll. Man greift deshalb meistens zu der Methode, daß ein strafbarer Tatbestand unterschoben oder aufgebauscht wird, um das sonst nicht zu begründende politische Urteil als Straftat hinstellen zu können ... Bei den politischen Prozessen ist daher immer ein Doppeltes zu unterscheiden, der eigentliche politische Prozeß um den es in Wirklichkeit geht, und der immer ein Machtakt gegenüber dem politischen Gegner ist, und den Tatbestand des Strafgesetzbuches, den die Urheber des Prozesses entlehnen, um dem Prozeß nach außen eine Rechtsform zu geben.

Der eigentliche politische Prozeß entbehrt des konkreten Tatbestandes. Denn es darf im Rechtsstaat einen derartigen politischen Prozeß schon deshalb gar nicht geben, weil es sich in diesen Fällen immer um ein Meinungsdelikt handeln würde, die Verfolgung eines Meinungsdeliktes aber nicht zulässig ist. Der Tatbestand des politischen Prozesses ist einfach und brutal: ›Ich habe die Macht, Du bist mein politischer Gegner. Du bist mir unbequem. Ich will Dich vernichten.‹ Alles andere ist juristische Form, ist Mißbrauch der Justiz zu politischen Zwecken.«

Diese etwas längere Einleitung kennzeichnet leider nicht nur das Vorgehen der Justiz in totalitären Staaten, sondern auch das, was derzeit in der Bundesrepublik geschieht. Hintergrund ist – wie sollte es auch anders sein – der Holocaust.

Ist es bisher üblich gewesen, Leute, die die millionenfache Vergasung der Juden bezweifelten, wegen »Beleidigung«, »Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener«, »Volksverhetzung« und anderer »Gesetzesverstöße« zu Geld- und sogar Haftstrafen zu verurteilen, so hat sich die schleswig-holsteinische Justiz jetzt etwas besonderes ausgedacht.

Drohen mit der Psychiatrie wie beim KGB

Dem in Schleswig-Holstein praktizierenden dänischen Arzt Hans Pedersen, der es wagte, anhand des Leuchter-Berichts den Wahrheitsgehalt der angeblichen »gesicherten historischen Erkenntnis« von sechs Millionen von den Nationalsozialisten ermordeter Juden zu bezweifeln, wurde kurzerhand das Ruhen der Approbation angeordnet.

Begonnen hatte alles im vergangenen Jahr, als der schleswig-holsteinische Sozialminister Uwe Jansen (SPD) mit Unterstützung des Geschäftsführers der Ärztekammer, Karl-Werner Ratschko, das Ruhen der Approbation Pedersens betrieb. Beide stimmten darin überein, daß ein Arzt »unwürdig« sei, wenn er die Existenz von Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern bestreitet.

In einem Schreiben vom 19. Oktober 1989 forderte Jansen den Mediziner auf, sich psychiatrisch untersuchen zu lassen und schlug gleichzeitig einige diesbezügliche Termine vor – nachdem eine vorher durchgeführte amtsärztliche Untersuchung keine Anzeichen für eine Geisteskrankheit erkennen ließ –. Im November 1989 ordnete der SPD-Minister dann das Ruhen der Approbation Pedersens und die sofortige Vollziehung der Anordnung an. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung wurde dem Mediziner ein Zwangsgeld von 5.000 Mark (Höchstsatz) angedroht.

Hiergegen hatte Pedersen natürlich Klage beim Verwaltungsgericht Schleswig erhoben. Wie sich zeigte, erfolglos. Lediglich bei der sofortigen Vollziehung des Ruhens der Approbation bekam Pedersen Recht; so heißt es in der Entscheidung »Von Verfassungs wegen liege es jedenfalls nahe, für die Dauer des vorläufigen Rechtsschutzverfahrens ... von Maßnahmen des Verwaltungszwanges abzusehen ... Auch wäre beim Schritt in den eigentlichen Vollzug zu bedenken gewesen, daß dem Antragsteller (Pedersen) kein Fehlverhalten in seinen behandlungsbezogenen Arztpflichten vorgeworfen worden ist.«

Die seltsamen Wege des Rechtsstaates

»Die in den Anklageschriften angeführten Äußerungen des Antragstellers über die grauenvollen, systematischen Massenmorde an Millionen von Juden in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches sind dem ärztlichen Berufsbild (vgl. § 1 Abs. 1 BÄO) entgegengesetzt, wie der Antragsteller zutreffend in der Ruhensanordnung im Einzelnen ausgeführt hat.«

Pikant an dem Fall ist folgendes: Bei der Richterin Dessau, die ebenso wie die Richter Petter und Dieckhoff an der Entscheidung beteiligt war, soll es sich nach Angaben der »Söruper Rundschau«, einer regelmäßig von Pedersen herausgegebenen Zeitschrift, um eine Jüdin handeln.

Weiter heißt es in der Entscheidung: »Gerade von einem Arzt, dessen Aufgabe es ist, Leiden zu heilen oder zu lindern, Leben zu erhalten und zu schützen, wird erwartet, daß er weder verachtende, verhöhnende, herabsetzende und beleidigende Äußerungen über andere Rassen von sich gibt, noch Menschengruppen, die in besonderem Maße Leiden und Qualen erdulden mußten, in der dargestellten Weise diskriminiert.«
Pedersen stellte die verständliche Frage: »Wenn es für die Würde des Arztes unverzichtbar ist, ›Leben zu erhalten und zu schützen‹ – warum ruht dann nicht die Approbation von Tausenden von Ärzten, die ungeborenes Leben vernichten und an Abtreibung verdienen?«

Wie seltsam die Wege des »Rechtsstaats« Bundesrepublik sind, sollen folgende Äußerungen Pedersens darstellen: »Hintergrund der ganzen Affäre ist eine jahrelange Hetzkampagne gegen mich und meine Familie. Mein Kollege Dr. Grünewälder verbreitete 1985 einen vor Verleumdungen strotzenden Zeitungsartikel über mich (so bezeichnete Dr. Grünewälder Pedersen unter anderem als ›Nazi-Arzt‹ und warf ihm vor, aktiv am Schmuggel von Nazi-Literatur von Dänemark nach der Bundesrepublik beteiligt zu sein; der Verfasser).

In der Zwischenzeit haben sich unter Führung unserer beiden Dorfpastoren Muhs und Krull verschiedene antifaschistische Grüppchen gebildet, wobei sogar die Unterstützung von Terroristen propagiert wurde. Wohnhaus und Praxis wurden mir mehrfach mit Parolen besprüht, alle möglichen Anklagen mit Meineid und falschen Zeugenaussagen zusammengebastelt. Dies erreichte den Höhepunkt nach dem Urteil gegen Dr. Grünewälder: eine Nachbarin legte sich auf den Boden und behauptete, ich hätte sie bewußtlos geschlagen.

Mein werter Kollege, sein Sozius beziehungsweise dessen Ehefrau attestierten entsprechend, und es wurden erneut Hetzveranstaltungen im Pastorat gegen mich abgehalten. □

Ein nationales politisches Programm

Klaus Randers

Als eine der wenigen recht agilen Bewegung des nationalen deutschen Lagers entpuppt sich seit einiger Zeit der »Verein zur Förderung Deutscher Interessen in Garching. Nun ist im Rahmen der Arbeit dieses Vereins von dem Gründer der Wissenschaftlichen Buchgemeinschaft, Professor Ernst Anrich, unter dem Titel »Das ist erforderlich – Denkschrift für ein nationales politisches Programm« eine sehr interessante Ausarbeitung erschienen, die nachfolgend kurz vorgestellt werden soll. Um die Aussagen von Professor Anrich möglichst unverfälscht darzustellen, wird im folgenden die chronologische Reihenfolge des Buches eingehalten.

Im Vorwort begründet Professor Anrich die Notwendigkeit einer derartigen Denkschrift. Durch die von den etablierten Parteien durchgesetzten Schwierigkeiten zur Gründung einer neuen Partei sowie aufgrund der subjektiven Eitelkeiten der jeweiligen Parteigründer »hat sich deshalb ein kleiner Kreis von Besorgten entschlossen, ohne jede Rücksicht auf Wahlerfolge, das heißt Wählerneigungen, oder sonstige Gefährdungen, also in voller Unabhängigkeit, nachfolgend das vorzulegen, was nach seiner Meinung objektiv geschehen müßte, um dieser weit fortgeschrittenen Gefährdung unseres Volkes entgegenzutreten.

Im Punkt 1 (»Zur biologischen Bewahrung des deutschen Volkes und Volkstums«) geht Professor Anrich auf die jeweiligen Grundlagen eine jeden Volkes ein und zeigt auf, wie gefährlich die überbordende Zahl von Fremdarbeitern nicht nur für die deutsche Kultur, sondern auch für die des jeweiligen Heimatlandes des Fremdarbeiters ist. Auch weist Professor Anrich nach, daß das Zurücksenden von Gastarbeitern absolut nichts mit unmoralischem Handeln zu tun hat.

»Kein Fremdarbeiter ist gekommen, und das mit vollem Recht, um Deutschland zu ›helfen‹, sondern um sich zu helfen durch die hier zur Verfügung stehende Arbeit und deren Entlohnung. Diese Gegenseitigkeit schafft keine moralischen überwirtschaftlichen Überschüsse.« Auch müsse der jetzt bereits zum Teil gegebene Anspruch auf Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft »ausdrücklich ausgeschlossen« werden, da für die deutsche Staatsangehörigkeit das Abstammungsprinzip gelte und nicht wo er geboren sei.

Die Grundlagen unseres Volkes

Punkt 2 lautet »Zur geistigen Sicherung der Bewahrung und Entfaltung unseres Volkes« und beinhaltet die Bildungspolitik. So schreibt Professor Anrich: »Die Menschen eines Volkes sind von Natur aus in unterschiedlicher Weise begabt. Die derzeitige Behauptung von der Gleichheit und der daraus gefolgerten notwendigen formellen äußeren Chancengleichheit der Menschen ist, so ›human‹ sie gemeint ist, durchaus diesen verschiedenen Begabungen gegenüber objektiv inhuman und hat subjektiv für viele einzelne davon Betroffene inhumane Folgen.«

Eine sei zum Beispiel »die Überfüllung der höheren Schulen und insbesondere der Universitäten. Und zwar die Überfüllung mit den diesen Aufgaben aus ihrer anderen Begabung nicht Gewachsenen sowie mit der Erzeugung von Zehntausenden trotz abgelegten Abiturs wegen völligen Mangels der Ausbildungsplätze an Hochschulen und Universitäten nicht zum Studium Zugelassenen.« Wichtiger sei vielmehr die zweckgerichtete Ausbildung, der vor allem die Vermittlung von einem ausgeprägten Allgemeinwissen vorangeht, ohne das viele Gymnasiasten mit einem Notendurchschnitt von 1,1 Prozent dennoch nicht für ein Studium geeignet seien.

Ein besseres Allgemeinwissen ist gefragt

Ein weiterer Grund für das nachlassende Bildungsniveau sei auch, daß die Möglichkeit zur Wahl und Abwahl bestimmter Fächer vielfach von den Schülern gerade nicht zur Vorbereitung größerer spezieller Leistungsfähigkeit gewählt werde, sondern »bilanziert« nach dem möglichst leichten Durchkommen zum und sodann durch das Abitur.

Notwendig ist freie Geschichtsforschung

Punkt 3 dieser Schrift lautet wie folgt: »Die volle Herstellung der Freiheit des Denkens, des Fragens, des Erforschens und des Zur-Erörterung-Stellens«. In diesem Punkt weist Professor Anrich nach, daß trotz immer wieder geäußerter gegenläufiger Meinungen, die Bundesrepublik sei der bislang freiheitlichste Staat auf deutschem Boden, dies eben nicht der Fall ist. »Jedenfalls auf politisch-weltanschaulichem, geisteswissenschaftlichem Gebiet. Darin wieder insbesondere in der Einschränkung der freien Geschichtsforschung und der freien Darlegung aller ihrer Erarbeitungen.«

Auch habe keineswegs jeder das Recht, sich aus zugänglich gemachten Forschungen und Quellen ungehindert zu unterrichten über den Stand dieser Fragen. Denn die umfangreichen und in wichtigen Veröffentlichungen durchaus mit wissenschaftlichen Methoden erarbeiteten Kritiken an diesen Meinungen über die Kriegsschuldfrage, die Einzigartigkeit der Kriegsverbrechen ... werden, veranlaßt durch eine, bis zu einem gewissen Grade unsichtbare, aber wirksame Machtregie, in den Medien nicht besprochen, im Buchhandel nicht ausgelegt – also vielen ohne Berücksichtigung ihres Rechtes auf freien Zugang entzogen.«

Dies betreffen beispielsweise auch das Leuchter-Gutachten, in dem der einzige amerikanische Gaskammerexperte zu dem Schluß kommt, in Auschwitz, Birkenau und Majdanek seien keine Menschen vergast worden, als auch andere in diese Richtung gehende. Da die Sechs-Millionen-Zahl »allgemein anerkannt« sei, bedeute ein Leugnen dieser Zahl die Beleidigung eines ganzen Volkes. Und schon sei unter Umgehung der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Forschung eine Möglichkeit zur Untersagung derselben gefunden worden. »Das Ergebnis in beinahe der gesamten Bevölkerung: Unvollständigkeit des Wissens, teilweises Frageverbot der Vervollständigung, damit erzwungener Wissensverzicht, damit angenommener Wissensverzicht.«

Professor Anrich stellt die berechtigte Frage, wenn also dies und vieles andere wirklich so abgesichert sei, »so bedarf dies alles doch keiner tabumäßigen und zum Teil gesetzlich geschützten Dogmatisierung, sondern es kann den Kritikern und Zweiflern mit der vollen Aufdeckung der Geschehnisse und der Berechnungen siegend begegnet werden«.

Die Medien und die Mehrheitsmeinung

In Punkt 4 wird »Mehr Demokratie in Presse, Rundfunk und Fernsehen« gefordert. Angesichts der immer enger zusammenrückenden Welt und der Vielzahl der Geschehnisse sei der Einzelne gar nicht mehr in der Lage, die ganzen Informationen hierüber alleine zusammenzutragen, sondern sei vielmehr auf die Medien angewiesen. »In dem größten Teil der Presse wird diese dritte Pflicht, die Scheidung zwischen objektiven und allseitigen Bericht und subjektiver Bearbeitung, nicht vorgenommen und dadurch schon die erste Pflicht, der objektiven allseitigen Berichterstattung, verletzt.«

Auch werde nur über das berichtet, was ins eigene vorgeschrie-

Ein nationales politisches Programm

bene Weltbild passe. So werde beispielsweise über einige Prozesse, so den Zündel-Prozeß in Kanada und den Ochsenberger-Prozeß in Österreich, überhaupt nicht berichtet. Und dies, obwohl in Meinungsumfragen oftmals eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung, die eigentlich die Demokratie ausmachen, zu vielen Punkten eine ganz andere Mehrheitsmeinung herrscht, als in den Medien und den Parlamenten vorgetragen.

»Jedoch«, so Professor Anrich, »die hinter der Presse stehende riesige Kapitalmacht macht es so gut wie unmöglich, andere Zeitungen dagegen zu gründen. Im Gegenteil: Es verschwinden immer mehr selbständige Blätter; und sie macht es zweitens denen diese Presse so Beherrschenden möglich, durch das bewußte Weitertreiben aller noch so berechtigten Klagen wegen Nichtobjektivität oder bewußter Rechtsverletzung bis in die höchste Gerichtsinstanzen für Kläger das Klagen unmöglich zu machen wegen des Zeitaufwands und vor allem der unter Umständen entstehenden ungeheuren Kosten.« Das gleiche gilt sinngemäß auch für Fernsehen und Rundfunk.

Punkt 5 beinhaltet die »Sicherung der deutschen Sprache« und Punkt 6 die »Sicherung der deutschen Landwirtschaft und des Bauerntums«. So sei die Zahl der Bauernhöfe von 1960 bis 1987 von 1.355.000 Höfe auf etwa 682.900 zurückgegangen und die Zahl der im Bauerntum verwurzelten Menschen im gleichen Zeitraum von etwa fünfeinhalb Millionen auf nur noch 2,8 Millionen.

Mehr Demokratie im Staat

Erforderlich sei die »sofortige Einsetzung der Mittel, die bisher zum Aufkaufen der nicht absetzbaren Überproduktion oder zum Stillegen von Bauernhöfen und Bodenflächen aufgebracht worden sind, zur Unterstützung dieser Umstellung der landwirtschaftlichen Produktionsweise von einer chemisch verdorbenen auf gesund erzeugte Produktion. Das heißt: Ausgleich der anbefohlenen Minderung der Erträge durch Zuschüsse zu den dadurch etwas teurer werdenden Angeboten, bis der normale Einbau von echt erforderlichem Preis in die gesamte wiedergesundete innere Handelsorganisation von Verkauf und Kauf stattgefunden hat.«

Punkt 7: »Zur Herstellung der wirklichen Demokratie: mehr Demokratie im staatlichen Leben«. »Es ist der Grundsatz der Demokratie, daß die Bestimmung der Politik vom gesamten Volk, allen seinen mündigen Einzelnen auszugehen hat, daß die ›Souveränität‹ voll auf dem Volk und, für diese Handeln, bei den im Augenblick lebenden Volkszugehörigen liegt.«

Tatsächlich sei aber die Mitwirkung des Volkes überaus begrenzt, nämlich nur auf die alle paar Jahre stattfindenden Wahlen. Auch die Parteien, die laut Artikel 21 des Grundgesetzes eigentlich »bei der politischen Willensbildung des Volkes« mitwirken sollen, sind »in Wirklichkeit inzwischen zu beinahe staatlichen allein dies wirkenden Organen geworden. Dies ist daran erkenntlich, daß sie vom Staat, also allen Steuerzahlern, auch denen, die sie nicht wählen oder nicht wählen möchten, durch Millionen Wahlkampfkostenhilfe nicht unterstützt, sondern weitgehend ermöglicht und durch diese selbstbeschlossene Stärke gegen Versuche neuer Parteibildungen weitgehend gesichert werden.«

Die Abhängigkeit von der Partei

Und auch der Abgeordnete, der eigentlich nur seinem Gewissen verantwortlich sein soll, werde dadurch, daß er einen Vollzeitberuf habe und nicht mehr seiner gelernten Tätigkeit nachgehen könne, weitgehend abhängig von der Partei, und damit sei das Abstimmungsverhalten weitgehend vorbestimmt. Auch falle die Entscheidung ohnehin bereits vorher in den Fraktionen, so daß die Bundestagsdebatten nur eine Alibifunktion gegenüber dem Volk hätten.

Dagegen ist nach Professor Anrichs Ansicht erforderlich, daß eine grundlegende Reform der Parlamentsarbeit dahingehend erfordern müsse, »daß der Abgeordnete wieder wenigstens bis zu einem gewissen Grad in seinem eigenen Beruf verbleiben kann. Daß dies nicht sachfremde Konstruktion ist, zeigt, daß die hessische CDU – zum Entsetzen weiter Kreise der CDU selbst und aller anderen Parteien – dies als Möglichkeit zu erwägen und schon zu bearbeiten wagt.«

Des weiteren spricht sich Professor Anrich für mehr Volksentscheide, für eine Senkung der Fünf-Prozent-Klausel auf drei Prozent (»Zur Verhinderung reiner Absurdparteien reicht dieser Schutz aus«), allgemein mehr wirkliche Demokratie aus. Nachfolgend führt Professor Anrich aus, wie das rechte Lager in der Bundesrepublik daran gehindert wird, sich zu einer starken politischen Kraft aufzubauen.

Sehr interessant sind Professor Anrichs Ausführungen zu Punkt 8 »Zur Industrie- und Arbeitsverfassung«. Fehlerhaft in der Entwicklung der Gewerkschaften sei folgendes geworden: »Durch die Erteilung einer solchen Autonomie an Teile entgegen der Tatsache, daß das, was zwischen ihnen entschieden wird, in keiner Weise nur sie selbst betrifft, sondern stets das Wohl, das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft, das Wohl aller. Die machtmäßige Überziehung, sei es von der Kapitalseite, sei es von der Arbeitskraftseite aus, kann zum Ruin der Volkswirtschaft, danach zum Ruin dieser Teile, danach zur Not aller Einzelnen führen.

Gewerkschafts-Imperalismus statt Demokratie

Die heutigen Gewerkschaften sind, trotz des Bestehens nur jeweiliger fachlicher Einheitsgewerkschaften und daraus einer gesamten Einheitsgewerkschaft, Zusammenschlüsse wiederum nur eines Teils der Arbeiterschaft von 90 Prozent bis 20 Prozent.

Wieso also überträgt die Tarifautonomie die Tarifpartnerschaftsfähigkeit nur den Gewerkschaften beziehungsweise der Gewerkschaft und somit nur einem Teil der Arbeiterschaft? Wieso ist es demokratisch berechtigt, daß Abstimmungen über Tarifverträge oder Streiks nur abgehalten werden in diesem gewerkschaftlich organisierten Teil der Arbeiterschaft eines Betriebs oder einer Betriebsbranche und nicht in und von der Gesamtarbeiterschaft des Betriebs, beziehungsweise der Betriebsart? Mit welchem demokratischen Recht versehen treten die Streikposten der Gewerkschaften dem arbeitswilligen anderen Teil nicht als Aufrufende zum Streik, sondern vielfach als mit Gewalt ihren Arbeitswillen Hindernde entgegen?

Das ist nicht Demokratie, sondern Imperialismus eines Teils, nach der Lage der Dinge: Gewerkschaftsimperialismus.«

Dies sowie das von den Gewerkschaften beanspruchte Eingriffsrecht durch Einsatz gewerkschaftlicher Machtmittel zu allgemein politischen Fragen (zum Beispiel Asylrecht, Schulgestaltung) führe zu einem politischen Mandat, das die Gewerkschaften eben nicht haben (dürften).

Notwendig sei von daher eine Beschränkung der Tarifautonomie und vor allem die Teilnahmeberechtigung eines dritten Tarifpartners bei den Tarifverhandlungen: nämlich Vertreter des Volkes, die darauf achteten, daß bei den Verhandlungen nicht der jeweils stärkere den schwächeren »über den Tisch ziehe«, sondern es zu einem Abschluß komme, der auch im Interesse der Gesamtheit liege.

Beim Punkt 9, dem »Problem der Arbeitslosigkeit«, plädiert Anrich dafür, die Voraussetzungen für den Erwerb von Arbeitslosenhilfe schärfer zu gestalten, vor allem was die Möglichkeit der Verweigerung einer neuen angebotenen Arbeitsstelle, auch an einem anderen Wohnort, betrifft. So müßte Arbeitslosen, die eine angebotene Stelle nicht antreten oder durch ihr Verhalten eine neue Entlassung provozieren, der Anspruch auf den weiteren Bezug von Arbeitslosengeld sofort ersatzlos gestrichen werden. Und die Sozialhilfe dürfte nur gegen entsprechende Arbeitsleistung für das Gemeinwohl gezahlt werden.

Etwas unüberlegt erscheinen dagegen die Gedanken zum Punkt 10 »Wiederherstellung der Rechtssicherheit«. Dort wird

auch die Todesstrafe gegen jeden Gewaltverbrecher, also auch für Entführer und Geiselnehmer, verlangt. Wenn aber bereits die Entführung oder Geiselnahme unter Todesstrafe gestellt wird, führt dies zwangsläufig dazu, daß der Kidnapper sein Opfer mit Sicherheit töten wird. Denn schließlich könnte es ihn identifizieren und damit zu einer Überführung beitragen. Also muß der Täter dieses Risiko aus seiner Sicht zwangsläufig ausschließen. Von daher ist in derartigen Fällen das »Steigerungsprinzip« der Strafe richtig und aufgrund des Schutzes der unschuldigen Opfer notwendig.

Probleme mit den Alliierten

Im Punkt 11 »Schärfste Überprüfung der Entwicklungshilfe« fordert Professor Anrich, daß Entwicklungshilfe nur noch zweckgebunden und an Staaten erfolgen darf, die eine freiheitliche Rechtssordnung haben; ausgenommen hiervon soll die »reine Hungerhilfe« bleiben.

Im Punkt 12 »Die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem deutschen Nationalstaat« weist Professor Anrich nach, daß die Zerreißung Deutschlands nach 1945 nicht nur auf einen Anti-Hitler-Effekt zurückzuführen, sondern vielmehr jahrhundertealtes Ziel der Gegner Deutschlands war. Zur Verhinderung der Wiedererlangung der Souveränität sei der Passus in den 1952 abgeschlossenen Deutschlandvertrag übernommen worden: »... werden die drei Mächte zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu verwirklichen: ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitliche demokratische Verfassung ähnlich wie die Bundesrepublik besitzt«. Und jetzt kommt es: »Und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist«! Damit habe man den Status quo für alle Zeiten festnageln wollen, da es die UdSSR nicht erlauben könne, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen, damit diese dann in den West-Pakt eintritt.

Wie – entgegen anderslautender Propaganda – friedliebend das Deutsche Reich in Wirklichkeit sei, zeige sich aus den Arbeiten dreier nichtdeutscher Historiker: Pirifim Sorokin berechnete vom 12. Jahrhundert bis 1925 die Kriegsjahre der führenden europäischen Nationen und hieraus die Anteile: Spanien 67 Prozent, Polen 58 Prozent, England 56 Prozent, Frankreich 50 Prozent, Rußland 46 Prozent, Holland 44 Prozent, Italien 36 Prozent und Preußen-Deutschland nur 28 Prozent.

Die europäische Kriegs-Statistik

Quincy Wright summierte die Kriege von 1480 bis 1940 auf 278. Hieran waren beteiligt: England zu 28 Prozent, Frankreich zu 26 Prozent, Rußland zu 22 Prozent, Spanien zu 23 Prozent und Preußen-Deutschland nur zu acht Prozent.

Kurt Arnade von der Universität New York zählte von 1480 bis 1956 382 Kriege: An 78 beteiligte sich England, an 73 Frankreich, an 64 Spanien, an 62 Rußland, an 52 Österreich, an 30 Polen und nur an 23 Preußen-Deutschland.

Bezüglich der Oder-Neiße-Grenze und der seit über 700 Jahren zum Deutschen Reich gehörenden Gebiete östlich hiervon weist Professor Anrich auf folgendes hin: »Am 5. Dezember 1952 faßte der Bundestag folgenden Beschluß: Die dem Friedensvertrag vorgreifenden Veränderungen des deutschen Staatsgebietes werden nicht anerkannt. Sie haben keine Rechtsgültigkeit. Die Wiedervereinigung Deutschlands darf sich nicht auf die Wiedervereinigung der deutschen Gebiete diesseits der Oder-Neiße-Linie mit der Bundesrepublik beschränken.«

Das Recht auf Heimat

Auch sei seit dem jüngeren Völkerrecht von 1928 eine einseitige Annexion völkerrechtlich verboten. Auch haben die Polen aufgrund ihrer eigenen Argumentation keinen Anspruch auf das jetzt immer wieder von ihnen ins Gespräch gebrachte »Besitzrecht« oder »Heimatrecht«. Bei der ersten Austreibung Deutscher durch Polen aus ihrem 1919 durch das Versailler Diktat an Polen übergebene Gebiet setzten sie als Mindestdauer der Entstehung eines Heimatrechts 150 Jahre fest, denn nur den Deutschen, die schon vor 1772 im Lande ansässig gewesen waren, sollte unmittelbares Bleiberecht zukommen – die Polen halten aber die deutschen Ostgebiete erst seit 45 Jahren besetzt –.

Welcher bundesdeutsche Politiker wagt es, den Polen und den Alliierten dieses obige ebenso wie das folgende zu sagen, daß nämlich Deutschland völkerrechtlich auf eine Wiedervereinigung in den Grenzen vom 31. August 1939 bestehen könnte, da die Eingliederung Österreichs und der Tschechoslowakei in das Deutsche Reich völkerrechtlich korrekt erfolgt und von den damaligen Staaten auch anerkannt wurde.
Im Punkt 13 »Die deutsche Europapolitik« fordert Professor Anrich, daß diese für alle Staaten offen sein muß und nicht nur auf westliche ausgerichtet sein dürfe. Auch dürfe kein Staat in dem Zusammenschluß benachteiligt werden, müsse Deutschland die volle Souveränität erlangen und damit ein gleichberechtigter Partner sein. Auch dürfe zugunsten der Europäisierung nicht auf das im Interesse der Deutschen liegende verzichtet werden.«

Im Punkt 14 »Das Grunderfordernis« gibt Professor Anrich noch einmal schlagwortartig die vorherigen Punkte wieder.

Das also ist in stark gekürzter Form der Inhalt der insgesamt 160seitigen »Denkschrift für ein nationales politisches Programm«. Aus Verständnisgründen wurden die Punkte, an denen Professor Anrich Kritik übt, größtenteils vorgestellt und weniger die Programmvorschläge. Diese ergeben sich aus den Kritikpunkten von ganz alleine. Insgesamt kann man wohl sagen, daß dies derzeit wohl der weitgehendste und ausgereifteste Programmentwurf seitens des nationalen Lagers ist und trotz einiger an ihm zu übender Kritikpunkte Basis für eine wahrhaft nationale Partei sein kann. □

Verein zur Förderung deutscher Interessen e.V., Postfach 1311, D-8046 Garching.



Wie geht es weiter mit der DM, Dollar, Yen, Schweizer Franken?

Wie ist die Konstellation der Deutschen Mark?

Welche Disharmonien erwartet die deutsche Währung?

Gibt es in den Jahren 1989 und 1990 Gefahren für die DM?

Ist es ratsam in den nächsten Jahren den Dollar zu horten oder US-Aktien zu erwerben?

Wird die Schweiz am europäischen ECU-Abenteuer teilnehmen?

Werden die Japaner letztendlich die USA wirtschaftlich und finanziell total kontrollieren?

Wird der japanische Yen den Dollar als Weltwährung ablösen?

Welche Rolle spielt die Weltbank in den kommenden Jahren?

Eine Dokumentation auf kosmobiologischer Basis versucht die kommenden Entwicklungen an der Börse zu untersuchen und Tendenzen für die Weltwährungen aufzuzeigen.

Was passiert mit dem Geld, den Aktien, welche Parallelen gibt es zu vergangenen Ereignissen. Dies sind die Themen der Dokumentation DIE ZUKUNFT DER WELTFINANZEN von Otto Munkwitz.

Die Dokumentation erhalten Sie für 60 DM bei

Otto Munkwitz
Kappenmühle 7
D-6403 Flieden.

Richard von Weizsäcker

Bewältigung der Vergangenheit

Alfred König

Am 15. April ist Bundespräsident Richard von Weizsäcker 70 Jahre alt geworden. Mit einem großen Medienspektakel ist der Jubilar geehrt worden. Ein Haupttenor lautete immer: Er hat international die letzten Zweifel an der Läuterung der Deutschen zerstreut. Durch seine Anerkenntnis, daß es zwar keine Kollektivschuld, so aber doch eine Kollektivverantwortung gebe, die Deutschen im Dritten Reich eine große Schuld auf sich genommen hätten, die bis heute noch nicht abgetragen sei und ein besonders behutsames Vorgehen der Deutschen auf dem internationalen Parkett notwendig mache, wurde er im Inland von den mächtigen Umerziehungsmedien und natürlich im Ausland von den dortigen etablierten politischen Kräften massiv unterstützt und zu einem quasi »Musterdeutschen« stilisiert. Dabei sieht die Wirklichkeit ganz anders aus: Richard von Weizsäcker hat dem deutschen Interesse so viel geschadet wie kein anderer Deutscher je vor ihm!

Nachfolgend eine ganz kurze Bilanz: So soll von Weizsäcker während der letzten Tage des Zweiten Weltkriegs, als hunderttausende sich mit letzter Kraft versuchten, die mordende, brandschatzende, plündernde und vergewaltigende bolschewistische Soldateska in ihrem Vormarsch zu stoppen und Millionen Zivilisten die Flucht aus den Ostgebieten in die vergleichsweise sicheren von den Westalliierten okkupierten Teile Deutschlands zu ermöglichen, nach fundierter Ausarbeitung eines Freiburger Historikers Fahnenflucht begangen haben.

Die Schattenseiten des Präsidenten

Dann hat er die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, die mehrere Millionen Tote forderte, verharmlosend als »erzwungene Wanderschaft« bezeichnet; die Niederlage des Zweiten Weltkriegs als »Tag der Befreiung« bezeichnet; und war nach erdrückenden Indizien als Regierender Bürgermeister Berlins und später als Bundespräsident auch weiterhin gesetz- und verfassungswidrig als Gesellschafter der Robert-Bosch-Stiftung tätig und nahm damit Einfluß auf die Geschäfte des Bosch-Unternehmens, das mittelbar an der Herstellung von »Gehirnen« für Lenkraketen für den Iran-Irak-Krieg beteiligt war; nachdem er bereits vorher bei dem Chemiekonzern Boehringer in leitender Stellung tätig war, als dieser das Mittel »Agent Orange« produzierte, mit dem die Amerikaner im Vietnam-Krieg tausende von Vietnamesen vergifteten.

Sympathien für die Linken

In seiner Rede zum 40. Jahrestag des Inkrafttretens der bundesdeutschen Verfassung sagte von Weizsäcker: »Am 8. Mai 1945 hat das Deutsche Reich bedingungslos kapituliert«, obwohl an diesem Tag lediglich die deutsche Wehrmacht kapitulierte. Dieses eine Wörtchen Unterschied hat aber große Konsequenzen. Während nämlich bei einer Kapitulation von lediglich der Wehrmacht das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. August 1939 völkerrechtlich fortbesteht, wäre dies bei einer Kapitulation des Deutschen Reichs vollkommen anders. Denn dann würde streng genommen der Frontverlauf an diesem Tag die Grenzen Deutschlands kennzeichnen, und Deutschland bestünde nur noch aufgrund der Gunst der vier Siegermächte.

Tiefen Einblick in das wahre Denken des Richard von Weizsäcker gibt auch ein Schreiben, daß er dem »Bündnis 90«, einem Zusammenschluß linker und linkester Vereinigungen in der DDR, anläßlich einer Großkundgebung Ende Februar dieses Jahres zukommen ließ. In diesem Schreiben drückte der Bundespräsident seine Bewunderung darüber aus, daß die drei im »Bündnis 90« zusammengeschlossenen Bewegungen – die Reste des Neuen Forums, Demokratie Jetzt und Initiative für Frieden- und Menschenrechte – gewaltlos die Freiheit erstritten hätten.

Wer ist nun dieses »Bündnis 90«? Alle drei darin zusammengeschlossenen Gruppen wollen die deutsche Wiedervereinigung erst in einer späteren, noch nicht übersehbaren Zeit. Fast zur selben Stunde, in der »Bündnis«-Gründer Jens Reich das Weizsäcker-Schreiben vorlas, verließen die wichtigsten Mitglieder des Neuen Forums in Dresden diese Gruppierung, weil sie »die linke Position der Führung des ›Neuen Forum‹ nicht mehr ertragen« konnten. Im übrigen wurde das Neue Forum von den bundesdeutschen Grünen mit 350.000 Mark unterstützt.

In einem Interview mit der »Financial Times« wandte sich der Bundespräsident gegen eine Festlegung auf Artikel 23 des Grundgesetzes als einzigen Weg zur Einheit West- und Mitteldeutschlands und kritisierte die »sehr eskalierte Debatte«. Eine überhastete Wiedervereinigung unter einseitigem ökonomischen Druck würde zu einem Gesamtgebilde mit einem in seinem Selbstbewußtsein kranken Teil führen. Bei der Wahl zur Volkskammer am 18. März zeigte das »Volk der DDR«, wie es die Linken immer nannten, dann aber, daß es sich als »Deutscher« fühlt und so schnell wie möglich zusammengeschlossen werden will.

Kritik an antideutschen Äußerungen

Wenig später erkärte von Weizsäcker, daß Deutschland keine Gebietsansprüche gegen Polen habe und die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze Polens sei – genaugenommen stimmt der erste Teil sogar, denn Polen erhebt Gebietsansprüche auf urdeutsche Gebiete und nicht Deutschland Anspruch auf polnische –. Und bei der an ihm erfolgten Verleihung des »Geusenpfennigs«, der in Erinnerung an den niederländischen Widerstand im Zweiten Weltkrieg verliehen wurde – der sich unter anderem darin äußerte, daß deutsche Säuglinge mit den Köpfen aneinandergeschlagen und dadurch getötet wurden –, erklärte von Weizsäcker im niederländischen Vlaarhingen, daß die Mittellage Deutschlands in Europa allzulange Grund für Spannungen gewesen sei und er von daher Sorgen der Nachbarstaaten vor einem wiedervereinigten Deutschland verstehe.

Wörtlich sagte der Bundespräsident: »Als Deutsche werden wir unseren Weg im klaren Bewußtsein der geographischen und historischen, der politischen und menschlichen Erfahrung gehen, daß unsere Schritte niemals uns alleine betreffen.« Vielmehr müsse die Wiedervereinigung im Sinne der europäischen Einigung erfolgen.

Bei seinem Besuch der Tschechoslowakei, dem ersten Besuch eines deutschen Staatsoberhauptes nach Ende des Zweiten Weltkriegs in der CSSR, wurde von Weizsäcker erneut nicht müde, sich zwar wiederum gegen eine deutsche Kollektivschuld auszusprechen, nichtsdestotrotz aber das »von den Nationalsozialisten im Namen Deutschlands begangene Unrecht« zu beklagen. Kein Wort fand von Weizsäcker dagegen über das von den Tschechen begangene Unrecht an den Deutschen, so zum Beispiel die Vertreibung von mehr als dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen und der Ermordung zigtausender.

Zwar muß zugestanden werden, daß sich der tschechische Präsident Havel und einige andere tschechische Politiker, so etwa der stellvertretende Ministerpräsident Carnogursky, bereits vorher ausdrücklich für die an den »Deutschen begangenen Grausamkeiten« entschuldigten, doch rechtfertigt dies nicht die von Weizsäcker erneut begangene einseitige Schuldzuweisung Deutschlands. □

Richard von Weizsäcker

Hohe Ehrung von der zionistischen ADL

Das offizielle Mitteilungsblatt des Rates der zionistischen B'nai B'rith-Loge in Südkalifornien, »B'nai B'rith Record«, berichtete unter der Überschrift »Joseph Award delivered – ADL team travels to Bonn to honor West German president« (»Josephpreis verliehen: ADL Team reist nach Bonn, um westdeutschen Präsidenten zu ehren«) in seiner Februar-Ausgabe 1990:



Die ADL (Anti-Defamation-League) der B'nai B'rith hat den Josephpreis für Menschenrechte an den westdeutschen Präsidenten Richard von Weizsäcker verliehen, den sie »das Gewissen seines Landes« nannte – ein Führer, der der »Wahrheit direkt in's Auge geschaut hat«.

Die Ehre wurde Dienstag, dem 5. Dezember, während einer Lunch-Zeremonie im Amtssitz des Präsidenten in Bonn von einer Delegation der ADL verliehen, der der nationale Vorsitzende der Liga, Burton S. Levinson, der nationale Direktor, Abraham H. Foxman, und der ehrenamtliche nationale Vorsitzende, Burton M. Joseph, vorstanden.

Präsident von Weizsäcker hat zahlreiche öffentliche Äußerungen gemacht, die, so Mr. Levinson, »resonieren mit der Führung im Interesse der Demokratie, die nationale Verantwortung für den Holocaust zu übernehmen, und er hat mutig und unmißverständlich darauf bestanden, daß seine Mitdeutschen aus der Geschichte lernen«.

Der Josephpreis für Menschenrechte, eine internationale Auszeichnung wird jenen verliehen, deren Lebenswerk »die Verbesserung menschlicher Beziehungen und die Wahrung oder das Wachstum der Menschenrechte« gewesen ist. Er wurde zum Gedenken an I. S. und Anna K. Joseph von deren Kindern, Burton M. Joseph und Betty Greenberg, gestiftet.

Während die Delegation der ADL in Bonn war, traf sie auch mit Beamten der westdeutschen Regierung, Beamten der amerikanischen Botschaft und jüdischen Gemeindevorsitzenden zusammen. Zu diesen zählten Dr. Jürgen Sudhoff, der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, und Heinz Galinski, Führer der jüdischen Gemeinde der Bundesrepublik. Die Abordnung reiste nach Berlin, um sich mit Herrn Galinski und anderen jüdischen Führern aus West- und Ost-Berlin zu treffen.

Die Gruppe der ADL war auch Gast eines Empfangs, der am Montag, dem 4. Dezember, vom amerikanischen Botschafter Vernon Walters zu ihrer Ehre gegeben wurde, sowie bei einem weiteren Empfang am Dienstag, dem 5. Dezember, dessen Gastgeber der israelische Botschafter Benjamin Navon war. Die Gruppe traf sich auch mit Beamten des Amtes von Kanzler Helmut Kohl.

Frühere Gewinner des Josephpreises sind Hubert H. Humphrey Golda Meir, Andrei Sakharov, Anatole Scharansky, Elie Wiesel, Menachem Begin, Roy Wilkins, Bayard Rustin, Henry M. Jackson, Isaac Stern, Zubin Mehta, Arthur F. Burns, Teddy Kollek und George P. Schultz. □



CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Alfred König, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE veröffentlicht Beiträge, die urheberrechtlich geschützt sind. Mit Namen gezeichnete Beiträge stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung und Auffassung des Verlages und der Redaktion überein; hierfür liegt die Verantwortung beim Autor. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf (abgesehen von den Ausnahmefällen der §§ 53, 54 UrhG, die unter den darin genannten Voraussetzungen zur Vergütung verpflichten) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden. Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehsendung, im Magnettonverfahren oder auf ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.
Alle Informationen und Berichte stammen aus zuverlässigen Informationsquellen, sind mit Sorgfalt recherchiert und werden veröffentlicht nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr. Verantwortlich für den Inhalt sind die jeweilig zuständigen Redaktionen in Washington und Leonberg.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Vertriebsleiter: Ferdinand C. Mentzen.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 30. Mai 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Karel Gott und der Kommunismus

Der in Österreich, Schweiz und in der Bundesrepublik verehrte Karel Gott mußte in den Niederlanden eine Tournee abbrechen, weil er dem Magazin »Prive« erklärt hat: »Ich bin mit vollem Herzen Kommunist. Ich spreche fließend Russisch... In höchstens sechs Jahren wird ganz Europa gezwungen sein, Russisch zu lernen, auch ihr Holländer, weil dann die Russen bestimmen, was in den Niederlanden passiert.« □

Vor einer neuen Völkerwanderung

Der Augsburger Bischof Stimpfle sieht eine neue Völkerwanderung auf Europa zukommen, »wie sie die Welt noch nicht erlebt hat«. Vor etwa 1100 Bundeswehrsoldaten sagte Stimpfle, in den nächsten 20 bis 30 Jahren seien etwa 120 Millionen Araber, Afrikaner und Asiaten in den europäischen Wirtschafts- und Kulturraum einzugliedern. Schon heute bewege sich eine »Woge von verzweifelten Arbeitssuchenden« aus der dritten Welt auf die wohlhabenden Länder zu. □

Die Seele von Mütterchen Rußland

»Das Reich hat seinen großen Geist verloren, denn es befindet sich in einer Krise. Aber die Seele der Nation ist lebendig, erhalten durch Mütterchen Rußland; nur Rußland ist ewig.« Mit diesen Bemerkungen begann Stanislaw Kunyajew, der Direktor des chauvinistischen russischen Monatsblattes »Nash Sovremennik« sein Inverview mit der italienischen Tageszeitung »La Repubblica«.
»Wir sind keine Nationalisten, denn Nationalismus ist nur etwas für kleine Nationen«, sagt er. »Wir sind Patrioten«, weil Patriotismus die Grundlage des russischen Reiches ist. »Viele Völker haben sich dem Reich des Zaren angeschlossen, um ihre Existenz abzusichern. Rußland bedeutete für sie Schutz, nicht Aggression. Diese Politik ermöglichte es, Rußland Tausende von Jahren zu überleben, während alle Reiche des Westens, von Karl dem Großen bis zum Dritten Reich, tausendmal zusammenbrachen. Geheiligt ist unser Geist der stärker ist als das Blut. Ein Geist, der zur Vereinigung und zur Gewinnung der Menschen fähig ist wie das Christentum. Rußland spricht in der Tat wie Jesus Christus: Kommt zu mir und habt Teil an meinem Geist.«

»Rußland sollte sich zuerst um sich selbst kümmern und dann um andere«, meint er. »Es war eine große Erleuchtung als die Mütter der Reservisten, die wegen der Krise im Kaukasus aufgerufen wurden, rebellierten und protestierten. Der Geist des Überlebens taucht wieder auf, zusammen mit einem neuen russischen, natürlichen und gesunden Egoismus.«

Kunyajew lobte die antisemitische Gruppe Pamyat als »eine etwas unkultivierte aber sehr patriotische Gruppe, die sehr nützlich werden kann«. □

China schickt mehr Truppen an die sowjetische Grenze

Die Chinesische Kommunistische Partei hat einen geheimen Plan ausgearbeitet, der damit beginnt, in diesem Frühjahr weitere 18 Divisionen Soldaten längs der chinesisch-sowjetischen Grenze aufmarschieren zu lassen, schrieb das Blatt »Cheng Ming«. Der Schritt spiegelt die wachsende Besorgnis in Peking über die politische Umwälzung in der UdSSR und Osteuropa und über die Möglichkeit eines neuen Aufstandes in China wider.

Das Blatt schreibt: »Informationen aus militärischen Kreisen, die ziemlich schockierend sein können, aber noch nicht bewiesen sind, besagen, daß die CKP bereits im Geheimen einen Plan aufgestellt hat, ab Frühjahr 18 Divisionen längs der chinesisch-sowjetischen Grenze ausschwärmen zu lassen. Eine strategische Stabsgruppe, die sich aus führenden Mitarbeitern des Hauptquartiers des Generalstabs, der Abteilung für allgemeine Logistik und anderer wichtiger Abteilungen zusammensetzt, traf insgeheim an einem wichtigen Abschnitt der chinesisch-sowjetischen Grenze ein.«
Die Spitzenführung der CKP hat auch beschlossen, die Beziehungen der Partei zu ihrem sowjetischen Gegenstück herabzustufen, heißt es in diesem Artikel. Die CKP hat auch verschiedene Dokumente herausgegeben, die sich mit der Krise des Sowjetblocks befassen: Erstens, eine Analyse der drastischen Veränderungen in Osteuropa und der Fall Rumänien; zweitens, Aussagen, die besagen, daß Gorbatschow für die Veränderungen in Osteuropa verantwortlich ist; drittens, die fünf Grundsätze als Leitlinie der Beziehungen zwischen den Völkern müssen immer noch zugrundegelegt werden, wenn man es mit Ländern des Ostblocks zu tun hat; viertens, osteuropäische kommunistische Parteien unterschieden sich von der CKP in der Art, in der sie Macht ergriffen, und daher kann man den Fall Rumänien und den »Zwischenfall« auf dem Tiananmen-Platz am 4. Juni 1989 nicht in einem Atemzug nennen; fünftens, die CKP besteht darauf, daß die Art und Weise wie der »Zwischenfall« vom 4. Juni angepackt wurde korrekt war; sechstens, wenn wieder einmal Unruhe in China ausbricht, muß sie unverzüglich und erbarmungslos niedergeschlagen werden; siebtens, es ist erforderlich eine Innenpolitik in die Tat umzusetzen im Hinblick auf die Beibehaltung der Stabilität, einschließlich einer strengen Preisüberwachung. □

Kritik am Antisemitismus der Pamyat

Die ukrainische nationale Bewegung Rukh weist warnend darauf hin, daß Kräfte in Moskau versuchen, Progrome gegen die ziemlich große jüdische Gemeinde der Ukraine zu organisieren. Die Warnung erfolgte, als der Führer der Rukh, Anatoli Dotsenko, auf einer Massenversammlung von 70.000 Menschen in Kiew, der größten Demonstration gegen den Antisemitismus, die jemals abgehalten wurde, sprach. Dotsenko warnte, daß »Moskauer Kreise« und »konservative Kräfte« versuchen auf ukrainischem Boden einen »extremen Nationalismus« und »Antisemitismus« anzuheizen, um »Spaltungen nationaler und religiöser Art« in der Ukraine herbeizuführen. Dotsenko verurteilte die russische chauvinistische Organisation Pamyat als beispielhaft für die Kräfte, auf die er sich beziehe.
Die Demonstration war die erste genehmigte Demonstration der Rukh-Bewegung, die erst am 9. Februar 1990 als legaler »formloser Verband« eingetragen worden war. □

Gorbatschows unbeschränkte Macht

Der Oberste Sowjet der Sowjetunion stimmte für eine Verstärkung der Macht für die Präsidentschaft Michail Gorbatschows. Gorbatschow hat damit mehr persönliche Macht über das sowjetische Reich als je ein Diktator zuvor. Dies dürfte eine der interessantesten Formen von Demokratie sein.

Wie aus Geheimdienstkreisen in Europa bekannt wurde, besteht das Schlüsselelement in dem neuen Gesetz darin, einen Präsidentschaftsrat, ein ausführendes Organ einzurichten, das an die Stelle des betehenden Präsidiums des obersten Sowjets tritt. Gegner des Gesetzes erklärten im Parlament in der der Annahme vorausgehenden Debatte, daß der neue Präsidentschaftsrat in Wirklichkeit »ein Politbüro auf präsidentialer Ebene« sein wird, wobei die traditionelle Herrschaft auf Parteibasis auf ein ausführendes Organ des Staates übertragen wird.
Obwohl noch keine Einzelheiten darüber bekannt sind, wer in der neuen Körperschaft tätig sein wird, kann davon ausgegangen werden, daß es eine Mischung von Zivil-, Militär-, und KGB-Personal sein wird. Kurz zusammengefaßt: Die Form für die diktatorische Herrschaft wird präsidential, in der Substanz aber eine ausführende Diktatur des zivilen-militärischen Präsidentschaftsrats sein. □

Untersuchung gegen Offiziere chinesischen der Armee

Gegen 1500 bis 3000 Offiziere der Volksbefreiungs-Armee wurde eine Untersuchung eingeleitet wegen ihrer Verwicklung in den Demonstrationen auf dem Tiananmen-Platz im Mai-Juni 1989.

General Xu Qinxian der 38. Armee, der Krankheit vortäuschte anstatt Truppen gegen die Demonstranten zu entsenden, sitzt jetzt eine lange Haftstrafe im Gefängnis von Qinchen ab. Mehr als 200 höhere Offiziere der zentralen Militärkommission, der Abteilungen für allgemeines Militärwesen und allgemeine Logistik und des Militärbezirks von Peking rieten alle von der Anwendung von Gewalt ab, ebenso wie sieben hohe im Ruhestand lebende Militärbeamte und Chinas einzige beiden noch lebende Marschälle.

Um mit den Schwierigkeiten in der Armee fertig zu werden, ordnet das kommunistische Regime an, daß die militärische Ausbildung zu 70 Prozent politisch und nur zu 30 Prozent militärisch sein soll.
In einem Kommentar in der »Liberation Army Daily« wird berichtet, daß die Entwicklungen in Osteuropa und in der Sowjetunion die Armee erschüttert hätten. »Erfolg oder Niederlage des Sozialismus ist zu einer Frage allgemeiner Besorgnis geworden. Einige Genossen sind ziemlich verwirrt über solche Fragen, wie die der Zukunft des sozialistischen Systems.« Es gibt Probleme bei der Unterstützung der Partei durch die Armee.

Präsident Yang Shangkun, dessen 27. Armee den Sturmangriff auf Tiananmen anführte, steht in der Armee deutlich unter Druck. Der Londoner »Observer« berichtet, Yang habe nur eine sehr begrenzte Kampferfahrung und seine Laufbahn sei politisch gewesen. Armeeführer sagten in Privatgesprächen, ihre Truppen hätten bei der Razzia auf Tiananmen nicht das Feuer eröffnet, oder die Panzer seien mit abgedeckten Geschützen gefahren.
Rekrutenanwerber für die Garnison Peking wurden im Frühjahr gewarnt, keine »gesetzlosen« Elemente, jene die an den Demonstrationen teilgenommen haben oder die gegen das sozialistische System »Unheil stiften«, heranzuziehen. Die Führung der bewaffneten Volksarmee, die vor einigen Jahren ins Leben gerufen wurde, um mit Bürgerunruhen fertig zu werden, wurde gesäubert und mit 20.000 regulären Soldaten verstärkt, nachdem das Kriegsgesetz in Peking »aufgehoben« worden war. □

Rumänische Opposition beklagt sich über Schwierigkeiten

»Zwei unserer Mitglieder wurden vor zwei Monaten getötet. Wir arbeiten unter enormen Schwierigkeiten«, erklärte Corneliu Coposu, Vorsitzender der größten Oppositionsgruppe in Rumänien, der Nationalen Bauernpartei. Coposu sagte, zwei Mitarbeiter seiner Partei seien in der Moldaustadt Bacau während einer landesweit abgehaltenen Demonstration zur Unterstützung der herrschenden Nationalen Rettungsfront zu Tode geprügelt worden.

Die größten Oppositionsparteien behaupten, verschiedene neue Parteien seien lediglich Tarnung für die Nationale Rettungsfront, die nach der gewaltsamen Dezember-Revolution zur Macht gekommen ist. »Es gibt ständig Bedrohungen und Angriffe. Vorgestern griffen Banden von organisierten Straßenlümmels einige unserer Hauptdienststellen in der Provinz an", berichtete Radu Campeanu, Vorsitzender der Liberalen Partei.
Die Oppositionsparteien wiederholten ihre Anschuldigung, daß sich die Front wie der ehemalige Diktator Ceausescu verhalten, der in der Revolution gestürzt und hingerichtet wurde.
»Wir hegen starke Befürchtungen, daß die Wahlen nicht fair sein werden«, sagte Campeanu, einer der fünf Vizepräsidenten der Interimsregierung. Er fügte hinzu, seine Partei plane an den Europarat in Straßburg zu appellieren, »ein paar Hundert Beobachter« zu den Wahlen zu entsenden. □

Sowjetisches Militär verurteilt faschistische Verleumder

Die stärkste Warnung seitens der sowjetischen militärischen Führung bis heute, daß die Dinge in der Sowjetunion zu weit gegangen seien, erfolgte in einer Zusammenfassung von Punkten in der Ausgabe der Tageszeitung des Verteidigungsministeriums »Krasnaya Zvezda«. Schwerpunkt der Anklage war eine von im Ruhestand lebenden Marschällen und Generalen, darunter Marschall Nikolai Ogarkow, unterzeichnete Erklärung, in der ein neuer Film mit dem Titel »Strafniki« (»Schießer«) scharf verurteilt wird. das Thema des Films ist das sowjetische Militär im Zweiten Weltkrieg, seine Brutalität und Ermordung von Deserteuren und Überläufern, die gegen das Militärgesetz verstoßen hatten.

Die mit »Wir Veteranen des großen vaterländischen Krieges« unterzeichnete Erklärung verurteilt die »Fälschung« der Kriegsperiode durch Direktor Lew Danilow. »Sogar die faschistische Propaganda hätte nicht so weit gehen können. Dies übertrifft sogar Goebbels.«

In der Erklärung wird gewarnt: »Wir geben den wlassowschen Deserteuren (der von General Wlassow kommandierten Armee von Überläufern der Roten Armee) gegenüber nicht klein bei.« Kategorisch wird festgestellt: »Solche Filme dürfen nicht das Recht haben auf der Leinwand vorgeführt zu werden.«

Die gleiche Ausgabe der »Krasnaya Zvezda« enthält einen längeren Artikel voller Unmut über die Tatsache, daß als Folge der inneren Unordnung und der blutigen Zwischenfälle innerhalb der bewaffneten Streitkräfte 59 Offiziere im vergangenen Jahr gestorben sind. Die Zeitung veröffentlicht auch einen Brief, in dem die liberalen Medien angegriffen werden, weil sie niemals etwas über »faschistische Schurken« schreiben, die auf den Gräbern sowjetischer Soldaten herumtrampeln.
Niemals zuvor sind bei Angriffen auf die Liberalen oder Kosmopolitiker diese als »Faschisten« etikettiert worden. □

Prinz Charles Ökologie-Pläne finden keinen Beifall

Am Vorabend der Ankunft von Prinz Charles in den Vereinigten Staaten im Februar wiesen britische Farmer mit überwältigender Mehrheit einen Vorschlag, die »chemische Landwirtschaft« auslaufen zu lassen und sie durch »organische Landwirtschaft« zu ersetzen, zurück. Auf einer Versammlung der National Farmers Union kanzelte ein Redner nach dem anderen den organischen Ackerbau ab und sagte, dies könnten sich nur die »wohlhabenden Wenigen« leisten und wies warnend darauf hin, daß ein Auslaufen der Benutzung von Chemikalien in der Landwirtschaft die Lebensmittelversorgung in Großbritannien ernsthaft gefährden würde.

Der Farmer Peter Needham aus Cheshire stellte fest: »Chemikalien sind absolut notwendig, wenn wir die Menschen hierzulande ernähren wollen. Hungrige Menschen sind nicht sehr grün.«

Ein anderer Farmer sagte, die Erträge an Steckrüben, Kartoffeln und Getreide würden in einem Jahr um 25 Prozent sinken und über einen Zeitraum von zwei Jahren um 45 Prozent, wenn die Verwendung von Chemikalien in der Landwirtschaft auslaufen sollte. Andere Redner warnten vor Lebensmittelknappheit falls eine bedeutsame Verschiebung hin zum organischen Ackerbau erfolgen sollte.

Die Prinz-Charles-Lobby in anthroposophischen Gruppierungen wie die British Organic Farmers and Organic Growers Association und der Soil Association wetterten gegen die Zurückweisung der organischen Landwirtschaft durch die National Farmers Union. Es sei »kurzsichtig« und »typische Reaktion der konventionellen Bauern, die vor Veränderungen Angst haben«. □

Ausländerwahlrecht

Entmündigung der Deutschen

Siegfried Gärtner

Staatsangehörige aus der Türkei können auch für ihre in der Heimat lebenden Kinder Kindergeld in der Bundesrepublik beanspruchen, wenn die Söhne und Töchter in der Berufsausbildung sind und monatlich über 750 DM verdienen. Das Bundessozialgericht in Kassel stützte sich dabei auf das deutsch-türkische Abkommen über die soziale Sicherheit.

Stellen Sie sich das einmal umgekehrt vor: Sie würden in der Türkei leben und der türkische Staat sollte für Ihre in Hamburg oder Stuttgart lernenden oder studierenden Kinder Kindergeld bezahlen. Nehmen wir einmal gesprächsweise wirtschaftliche Verhältnisse und Umstände an, die seit Jahrzehnten Millionen von Deutschen zur Niederlassung in der Türkei veranlassen würden.

Die Türkei steht nur als Beispiel

Nehmen wir ferner an, weitere Millionen von Mittel- und Nordeuropäern machten sich zum Wohnungswechsel nach Anatolien und an den Bosporus bereit, weil die wirtschaftliche Lage dort einen solchen Schritt als überaus vorteilhaft erscheinen ließe. Setzen wir weiterhin voraus, der türkische Staat wäre bisher den Einwanderern in großzügigster Weise durch Kindergeldzahlungen und ein dichtes soziales Netz entgegengekommen.

Nun würden diese Einwanderer auch noch volle politische Rechte und die doppelte Staatsbürgerschaft verlangen.

Wir können ganz sicher sein, daß beim geringsten Widerstand des türkischen Volkes gegen eine solche Entwicklung dieselben Massenmedien, die die Deutschen heute ununterbrochen beuteln und madig machen, lautstark ihr tiefgefühltes Verständnis für den türkischen Protest verkünden würden.

Von Abwehr des Neo-Kolonialismus wäre da die Rede, von teutonischer Anmaßung, von grober Mißachtung des Gastgeber- und Verletzung des Gastrechts, von der skrupellosen Überfremdung einer bodenständigen Kultur durch kalten Wirtschaftsimperialismus.

Die Türkei steht hier nur als Beispiel. Wir können ebensogut jedes andere Land Südeuropas oder der »dritten Welt« einsetzen. Die publizistische Reaktion wäre dieselbe. Niemand würde die Türken oder andere Gastvölker in solchem Falle der Fremdenfeindschaft, des Rassismus, der Intoleranz bezichtigen, sondern die Zensuren würden jeweils umgekehrt verteilt. Niemand käme je auf den Gedanken, von der Türkei zu fordern, sie hätte jede Art von Überfremdung ihres Volkes und Landes als selbstverständliche Sühne für historische Sünden klaglos hinzunehmen. Niemand würde dabei den moralischen Knüppel vom »türkischen Völkermord an den Armeniern« hervorziehen, um das Gastgeberland knieweich zu klopfen und jede Art von Kapitulation zu erpressen.

Im Gegenteil: Gerade in diesen Monaten erleben wir, wie die gleichen Politiker und Massenmedien, die volksbewußten Deutsche niedermachen, die Litauer, Letten und Esten bewundern und bestärken, die ihre durch sowjetische Gewalt unterdrückte nationale Identität wieder erringen wollen.

An dieser Stelle sei eine Zwischenbemerkung gestattet: Hier ist weder die Zeit noch der Ort, das Vorgehen der Türken gegen ihre armenische Minderheit im Jahr 1915 historisch zu untersuchen oder gar moralisch zu werten. Skepsis ist am Platze, denn die Türkei war im Ersten Weltkrieg ein Verbündeter des Deutschen Reiches, und die antideutsche Greuelpropaganda lief schon damals auf Hochtouren.

Es ist die deutsche Existenzfrage

Aber eines erscheint jedenfalls sicher: Ein Ausländer, der sich unterstünde, durch die Türkei zu reisen und dabei ständig auf den »Armeniermord im Ersten Weltkrieg« hinzuweisen, täte gut daran, einen dicken Verbandskasten mitzunehmen, wahrscheinlich aber würde er die türkische Grenze nicht mehr lebend erreichen.

Und hier erhebt sich eine Frage, es ist die deutsche Existenzfrage schlechthin: Warum reagieren alle anderen Völker der Welt auf beliebige Anfeindung »normal«, nur wir Deutschen nicht?

Warum lassen wir es uns seit 45 Jahren gefallen, daß die Geschichte anderer Staaten und Völker, aber auch restlos aller, mit Selbstverständlichkeit historisch und politisch betrachtet wird, nur unsere eigene theologisch oder vielmehr pseudo-theologisch?

Das Zünglein an der Waage

Warum stopfen wir nicht energisch allen jenen Heuchlern und Pharisäern den Mund, die jedesmal moralisierend die Augen verdrehen, sobald von deutschen Dingen und von deutscher Geschichte die Rede ist? Denn die Folgen dieses ewigen Schuldgewinselsn sind ja handgreiflich. Über die EG gibt Bonn Stück um Stück der Teilsouveränität wieder preis, die es nach dem Krieg von den Besatzungsbehörden zurückerhalten hatte. Die deutsche Wirtschaft wird schon lange kontrolliert.

Die EG bestimmt, was hergestellt und verkauft werden darf, sie »genehmigt« oder verbietet nationale Hilfen für Industriezweige und Betriebe.

Gewiß, die anderen EG-Staaten unterliegen denselben Bestimmungen, aber sie ziehen wenigstens einen Nutzen aus der Sache, da die Bundesrepublik praktisch der einzig wirkliche Nettozahler der Gemeinschaftskasse ist.

Wenn nun von interessierter Seite immer stärker das Ausländerwahlrecht gefördert und vom Straßburger »Europa-Parlament« beschlossen wird, so müssen wir uns über die Folgen für Deutschland völlig im klaren sein. Denn das sogenannte Ausländerwahlrecht, das zum Beispiel die Grünen unterschiedlos allen Fremden gewähren wollen, »woher sie auch kommen«, bedeutet im Klartext die gänzliche Entmündigung des deutschen Volkes. Das heißt, die Selbstbestimmung würde den Deutschen auch in dem bescheidenen Rahmen entzogen, in dem sie bisher möglich war.

Das politische Recht der Deutschen hierzulande, durch Wahlen über ihre Geschicke zu bestimmen, soweit dies eben durch Urnengänge möglich ist, soll zu Fall gebracht werden.

Denn man muß sich doch nur einmal vorstellen, daß Millionen von Ausländern aus Südeuropa, Afrika und Kleinasien sich in der Bundesrepublik aufhalten, während jeweils nur wenige tausend deutsche Staatsbürger etwa in Spanien oder Italien leben. Diese Millionen Ausländer würden bei Wahlen immer »das Zünglein an der Waage« bilden, sie würden jeweils den Ausschlag im antideutschen Sinne geben.

Zwar sind die Begriffe »Links und Rechts« spätestens seit der Weimarer Zeit überholt, da zum Beispiel die NSDAP völlig jenseits von links und rechts stand, aber behalten wir einmal die alten Zuordnungen als groben Raster bei. Dann wird klar, daß die Ausländer stets mehrheitlich »links« wählen würden. Eine Ablösung einer etwaigen rotgrünen Koalition in Bonn wäre dann kaum mehr möglich. Das freie Hereinfluten der Asylanten aus aller Welt wäre dann unaufhaltsam. Denn gerade das ist es, was die »Grünen«, angebliche Ökologen, ganz ungeschminkt fordern.

Unsere Forderung muß also in erster Linie lauten: »Gegen die Entmündigung und Versklavung des deutschen Staatsvolkes! Für die Wiedervereinigung unserer

Nation und den Abzug aller fremden Truppen aus Ost und West als erster Voraussetzung für eine wahre Selbstbestimmung.«

In engem Zusammenhang mit dem Ausländerwahlrecht steht die ebenso lautstark geforderte doppelte Staatsbürgerschaft für Ausländer. Da inzwischen klar geworden ist, daß die große Mehrheit der fremden Staatsangehörigen keinerlei Lust verspürt, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen, das heißt »Deutscher zu werden«, was immer man unter diesem Zauberstreich verstehen mag, wollen einflußreiche Kreise Ausländern die doppelte Staatsbürgerschaft anbieten. Denn diese Kreise, unterstützt von den Massenmedien, muten zwar den Deutschen mit Selbstverständlichkeit zu, ihre nationale Identität und kulturelle Eigenart zu opfern, bei den Ausländern dagegen haben sie in dieser Hinsicht offenkundig Hemmungen.

Dummheit, Unwissenheit und fehlende Solidarität

So wird hier die »doppelte Staatsbürgerschaft« in die Debatte geworfen, um den Anreiz für Ausländer zu erhöhen, in der Bundesrepublik zu bleiben. In der Praxis aber würde dies bedeuten, Ausländern zu gestatten, voll bei deutschen Angelegenheiten mitzubestimmen, solange ein Hierbleiben vorteilhaft erscheint, jedoch sofort »die Platte zu putzen«, um es einmal burschikos auszudrücken, sobald die Lage hierzulande mulmig wird, aus welchen Gründen auch immer. Wir können es auch kurz so ausdrücken: »Absahnen wollen« ohne letzte Verantwortung und Verpflichtung!

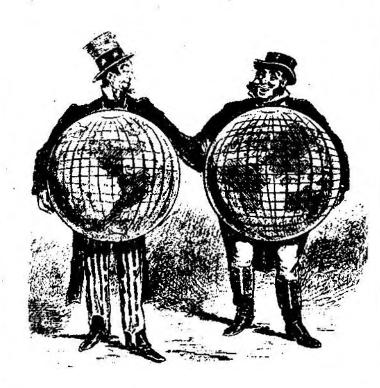
Was zeigt uns also die tägliche Wirklichkeit? Ein offener Antigermanismus erhebt immer unverhüllter sein haßerfülltes Haupt.

In zahlreichen Sendungen versucht das Fernsehen, den Groll des Volkes über das hemmungslose Wirtschaftsasylantentum auf die deutschen Umsiedler abzulenken. Da werden plumpe Neidgefühle der Einheimischen entfacht, indem die Mattscheibe zum Beispiel Spätaussiedler am Schalter zeigt, denen in einer penetrant langen Zeremonie zahlreiche Hunderter hingeblättert werden. Von Wohnungsnot ist da plötzlich die Rede, obwohl Hunderttausende von Wohnungen leerstehen, da wir seit 1970 mindestens drei Millionen Deutsche durch Sterbeüberschuß verloren haben.

Diesen deutschen Umsiedlern gegenüber hören wir plötzlich nichts mehr von Menschlichkeit und notwendiger Toleranz. Obwohl gerade sie mit zahlreichen Kindern den einzigen Lichtblick hinsichtlich einer zukünftigen Rentenkatastrophe bieten, werden sie mit Ausländern und Wirtschaftsasylanten in einen Topf geworfen. Was ist der Grund für diese Kampagne?

Gewissen Hintermännern und Drahtziehern paßt es nicht, daß überhaupt Deutsche in die Bundesrepublik kommen, denn gerade diese Menschen bringen Kinder und eine deutsche Gesinnung mit. Beides brauchen wir dringend. Aber eben dies hat im Konzept der antideutschen Mafia keinen Platz. Sie würde lieber heute als morgen den deutschen Aussiedlerstrom gestoppt sehen. Dafür sollen Fremde aus allen Weltteilen in diesen von alliierten Mächten besetzten deutschen Restraum einrücken.

Und die deutsche Bevölkerung? Sie ist in einem erschütternden Maße unpolitisch. Unpolitisch sein heißt vor allem, der politischen Unterscheidungsfähigkeit ermangeln. Viele haben sich bereits der Kampagne gegen deutsche Spätaussiedler angeschlossen – aus Dummheit, aus Unwissenheit und fehlender nationaler Solidarität. Denn die Deutschen wurden in den letzten Jahrzehnten konsequent zu nationalpolitischen Analphabeten erzogen. Und daher merken sie gar nicht, wenigstens zum großen Teil, daß unser Deutschland planmäßig entdeutscht wird. □





Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland

Das Deutsche Reich ist 1945 keineswegs untergegangen, besteht vielmehr rechtlich fort, ist jedoch durch das seither anhaltend völkerrechtswidrige Verhalten der Siegermächte handlungsunfähig. Weder die Bundesrepublik Deutschland (BRD) noch die Deutsche Demokratische Republik (DDR) noch die Republik Österreich (RÖ) wollen das Deutsche Reich vertreten, sondern stets **nur für ihr eigenes** Teilstaatsgebiet handeln.

Nach über zehnjähriger Vorarbeit sind daher am 23. Mai 1981 die „Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich" (amtliches Kürzel: VLDO; amtlicher Kurzname: Vereinigte Ostdeutsche Länder) als **vierter deutscher Nachkriegsteilstaat** gegründet worden.

Was politische Parteien und Vereine wie die Vertriebenen-Landsmannschaften, aber auch ostdeutsche Grundbesitzer- und andere Geschädigten-Gemeinschaften niemals vermögen, das nimmt der Bundesstaat VLDO wahr: **staatliche Vertretung** der ostdeutschen Reichsgebiete gemäß dem unverzichtbaren Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dabei sind die VLDO notgedrungen ein bis auf weiteres außerhalb ihres eigenen Gebietes wirkender Staat. Ihre Staatsvertretung handelt deshalb **gleich einer Exilregierung**, womit keine Minderung ihres staatlichen Ranges verbunden ist.

Jeder Deutsche erhält gegen Fundstellen-Angabe dieser Anzeige und Übersendung von DM 5,00 in BRD-Briefmarken (oder in Geldscheinen beliebiger Währung) an die **Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)**, öffentlichrechtliche Körperschaft ostdeutschen Verfassungsrechtes, Maximilianstraße 14 in **D-8900 Augsburg**, eine ausführliche Auskunft über die rechtlichen und politischen Grundlagen des ostdeutschen Exilstaates.

An die **Ostdeutsche Staatskanzlei** (Dipl.-Ing. Breitkopf), Louise-Schroeder-Straße 17 in **D-2000 Hamburg 50**, wenden sich jene der GDO verpflichtend angehörenden Deutschen, die die schwierige exilstaatliche Arbeit in notverfassungsgemäßer Weise selbsttätig unterstützen wollen.

Geldhilfen für den ostdeutschen Staat nur an die Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO) auf deren alleiniges Konto **233 6650** bei der **Bayerischen Vereinsbank Augsburg** (Blz 720 200 70)! Danke!

Der Islam wird uns fressen!

Endlich ist das Buch über den islamischen Ansturm auf Europa erschienen. Auch die europäischen Komplizen dieser Invasion werden da beim Namen genannt sowie die Methoden, um Einwanderer und Asylanten anzulocken und seßhaft zu machen.

Autor: Dr. jur. B.C. Bäschlin
99 Seiten. SELVAPIANA-Verlag CH-6652 TEGNA
Preis 19,– DM/17,– Sfr. Direkt beim Verlag (Porto und Verpackung inbegr.) oder im Buchhandel.

Inflation

Banker machen Schulden

C. Gordon Tether

Bemühungen der Regierungen der Inflation Einhalt zu gebieten, haben wenig Zweck, solange es den internationalen Bankern gestattet wird, weiterhin ein Meer von Schulden zu schaffen.

Als der amerikanische Präsident Ronald Reagan Anfang der achtziger Jahre die Zügel der Regierung in den Vereinigten Staaten übernahm, hatte er sich dazu verpflichtet in der Leitung der offiziellen Finanzangelegenheiten des Weißen Hauses eine Rückkehr zu den traditionellen Werten herbeizuführen. Besondere Betonung sollte auf die Beseitigung der aus den Carter-Jahren vererbten großen Defizite im Bundeshaushalt gelegt werden.

Es kann kaum einen spektakuläreren Gegensatz zwischen Versprechen und Halten dieses Versprechens gegeben haben. Dies war nicht das völlige Versagen, das Legat des Vorgängers von Reagan, Jimmy Carter, – ein Defizit von etwa 80 Milliarden Dollar pro Jahr – zu verbessern. Es kam noch viel schlimmer.

Das in den acht Jahren, in denen Reagan im Weißen Haus residierte, aufgerissene Loch betrug nicht weniger als 184 Milliarden Dollar pro Jahr. Der Bericht über das, was auf dem Gebiet der amerikanischen Zahlungsbilanz geschah, ist ebenso unrühmlich. Der Fehlbetrag der Einnahmen gegenüber den Ausgaben auf diesem entscheidenden Sektor ging weit über das hinaus, was jemals verzeichnet wurde; und als ein Jahr auf das andere folgte, waren alle Anzeichen dafür vorhanden, daß die Dinge so bleiben würden, wie sie waren.

Interessanterweise gab es jenseits des Atlantiks, im Vereinigten Königreich, Großbritannien, eine Entwicklung, die sehr viel mit der in Amerika gemeinsam hatte. Die Thatcher-Regierung übernahm zu Beginn der achtziger Jahre ihr Amt und hatte sich in ähnlicher Weise dazu verpflichtet, auf dem Finanzsektor eine Rückkehr zur Orthodoxie herbeizuführen.

Es wurde noch viel schlimmer

Als Tochter eines Krämers an der Straßenecke, so wurde verkündet, sei sich Mrs. Thatcher sehr der Tugend bewußt, Einkommen und Auskommen im Gleichgewicht zu halten – auf Haushaltsebene ebenso wie auf Regierungsebene.

Was dies betrifft, so wurde die Verpflichtung auf dem Sektor des Staatshaushalts voll in die Tat umgesetzt. Der Staatshaushalt des Vereinigten Königreichs verzeichnet nämlich schon seit Jahren einen beträchtlichen Überschuß – es ist das erste Mal seit Beginn des Zweiten Weltkriegs, daß er schwarze Zahlen schreibt. Bei der Zahlungsbilanz sahen die Dinge jedoch ganz anders aus.

Tochter eines Krämers an der Straßenecke

Dort wurde ein gewaltiges Defizit erzeugt. Unter Berücksichtigung der Unterschiede in der Wirtschaftsgröße der beiden Länder liegt es jetzt so hoch, wie das Defizit, das sich in den letzten Jahren in den Vereinigten Staaten angesammelt hat. Und hier wie dort gibt es keine Entschuldigung dafür, die Hand und Fuß hat.

Nun, so könnte man sehr wohl fragen, haben die gleichen Politiker sich dieses mutwillige Abweichen vom graden und engen Pfad erlaubt, die soviel Aufhebens um die Notwendigkeit gemacht hatten, solche Abweichungen zu vermeiden? Die Antwort muß darin gesehen werden, daß ihnen die gewaltige Reichweite für ein scheinbar risikoloses Abtrünnigwerden, die ihnen das spektakuläre Wachstum des internationalen Geldmarktes verschaffte, bewußt wurde.

Bevor er im vergangenen Jahr, nach einer Auseinandersetzung mit Mrs. Thatcher über Ratschläge, zurücktrat, hatte der Finanzminister Nigel Lawson regelmäßig Besorgnisse über die noch nie dagewesene Verschlechterung in Großbritanniens Zahlungsbilanz mit der Begründung zurückgewiesen, ein solches Murren sei anachronistisch. Was dabei übersehen wird, sagte er, sei, daß es heutzutage ein internationales Bankwesen gibt, das immer bereit steht solche Erscheinungen auf Jahre hinaus, wenn auch nicht für immer, zu finanzieren.

Keine Probleme mit Schulden-Finanzierung

Offizielle Apologeten für den Hang der USA zur Defizit-Finanzierung sind nicht immer so geradeheraus gewesen. Bezeichnenderweise hatte jedoch der Aufsatz, der bei der Preisverleihung von 1989 der Monatszeitschrift »Review« der American Express Bank den ersten Preis erhielt, zum Hauptthema die These, daß die Finanzierung des Zahlungsbilanzdefizits nicht länger als ernsthaftes Problem anzusehen sei. Heutzutage könne man wegen des Anstiegs der weltweiten Ersparnisse – kurz durch Anleihen bei der internationalen Bankgemeinde – leicht mit diesem Problem fertigwerden.

Was bei dieser neuen Art die Dinge zu betrachten herauskommt, ist von weit mehr als akademischer Bedeutung. Es hat die größte Relevanz zu der Frage, wieviel Bedeutung angesichts dessen, was sich in den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich und anderswo an der Inflationsfront ereignet hat, dem Comeback der Moralität bei der Behandlung des Staatshaushalts beizumessen ist.

Nach der orthodoxen Theorie auf dem Gebiete des Geldwesens war die Haupttriebfeder der Inflation – ja fast die einzige, über die es sich lohnt zu reden – die Schaffung von Papiergeld durch den Staat, die sich aus der offiziellen Finanzierung von Defiziten in den Abrechnungen des Staatshaushalts ergab.

Aber dies ist offensichtlich nicht mehr die einzige Form der übermäßigen Kreditbeschaffung, um die sich die gute Sache der Eindämmung der Inflation Sorgen machen muß. Ein solcher Kredit kann jetzt in riesigen Mengen in jedes Land eingeführt werden, das in Bezug auf den internationalen Geldmarkt eine Politik der offenen Tür betreibt.

Die britische Erfahrung liefert Beweise für die Wahrheit dieser Einschätzung. Dort ist das Tempo der Inflation gerade in den Jahren gewaltig gestiegen, in denen die Konten des Staatshaushalts einen spektakulären Überschuß aufwiesen, der geblieben ist.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dies nicht heißen soll, daß Maßnahmen, die getroffen werden, um die Haushaltsdefizite nach unten zu drücken, wie sie das Weiße Haus jetzt durchzuführen plant, nicht willkommen sind. Sie sind klar und deutlich ein Schritt in die richtige Richtung auf einem Gebiet dessen Gesundheit für den Stand der Dinge an der Inflationsfront von lebenswichtiger Bedeutung ist. Die Realität ist jedoch, daß die Verantwortlichen wahrscheinlich in eine Lage versetzt werden, wo sie gegen einen gewaltigen Strom schwimmen müssen, der sich aus den Tätigkeiten der internationalen Bankgemeinde ergibt.

Wie stark die darin liegende Inflationsbedrohung ist, kann an dem Tempo ermessen werden, mit dem sich die auf dem internationalen Geldmarkt kursierende Geldmenge ausdehnt. So hat sie sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf die beträchtliche Höhe von 5.500 Billionen Dollar verdoppelt.

Die Gewalt, die die internationale Bankgemeinde auf globale Angelegenheiten ausübt, ist so stark, daß man ihr den Status der heilige Kuh zubilligen muß. □

Schulden

Ein Ende ist nicht in Sicht

C. Gordon Tether

Die Megabanken haben sich jetzt weitgehend von der Schuldenkrise der dritten Welt, die vor einem Jahrzehnt vor ihren Augen explodierte, freigemacht. Aber sie halten die borgenden Länder an der Angel.

Als die Dritte-Welt-Krise 1982 mit Mexikos Entscheidung, eine totale Nichterfüllung seiner Auslandsverpflichtungen zu verkünden, ausbrach, bestanden Befürchtungen, daß das gesamte Bankwesen ernsthaft unterhöhlt werden könnte. Ausgelöst durch die Explosion der Ölpreise in den Jahren 1973 und 1974 waren viele der führenden nordamerikanischen und europäischen Banken ebenso eine große Anzahl unbedeutender Banken *tief in* den Ansturm der Entwicklungsländer Geld zu leihen hineingeraten.

Die Krise ist Vergangenheit

Die Sorge bestand darin, daß eine Beunruhigung unter ihren Deponenten über den Schaden, der den Bilanzen zugefügt werden könnte, zu einem Massenexodus der Gelder aus den Banken führen und diese dadurch zwingen könnte, ihre Pforten zu schließen. In einigen Fällen kam es auch tatsächlich dazu. Von den Zentralbanken schnell durchgeführte Stützungsmaßnahmen verhinderten, daß die Umwälzung jene kataklystischen Proportionen annahm, die es leicht hätte annehmen können.

Aber es wurde bald offensichtlich, daß die Beseitigung des Schlamassels lange Zeit in Anspruch nehmen würde, und daß in der Zwischenzeit das ganze Bankwesen höchst verwundbar bleiben würde. Fast ein Jahrzehnt später kann gesagt werden, daß, soweit es die Geldverleiher betrifft, die Krise der Vergangenheit angehört.

Es ist richtig, daß keine wirksame Rückzahlung der Schulden erfolgt ist. Fälligkeitsdaten wurden weiter gerollt, um einer direkten Nichtanerkennung vorzubeugen, und nicht gezahlte Zinsen wurden als zusätzliche Darlehen behandelt. So ist die Gesamtsumme mit etwa 2,2 Billionen Dollar beträchtlich höher, als sie es 1982 war.

Großbanken nicht mehr so gefährdet

Aber die meisten der großen Banken haben seitdem Jahr für Jahr große Zuweisungen an Rückstellungen für zweifelhafte Forderungen vorgenommen, und sich auch auf dem sogenannten Markt zweiter Ordnung von anderen Dritte-Welt-Papieren zu jedem Preis, der erzielt werden konnte – oft nur 10 bis 20 Prozent des Nennwerts –, getrennt. Die Folge davon ist, daß sich ihre Gefährdung auf einen derart niedrigen Stand verringert hat – üblicherweise nicht mehr als 10 bis 20 Prozent –, daß für sie die Krise beseitigt ist. Sie hätten natürlich gerne, daß ein Teil ihrer Dritte-Welt-Schulden zurückgezahlt wird.

Aber sie haben akzeptiert, daß diese praktisch genommen nicht beitreibbar sind, und haben die sich daraus ergebenden Lücken in ihren Strukturen wieder wettgemacht.

Für die Darlehensnehmer sieht die Sache jedoch ganz anders aus. Die internationale Banking-Brüderschaft veranlaßte schleunigst die großen Kanonen des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und des Zentralbankwesens dazu, die arg betroffenen Länder, die ihre Schwierigkeiten dadurch gemildert sahen, daß sie zur Nichterfüllung schritten, in ihrem Vorgehen zu stoppen.

Folglicherweise wurden diese Länder seitdem gezwungen, sich den Wirtschaftsdisziplinen zu unterwerfen, die den Fortschritt, den sie vorher gemacht hatten, indem sie ihren allzu oft verzweifelt niedrigen Lebensstandard anhoben, plötzlich wieder ins Gegenteil verkehrten.

Erst kürzlich haben die Gläubigerländer erkannt, daß es bei all diesen Umständen sinnvoll ist, Abschreibungen von Verschuldungen der dritten Welt in die Wege zu leiten, um den Rückzahlungsvereinbarungen wenigstens den Anschein der Glaubwürdigkeit zu verleihen. Dieser New Look präsentierte sich in der Form der Regelungsvorschläge des amerikanischen Finanzministers Nicolas Brady, die in dem vor wenigen Monaten bekanntgegebenen Mexico-Schuldenplan ihren Ausdruck fanden.

Schritt in die richtige Richtung

Die neue Verfahrensweise ist ein Schritt in die richtige Richtung. Aber sie reicht bei weitem nicht aus, um die Schuldnerländer von der Angel zu lassen. Um die Teilentlastung zu bekommen, die der Brady-Plan vorsieht, müssen sie dazu bereit sein, sich weiterhin den harten Disziplinen zu unterwerfen, die von jener Institution erlassen wurden, die das Magazin »Time« mit dem Etikett »Schuldenpolizei« versehen hat: dem IWF.

So gibt es in diese Richtung kein Entkommen von ihren Gläubigern – und es ist daher keine Übertreibung, zu sagen, daß für sie, so wie die Dinge stehen, die Schuldenkrise dazu bestimmt zu sein scheint, bis Ende des Jahrhunderts und sogar darüberhinaus weiterzurollen.

Was dies angesichts der Tatsache, daß ihre Gläubiger sich effektiv herausgewunden haben, so ungeheuerlich macht, ist, daß der dritten Welt nicht die ganze Schuld für das, was geschehen ist, angelastet werden kann. Ein Großteil der Schuld – vielleicht sogar der Löwenanteil – liegt bei den Geldverleihern. Es war ihre Gier, die sie dazu veranlaßte, sich in einer wahren Darlehensorgie zu ergehen bei der die Erfordernisse der traditionellen Bankenvorsicht völlig außer Acht gelassen wurde.

Zinsen stufenweise kräftig angehoben

Außerdem war es auf Grund der geldpolitischen Exzesse, die die Gläubigerländer sich Anfangs der achtziger Jahre leisteten, daß die Banker in die Lage versetzt wurden, die Zinsbelastungen auf ihre Darlehen an die dritte Welt stufenweise auf astronomische Höhen – auf zwei- bis dreimal so hohe Prozentpunkte anzuheben, wie zu dem Zeitpunkt, als die Darlehen gewährt wurden, vorgesehen war.
Wenn man sieht, daß ein großer Teil des in der Geldverleihungsorgie an die dritte Welt steckenden Geldes durch normale Bankbuchhaltungsvorgänge – oder aus dem blauen Dunst heraus – geschaffen wurde, und daß das Bankwesen über die Darlehensperiode als Ganzes hinweg eine beträchtliche Vergütung erzielt hat, dann scheint eines klar zu sein: Es ist höchste Zeit, daß die internationale Bankgemeinde und die hinter ihr stehenden offiziellen Organisationen über eine Begleichung der Schulden der dritten Welt nachdenken, die der Welt das Problem ein für allemal von den Schultern nimmt – und zwar bald.

Es ist wichtig zu begreifen, daß es nicht nur die Schuldner der dritten Welt sind, die einer solchen Aktion bedürfen. Tatsache ist, daß solange die Krise die Entwicklungsländer in einer wirtschaftlichen Zwangsjacke hält, sie ihre Einfuhren aus den industrialisierten Ländern erheblich einschränken müssen.

Was dies für die USA bedeutet

Im Falle der Vereinigten Staaten selbst ist der Schaden besonders schwerwiegend. Ihre Ausfuhren in diesen wichtigen Teil ihres Exportmarktes haben sich in den letzten Jahren um mehr als ein Drittel verringert – unvermeidlicherweise zu einem beträchtlichen Teil auf Kosten der Wirtschaftstätigkeit und der Beschäftigung, die sie daheim erzeugen. □

Banker-Journal

Minister fordern Annullierung der Schulden

Auf einer Zusammenkunft in Dakka, Bangla Desh, riefen Minister aus 30 von 42 der am wenigsten entwickelten Länder zu einer sofortigen Annullierung ihrer Schulden als dringende Priorität sowie zu einer Verdoppelung der offiziellen Entwicklungshilfe und zu weiteren Darlehen auf. Die Forderungen sollen auf der zweiten UN-Konferenz über LDC (Least developed countries) in Paris vorgelegt werden, berichtete die »Financial Times«.

Andere Forderungen beinhalteten den Zugang zu den Verbrauchsgütermärkten, zollfreie Behandlung von Exporten und Befreiungen von Quoten und Höchstgrenzen. Vor der Pariser Zusammenkunft wird eine Mannschaft von »vier Ministern die Geberländer bereisen und die betreffenden Regierungen über das Ausmaß der Probleme, in den am wenigsten entwickelten Ländern unterrichten«.

In den achtziger Jahren wuchs die Bevölkerung in diesen 42 Ländern nur um 2,5 Prozent, während sich die Schulden von 36 auf 65 Milliarden Dollar fast verdoppelten. □

US-Industrie findet neue Kunden in der Sowjetunion

Ein großer amerikanischer Unternehmer der Zulieferindustrie für das amerikanische Verteidigungsministerium, dessen Programm bei den drastischen Beschneidungen des Verteidigungshaushaltes auslaufen, hat gerade einen Vertrag zur Lieferung ähnlicher Ausrüstungen mit der Sowjetunion abgeschlossen.

General Motors hat zugestimmt, den Sowjets bis zu 600 seiner Turbinenmotoren Modell 250-C20 für einen neuen sowjetischen Hubschrauber zu liefern. Die Motoren werden in der Diesel Allison Division von General Motors im US-Bundesstaat Indianapolis gebaut.
Diese Abteilung von General Motors ist der Hauptvertragspartner für die Motoren für den Osprey Schrägstellrotor-Hubschrauber V-22, eine Mischung aus Hubschrauber und Flugzeug mit feststehendem Flügel. Es handelt sich hierbei um das größte Militärprogramm, das aus dem US-Verteidigungshaushalt gestrichen werden soll. □

Keine US-Hilfe mehr für die Philippinen

Der philippinische Außenminister Raul Manglapus klagte die amerikanische Bush-Regierung und den US-Senator Robert Dole an und vertrat die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten eine Verringerung ihres Lebensstandards in Erwägung ziehen sollten, um ihren Auslandshilfe-Verpflichtungen gegen ihre traditionellen Verbündeten – besonders den Philippinen gegenüber – nachkommen zu können. Er reagierte auf einen Vorschlag von Dole, die Hilfeleistungen an Israel, Ägypten, die Philippinen, Türkei und Pakistan um jeweils fünf Prozent zu kürzen, um Panama und die neuen Demokratien in Osteuropa zu unterstützen.
Präsidentin Corazon Aquino hatte warnend darauf hingewiesen, daß ein Versagen der USA, den Hilfeverpflichtungen nachzukommen, die Aussichten auf eine Vereinbarung bezüglich der US-Stützpunkte auf den Philippinen beeinträchtigen könnte.

»Als Bob Dole sagte, die Unterstützung der Freiheit sei nicht zum Nulltarif zu haben, fühlen wir uns veranlaßt jeden daran zu erinnern, daß wir hier schon seit 1903 zum Nulltarif in der Hauptverteidigungslinie für Amerikas Freiheit stehen«, meinte Manglapus. Befragt, was er tun würde, wenn die Vereinigten Staaten die vorgeschlagenen Kürzungen tatsächlich durchführen würden, sagte Manglapus: »Die Philippinen werden wissen, was sie zu tun haben.« □

Dritte Welt soll auf höheren Lebensstandard verzichten

Die Entwicklungswelt wird wegen der »Umweltkrise« niemals den Lebensstandard des fortgeschrittenen Teils erreichen, sagt der Chef der strategischen Planung der Weltbank, Francisco Sagasti, auf einer Konferenz im Center for Human Ecology an der University of Edinburgh.

»In den nächsten Jahrzehnten sehe ich endlose Schlachten zwischen Nord und Süd über die gewaltigen Unterschiede im materiellen Lebensstandard voraus«, äußerte Sagasti. Er bestand darauf, daß die Welt ein neues System »umweltfreundlicher« Anreize und »grüner Steuern« sowie größerer »Energieausnutzung« benötige. Er verwies auf Schweden, das pro Kopf nur die Hälfte der Energie der USA verbrauche aber einen ähnlichen Lebensstandard habe.

Sagasti rief weiterhin zu einer internationalen Strategie der »Öko-Entwicklung« auf und wies eindringlich darauf hin, daß »Umweltsicherheit« als größtes Problem der Welt an die Stelle der Ost-West-Beziehungen tritt. □

IWF soll Gold der dritten Welt kassieren

Die amerikanische Bush-Regierung will, daß der Internationale Währungsfonds (IWF) den Entwicklungsländern sage und schreibe drei Millionen Unzen Gold stehlen soll.

Die USA verlangen, daß bevor dem IWF weitere Gelder bewilligt werden, die in Zahlungsrückstand geratenen Länder mit einer Strafe belegt werden müssen. Sie schlagen vor, daß der IWF drei Millionen Unzen Gold, die er im Namen des Sudans, Zambias, Perus, Liberiens, Panamas, Vietnams, Guyanas, Somalilands, Sierra Leones und Kambodschas verwahrt, verkauft.
Der IWF führt dieses Gold zu 46 Dollar pro Unze in seinen Büchern. Da der Marktpreis jetzt bei 413 Dollar pro Unze liegt, wäre jedes Land um etwa 367 Dollar für jede Unze Gold, die der IWF in seinem Namen verwahrt, betrogen. Das »Wall Street Journal« bemerkt dazu: »Es ist nicht ganz klar, wie der Erlös aus dem Verkauf verrechnet werden wird, um mit den rückständigen Zahlungen fertig zu werden.« □

Tschechen lehnen Schocktherapie des IWF ab

Tschechoslowakische Regierungsbeamte haben damit begonnen, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) befürwortete »Schocktherapie« zurückzuweisen. Der erste Vizepräsident Valtr Komarek, ein höherer Wirtschaftsberater von Präsident Vaclav Havel, sagte auf einer von der Prager Wirtschaftsschule veranstalteten internationalen Konferenz über Handel und Investitionen: »Wenn eine Marktwirtschaft sofort beginnen würde, dann würde dies zu einem Todeskampf der Wirtschaft führen.«

Komarek wies warnend darauf hin, daß mindestens ein Drittel der Produktion des Landes zerstört und ein Wirtschaftschaos eintreten würde. Komarek, der für die Wirtschaftspolitik des Landes die Gesamtverantwortung trägt, meinte, der Fortschritt zu einer Marktwirtschaft sei wichtig, aber die Befreiung des Marktes sei kein Selbstzweck und müsse dem weiter gefaßten Ziel einer Erhöhung des nationalen Wohlstands untergeordnet werden.
Die Londoner »Financial Times« berichtete: »Er wies alle Anregungen, daß die Regierung die Marktkräfte einfach von der Leine und den Dingen ihren Lauf lassen könnte zurück. Es sei nicht durchführbar, die Politik einfach auf der Grundlage der Friedmanschen Wirtschaftsdoktrin zu betreiben.«
»Wir werden nicht versuchen erst ein Wirtschaftserdbeben heraufzubeschwören, um dann zu sehen, wer überlebt. Wir sollten auf zivilisierte Weise überleben. Die Entwicklung sollte in Form eines wohl vorbereiteten Prozesses vorangehen, den wir beeinflussen können«, meint Komarek.

Der »Daily Telegraph« schrieb: »Es wird in der Tschechoslowakei keine Revolution à la Thatcher geben, gelobte Marian Calfa, der Premierminister. Er versicherte den neuen Gewerkschaften in Prag, daß die Regierung einen abgestuften Weg zur Marktwirtschaft statt der von Vaclav Klaus, dem monetaristischen Finanzminister, favorisierten Schnellstraßen-Annäherung beschreiten werde.«
Calfa sagte, die »Werde-schnell-reich«-Firmen seien eine Bedrohung für die Zukunft. □

Ein dunkles Zeitalter für Lateinamerika

»Der größte Teil Lateinamerikas scheint auf ein Versagen der Demokratie und einen Sturz in ein neues dunkles Zeitalter zuzusteuern«, schrieb Davon Ronfeldt, ein Geopolitiker in der Rand Corporation, einem kalifornischen Think-Tank. »Seine Meilensteine werden Gewalttätigkeit und Chaos unter einer neuen Generation von Diktatoren sein.«

Ronfeldt ist ein Schützling von Luigi Einaudi vom amerikanischen Außenministerium. Als Einaudi vor 15 Jahren bei Rand war, heckte man dort Drehbücher aus, um die südamerikanischen Staaten gegenseitig in einen »zweiten Krieg des Pazifik« zu stürzen.

Jetzt argumentiert Ronfeldt in einer vom Latin American Center der Florida University veröffentlichten Untersuchung: »Wenn die Vereinigten Staaten und die UdSSR nicht mehr in Erscheinung treten, wird Ideologie der Stärke verblassen,während der Rassismus, der Regionalismus und die Religion sich als Motive zur Gewalt verstärken werden. Daher würde sich nicht nur der weltweite Terrorismus gegen Einzelpersonen verstärken, sondern auch das Massaker von Gruppen und Gemeinden wäre dann eine lebensfähigere und wünschenswerte Option für einige Extremisten. Dies würde Völkerwanderungen und Flüchtlingsströme auf breiter Basis auslösen.«

Ronfeldts Argumentation ist falsch, da die Bush-Regierung die Intervention in Panama und anderswo mit sowjetischer Akzeptanz höhergeschraubt hat. Die geringe Wirtschaftshilfe oder Besorgnis um den wirtschaftlichen Holocaust, die in der Region vorhanden zu sein pflegen, verdampfen jetzt. Daher könnten die pessimistischen Erwartungen von Rand fast berechtigt oder zumindest dunkle Ahnung dessen sein, was man dort herbeizuführen plant. □

Stagnierende Produktion Ursache für US-Krise

Die Ursache für die wachsende amerikanische Finanz- und Steuerkrise ist in der Stagnation der Industrieproduktion zu sehen, meint Henry Aaron von der Brookins Institution, der kürzlich vor der American Economic Association sprach.

Nachdem er einen Überblick über den Rückgang der Produktionsgewinne gegeben hatte, die in den Jahren von 1950 bis 1973 im Schnitt 2,5 Prozent und von 1973 bis 1988 ein Prozent betrugen, sagte Aaron:
»Wäre der Bruttoausstoß pro Stunden in den Vereinigten Staaten von 1973 bis 1988 so schnell gestiegen wie das in den Jahren von 1950 bis 1973 geschah, dann wäre heute die Produktion um ein Fünftel höher als sie tatsächlich ist. Die Staatseinkünfte lägen bei den derzeitigen Steuersätzen 1988 unter 200 Milliarden Dollar, höher als das jetzt der Fall ist. Auslagen wären wegen der verminderten Zinsen auf eine kleinere Schuld um einige zehn Milliarden Dollar geringer. Bei anderen Ausgaben stünden die Vereinigten Staaten 1988 mit einem Haushaltsüberschuß anstatt einem Defizit von 155 Milliarden da.«
Aarons Wendepunkt von 1973 stimmt zeitlich in etwa mit der wachsenden Akzeptanz der Doktrin der »nachindustriellen Gesellschaft«, dem Ölschock von 1973 bis 1974 und der sich darauf ergebenden Dezimierung der Produktionsbasis, den sich ansammelnden Auswirkungen des Herausziehens von Geldern aus der Infrastruktur und anderen politischen Maßnahmen überein, die später von der Finanzelite als »gesteuerter Verfall« kodifiziert wurden. □

Klub von Paris führt Umschuldung durch

Polen unterzeichnete mit den Gläubiger-Regierungen des Klubs von Paris ein Abkommen, das die Rückzahlungen einer Rekordsumme von 9,4 Milliarden Dollar an Staatsschulden neu regeln soll. Der Vorsitzende des Klubs von Paris, Jean Claude Trichet, Chef des französischen Finanzministeriums, appellierte nach Unterzeichnung der Vereinbarung an die Handelsbanken, Bedingungen einzuräumen, die mindestens ebenso günstig sind. Trichet sagte, das neue Abkommen beinhalte 3,4 Milliarden Dollar an Zinszahlungen, die bis 1989 geschuldet wurden und mit denen Polen in Rückstand geraten sei, und decke 100 Prozent des Hauptkapitals und der Zinszahlungen, die von jetzt bis Ende März fällig werden.
Polen schuldet dem Klub von Paris rund 27 Milliarden Dollar seiner Auslandschulden von 40 Milliarden Dollar.
»Es ist die außergewöhnlichste Vereinbarung, die wir jemals getroffen haben«, sagte Trichet und nannte das Abkommen historisch. Der Klub von Paris erwartet nun, daß die Handelsbanken alle Zinszahlungen, die Polen ihnen schuldet, aufschiebt – etwas was noch niemals für irgendein anderes Land bisher getan wurde. □

Devisen-Umsatz 32mal größer als der Handel

Der Devisen-Umsatz ist jetzt 32mal größer als der Welthandel, heißt es in einer Studie der Bank für International Settlements, über die die »Financial Times« berichtete.
Der Tagesumsatz aus dem Devisen-Handel, der größtenteils aus Arbitrage – Ausnutzung von Kursunterschieden an verschiedenen Börsenplätzen – und Spekulation besteht, betrug ab April 1989, als 14,97 Billionen Dollar gehandelt wurden, 640 Milliarden Dollar; auf das Jahr umgerechnet wäre das eine astronomische Summe von 177,5 Billionen Dollar pro Jahr.
Im Gegensatz dazu belief sich der Welthandel in Gütern und Dienstleistungen im letzten April nur auf 460,9 Milliarden Dollar, oder weniger als 20 Milliarden pro Tag, oder 5,5 Billionen Dollar pro Jahr. Der Handel in eigentlichen Waren – das heißt ohne die Einbeziehung von Dienstleistungen – ist weit geringer.
Mehr als die Hälfte des Weltmarktes im Devisenhandel erfolgt durch die USA, Großbritannien, Japan und die Schweiz. In nur drei Jahren, von März 1986 bis April 1989, hat sich der Devisenhandel dieser Länder mehr als verdoppelt; Japans Devisenhandel wuchs um 140 Prozent, Amerikas um 120 Prozent, Großbritanniens um 108 Prozent. Etwa 90 Prozent der Geschäftsabschlüsse hatten mit dem Dollar zu tun.
Erstaunliche 58 Prozent der Deals waren »Sofort«-Abschlüsse – Geschäfte, die innerhalb von 48 Stunden abgewickelt werden mußten. Das bedeutet, daß fast 400 Milliarden Dollar pro Tag in andere Hände gehen müssen. □

Panamesen fordern Reparationen von den USA

Einwohner von Chorrillo, des armen und vornehmlich schwarzen Bezirks von Panama City, der von den eindringenden amerikanischen Streitkräften ausgebombt wurde, haben sich zu einem Verband organisiert und verlangen nachdrücklich Reparationen von den USA. Der Leiter des Verbandes äußerte, daß im Gegensatz zu der von der amerikanischen Regierung verbreiteten Propaganda die Amerikaner, nicht die Noriega unterstützenden Dignity Battalions Chorrillo zerstört haben.
Bei der Satellitenregierung Endara seien ihre Ersuchen um Hilfeleistung auf taube Ohren gestoßen, sagen sie. Als sie darum baten, ihnen zurückzugeben was auch immer an persönlichem Eigentum gerettet wurde, sagte man ihnen: »Lesen Sie die Zeitungen in sechs Monaten, um herauszufinden, wo die Betroffenen ihr Eigentum abholen können.« □

Naher Osten

Die Rolle des Öls

L. Fletcher Prouty

Oberst L. Fletcher Prouty, ehemaliger Verbindungsoffizier des amerikanischen Verteidigungsministeriums zum CIA, war den größten Teil seiner langen Laufbahn in verschiedenen amtlichen Funktionen im Nahen Osten tätig. Im nachstehenden Artikel gewährt er einmaligen Einblick in die Entwicklung und die dem arabisch-israelischen Konflikt zugrundeliegenden Strömungen.

Der Staat Israel wurde am 14. Mai 1948 proklamiert. Am nächsten Tag brach zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn ein Krieg aus. Während dieser Auseinandersetzung sperrte Israel die irakische Öl-Pipeline an deren Mittelmeer-Terminal in Haifa ab. Der weitgehend nach Europa gehende Export von Öl aus den Ölfeldern in Kirkuk, Irak, wurde dadurch unterbrochen.

Bedeutung der Handlung Israels

Weil diese äußerst wichtige Pipeline Gebiete durchquerte, die von dem neu proklamierten Staat beansprucht werden, konnte Israel vom Irak Transitgebühren für das durch sein Territorium beförderte Öl verlangen. Oder alternativ konnte es das Durchlaufrecht überhaupt verweigern. Israel wählte den letzteren Weg und demonstrierte vor der Welt die Macht der strategischen »Barrieren«-Rolle der nicht Öl erzeugenden Länder in der Aufrechterhaltung oder Steuerung des kostbaren Ölstroms.

Israels Schließung der Pipelines im Jahr 1948 zwang die Ölerzeuger dazu, sich für den Öltransport aus den Produktionsstätten im Persischen Golg auf Supertanker umzustellen. Aber das Umfahren des Kaps der Guten Hoffnung in Südafrika auf der Route zu den Hauptmärkten in Europa war eine Reise, die Tausende von Meilen länger war.

Die Bedeutung der Handlung Israels – daß es eine Kraft war mit der man im Nahen Osten rechnen mußte – blieb den Vorstandsmitgliedern der Ölgesellschaften, den »Sieben Schwestern«, oder den Öl produzierenden Ländern nicht verborgen. Von dem Tage an waren die Pipelinenetze des Nahen Ostens für israelische Angriffe verwundbar. Der neue Staat Israel war zum Mitspieler im größten aller Spiele – der Schlacht um Geld und Macht auf internationaler Ebene – geworden. Israels Handlung bewies, daß eine abgesperrte Pipeline fast immer höhere Preise für Öl bedeutete.

Ein kurzer Abriß über die Entwicklung der Ölindustrie in der Region ist erforderlich, um die Ereignisse, die sich während und nach dem Zweiten Weltkrieg abspielten, zu verstehen.

Kurz nach der Geburt des modernen Staates Saudi-Arabien gingen amerikanische Ölsucher am 23. September 1933 bei Jubail, an der Ostküste unmittelbar nördlich von Ras Tanura an Land. Nachdem sie eine geologische Struktur namens Damman Dome ausfindig gemacht hatten, die Öl im Überfluß versprach, erwarb die amerikanische Mannschaft von den Saudis eine 320 Quadratmeilen große Konzession.

Das blühende Geschäft mit Saudi Arabien

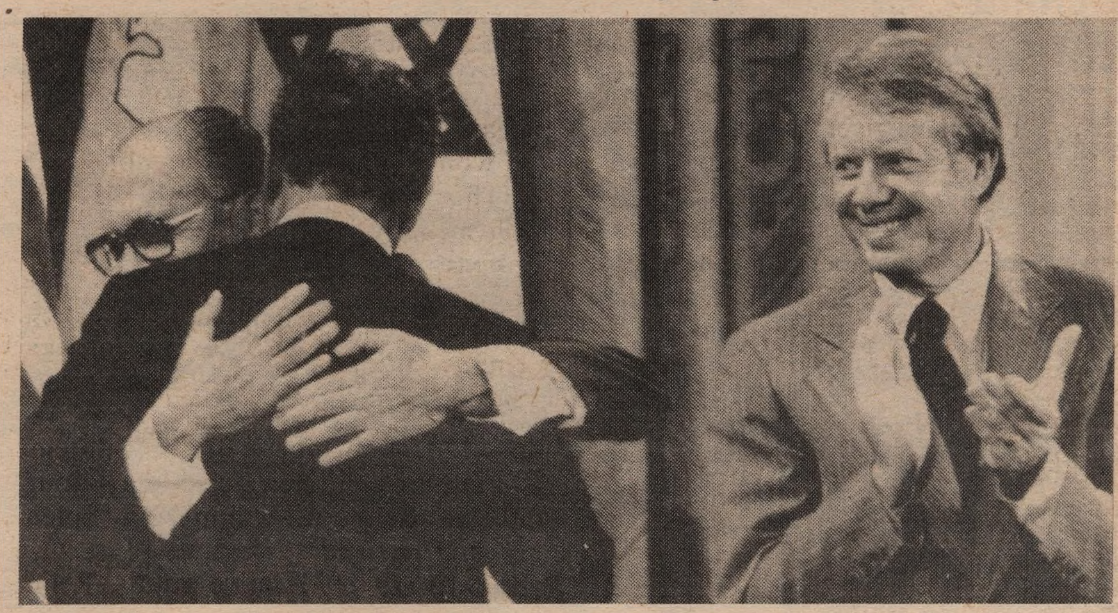
Die Struktur hielt, was sie versprach, und innerhalb von fünf Jahren verwandelte sich die Gegend in eine blühende Gemeinde. Eine sechszöllige Pipeline förderte das Öl zur Küste bei al-Khobar, von wo es per Lastkahn zu den Raffinerien der Bahrain Petroleum Company (BAPCO) transportiert wurde. Auf diese bescheidene Weise begann der Export des saudi-arabischen Öls.

Bedeutung des Öls im Zweiten Weltkrieg

Die kleine Gruppe der Ölmänner, die einen Gesellschaftsvertrag mit Standard Oil of California hatten, gaben ihrem neuen Unternehmen den Firmennamen California Arabian Standard Oil Company, und dieser juristischen Person wurde die Konzession erteilt. Der Name der Firma änderte sich 1944 zu dem bekannteren Namen – Arabian American Oil Company (Aramco) – es war die gewinnträchtigste Firma, die jemals von Menschen geschaffen wurde.

Bald wurden größere Pipelines gebaut, die Rohöl nach Ras Tanura, einem kleinen Stückchen Erde längst der Ostküste des Persischen Golfs förderten, wo eine große Hafenanlage gebaut wurde. Die Ankunft des ersten Tankers gab König Ibn Saud die Gelegenheit zu seinem ersten Besuch in der Anlage am 1. Mai 1939. Der Ausbruch des Krieges führte bald zur Einstellung des dortigen Betriebes.

Washington hielt jedoch ein wachsames Auge auf dieses Gebiet. Im Herbst 1943 wurde die amerikanische Regierung sehr besorgt über den gewaltigen Aderlaß an amerikanischen Ölfeldern, den die Kriegsanstrengungen erforderlich machte. Anfang 1943 ordnete Präsident Franklin D. Roosevelt an, daß eine amerikanische Bodenuntersuchungsmannschaft die Ölfelder untersuchen und dabei versuchen sollte, die Moral der kleinen Bereitschaftsgruppe amerikanischer Ölmänner zu stärken, die den Krieg damit verbrachten, sich an der Konzession bei Ras Tanura festzuhalten. (Der Verfasser dieses Artikels schloß sich der Mannschaft auf dieser Reise an). Auf Grund der Befunde der Untersuchungsmannschaft befahl Roosevelt den Bau einer großen Raffinerie, die in der Lage sein sollte 50.000 Barrel pro Tag dort zu erzeugen. Er traf auch mit Kö-



Camp David: Israels Premierminister Menachem Begin umarmt Ägyptens Präsident Anwar Sadat und US-Präsident Jimmy Carter klatscht Beifall.

nig Ibn Saud an Bord des Kreuzers »Quincy« der amerikanischen Kriegsmarine im Roten Meer zusammen, um das Abkommen zu besigeln.

Diese bedeutsamen Ereignisse werden von den Historikern oft übersehen. Es war das einzige Mal, während des zweiten Weltkriegs, daß der US-Präsident mit dem Führer eines neutralen Landes zusammentraf, und er tat es mit einem Ziel im Sinne – den Zugang zum Öl. Dies unterstreicht die extreme Bedeutung, die er der amerikanischen Entwicklung der arabischen Ölfelder sowohl in Kriegszeiten als auch zur Erweiterung der amerikanischen Interessen nach dem Kriege beimaß.

Von Bedeutung für den Ölpreis

Im Jahre 1945, vor Kriegsende, riefen Texaco und Socal, die an einem beschleunigten Plan arbeiteten, die Trans-Arabian Pipeline Company, als Tapline bekannt, ins Leben. Die Planung der Route dieser strategischen Pipeline brachte wegen der wachsenden Spannung zwischen Arabern und Juden in der Region schwierige diplomatische Probleme mit sich. Die Planer der Pipeline befürchteten jüdische Einmischung in den Betrieb der Pipeline, falls ihre Route potentielles jüdisches Territorium überqueren oder nahe an diesem vorbeiführen sollte.

Der Bau von Tapline wurde während des arabisch-israelischen Krieges von 1948 gestoppt, bis eine Ausweichroute gefunden werden konnte. Schließlich gestatteten Syrien und Libanon 1949, daß die Ölleitung von Saudi-Arabien durch Jordanien, Syrien und Libanon nach Sidon an der syrischen Mittelmeerküste verlaufen durfte. Syrien befand sich natürlich nunmehr in der Lage, einen Einfluß in Form von Transitgebühren auszuüben.

Der größte Teil des Nahost-Öls wird in Europa verkauft. Die Ölproduktion im Nahen Osten ist und war immer unbedeutend für die USA, abgesehen von der damit zusammenhängenden Auswirkung arabischer Ölpreise auf den Weltmarktpreis des Öls. Daher ist ein wirtschaftlicher Betrieb des großen Netzes von Pipelines von den Ölfeldern des Iraks, Kuwaits, Saudi-Arabiens und des Irans für die Wirtschaft Europas von wesentlicher Bedeutung. Auch der Weltmarktpreis des Öls steigt und fällt im allgemeinen mit der Ölflut aus dem Nahen Osten.

Der Schließung des Haifa-Terminals der irakischen Öl-Pipeline von Kirkuk durch die Israelis folgte die Sabotage an dem anderen Zweig dieses großen Pipelinesystems durch Syrien im Jahre 1957. Dadurch wurden mehr als 500.000 Barrel Öl pro Tag aus dem Irak abgeschnitten. Kurz davor, 1956, wurden durch die Suezkrise 1.500.000 Barrel pro Tag, die über den Suez-Kanal nach Europa gelangen sollten, abgeschnitten.

Die Probleme mit dem Ölpreis

Als Folge davon erhöhte sich der Preis von Rohöl 1957 noch einmal. Gegen Ende des Jahres liefen die Öltransporte durch den Kanal wieder normal und die Pipeline aus dem Irak durch Syrien war wieder voll im Betrieb. Dies hatte eine Schwemme auf dem Markt zur Folge, die verursachte, daß der Preis sich 1960 wieder auf 1,80 Dollar pro Barrel einpendelte. Bis spätestens 1971 war der Preis auf 2,80 Dollar gestiegen und stieg 1973, vor dem Ausbruch des arabisch-israelischen Krieges, noch einmal auf 3,01 Dollar.

Trotz dieser deutlichen Preisanstiege betrugen die tatsächlichen Kosten für die Erzeugung eines Barrel Öl und der Einfüllung in den Laderaum eines Tankers bei Ras Tanura, einschließlich aller Abschreibungen und Kapitalanlagen 15 Cents. Dieser große Unterschied zwischen den Kosten und dem Preis des Öls ist sehr wichtig, wenn man die »Energiekrise« begreifen will, die bald den Westen treffen sollte, angeblich als Folge des »arabischen Öl-Embargos«.

Der Einfluß Rockefellers und Kissingers

Zu diesem entscheidenden Zeitpunkt kam ein neuer Faktor in die Gleichung hinein. Syrien schloß im Mai 1970 Tapline, die größte Pipelineanlage des Nahen Ostens. Wieder mußten Tanker in die Bresche springen, und die Preise für saudi-arabisches und kuwaitisches Öl stiegen von 2,30 auf 3,33 Dollar pro Barrel.

Die Kooperation der Spediteure

Etwa zur gleichen Zeit teilte der Aramco-Konzern dem damaligen US-Präsident Richard Nixon und seinem Berater für nationale Sicherheit, Henry Kissinger, mit: »Jede Erhöhung der amerikanischen Militärhilfe an Israel wird eine kritische und nachteilige Auswirkung auf unsere (amerikanischen) Beziehungen mit den gemäßigten ölproduzierenden Ländern haben.«

Über die Vergangenheit der jüdischen Drohung mit der Unterbrechung des Ölnachschubs um den Zweiten Weltkrieg zu beenden, und die Schließung der irakischen Pipeline durch die Israelis, die die strategische Umleitung von Tapline zur Folge hatte, konnte man nicht so leicht hinwegsehen.

Viele Leute glaubten damals, der dramatische Anstieg der Ölpreise in den siebziger Jahren sei die Folge der Manipulationen einer Verschwörung unter den Ölgesellschaften gewesen, die der Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC) angehören. Andere argwöhnten, Henry Kissinger, ein Schützling der Rockefeller-Dynastie habe seine Hand im Spiele gehabt, als er versuchte in Amerika hergestellte Waffen und Munition an die ölreichen Länder zu verkaufen und Geschäfte für seine Kundenbank, Chase Manhattan, aufzureißen.

Dies mag tatsächlich eine Rolle bei den Preisanstiegen gespielt haben, aber was oft übersehen wird ist, daß der Preis des Öls niemals eine Funktion der Produktionskosten ist und selten, wenn überhaupt, von Angebot oder Nachfrage beeinflußt wird. Die Ölpreise werden nämlich durch die OPEC und durch andere verworrene Manöver wie Pipelineschließungen durch Israel festgelegt. Aber der bedeutsamste und am wenigsten untersuchte Faktor ist die Verfügbarkeit von Transportmitteln. Ein Barrel Öl an der Pier von Ras Tanura ist weder dem Wesen nach, noch mit anderen Maßstäben gemessen, sehr viel wert, aber sein Wert erhöht sich auf sagen wir einmal 20 Dollar, wenn das Öl nach Rotterdam oder an einen Schlüsselbestimmungsort gebracht wird.

Die Transportbarone können Preise an der Zapfstelle erzeugen, die wenig mit den Kosten des Produktes an der Bohrstelle zu tun haben. Dies trifft auf das Ölgeschäft wie auf jedes andere zu und vielleicht noch mehr. Daher möchten die Ölerzeuger über mehr als eine wirtschaftliche Transportmethode verfügen, um die Transportpreise mit wettbewerbsfähigen Mitteln unter Kontrolle zu halten.

Man weiß aus der Erfahrung mit der Geschichte des amerikanischen Eisenbahnwesens, daß der Spediteur in der Lage ist, das sich an Bord befindliche Produkt als Pfand zu behandeln, für den das Lösegeld – die Frachtrate – festgelegt werden kann, so wie es der Markt jeweils verträgt.

Daher haben die Tankerbarone, die den Transport des arabischen Öls in der Gewalt haben, ein Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Pipelines – die einzige Alternative – geschlossen werden und geschlossen bleiben. Israel und Syrien haben sich als willige Mithelfer erwiesen.

Freilich werden die Erzeugerländer ihre eigenen Pipelines nicht schließen. Aber, so wie die Staatsgrenzen im Nahen Osten gezogen sind, gibt es Pufferstaaten, oder Transitschranken, zwischen allen Erzeugerländern und dem Mittelmeer. Diese Pufferstaaten haben die Auswahlmöglichkeit, Transitgebühren zu erheben oder die Pipelines abzusperren. Solche Aktionen spielen den Tankerbetreibern in die Hände.

Und alle diese Faktoren kamen in den siebziger Jahren ins Spiel. 1971 war der angesetzte Preis für ein Barrel Saudi-Öl 2,23 Dolar. 1980 betrug das gleiche Barrel 28,67 Dollar. Und doch betrugen während jener Energiekrise die Gewinnungskosten des saudiarabischen Öls stets durchschnittlich weniger als ein Dollar pro Barrel. Wie wurde der Preisanstieg in die Wege geleitet?

Anfang Oktober 1973 brach zwischen Arabern und Israelis wieder ein Krieg aus. Am 11. Okto-

Naher Osten

Die Rolle des Öls

ber wurde in Wien bekanntgegeben, die Araber hätten alle Öltransporte aus dem Nahen Osten mit einem Embargo belegt. Es dauerte nicht lange und die Autos standen an den Tankstellen quer durch die Vereinigten Staaten Schlange.

Die konstruierte Energiekrise

Es war Anfang 1973, vor dem israelisch-arabischen Krieg, als sich die Dinge in Bewegung setzten. Im April hielt die National Defense Transportation Association in Washington eine Sondersitzung ab. Alle Öl verbrauchenden Interessengruppen wurden gebeten, einen Vertreter dort hinzuschicken. Der Verfasser dieses Artikels nahm als Vertreter der Eisenbahnindustrie an dieser Sitzung teil. Dort waren Vertreter von Luftfahrtlinien, Schiffahrtslinien, des Militärs, und von Regierungsstellen. Aus dem Stab des Weißen Hauses der Nixon-Regierung sagte uns Charles Di Bona USN (derzeitiger Generaldirektor des American Petroleum Institute), daß uns eine ernsthafte Ölknappheit bevorstünde, und daß der Ölpreis sich noch vor Jahresende um das Zwei- oder Dreifache erhöhen werde.

Um etwa die gleiche Zeit hatten die führenden Persönlichkeiten des Center for Strategic and International Studies (CSIS) an der Georgetown University bereits mit der Arbeit an einem höchst ehrgeizigen – und ungewöhnlichen – vierjährigen Seminar, das sogenannte Federal Staff Energy Seminar, begonnen. Dies war eine faszinierende Propagandamasche.

CSIS hatte ein großes nationales Energieprogramm begonnen, um die Daten darüber, »wie unsere fossilen Brennstoffe erzeugt werden, über die Funktion des nationalen Energiesystems und über neue Horizonte der Energieforschung«, zu zentralisieren. Einladungen wurden an fast alle Dienststellen der Ministerien und sonstiger Regierungsstellen, alle Vorsitzenden der Kongressausschüsse, Ausschußmitglieder und andere Personen versandt.

Die Araber waren schuldlos an der Öl-Krise

Diese große Gruppe wurde zusammengestellt, um die »Parteilinie« für die bevorstehende »Energiekrise« zu vertreten. Der interessante Aspekt der ganzen Sache war, daß sie schon begonnen hatte, bevor die »Krise« eintraf. Der Verfasser nahm an all diesen Sitzungen teil, die sich über vier Jahre, bis 1978, erstreckten und ich bewunderte die Art, wie CSIS die Energiekrise voraussah. Während der Untersuchungen auf Kongreßebene, die sich mit der Ursache des dramatischen Anstiegs der Ölpreise befaßten, enthüllte ein Wortwechsel zwischen Howard Page, der Exxon von 1950 bis 1970 im Nahen Osten vertrat, und verschiedenen US-Senatoren die wahre Natur des Krisenszenarios.

Page stellte fest, daß die Industrie Öl, die »zweite sehr reichlich vorhandene Flüssigkeit auf Erden«, davor bewahren muß, so leicht erhältlich zu sein, daß sein Preis praktisch auf Null herabsinkt. Die Senatoren erfuhren, daß die Ölgesellschaften hart gearbeitet hatten, um das Embargo als ernsthafte Bedrohung für die Versorgung der Welt darzustellen. Page wurde gefragt, ob der Ausstoß nicht von den leitenden Angestellten der Erzeugerfirmen bestimmt werde. Er antwortete: »Nein, mein Herr. Das taten die Leute im Außendienst. Als die Tanks voll wurden, sperrten sie den Zulauf ab.«

Mit anderen Worten, die Araber haben das Öl nicht gesperrt. Als die Tanks voll waren hatten sie keine Möglichkeit es zu bewegen. Es waren nicht die Ölbeamten, die die Nachfrage abschätzten und dann bewußt entschieden diese mit Produktionsquoten zu decken. Die Produktionsmenge wurde von »den Schiffen, die hereinkamen, um das Öl zu laden«, oder, in diesem Falle, die sich weigerten, das Öl zu laden, bestimmt.

Der Verfasser stieß auf weitere Beweise für diese erstaunliche Enthüllung, als er 1982 in London an der International Transport Conference teilnahm. Diese fand unter der Schirmherrschaft der bedeutendsten Transportorganisation der Welt, dem Chartered Institute of Transport, statt. Ich nahm an einem Seminar über den »Transport des Erdöls« teil und war erstaunt darüber, daß nur sieben andere unter den Hunderten von Teilnehmern das gleiche Seminar ausgewählt hatten. Der Redner, Leiter einer der größten und mächtigsten Transportgesellschaften, die eine riesige Flotte von Supertankern beherrscht, sagte rundheraus, daß die Araber niemals ein Embargo über das Öl verhängt hatten. Schon der Gedanke daran sei lächerlich, da dies ihre einzige Einkommensquelle ist.

Das Spiel geht immer weiter

In jenen hektischen Jahren von 1974 bis 1976 wurden die Tanker zurückgehalten bis das richtige Gebot – der richtige Preis – auf dem Tisch lag. Dann erst wurde das Öl abgeholt und weiterbefördert. Aber auch dann, so führte unser Redner aus, wurde der Bestimmungsort dieser beladenen Tanker per Funk geändert, wenn Nachfrage und die Preise in die Höhe gingen.

Aus diesen Tatsachen kann man sehr viel lernen. Es hatte Jahre gedauert, um dieses Niveau der Kontrolle zu entwickeln. Alles hatte seinen Anfang genommen, als der neue Staat Israel 1948 in Haifa die irakische Pipeline abgesperrt hatte. Dies könnte sogar ein Faktor sein, der der ungewöhnlichen zeitlichen Festlegung der Proklamierung des Staates Israel zugrundeliegt. Zwischen Israel und Syrien war es für diese beiden Länder möglich geworden, alle Pipelines von den Ölfeldern des Nahen Ostens zum Mittelmeer und somit nach Europa abzusperren.

Das Spiel geht weiter. Heute steht viel mehr Öl zur Verfügung als 1973. Neue Quellen wurden entdeckt und die Vorkommen in vielen Ländern sind größer als je zuvor. In den letzten 15 Jahren sind mehr riesige Ölquellen entdeckt worden als bei allen früheren Funden zusammengenommen. Wenn das Öl frei fließen dürfte, wie das bei Nichtvorhandensein einer Steuerung von außen der Fall wäre, dann würde die weltweite Schwemme auf dem Markt den Ölpreis auf den Stand vor 1973 zurückdrücken.

Die unsichere Situation verspricht Profite

Aber das wird nicht geschehen. Es wurde ein Bündnis geschlossen, und das läuft unter dem Namen Friedensabkommen von Camp David. Die USA gewähren Ägypten zwei Milliarden Dollar pro Jahr, um den Suez-Kanal in seiner derzeitigen geringen Größe zu belassen, damit die Durchfahrt von Supertankern nicht möglich ist. Sie bewilligten auch in wirksamer Weise Israel mehr als drei Milliarden Dollar pro Jahr, um den Nahen Osten in Aufruhr und die Pipelines in ihrem Einflußbereich – und dazu gehört der Libanon – trocken zu halten.

Syrien hält aus eigenen Gründen, die durch sein Territorium laufenden Pipelines trocken. Da keine Möglichkeit besteht, Öl mit Pipelines nach Europa zu fördern, werden die Ölerzeuger des Nahen Osten dazu gezwungen, Supertanker einzusetzen. Dadurch hat das Supertanker-Konsortium diese riesigen Öltransporte in der Gewalt, und kann den Weltpreis des Öls auf einem künstlich hohen Niveau halten.

Ich habe in diesem Artikel keinen Versuch unternommen, die scheinbar endlosen politischen Probleme im Nahen Osten abzuhandeln, aber das, was ich gesagt habe, mag zu der Erklärung dienen, woran es liegt, daß es seit der Gründung Israels von Anfang an andauernde und ernsthafte Unruhen in der Region gibt. Dies ist ein Teil der Kosten, die wir alle berappen müssen, um den hohen Ölpreis aufrechtzuerhalten.

Unsere Besorgnis um das Ölangebot und den Preis verhüllt den Nutzen, für die ganze Welt, eines friedlichen Nahen Ostens –, der friedlich wäre ohne die Manipulationen der Ölbarone und ihrer willigen Verbündeten in ihrem Bemühen, die Produktion und den Transport des Öls zu ihrem höchstmöglichen Profit zu gestalten. Sie wollen aber die Dinge so haben, wie sie sind, und Israel gedeiht in der derzeitigen Umgebung. □

New-Age

Die geistige Revolution

Erster Teil

Werner Nicolai

Diese Dokumentation dient der Information über eine geistige Seuche, die sich inzwischen über die ganze Welt ausgebreitet hat und in subtiler Weise das Denken der Menschen verändert. Durch eine ständig wachsende Zusammenarbeit der »Vordenker« und »Missionare« der New-Age-Bewegung sollen »alte Strukturen« beseitigt und ein »Neues Zeitalter« eingeleitet werden. Ein »neu transformierter« Mensch schickt sich an, mit Hilfe diverser Psychotechniken, »bewußtseinserweiternder« Drogen und mit dem Beistand »unsichtbarer Führer« die Welt unter einem »Weltdirektor« zu vereinigen. Diesem Ziel dienen zahlreiche Einrichtungen, Begegnungsgruppen, Kurse, Vorträge, Lehrgänge und Bücher.

Unter der Bezeichnung »Esoterik« – das heißt: geheim, nur für Eingeweihte zugänglich – findet man in den Buchhandlungen bereits mit etwa 10.000 Titeln – von »Alchemie«, »Astrologie« und »Autogenes Training« über »Kabbala«, »Okkultismus« und »Positives Denken« bis hin zu »Spiritismus«, »Wiedergeburt« (»Reinkarnation«) und »Zen-Buddhismus« – alles, was als eine Art Vorschule und Einstimmung in das »Neue Denken« zu betrachten ist. Mittlerweile beträgt der Umsatz dieser esoterischen Literatur bereits acht Prozent des Gesamtumsatzes der Verlage.

Freier Markt der Ideologien

Worum geht es in der New-Age-Bewegung? Die Antwort geben uns zwei Autoren, Elmar Gruber und Susan Fassberg« in ihrem Buch »New-Age-Wörterbuch – 300 Schlüsselbegriffe von A-Z«, Herderbücherei. Sie zählen zu den Führungskräften dieser Bewegung:

»Im New-Age geht es um ein konsequentes Umdenken und Neuordnen der bisher verfolgten Ziele und Werte, die alle Lebensbereiche umfassen: Religion, Wissenschaft, Psychologie, Ökologie, Technologie, Wirtschaft usw. Im Zuge dieser Strömung hat sich ein Wortschatz herausgebildet, der aus einem eigentlichen Jargon, aus Wortneuschöpfungen und vorhandenen Begriffen besteht, die zum Teil eine veränderte Bedeutung erlangen.« Kaum jemand ist wegen des enormen Zeitaufwands in der Lage, sich einen umfassenden Überblick über das komplexe, verästelte und in allen (Regenbogen)-Farben schillernde New-Age-Phänomen zu verschaffen.

Denn darin ist so ziemlich alles an Ideenverschnitt enthalten, was derzeit auf dem »freien Markt« der Weltanschauungen und Ideologie angeboten wird. Deshalb sollten wir unsere Aufmerksamkeit auf die drei wichtigsten Fragen richten, deren Beantwortung einen Überblick ermöglicht:

Erstens, Änderungen des Denkens und Handelns durch veränderte Sprache? Zweitens, wo liegen die Wurzeln der New-Age-Bewegung? Drittens, handelt es sich um eine »Sanfte Verschwörung« (Titel eines Standardwerkes von M. Ferguson) oder um ein satanisches Komplott?

Das »Blut des grünen Löwen« ist nach alchemistischer Überlieferung der »hermetische Mercurius«, den der Löwe zusammen mit der Sonne ausspeit.

Die veränderte »neue« Sprache

Das in der Einleitung verwendete Zitat ist dem »New-Age-Wörterbuch« entnommen, welches rund 300 Schlüsselbegriffe erläutert. Für den, der sich etwas eingehender mit der New-Age-Bewegung befassen will, ist es unentbehrlich. Einige von diesen Schlüsselbegriffen – nachfolgend zitiert – sollen lediglich einen Eindruck vermitteln von dieser neuen »Fremdsprache«:

Bewußtseinsevolution, Bioenergetik, Encounterprogramm, Morphogenetisches Feld, Paradigma, Selbstorganisationsdynamik, Synergie, Thanatologie, Transpersonale Psychologie, Wissenskunst.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Wir werden uns mit den für ein Verständnis wichtigen New-Age-Codewörtern befassen.

Daß die Voraussetzung für die Veränderung des Denkens die Sinnveränderung der Worte ist, hat man schon früher gewußt. Nicolas de Bonneville, einer der Urheber der Französischen Revolution und bedeutender Freimaurer, erklärte: »Um die Revolution zu machen, muß man damit beginnen, den Sinn des Wortes zu verändern.«

Doch brauchen wir nicht soweit in die Vergangenheit zurückzugehen. Ein im Hinblick auf seine Auswirkungen besonders überzeugendes Beispiel der Gegenwart ist zweifelsohne das sogenannte zweite Vatikanische Konzil. Es schuf und verwendete in der Tat eine neue Sprache, die der Sprache der Kirche bis etwa 1960 nicht mehr glich. Damit wurde ein neues Denken vorbereitet, ein neuer, anderer Glaube vermittelt.

Die alt-hergebrachte Liturgie wurde durch den sogenannten Novus Ordo Missae ersetzt, Katechismen, Religions- und Gesangbücher von Grund auf umgearbeitet und – um Rückfälle in den traditionellen Glauben zweckmäßig auszuschalten – alle alten Bücher, Schriften und Dokumente katholischen Inhaltes aus den »renovierten« Kirchenräumen verbannt, verhökert oder vernichtet. Inzwischen haben viele der jüngeren Menschen infolge der »konziliaren« und »nachkonziliaren« »Säuberungswelle« und Umerziehung kaum noch einen Zugang zum Glauben ihrer Vorfahren.

New Age

Die geistige Revolution

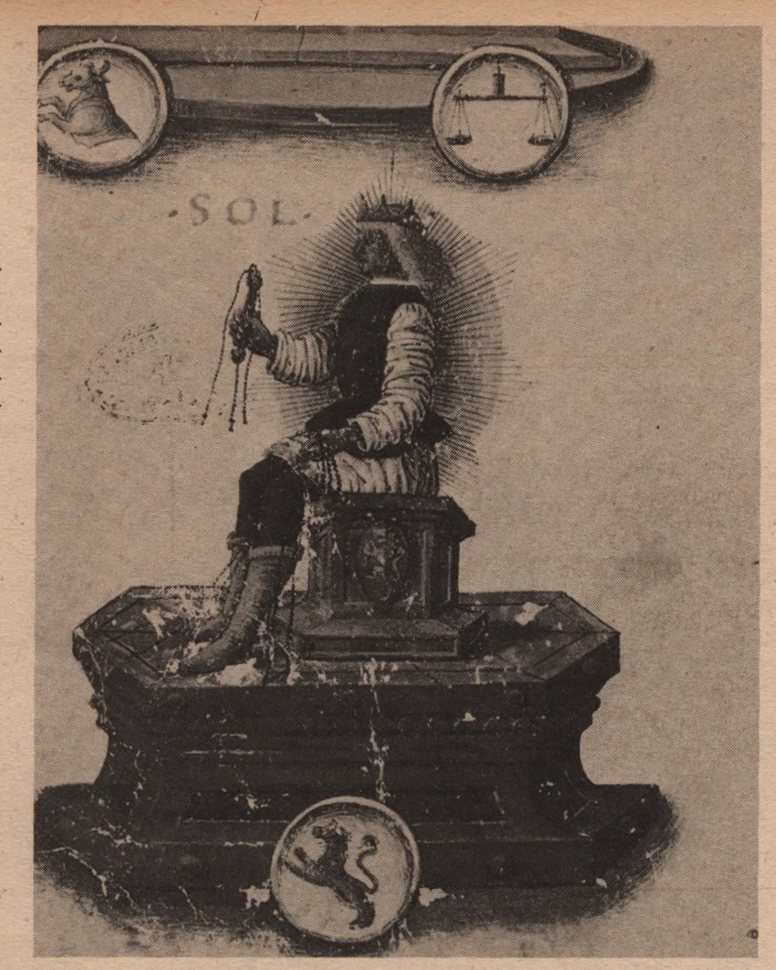
Daß hier teilweise bereits enge Verbindungen zur New-Age-Bewegung bestehen, mögen diese Beispiele aus dem Buch von Constance Cumbey »Die sanfte Verführung – Hintergründe und Gefahren der New-Age-Bewegung«, Asslar, erhärten:

Die Wölfe in Schafskleidern

»Bei der Lektüre von Hesburgh, Matthew Fox, Fontinelli und einer Vielzahl anderer römisch-katholischer ›entwickelter‹ oder ›transformierter‹ Theologen gelangt man sehr bald zu der Überzeugung, daß Papst Pius X. nicht bloß ein Würdenträger, sondern ein Prophet war. Die kenntnisreichen, fundierten Warnungen dieses Papstes in der Enzyklika ›Pascendi dominici gregis‹ (›Über den Modernismus‹) fanden kein Gehör, und die Wölfe in Schafskleidern konnten ungehindert in die katholische Hierarchie eindringen. Mit ähnlichen Methoden hat eine Fülle von Mitstreitern der New-Age-Bewegung selbst in gläubigen Kreisen Zugang zu protestantischen Predigerseminaren und Kanzeln gefunden.«
Als ein weiteres Beispiel füge ich folgende Zitate bei, die für sich selbst sprechen. Unter dem Motto »New-Age-Gedankengut in der Kirche« wurde das Programm der Begegnungsstätte »Lucelle« in Basel – ein angeblich katholisch orientiertes Institut – in der Vorschau Juli-Dezember 1986 wie folgt angekündigt:

»Unser Konzept«

Lucelle, Lucis cella, Zelle des Lichts, 1124 als Zisterzienserkloster von Bernhard von Clairvaux gegründet, im Verlauf der Französischen Revolution und der nachfolgenden Säkularisierung aufgehoben und als Steinbruch abgetragen, soll zu neuem Leben erwachen. Lucelle soll zu einer Begegnungsstätte werden für Menschen, die auf der Suche sind.



Der Stein der Weisen entsteht durch ein Vereinigung von Sol und Luna im Zeichen des Löwen.

Auf der Suche nach sich selbst und ihrem tieferen Wesenskern, auf der Suche nach Sinn für ihr Leben; auf der Suche nach Möglichkeiten, wie sie ihre Vergangenheit fruchtbar machen und sich mit ihr aussöhnen können; auf der Suche nach einem Weg, wie sie ihr Leiden an Unvollkommenheit und Grenzen zu einer Kraftquelle umgestalten können.

Lucelle soll zu einem Ort werden, an dem ein neues Bewußtsein entstehen und ausstrahlen kann: Das Bewußtsein, daß die ganze Welt ein vernetztes System und gleichsam ein Organismus ist, der leidet, solange seine Glieder leiden; das Bewußtsein, daß nur derjenige, der selber heil und ganz zu werden bereit ist, einen wirklichen Beitrag zum Heilwerden der Welt leistet; das Bewußtsein, daß wir an jenem Wendepunkt angelangt sind, an dem alle Menschen guten Willens zusammenarbeiten müssen, damit wir die tiefgreifende ökologische Krise und die Bedrohung des Weltfriedens überwinden können.

Lucelle soll zu einem Ort werden, dessen Ziel die ganzheitliche Heilung, die Einheit von Heil und Heilung ist.

Erziehung zur neuen Zeit

Diesem Ziel soll die Integration verschiedener Methoden und Wege dienen: Spirituelle Angebote, die zur Erfahrung der göttlichen Wirklichkeit in uns führen und deren heilende Potentiale wir wecken sollen; religiös-kontemplative Methoden, die zur persönlichen Gottes- und Christusbegegnung hinführen sollen; selbsterfahrungsbetonte Angebote, die zur bewußten Gestaltung von Beziehungen und zu größerer menschlicher Nähe befähigen sollen.

Trägerschaft: Die Arbeit in Lucelle wird konzipiert, getragen und verantwortet vom St.-Katharina-Werk, Basel. Das St.-Katharina-Werk ist ein katholisches Säkularinstitut (Weltgemeinschaft).

Aus dem Kursangebot: Erziehung zur ›Neuen Zeit‹. Die Menschheit befindet sich an einem Wendepunkt. Ein durchgreifender Wandlungsprozeß muß stattfinden, wenn wir die drängenden Probleme meistern wollen. Wir fragen nach Orientierungsmöglichkeiten und Haltungen, die uns in unserem erzieherischen Alltag eine Hilfe sein können.

New Age und Christentum: Was heißt ›New Age‹? Wie können wir dieses Phänomen aus christlicher Sicht deuten? Welche Aufgaben haben die Christen in dieser Zeit? – Leitung: Dr. David Steindl-Rast, Benediktinermönch, Mount Saviour, USA, bekannt durch sein Engagement in der New-Age-Bewegung und seinen Einsatz für den Frieden.

Tagung zur zentralen Stellung Christi im Kosmos: Die Welt erscheint im neuen wissenschaftlichen Weltbild unserer Tage immer mehr als Organismus. Aufgabe der Kirche wäre es, diesen als den wachsenden mystischen Leib Christi zu verkünden. Kosmos und Menschheit als Organismus-Herz Jesu, Christus, Mitte des Kosmos, Selbstentfaltung als Dienst an der Menschheit, Dienst an der Menschheit als Selbstentfaltung.

Hingabe und Loslassen und Vertrauen ist nötig, um offen und empfänglich für Leben zu sein. Selbstwahrnehmungs- und Bewegungsübungen sollen uns dabei helfen, unser Herz zu öffnen und die Kraft fließen zu lassen. Therapeutische Selbsterfahrung. Beginn mit Fasten-Schweigetage.«

Umbrüche und Wandlungen

Ein drittes Beispiel aus dem Jahr 1971 läßt erkennen, wie die »Kirchen Erneuerer« vorgehen, um durch Schulungskurse die Errungenschaften des Vatikanums II unter das Volk zu bringen. Hierbei steht nicht so sehr die veränderte Sprache im Vordergrund, als vielmehr die raffinierte Methode der Programmgestaltung. Die Themen sind so gewählt, daß sie Glaubenslehren berühren, die, obwohl dogmatisch fixiert, dennoch als nicht festgelegt diskutiert und »hinterfragt« werden.
Wird auf diese Weise die persönli-

che Meinung über den Glauben gestellt, kann auf seinen Trümmern die »Neue Welteinheitsreligion« errichtet werden. Das erste Thema zum Beispiel lautet: »Umbrüche und Wandlungen in der Moraltheologie seit dem Zweiten Vatikanum«.

Aus dem Vortrag des Referenten (Professor für Theologie) greife ich folgende Stichworte heraus: Umbrüche und neue Fragen in der speziellen Moraltheologie; Ringen um einen mehr der Schrift angepaßten Glaubensbegriff; Neue Bewertung der anderen Konfessionen und auch der Atheisten durch das Konzil; Verzicht auf jeden Glaubenszwang und jede unfaire Manipulation; Neue Gruppierungen der Menschheit durch alle bisherigen Gruppen hindurch; Menschen bona et mala fide aus allen Lagern; Probleme der Evolution und der Revolution; Christliches Gewissen und Krieg, Todesstrafe, Rassendiskriminierung; Punktuelle Wortwahrheit und christliche Lebensechtheit; Ringen um Neuansätze in der Sexualität; Neue Sicht von Gesetz und Rat.

»Die Moraltheologie gleicht einem Bauplatz. Das Umbauverlangen wird durch den lange gestauten Nachholbedarf verstärkt. Der Hl. Geist hat den Bauplan. Wir müssen uns in seinem Lichte vorantasten.«

Es fällt auf, daß der Terminus »neu« hier fünfmal verwendet wird. Einen Satz aus der Zusammenfassung eines Votrages eines Fuldaer Professors will ich noch anfügen, denn er macht deutlich, daß es zunächst darum geht, »alte Strukturen« aufzubrechen und zu verändern, um dann etwas Neues an deren Stelle zu setzen:

»Der Wille Gottes leuchtet nicht immer aus kirchlichen Weisungen auf. Auch die kirchliche Autorität hat sich im Bereich der authentischen Lehrverkündung und bei pastoralen Weisungen als unzulänglich, starr, rückständig, gelegentlich ja sogar als irrig erwiesen.«

Damit waren zugleich die Weichen gestellt für eine (pseudo)religiöse Unterweisung der Jugend, die mehr und mehr unverbindlich wurde und deren verwässerte Inhalte diskutiert werden konnten. Mit dem Sprengstoff »Zweifel« gelang es nach und nach, einen weltweiten Prozeß der Entmissionierung in Gang zu setzen, dessen Ende nicht abzusehen ist. Erinnern wir uns, daß die alte Schlange im Paradies ebenso vorging:

»Durchaus werdet ihr nicht sterben; so wahr Gott lebt, an welchem Tage ihr von der Frucht esset (und eure sittliche Unabhängigkeit beweist), werden euch die Augen aufgehen (im Lichte der menschlichen Intelligenz), ihr werdet sein wie Gott (durch den menschlichen Fortschritt), indem ihr Gutes und Böses erkennt (und selbstherrlich darüber entscheidet).«

Wandel auf allen Ebenen

Zum schrittweisen Verständnis der dahinter stehenden Ideologie wenden wir uns nun der Analyse einiger Schlüsselwörter der New-Age-Terminologie zu. Das vielleicht wichtigste heißt

Transformation: Es bezeichnet den »Wandel auf allen Ebenen durch die anbrechende neue Zeit«. Die beabsichtigte Umwandlung bezieht sich auf den Menschen und seine hergebrachten Denkgewohnheiten und entsprechenden Institutionen. Mit der Beobachtung des eigenen Bewußtseins »beginnt eine psychische Neustrukturierung, die nicht allein auf der Ebene des Bewußtseins beschränkt zu bleiben braucht, sondern unser Gehirn und unseren Körper mit einbeziehen kann«.

Marilyn Ferguson, eine der Protagonistinnen der New-Age-Bewegung, unterscheidet vier Hauptstufen:

Erstens: »Einstieg als Auslöser, der alte Konzepte und liebgewonnene Vorstellungen ins Wanken bringt«. Auf der zweiten Stufe helfen »Lehrer« weiter, durch Psychotechniken und das Stadium spiritueller Traditionen.

Drittens: Darauf folgt die Integration, in der man beginnt, sich nunmehr einem »inneren Führer« zuzuwenden und ihm zu gehorchen. Die letzte Phase ist die der »Verschwörung«, wobei mit dem »Paradigmenwechsel« ein neues »Bewußtsein« anhebt, das in Aktion treten will, um auch anderen Menschen »zum Wohle der Gemeinschaft« Transformation zu offerieren. Transformierte Menschen mit einem »neuen Bewußtsein« sind dann die Missionare der New-AgeBewegung.

Workshop: Hier kommen Personen zusammen, die in »Selbsterfahrungsgruppen« die angebotenen Theorien ver- und erarbeiten. Dabei spielen Körperarbeit, Psychotechniken und spirituelle »Techniken« eine besondere Rolle. Es herrscht ein großes Angebot entsprechend der Nachfrage, und die Preise sind oft enorm, so daß New-Age-Spitzenkräfte zu Millionären werden. Von ihnen ist selbst ein Interview nur zu einem horrenden Preis zu haben. Besonders gefragt sind Wochenendseminare über den New-Age-Spiritismus, »Spirit-Channeling« genannt, die für 275 Dollar bei Jach Pursel zu haben sind. Ihm bringen diese Sitzungen mit 600 bis 800 Teilnehmer »dank seiner transzendenten Unterhaltungskünste im Schnitt 190.000 Dollar«.

Paradigma: (Griechisch: Vorbild) Dieser zunächst in der Wissenschaft verwendete Begriff beschreibt »eine Konstellation von Überzeugungen, Wertvorstellungen und Techniken eines bestimmten Wissenschaftsbereiches«. Es ist ein Erklärungs- beziehungsweise Denkrahmen des naturwissenschaftlichen Weltbildes, das für überholt angesehen wird. Im Wissenschaftsbereich sind damit auch spezielle Forschungsprogramme gemeint, denen paradigmatische Hypothesen zugrundeliegen. Indem das Paradigma auch auf das Gebiet der Philosophie und des Glaubens angewandt wird, erhält man ein geeignetes Instrument für eine dem New-Age gemäßen und für notwendig erklärten »Paradigmenwechsel«. Die bisherige »Konstellation von Überzeugungen und Wertvorstellungen« ist danach unbrauchbar geworden und im Sinne einer »Welteinheitsreligion« abgelöst.

Die Wurzeln von New-Age

Prozeßtheorie: Diese Theorie von Arthur Young enthält ein solches Paradigma. Sie »überbrückt die Kluft zwischen Wissenschaft, Mythologie und Philosophia perennis und berücksichtigt die transpersonalen Phänomene und Erscheinungen, die von der gegenwärtig akzeptierten Wissenschaft nicht erklärt werden können«.

Transpersonale Psychologie: Sie stellt die Persönlichkeitsentfaltung und Selbstverwirklichung in den Mittelpunkt. Transzendentale Bedürfnisse und Spiritualität sind Bestandteile der Selbstentfaltung des Menschen, der danach seinen Weg wählt oder ändert. Dazu gehören Grenzerfahrungen, mystische Erlebnisse und dergleichen.

Omega: Diese Begriff ist von besonderer Bedeutung. Er ist bei »Teilhard de Chardin der göttliche Brennpunkt an der Spitze des Universums, auf den alle Evolution hinzielt und der zugleich im Innern eines jeden Elementes des Universums als radikale Energie wirksam ist«. Für ihn ist das All ein raumzeitliches System, »dessen Innenseite organisch-psychischer Natur ist«. Die Grundlage der Evolution ist der »Prozeß der Verinnerlichung des vom Geist Gottes beseelten Weltstoffes«, der im Punkt »Omega« seine höchste Vereinigung durch Liebe erreicht. Hier nun »beginnt die Geburt des planetarischen Geistes, der sich seiner Göttlichkeit bewußt ist«.

Christus nennt sich zwar in der Offenbarung das »A und das O«. Im Griechischen: »Ich bin das Alpha und das Omega«. »Omega« ist darin der letzte Buchstabe. Was gemeint ist, lesen wir in der Offenbarung: »Ich bin der Erste und der Letzte.« Teilhard de Chardin mißbraucht den Begriff des biblischen »Omega« beziehungsweise deutet ihn um, indem er den Terminus »Omega« mit einem neuen Bedeutungsinhalt versehen zum Träger »neuer« Ideen, ja sogar zum Vehikel eines »neuen« Glaubens macht.

Bevor wir auf den semantischen Betrug von New-Age eingehen, sehen wir uns zunächst den Prototyp einer jeden Lüge, Täuschung, Irreführung und Heuchelei genauer an und exemplifieren ihn am Beispiel der Versuchung im Paradies: »Die Schlange war listiger als alle Tiere des Feldes, die Gott der Herr gemacht hatte. Sie sagte zur Frau: ›Hat Gott wirklich gesagt: Ihr dürft von keinem Baum des Gartens essen?‹

New Age

Die geistige Revolution

Die Frau antwortete der Schlange: ›Von den Früchten der Bäume des Gartens dürfen wir essen. Nur bezüglich des Baumes, der in der Mitte des Gartens steht, hat Gott befohlen: Davon dürft ihr nicht essen, ja sie nicht einmal anrühren, sonst müßt ihr sterben.‹ Die Schlange erwiderte der Frau: ›Keineswegs werdet ihr sterben, vielmehr weiß Gott, daß euch die Augen aufgehen werden, sobald ihr davon eßt, und daß ihr wie Gott werdet, indem ihr erkennt, was gut und böse ist.‹«

Das Verlangen nach der verbotenen Frucht

Da stellt der Versucher anfangs die harmlos anmutende Frage: »Hat Gott wirklich gesagt?« Der Versucher heuchelt Erstaunen, um die Frau neugierig und zugleich stutzig zu machen. Er stellt sich unwissend oder unzureichend informiert. Die in der Frag enthaltene Lüge (»von keinem Baum«) fordert die Frau zur Richtigstellung heraus. Die Diskussion kann beginnen: »Keineswegs werdet ihr sterben.«

Der Versucher stellt die Strafandrohung Gottes als wohl nicht ernst gemeint hin. Den Tod als Folge der Gebotsübertretung leugnet er. Er gibt vor, Mitwisser, ja Vertrauter Gottes zu sein. In der Frau versucht er das Vertrauen auf Gott und sein Wort zu untergraben und zu erschüttern.

»Daß auch die Augen aufgehen werden ...«, der Teufel – Versucher, der sich hinter der Schlange verbirt – verheißt wachsende Erkenntnis. Er stellt gleichsam die Weichen für die nun folgende Überrumpelung: »Sobald ihr davon eßt, werdet ihr sein wie Gott...«
Der Versucher stellt als das höchste Ziel die aus eigener »freier« Entscheidung und mit eigener Kraft zu erringende Gottgleichheit vor Augen, vorausgesetzt, der Mensch wirft die ihm angelegten Fesseln göttlicher Gebote ab. »Indem ihr erkennt, was gut und böse ist...«



Baphomet. Pantheistisches und magisches Bild des Absoluten. Auf der Stirn und unter der Fackel das Zeichen des Makrokosmos oder das Pentagramm mit Spitze nach oben als Symbol der menschlichen Intelligenz.

Offensichtlich will er Eva glauben machen, daß das Böse die Ergänzung des Guten sei. Mit der Erkenntnis von gut und böse wird von ihr das vorher Gesagte assoziiert, daß nämlich der Mensch darüber stehe, sie beurteilen und beherrschen kann.

Zusammenfassend kann man in der Versuchung ein Grundmuster herauslesen. Es war die Absicht des Diabolos, im Menschen das Verlangen nach der verbotenen Frucht zu wecken, nach Macht (Reichtum) und höherer Erkenntnis, das Streben nach Selbstbestimmung und -verwirklichung anzustacheln, um ihn zu verleiten, aus eigener Kraft das Leben mit alls einen Möglichkeiten selbst zu gestalten und auszukosten.

Schließlich wollte der Teufel die Menschen von sich abhängig – anstatt von Gott – machen und unterjochen, um durch sie seine widergöttliche Herrschaft auf Erden aufzurichten. Darum hat der Sohn Gottes die dreifache Versuchung zugelassen, um des Teufels Macht zu brechen. Das Evangelium berichtet, daß Jesus versucht wurde, seine Kraft, Wunder zu wirken, zur eigenen Sättigung zu mißbrauchen und Steine in Brot zu verwandeln, sich von der Zinne des Tempels herabzustürzen, um seine außergewöhnlichen Fähigkeiten unter Beweis zu stellen. Zuletzt bot der Teufel die Herrschaft über die Welt an, sofern sich Jesus durch einen Kniefall unterwerfen und ihn anbeten werde.

Die Irrlehre der Gnostiker

Im weiteren Verlauf unserer Untersuchung werden wir immer wieder auf das Grundmuster teuflischer Verführung stoßen, wie sie in der Heiligen Schrift bezeugt wird; denn die Erstversuchung im Paradies und die Versuchung Jesu in der Wüste haben sich in der Heilsgeschichte in tausendfachen Abwandlungen und Varianten immer wiederholt. Die Stammeltern unterlagen der Heimtücke des Versuchers inmitten des Paradieses. Jesus widerstand nach vierzigtägigem Fasten in der Einöde. Auch dies müssen wir bedenken, um zu erfassen, welche Mühe und Anstrengungen es unseren Herrn und Heiland schon zu Beginn seines Erlösungswerkes gekostet hat, uns aus der satanischen Knechtschaft zu befreien. Wer also Jesus nachfolgt, ihn anbetet und ihm dient, wird mit seiner Hilfe alle feurigen Pfeile des Bösen auslöschen können.

Die Irrlehre der Gnostiker, Gnosis genannt, enthält jüdische, christliche, persische, babylonische, ägyptische und griechische Elemente. Sie ist dualistisch, weil in ihr ein Lichtgott einem bösen Gott gegenübersteht. Die Welt der reinen Geister und Lichtwesen entstammen dem Lichtgott durch Emanation (Ausstrahlung, Ausströmung). Das böse Urprinzip, auch Demiurg (Weltbildner) bezeichnet (bei den Persern »Ahriman« genannt), erschuf die Materie. Die Lichtwesen, die sich von ihrem Ursprung entfernten, verbanden sich mit der »bösen« Materie und wurden Menschen mit Leib und Seele. Folgerichtig besteht die Erlösung darin, daß sich die Lichtwesen von der Materie, dem Körper, wieder trennen müssen. Diese Aufgabe vollbringen sie selbst durch Askese, Weihen, Reinigungsriten und Zauberformeln. Erforderlich ist die Kenntnis der Weltzusammenhänge.

Zu den hier skizzierten Grundzügen gnostischer Irrtümer, hinter denen sich Luzifer verbirgt, einmal als Lichtgott, ein anderes mal als Demiurg, um mit weißer oder schwarzer Magie und anderen Tricks Beute zu machen, fügten andere Irrlehrer weitere Elemente hinzu.

Wie unübersichtlich die Gnosis schließlich wurde, macht Hans Baum deutlich: »Von vornherein muß leider der weithin verbreitete Irrtum ausgeräumt werden, daß die Gnosis ein in sich geschlossenes Ganzes sei ... Davon kann keine Rede sein. Im Hause Satans gibt es keine Universalität

mit gemeinsamen Nenner. Die Gnosis ist ein mit Widersprüchen und einer Vielzahl von kaum koordinierbaren Einzelnennern ausgestatteter monströser Pluralismus.«

Der Gnosis sind zuzurechnen die Manichäer (3. Jahrhundert), die Paulicianer (7. Jahrhundert), die Bogumilen und die Albingenser beziehungsweise Katharer (12. Jahrhundert).

Geschickt verpackten sie ihre falsche Lehre in ein Märchen, in die Erzählung vom Gral. Sie wurde in unzähligen Abwandlungen verbreitet und bot auf diese Weise die Möglichkeit, ganz bestimmte Inhalte gezielt weiterzugeben. Der Name des Wolfram von Eschenbach ist mit der Gralsdichtung verknüpft, und bis heute hat kaum jemand bemerkt, welches Kuckucksei er und einige andere Dichter des Mittelalters der Christenheit ins Nest praktiziert haben.

Die Botschaft der Samaragdenen Tafel

Die Symbolik des »Himmelssteines« spielt eine bedeutende Rolle. Zunächst ist da der geheimnisvolle Stein, aus dem der Gral »entsprungen« ist, der zuvor das »Diadem Luzifers schmückte und den seine Scharen zurückzugewinnen trachteten, der schon im Urzustand, im irdischen Paradies, im Besitze Adams war, aber auch ihm verlustig ging«. Die Symbolik der »Himmelssteine« reicht vom irischen Königsstein über den römischen »Lapis niger« bis hin zum schwarzen Stein der Kaaba, dem religiösen Zentrum des Islam.

Der Gral selbst erscheint als ein unstofflicher Gegenstand mit geheimnisvollen Kräften, als »Himmelsstein« beziehungsweise »Stein des Lichtes«, als mit Gold oder Edelsteinen verzierte Schale oder Becken. Für manche ist es der Abendmahlkelch Christi oder die heilige Lanze. Doch J. Evola, ein profunder Kenner des Gralsmysteriums meint:

»Daß dieser Bedeutungsgehalt von Traditionen jenseits des Christentums herrührt und äußerlich sich mit einer Stimmung verbindet, die man schwerlich auf die christliche Frömmigkeit zurückführen könnte – dies zeigt sich eindeutig aus der Gesamtheit der Gralslegenden.«

Einer weniger bekannten Überlieferung zufolge wir der Gral mit der Katharerfestung in den Pyrenäen, dem Montségur, in Verbindung gebracht. Um den Gral wiederzugewinnen, hätten die Heerscharen Luzifers die Festung belagert, um den smaragdenen Stein, der bei dessen Aufstand zur Erde gefallen war, ihrem Fürsten zurückzugeben.

An dieser Stelle ist es wohl angebracht, auf einen New-Age-Begriff hinzuweisen, der zur Gnosis und zum Gralsmysterium eine Brücke zu bilden scheint. Es handelt sich um den Begriff der Smaragdenen Tafel. Es handelt sich dabei um eine Tafel, »auf der Hermes Trismegistos die Grundgesetze des Kosmos eingraviert haben soll. Die Botschaft der Smaragdenen Tafel gilt als Grundtext der gesamten abendländischen Esoterik«.
Hermes Trismegistos, der »dreimal Größte«, zeigt seinen Pferdefuß, natürlich unbeabsichtigt. Wieder einmal äfft er den Weltenschöpfer nach, der auf dem Sinai die beiden steinernen Tafeln mit den zehn Geboten Moses übergab. Mit Geboten hat Luzifer nichts im Sinn, aber da er sich den Anschein gibt, als habe er die Welt zumindest miterschaffen, graviert er die »Grundgesetze des Kosmos« ein, die da lauten: 1. Wie oben so unten. 2. Alles in der Welt ist polar. 3. Zwischen den Polen herrscht ein Kraftfluß, der ein Neues, ein Drittes entstehen läßt. 4. Alles im Kosmos läuft zyklisch, rhythmisch ab und untersteht dem Gesetz der Balance und Ausgewogenheit.

Der Orden der Tempelritter

Nach Wolfram von Eschenbach werden vom Gral alle Tempelritter gespeist: »Sie leben von einem Steine. Wenn er zum Tisch gebracht wird oder magisch auf ihm erscheint, erhält jeder Ritter gerade das, was er am meisten ersehnt. Die an den Gral gebundene Gabe des Lebens erweist sich auch in der Heilung tödlicher Verwundungen: der Gral kann das Leben erneuern und in übernatürlicher Weise verlängern.«

Adam Weishaupt, ehemaliger Jesuit, gründete am 1. Mai 1776 die Geheimgesellschaft der Illuminaten.

Auch die mittelalterlichen Troubadoure waren Übermittler von kirchenfeindlichen Ideen durch ihre Lieder. Ihre Tradition setzte sich im 14. Jahrhundert als bürgerlicher Meistergesang fort.

Über den Orden der Tempelritter, der seine Initiations-Rituale ebenfalls dem Gralsmysterium entlehnte, die – wie es scheint – den Einflüssen einer arabisch-islamischen Umgebung unterlagen, wäre gleichfalls zu berichten. Doch mag es genügen, wenn wir lesen, was das »New-Age-Wörterbuch« über diesen Orden aussagt:

»Templer – Orden der ›Armen Ritterschaft Christi vom Salomonischen Tempel‹. 1118 von Hugo von Payen gegründet. Die T. beschützen die Pilger auf ihren Reisen ins Heilige Land ... Bei der Rückkehr nach Frankreich entwickelte sich der Orden zu einer wichtigen sozialen und politischen Macht und gründete sich auf esoterisches Wissen, das die ersten T. entweder von islamischen Eingeweihten (der Islam der Frühzeit war gnostischem und esoterischem Geistesleben viel aufgeschlossener als die christliche Kirche) vermittelt bekamen, oder, einer spekulativeren These folgend, daß sie aufgrund archäologischer Funde im salomonischen Tempel selbst zu Geheimnissen des alten Tempels kamen. Fortan waren sie als die ›Templer‹, die Hüter und Bewahrer dieser esoterischen Geheimnisse bekannt. Nachdem die Macht und der Einfluß der T. sich zu stark ausgeweitet hatte, wurde der Orden vom französischen König und dem Papst nach allen Regeln eines Staatsstreiches zerschlagen, die Tempelritter verhaftet und ihr Besitz beschlagnahmt. Heute leiten sich einige Richtungen der Freimaurerei von einem englischen beziehungsweise schottischen Zweig der T. ab, nachdem es einigen Templern gelungen sein soll, vor dem Streich nach England zu fliehen und die Arbeit des Ordens im Geheimen fortzusetzen.«

Von der Hermetik, benannt nach dem bereits erwähnten Hermes Trismegistos, führt der Irrweg zu den Rosenkreuzern. Auch sie sind im New-Age-Wörterbuch vertreten. Deshalb können wir sie nicht übergehen. nach J. Evola (»Das Mysterium des Grals«) bezeichnen sich die Ro-

Die geistige Revolution

senkreuzer als eine »Bruderschaft von Wesen, die in den Städten der Menschen sichtbar und unsichtbar weilen«, denn »Gott hat sie mit einer Wolke bedeckt, um sie vor der Niederträchtigkeit der Menschen zu schützen«.

Mitglied kann nur werden, wer die richtige Absicht und den rechten Willen hat und des Bündnisses würdig ist. Wenn er es für gut hält zu sterben, erwählt der Rosenkreuzer eine Person, die fähig ist, seine Funktion weiter zu verkörpern. Deshalb hat er keine Bedürfnisse, ist den Krankheiten und dem Alter nicht unterworfen und somit unsterblich. Der Orden hat einen geheimnisvollen »Imperator«, »dessen Namen und Wohnsitz unbekannt bleiben sollen«.

Die Jünger der »Meister«

Der legendäre »Christian Rosenkreuz« trägt an der Seite des neuerstandenen Königs das Abzeichen der Templer und des Parsivalschiffes, nämlich eine weiße Fahne mit rotem Kreuz. Auch das Gralstier, die Taube, fehlt nicht. Die Ritter des Goldenen Steines schwören dem wiedererstandenen König die Treue.

Die zahlreichen Orden und Geheimbünde, die im Mittelalter oder schon im Altertum ihre Wurzeln haben, stehen miteinander in Verbindung. Von hier aus läßt sich, wie wir noch sehen werden, die enge Verflechtung mit der New-Age-Ideologie nachweisen.

Im 19. Jahrhundert war es die Russin Helena Petrovna Blavatsky, die die Ideen der Rosenkreuzer aufgriff, mit indisch-ägyptisch-afrikanischen Elementen anreicherte und mit Hilfe eines »Meisters«, der ihre Bücher »diktierte«, niederschrieb. Sie gründete 1875 die christentumsfeindliche »Theosophische Gesellschaft« und gab in London die Zeitschrift »Luzifer«, die sie selbst redigierte, heraus. Ihre beiden mehrbändigen Werke »Geheimlehre« und »Die entschleierte Isis« enthalten okkultistisches, gnostisches und pseudowissenschaftliches Ideengut. Sie starb 1891.



Jakob Bernhard von Molay, der letzte Templer-Großmeister, nach einem Stich.

Unter ihrer Nachfolgerin Alice Bailey breitete sich die Theosophische Bewegung weiter aus. Alice Bailey schrieb annähernd zwei Dutzend Bücher mit präzisen Anweisungen für die Jünger der »Meister« in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – unserer heutigen Zeit. Seit dieser Zeit zeigt Alice Bailey wie Helena Petrovna Blavatsky einen tiefsitzenden Haß auf das überlieferte Christentum und eine entschlossene Ergebenheit an die Sache des Okkultismus und der östlichen Mystik.

Sie gründete die »Arkanschule«, die »Gruppe der neuen Weltdiener«, »Triangles« und »World Goodwill« (»Weltweiter guter Wille«). Damit ihre Schriften eine weitere Verbreitung fänden, wurde 1922 die »Lucifer Publishing Company« (»Luzifer-Verlagsgesellschaft«) gegründet.

Alice Bailey starb im Jahr 1949 im Alter von 69 Jahren.
Bis 1975 sollten ihre Lehren geheimgehalten, dann aber überall bekanntgemacht werden. Die darin enthaltenen Anweisungen reichen von der Notwendigkeit der Errichtung einer neuen Weltordnung über den Gebrauch des Regenbogens als Erkennungssymbols bis hin zu konkreten Plänen für die weltweite Güterverteilung, luziferische Einweihungen, eine Theologie der neuen Weltreligion. Auch die Lahmlegung oder Vernichtung der Religionen, die sich nicht in die neue Weltreligion einbinden ließen, war darin vorgesehen.

Die Verkündigung der Botschaft

Wie wir sehen, hat die New-Age-Bewegung mit und durch Alice Bailey bereits vor dem Zweiten Weltkrieg die entscheidende Ausrichtung erhalten und ihre Jünger scheinen ihre Anweisungen befolgt zu haben, um »die Welt für Luzifer einzunehmen«.

Man kann eine dreifache Zielsetzung bei der Theosophischen Gesellschaft erkennen:

Die Menschheit soll ohne Unterschied der Rasse, Religion, des Geschlechtes und der Nation eine einzige Bruderschaft bilden.

Allerdings steckt dahinter der aus der Aufklärung stammende, während der Französischen Revolution barbarisch in die Tat umgesetzte freimaurerische Gedanke einer Weltbruderschaft, die den Absolutheitsanspruch des Christentums und damit Jesu Christi radikal zurückweist und mit allen Mitteln bekämpft. Daher kann es für die Theosophen nur eine Welteinheitsreligion ohne das Christentum geben.

Das Studium der Religionen und Philosophien lassen sich die Theosophen angelegen sein. Dabei wird Christus als einer von vielen Religionsstiftern angesehen. Mit der Förderung der »vergleichenden Religionswissenschaft« erfolgt eine Relativierung und Einebnung, wie sie überall festzustellen ist, auch und besonders in sogenannten christlichen Kreisen.

Man bemüht sich darum, die unbekannten Naturphänomene und Gesetze als auch die im Menschen verborgenen Kräfte und Möglichkeiten zu erforschen und nutzbar zu machen. Daß damit die okkultisch-hellseherischen Potentiale gemeint sind, versteht sich von selbst.

Ergänzend sei noch gesagt, daß die Theosophie vorgibt, einen Zugang zum Göttlichen mittels Erleuchtung oder Erkenntnis zu ermöglichen. Rudolf Steiner, der ursprünglich der Theosophischen Gesellschaft angehörte, hat mit seiner Anthroposophie ähnliche Ideen vertreten und ist mit seinem Bemühen, damit esoterisches Ideengut in alle Bereiche des öffentlichen Lebens einzupflanzen, recht erfolgreich gewesen zum Beispiel durch die Errichtung der sogenannten »Freien Waldorfschulen«.

Für die New-Age-Bewegung war das Jahr 1975 sehr wichtig, weil Alice Bailey ihren Jüngern die Erlaubnis erteilt hatte, »ihre verborgenen Kammern zu verlassen und die Botschaft vom neuen Zeitalter (New-Age) in der ganzen Welt zu verkünden«. □

Kosmologische Vision der Zukunft

Robert Muller

Rund siebenhundert Erwachsene und Kinder kamen im letzten Sommer in San José, Costa Rica, zusammen und bildeten das, was sie »eine globale Familie« nannten, »die sich zum ersten Mal traf, um ihr Engagement für Arbeit im Dienste des Friedens erneut zu bekräftigen«. Sie gehören zur Familie der Freunde und Förderer einer der jüngeren Mitglieder des UN-Systems, der Friedensuniversität der Vereinten Nation. Dr. Robert Muller ist Rektor der Friedensuniversität. Er war vorher beisitzender Generalsekretär für wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei den Vereinten Nationen.

Während wir uns dem Jahr 2000 nähern, schlage ich vor, daß wir diese letzte Dekade mit Visionen und Aktivitäten ausfüllen, deren Ziel es ist, das nächste Jahrtausend zu dem kosmischen, geistigen Jahrtausend dieses Planeten zu machen, um auf diese Weise den Erwartungen Gottes oder des Kosmos gerecht zu werden. In diesem Sinn möchte ich eine Anzahl größerer Konferenzen oder Bemühungen in Vorschlag bringen, die von den Vereinten Nationen nicht ins Auge gefaßt werden. Frieden, Abrüstung, Bevölkerung, Umwelt, wirtschaftliche Entwicklung, sind alles Bereiche, um die sich die Vereinten Nationen kümmern. Aber es gibt noch eine ganze Liste anderer Themen, die behandelt werden sollten im Hinblick auf eine adäquate Vorbereitung des nächsten Millenniums.

Eine neue Kosmologie und Philosophie

Als erstes sollte man eine größere Konferenz über eine neue Kosmologie vereinbaren. Dort könnte man hören, was die Physiker, die Biologen, Wissenschaftler anderer Disziplinen und solche, die mit neuen Kosmologien hervorgetreten sind, zu sagen haben. Aus ihrer aller Ansichten könnte sich ein gemeinsamer Nenner ergeben. Sie alle sind zu sehr wichtigen Erkenntnissen gelangt. Aber diese Erkenntnisse sind je nach dem Standpunkt ihres Berufes verschieden. Sie können physikalischer, biologischer, spritiueller, sozialer, politischer und anderer Natur sein. Am Schluß einer solchen Konferenz würden wir besser verstehen, was der Kosmos während unseres nächsten Evolutionsabschnitts von uns erwartet.

An zweiter Stelle würde ich eine größere Konferenz über eine neue Philosophie, eine globale Philosophie, empfehlen. Philosophie, das ist die Art und Weise, wie wir leben. Wie sollten wir, global ausgedrückt und im Lichte unseres phantastischen Wissens gesehen, auf diesem Planeten leben? Wo sind die großen Weisen unserer Zeit zu finden? Wo die positiven Philosophen, die uns eine Erklärung und eine Sinngebung für unser Leben und Hoffnung für die Zukunft bringen?

Eine neue Soziologie und Anthropologie

An dritter Stelle sehe ich die Notwendigkeit einer neuen Soziologie, die uns helfen würde, die Bedeutung und die Rolle all der zahlreichen Gruppen, Rechtspersönlichkeiten, Berufe und Institutionen, die es auf diesem Planeten gibt, zu verstehen. Die meisten von ihnen sind dazu bestimmt, einen Beitrag zum Erfolg unseres Planeten zu leisten. Viele von ihnen wissen dies nicht und haben sich nicht einmal die Frage gestellt, warum sie existieren, warum sie entstanden sind, was ihre letztliche Absicht und ihr Beitrag im gesamtmenschlichen Strukturgefüge sein sollte.

Viertens brauchen wir eine neue Anthropologie, so wie es Margaret Mead vorschlägt. Wir brauchen Weltfeste, so wie sie im Familienleben, in den Religionen und in den Nationen gefeiert werden. Die Menschen und die Welt müssen gemeinsame Paradigmen, gemeinsame Ideale und Bezugspunkte für die Zukunft entwickeln. Die Wissenschaft von der Gemeinschaftstrasse läßt noch vieles zu wünschen übrig. Wir wissen mehr über Stammessysteme als über das Menschheitssystem.

Fünftens brauchen wir eine gesamtmenschliche Biologie, eine Wissenschaft vom menschlichen Leben auf diesem Planeten. Wir erforschen mehr Tiere und Mikroben als daß wir uns dem Funktionieren der menschlichen Spezies widmen. Für die Biologen ist dies Sache der Politiker. Dem sollte nicht so sein. Die Biologen sollten uns in aller Offenheit und Ehrlichkeit sagen, wie die menschliche Spezies von ihrem Standpunkt als Experten des Lebendigen aus funktioniert. Wenn sie es für die Fische und die Säugetiere tun, können sie es auch für die Menschen tun.

Eine Welt- oder kosmische Spiritualität

Ich hoffe, daß die religiösen Führer zusammenkommen werden und noch Ende dieses Jahrhunderts die kosmischen Gesetze definieren, welche all ihren Glaubensrichtungen gemeinsam sind. Sie sind lange Zeit Experten des Kosmos und Deuter der himmlischen Mächte gewesen. Sie sollten den Politikern sagen, was die kosmischen Gesetze sind, was Gott, die Götter, oder der Kosmos von den Menschen erwartet.

Wir müssen auch hoffen, daß der Papst noch vor dem Jahr 2000 zu den Vereinten Nationen kommen wird, um für alle Religionen und geistigen Richtungen auf diesem Planeten zu sprechen und der Welt eine religiöse Vorstellung davon zu geben, inwiefern das dritte Jahrtausend ein spirituelles Jahrtausend sein sollte, ein Jahrtausend, das die Integration und die Harmonie der Menschheit mit der Schöpfung, der Natur, dem Planeten, dem Kosmos und der Ewigkeit erleben wird.

Wir brauchen eine neue Weltpolitik und ein neues politisches System. Dieser Planet ist in einem unglaublichen Maße ein Opfer der Mißwirtschaft. Wenn die Vereinigten Staaten so verwaltet würden, wie es für die Welt der Fall ist, wäre es schon zur Katastrophe gekommen. Niemand würde verstehen, wie fünfzig Staaten – und die Welt zählt deren 160 – jeder mit einem eigenen Präsidenten, einer eigenen Flagge, einer eigenen Armee, einer eigenen, absoluten Souveränität, jemals zusammenarbeiten könnten. Stellt Euch vor, die US-Regierung in Washington sei nichts anderes als eine Art UNO, ohne jedwede Autorität.

Nur, diese Katastrophe existiert, und zwar auf Weltebene, und es ist Zeit, daß wir dies einsehen. Ich freue mich, daß der Autor des Buches »Planethood«, Ken Keyer, zu dieser Schlußfolgerung kommt und uns den Weg zeigt zu einer politischen Erneuerung dieses Planeten. Die Geburt der Europäischen Gemeinschaft, die Jean Monnet als einen ersten Schritt zu einer Weltgemeinschaft ansah, ist ebenfalls ein Zeichen der Hoffnung.

Eine angemessene planetarische Verwaltung

Wir benötigen eine angemessene, planetarische Verwaltung. Private und multinationale Firmen müssen in bezug auf die Verwaltung des Planeten vor ihre Verantwortung gestellt werden. Sie halten sich nur für verantwortlich für Gewinne und Aktionäre. Nun, es wird aber immer offensichtlicher, daß dieser Planet nicht zum Zwecke des Profitmachens erschaffen wurde.

Wir brauchen eine neue Philanthropie, die der ganzen Welt zugute kommt. Die Leute geben von ihrem Wohlstand und ihrem Geld einem Krankenhaus, einer ortsansässigen Universität, einer nationalen Stiftung oder einem sonstigen, nationalen Zweck. Aber die Welt bekommt nichts.

Die Friedensuniversität hier im waffenfreien Costa Rica ist eine

New-Age

Kosmologische Vision der Zukunft

der schönsten und nützlichsten Projekte auf Erden. Aber wo sind die Philanthropen, die sich dafür interessieren? Und doch muß gerade hier, an dieser Universität, eine neue Wissenschaft des Friedens für diesen Planeten entwickelt und es müssen Tausende von Friedensstiftern für eine ganze Reihe von Berufen ausgebildet werden. Die Menschen müssen die Finanzierung dessen, was dem Wohl der ganzen Welt dient, selbst in die Hand nehmen. Wir verfügen nicht einmal über ein zwischen den Regierungen vereinbartes Weltbudget.

Nun, wenn dann die Regierungen nichts von einem Weltbudget wissen wollen, so mögen die Philantropen und die einfachen Leute das ihre tun, damit ein solches zustande kommt. Auf diese Weise wird eine neue Demokratie, eine Weltdemokratie, entstehen.

Eine globale neue Welterziehung

Wir benötigen eine neue Welterziehung. Eine globale Erziehung, insbesondere die Erziehung der Kinder im Sinne unserer globalen Heimat und unserer menschlichen Familie, ist auf dem besten Wege, Fortschritte zu machen. Aber wir müssen noch weitergehen. Wir brauchen eine kosmische Erziehung, so wie sie die Religionen und Menschen wie Maria Montessori vorausgesehen haben.

Wir brauchen eine holistische Erziehung, die die Ganzheit des Universums und des Planeten lehrt. Ich freue mich darum besonders, daß einer der ersten Absolventen der Robert-Muller-Schule in Arlington, Texas, die mein »world core curriculum« lehrt, das Wort ergreifen wird, um die Gründung der »Vereinten Nationen der Jugend« anzukündigen. Wie ermutigend!

Wir brauchen eine neue, globale Informationspolitik. Außerirdische Beobachter wären entrüstet, wenn sie die falschen Informationen erhielten, die weltweit verbreitet werden. Wir benötigen eine ehrliche, objektive Informationspolitik, um unseren Weg und unser Verhalten richtig zu bestimmen und nicht eine für alle möglichen Zwecke manipulierte Nachrichtenübermittlung. Eine angemessene Informationspolitik und ebensolche Medien sind ein Anliegen von höchster Wichtigkeit. Die UNO und ihre 32 Sonderagenturen und Weltprogramme kommen dem, was ein solches Informationssystem sein sollte, am nächsten.

Eine neue Weltethik

Wir brauchen eine neue Weltethik. Was vielleicht gut für die Vereinigten Staaten oder die Sowjetunion ist – wie etwa der Besitz von Atomwaffen, kann in höchstem Maße schlecht für unseren Planeten sein. Ich bin überzeugt, daß Gott oder der Kosmos diesen Planeten nicht dazu geschaffen hat, damit er all diese nuklearen Sprengkapseln in seiner Erde, seinen Gewässern, seiner Atmosphäre und morgen in seinen Sternen bereithält.

Unseren politischen Führern muß beigebracht werden, daß sie nicht nur ihrem Volk und der Menschheit gegenüber verantwortlich sind, sondern ebenfalls Verantwortung tragen für den Erfolg des kosmischen Prozesses, der auf diesem Planeten vor sich geht. Sie können ihm ein Ende setzen oder ihn fördern. Wir brauchen eine neue globale Wissenschaft und Technologie. Die Wissenschaftler und Technologen müssen eine kosmische Verantwortung übernehmen. Das was sie bewirken, kann richtig oder falsch für die Menschheit sein und für unsere weitere kosmische Entwicklung. Sie müssen selbst an die siebente Generation denken.

Wir brauchen eine neue Weltwirtschaft »Oikos«, Ökonomie, heißt soviel wie Führung des Haushalts. Unser Haushalt ist jetzt der Planet. Wir brauchen eine neue Weltwirtschaft, die allen Menschen ein würdiges kosmisches Leben ermöglicht und die es ihnen erlaubt, die Funktionen zu erfüllen, für die sie geboren sind. Dies geht weit über die neue internationale Wirtschaftsordnung hinaus. Es ist eine Neustrukturierung der Wirtschaft auf unserem Planeten. Wir haben die Aufgabe, Ordnung in unser Haus, den Planeten, zu bringen.

Eine neue Weltkunst

Wir brauchen eine Renaissance der Kunst ähnlich der italienischen Renaissance, die wieder Harmonie in die Dinge hineinbringt. Die moderne Kunst war der Ausdruck unserer analytischen Periode. Wir zerlegten alles. Jetzt müssen wir wieder alles harmonisch zusammenbringen.

Wir brauchen eine holistische, universale, kosmische Kunst, die unseren Glauben, unseren Sinn für Schönheit und unser planetarisches, humanistisches und kosmisches Bewußtsein so zum Ausdruck bringt, wie es alle großen Dichter, Schriftsteller, Maler, Musiker und Bildhauer der Vergangenheit getan haben.

Das klassische Buch von Richard Bucke »Cosmic Consciousness« gibt eine ganze Liste solcher Menschen wieder. Wir brauchen auch Welthymnen. Einige der existierenden, Blutdurst und Gewalttätigkeit inspirierten Nationalhymnen, müssen neu geschrieben werden.

Wir brauchen eine neue Weltpsychologie. Wir müssen den Planeten und die Menschheit mehr als alles andere lieben lernen. Noch lehrt man uns, eine Nation oder Gruppe oder Religion zu lieben, und wir sind ihretwegen bereit, andere Menschen, andere kosmische Gemeinschaften zu töten. Dies verstößt gegen die Natur und gegen kosmische, göttliche Gesetze. Wir müssen die Menschheit lieben, wir müssen den Planeten lieben, wir müssen das Universum lieben und während der kurzen Jahre, die wir auf diesem Planeten verbringen, deren Werkzeuge sein. Eine völlig neue Weltpsychologie muß unsere wahren gefühlsmäßigen Prioritäten festlegen.

Eine neue Lebenskunst lehren

Wir müssen den Kindern unseres Planeten eine neue Lebenskunst lehren, ihnen die Großartigkeit des Lebens nahebringen, ihnen sagen, wie dankbar sie dafür sein sollten, daß sie heute in dieser Zeit eines großartigen Universalbewußtseins und eines unglaublichen Wissens leben, daß es ihre Aufgabe sein wird, die wahren Verwalter des Planeten zu sein, daß jeder von ihnen eine kosmische Einheit ist, oder, wie Pablo Casales es ausdrückte, »ein wahres Wunder, ein potentieller Leonardo oder Beethoven. Daher könnt ihr kein anderes, ähnliches Wunder verletzen und noch weniger töten«.

Wir alle sind Wunder, Mikrokosmen des Universums. Dies muß den Kindern gelehrt werden, damit sie zu dem Veranwortungsgefühl heranreifen, für das sie geboren sind. Wir müssen sie auch Genügsamkeit und eine einfache Lebensweise lehren, damit sie die herrliche Schöpfung Gottes nicht zerstören oder ungebührlich belasten. Wir sollten den Fußstapfen des hl. Franz folgen, der vor 800 Jahren lebte und predigte. Wir sollten »Voluntary Simplicity« von Duane Elgin lesen. Ein einfaches, genügsames Leben, gelebt von fünf Billionen Menschen, wären der imposanteste Beitrag zum Umweltschutz auf diesem Planeten.

Im nächsten Jahrhundert sollte jeder Mensch wissen, daß er ein Werkzeug Gottes sei, sei es als Mutter, die einer neuen kosmischen Einheit das Leben schenkt, oder als Vater, der in seiner Familie neue kosmische Einheiten großzieht, oder als Erzieher neuer, kosmischer Einheiten, oder als Ärzte oder Staatsdiener oder Künstler. Dann werden wir das Leben in seinem vollen Wert erkennen, und Kinder wie Erwachsene werden stolz darauf sein zu leben. Dann werden die Menschen ihre eigene kosmische Einheit so achten, wie es Buckminster Fuller tat, als er zu jemand, der ihm Zigaretten anbot, sagte: »Ich werde nie etwas tun, was das Funktionieren der vollkommenen, kosmischen Einheit, die mir vom Universum geschenkt wurde, beeinträchtigen könnte.«

Als Schlußfolgerung möchte ich sagen, daß wir den inzwischen populär gewordenen Satz »global denken, lokal handeln« durch diesen anderen ersetzen sollten: »Kosmisch denken, global und lokal handeln«. □

Freimaurerei

Neues vom Schottischen Ritus

Peter Blackwood

Viele sind der Ansicht, daß die Freimaurerei nichts anderes als Hexerei ist, die von Männern praktiziert wird, die »über jeden Zweifel erhaben« sind. Sie mögen glauben, daß wir es hier mit irgendeinem gigantischen Schwindel zu tun haben. Aber diese Ansicht wird die Flut nicht aufhalten. In den letzten 20 Jahren sind internationale Politik und Finanzen so brutal, so äußerst irrational geworden, daß es schwer fällt, die fortgesetzte Akzeptanz einer solchen Politik durch die herrschenden Eliten zu erklären, wenn man einmal davon absieht, daß diese Eliten von enggestrickten Netzwerken im Zaum gehalten werden, die auf mehr als eine Weise zusammenkommen, um die Grundströmung der Strategie eingehend zu erörtern.

So ist denn die Angelegenheit, den intellektuellen Einfluß des Freimaurertums loszuwerden, für das Überleben der menschlichen Rasse zu einer der größten Dringlichkeiten geworden. Jeder Freimaurer, der beim Lesen dieser Zeilen wütend wird, steht entweder in einem solch niedrigen Grad, daß er nicht weiß, worüber er so verärgert ist, oder er erachtet das Überleben des Freimaurertums als wichtiger als das Überleben der menschlichen Rasse und beweist damit mein Argument.

Solange die Öffentlichkeit mitspielt

Alle drei hier besprochenen Bücher sind ziemlich typisch für den freimaurerischen Strom, indem sie darauf abzielen, den Leser davon zu überzeugen, daß solange die Öffentlichkeit mitspielt, der Mythos die historische Wahrheit hinreichend einsetzen kann, und daß eine Glaubensstruktur für einen rigorosen wissenschaftlichen Gedanken eintreten kann. Michael Baigent vertritt diesen Punkt kühn in einem seiner Kapitel, während die beiden anderen Autoren dies etwas verdeckter tun. Diese Denkungsart nimmt ganz einfach, als Faktum der menschlichen Existenz, an, daß es keine Wirklichkeit gibt, daß Wirklichkeit rein subjektiv ist. Daher die freimaurische Faszination mit Zeichen und Symbolen.

Man sticht in die Voodoo-Puppe ein, die ein Symbol für das beabsichtigte Opfer ist. Das Opfer stirbt. Daher hat das Symbol einen wirklichen Einfluß auf die reale Welt. Oder etwa nicht? War es wirklich das Symbol, das auf das Opfer einwirkte? Oder war es nicht vielmehr die todbringende Gewalt des Hasses, die erwiesenermaßen die mächtigsten psychosomatischen Wirkungen freigibt, wenn ein ganzes Volk über einen herfällt und darauf wartet, daß man stirbt?

Vom Tempel zum Freimaurertum

Zwei der drei hier besprochenen Bücher befassen sich mit einem unglücklichen Land, das in den letzten 200 Jahren so behandelt wurde, als sei es ein Mythos, nämlich Schottland, das seit dem Act of Union (Vereinigungsgesetz) von 1707 wirksam zum Schweigen gebracht wurde. Das geht so weit, daß viele gebildete Europäer nicht einmal wissen, daß der Name sich auf ein separates Land bezieht. Sie glauben, es sei ein geographisches Gebiet irgendwo in Nordengland. Solch ein Mythos ist die ideale Geburtsstätte eines Mythos, der als der Schottische Ritus bekannt ist.

In dem Buch »The Temple and the Lodge« möchte Michael Baigent uns mit den oberflächlichsten Beweisen davon überzeugen, daß der verbotene Templer-Orden in Schottland Unterschlupf gefunden habe, und daß eine gerade Linie vom Tempel zum Freimaurertum des Schottischen Ritus verlaufe. Michael Baigent scheint so glücklich zu sein, sich mit einer Periode schottischer Geschichte zu befassen, über die aus ursprünglichen, zeitgenössischen Quellen so spärlich berichtet wird: das Zeitalter von Robert the Bruce und William Wallace (spätes 13. und frühes 14. Jahrhundert), daß er damit davon kommt, etwa tausendmal die Worte »könnte wohl gewesen sein« zu verwenden.

Für den entscheidenden Einfluß der Templer auf die schottische Geschichte kann Michael Braigent nur dürftige Beweise vorbringen. Wäre ihr Einfluß so gewesen, wie er behauptet, dann wäre Schottland wirklich von der Landkarte verschwunden, denn das Wesen der Templer-Politik bestand stets darin, ganz gleich auf welches Stück Land sie ihre Hände hatten, an den Meistbietenden zu verscherbeln.

Die Banker und die schwarze Magie

Der Tempel, 1120 im Nahen Osten gegründet, war ein Arm der großen alexandrischen und syrischen dynastischen Finanzinteressen, wie es heute die »Venezianische Finanz« ist. Die Templer waren Banker, Wucherer, die noch höhere Zinsen als die Juden verlangten – welche die einzigen waren, denen offiziell gestattet wurde, Zinsen auf Darlehen einzuziehen –. Wie für viele Londoner oder Wall Street Wucherer heute, war die schwarze Magie für sie weit mehr als ein Hobby, wie Roberto Calvi bezeugt hätte, würde er noch leben.

Wollte man sich nun die Männer, die die Katastrophe von 1707 verursachten, die Männer die Schottland verrieten, genauer betrachten, dann mag es wohl sein, daß freimaurerische Netzwerke mit im Spiel waren und besonders Edinburgh, das ein Außenposten

Freimaurerei

Neues vom Schottischen Ritus

der »Venezianischen Partei« ist. Aber das muß nachgewiesen werden und zwar nicht durch Baigents Hals-über-Kopf-Methoden.

Unser Autor möchte uns einreden, der im Exil lebende Templer-Orden und nicht die schottischen Armeen selbst sei 1314 für den Sieg bei Bannockburn gegen die Engländer verantwortlich gewesen, obwohl Baigent selbst zugibt, daß »die genauen Einzelheiten dessen, was bei Bannockburn geschah, verschwommen sind. Es gibt keinen Augenzeugenbericht mehr und vorhandene Zeugnisse aus zweiter oder dritter hand sind verzerrt und verwirrt«.

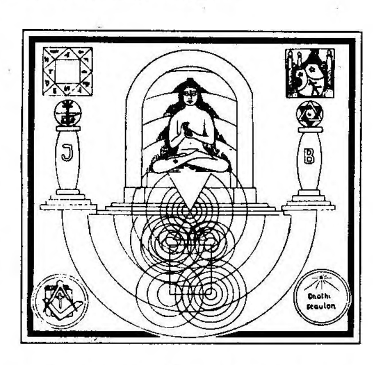
Aber plötzlich lesen wir: »Alle Beweise deuten darauf hin, daß der entscheidende Eingriff durch eine Reserve berittener Männer erfolgte«. Welche Beweise? Wir lesen: »Der Zusammenbruch der Engländer scheint verursacht worden zu sein ... einfach durch Furcht. Es ist kaum glaubwürdig, daß Bauern und Schlachtenbummler eine derartige Furcht hätten einflößen können. Andererseits wäre sie sicherlich durch ein Kontingent von Templern eingeflößt worden.«

Wie die jüngsten Ereignisse in Osteuropa gezeigt haben, ist ein in Wut geratenes Volk, das um das bloße Überleben als Nation kämpft, der furchterregendste Augenblick auf Erden.

Die alte gnostische Mär

In seinem ersten Bestseller »Holy Blood, Holy Grail« stellte Baigent eine noch ungeheurere Behauptung auf, nämlich, daß Erzherzog Otto von Habsburg, der Anwärter auf den österreichisch-ungarischen Thron, tatsächlich ein Blutsnachfolger von Jesus Christus sei, der nicht – schreibt Baigent – am Kreuze starb, sondern floh und heiratete. Raten Sie mal, wen: Maria Magdalena!

So abscheulich wie diese alte gnostische Mär ist, Baigent plapperte sie geschickt nach und flickte seine »Forschung« zusammen, wie ein wirklicher kleiner Teufel. Wenn er nur nicht den Drang verspürt hätte, die Überbleibsel der »Forschung« in »The Temple and the Lodge« zu verbrauchen. Plötzlich werden wir, ohne ersichtlichen Grund, von den britischen Inseln ins 14. Jahrhundert zurückversetzt, nach Amerika, und zu den Freimaurern, die laut Baigent jenen Kontinent schon bevölkerten, bevor irgendjemand klug genug war, dorthin zu gelangen.



Sollen wir Baigents Versicherung Glauben schenken, daß der Erfolg des amerikanischen Revolutionskriegs der Nichtbereitwilligkeit britischer Freimaurer zuzuschreiben ist, gegen ihre freimaurischen Brüder auf der anderen Seite zu kämpfen? Dies hießt krass abzustreiten, daß es hier um irgendwelche realen Dinge der Politik ging.

Graham Lowry hat in seinem Buch »How the Nation Has Won« nachgewiesen, in welchem Umfang die Kolonisten, vom allerersten Tag, als sie den Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt hatten, wußten, daß die unerträglichen politischen Strukturen, die sie dorthin gebracht hatten, bald zu einem Entscheidungskampf mit der britischen Krone führen würden.

Der Architekt der Revolution selbst, Benjamin Franklin, den Baigent einen Erzfreimaurer nennt, war ein vielseitiger Gelehrter, der in seiner Zeit wegen seiner gründlichen wissenschaftlichen Arbeit als »der amerikanische Prometheus« bekannt war. Franklin und sein Netzwerk traten in Hunderte von Organisationen ein, übernahmen diese und leiteten sie. Es bestand eine Notwendigkeit für geheime Gesellschaften ein präzises strategisches Ziel zu erreichen. Das Ziel war die Republik. Das Freimaurertum war eine betehende Geheimstruktur, in die Franklin eindrang und die er sein Leben lang leitete. Die Welt war seine Tastatur, und er spielte darauf.

Kann Satan das höchste Wesen sein?

Dies bringt uns zu einem tödlicheren Band. Giuliano Di Bernardo, aus Bologna, ist anscheinend ein freimaurerisches »Schwergewicht«. Nach dem Buchumschlag ist er Freimaurer des 33. Grades und lebenslanges Mitglied des Supreme Council of the Scottish Rite (Oberster Rat des Schottischen Ritus). Er hält den Lehrstuhl für Philosophie der Wissenschaft an der Universität von Trento inne und war Vizekanzler dieser Universität. Nach seinem Foto zu urteilen, sieht er ganz wie der syrische Magier aus. Ich kann seinen Studenten nur raten, fluchtartig in Deckung zu gehen, in etwas Sicheres, wie Physik. Jedenfalls mag Di Bernardo Akronyme, das schlimmste davon ist T.G.A.O.T.U.: The Great Author of the Universe, ein Wesen, das die weniger Aufgeklärten unter uns immer noch hartnäckig Gott nennen.

Nach dem ich Di Bernardos Bücher gelesen habe, würde ich ein anderes Akronym für den Schottischen Ritus vorschlagen: T.E.R.F.T.U.O.P.L.I.S.A.E.: The English Rite for the Undermining of Political Leadership in Scotland, and Elsewhere (Der Englische Ritus zur Untergrabung der Politischen Führung in Schottland und anderswo).

Kein Konkurrenzkampf mit der Kirche

Da er aus Italien kommt, wo das Freimaurertum unter beträchtlichem Druck seitens der gesünderen Elemente in der Kirche steht, scheint es Di Bernardos Ziel zu sein, nachzuweisen, durch Scholastik, daß das Freimaurertum auf keinen Fall eine Religion ist und daß die Kirche ihm daher den Konkurrenzkampf ersparen sollte.

Indem ich dem Leser Di Bernardos verworrenes Argument erspare, ziehe ich einmal seine voreilige Schlußfolgerung: »Es ist typisch für jede Religion hypothetisch die Existenz einer Gottheit anzunehmen; aber das Freimaurertum benötigt nur als Mindestbedingung die Akzeptanz der regulativen Valenz des Höchsten Wesens ... eine Bejahung des nicht exklusiven Regulativismus bietet den großen Vorteil eine wahre Toleranz zu akzeptieren, die nicht durch Positionen wie Deismus gewährleistet werden kann«.

Ich habe noch nicht ganz herausgefunden, was Begriffe wie »regulativ« und »Valenz« eigentlich bedeuten, aber die allgemeine Strömung ist klar genug.

Wer ist das Höchste Wesen? Ich möchte das wissen. Was sind seine Eigenschaften? 1986, in einer schriftlichen Entscheidung des amerikanischen Forth Circuit Court of Appeals in Virginia, beschrieb Richter Butzner den Glauben eines Häftlings an Satan als verfassungsmäßig geschütztes Recht, an ein Höchstes Wesen (Supreme Being) zu glauben.

In der Tat huldigen alle Hexen und Zauberer einem Höchsten Wesen. Sein Name ist Satan. Nun, auch einem Statement mit der Überschrift: »Freimaurertum und Religion« (1. Juni 1985) der United Grand Lodge of England (Vereinigte Großloge von England), die Di Bernardo als »die höchste freimaurerische Autorität ... Mutterloge der Welt« bezeichnet, hat das Freimaurertum »keine theologische Doktrin und ... wird auch nicht zulassen, daß sich eine freimaurerische Doktrin entwickelt«.

Toleranz mit einem bösen Gott

»Theologie« ist ein griechisches Wort und setzt sich zusammen aus Theos und Logos, das heißt Gott und Wort: »Wörter über Gott«, man diskutiert über Gott, um richtig zu verstehen, was seine Natur ist. So, wenn Gott tatsächlich, wie die Freimaurer sagen, Autor des Universums ist, aber es ist ihnen als Freimaurer nicht gestattet seine Natur zu begründen, dann kann das nur bedeuten, daß »Toleranz« auch impliziert, daß ein böser Gott geduldet werden kann.

Wenn ein Mann hereinkommt und sagt: »Ich bin bereit mich

den Five Notions of Masonry (Fünf Gedanken des Freimaurertums) zu unterwerfen, und – oh, ja – mein Höchstes Wesen ist Satan«, dann gibt es absolut nichts, was ihn daran hindern kann. Di Bernardo führt weiter aus, daß die Erklärung der English Mother Lodge »die Bedeutung eines konstituierenden Akts ... und eines Grundsatzdokuments annimmt, das für alle Gerichtsbarkeiten gilt«, und so müssen wir ihn beim Wort nehmen.

In dem gleichen Dokument aus dem Jahre 1985 stellt die English Lodge (Englische Loge) fest: »Das Freimaurertum behauptet nicht durch geheimes Wissen, oder mit anderen Mitteln zum Seelenheil zu führen. Die Geheimnisse des Freimaurertums befassen sich mit modalen Eigenschaften der Erkenntnis und nicht mit dem Seelenheil.«

Mit dem Seelenheil vielleicht nicht, aber was ist mit der ewigen Verdammnis? Wenn das Freimaurertum da ist, um ein ethisches Ideal zu fördern, wie unser Autor unaufhörlich behauptet, was ist seine Ethik, wenn es schon kein Seelenheil gibt? Wie beurteilt man, was ethisches Verhalten ist? Bedeutet Ethik die Regeln des freimaurerischen Gesetzbuches anzuerkennen? Hexenversammlungen haben einen präzisen Ehrenkodex, den sie Ethik nennen, der Lohn dessen, was sie Sünde zu nennen pflegen, der in jedem Falle Tod bedeutet.

Wenn sich die Loge auf den Begriff »Seelenheil« bezieht, dann nur um ihn zu verformen.

Sowohl die christlichen – mit Ausnahme einiger extremen Varianten des Calvinismus – als auch die hebräischen Religionen haben eine hochentwickelte Auffassung vom Seelenheil, die auf dem Gedanken der guten Tat beruht. Da Gott das Gute ist, Gott der Gute ist, gefällt man ihm am besten durch positive Handlungen, um das Los unserer Mitmenschen zu verbessern. Es gibt keine Grenze, keine Begrenzung, kein Ende zu dem Guten, an das der Mensch fähig ist zu denken, und das er tun kann; daher ist der Mensch frei. Sein Wille wird nicht vorbestimmt, weder als Einzelwesen noch als Spezies.

Der Gedanke an die unendliche Macht der Seele, durch konkrete Taten in dieser realen Welt weit über ihre früheren Zustände hinaus emporzusteigen, ist Seelenheil, eine Bewegung der Seele die nicht vorbestimmt ist. Wie kann dann Di Bernardo sagen, daß »freimaurerisches Denken als solches, sowohl dem Gedanken eines persönlichen fürsorglichen Gottes als auch dem Gedanken an das Seelenheil des Menschen fremd ist, es sei denn, er zerstöre sein eigenes Argument, daß es keinen Widerspruch zwischen christlichen oder hebräischen Lehren und seiner eigenen gibt?«

Ein Schlachtfeld zwischen Gott und Teufel

Aber kann es überhaupt so etwas wie freimaurerisches Denken als solches geben? Kann es einen freimaurerischen Teil des Geistes, und einen christlichen oder hebräischen Teil des Geistes geben? Hat man erst einmal den Gedanken an das Seelenheil akzeptiert, kann man ihn dann während einer der bizarren Rituale vergessen? Wie kann der Geist gegen sich selbst geteilt werden?

Nun, natürlich kann er das: Es wird klinische Schizophrenie und in schweren Fällen paranoische Dissoziation, Störung der Assoziation, Doppelbewußtsein genannt, so wie man es bei von der Mutter dominierten Impulsmördern findet. Dieser Dualismus kann die Form des »religiösen« Glaubens annehmen, die sich der Psychose nähert und dieses in vielen Fällen direkt herausfordert, wie in den gnostischen, nominell christlichen Sekten wie Catharismus.

Für die Gnostiker ist die Welt ein Schlachtfeld zwischen Gott und dem Teufel, wobei keiner fähig ist, den anderen zu erledigen; daher muß man ein wenig dem einen, ein wenig dem anderen opfern. Für den Dualisten ist das menschliche Wesen ein Schlachtfeld zwischen dem Körper und der Seele, der Körper ist unrein, die Seele ist rein, man muß den Körper kasteien und entwürdigen – genau das Gegenteil des jüdisch-christlichen Gedankens an den Körper als Tempel der Seele.

Um diesen beiden voneinander getrennten Welten einen Sinn zu geben, muß ein Schlüssel vorhanden sein, das geheime Ding, das Ding, das man nur als als Gnostiker (von dem griechischen Wort »wissen«) kann, indem man eingeweiht wird – mit anderen Worten, indem man ein Freimaurer und daher per Definition unfrei wird.

Ist die Freimaurerei zu rechtfertigen?

Di Bernardo ist ziemlich gut darin, in seine eigenen Fallen zu tappen. Er hat sich in seiner Einführung bereits eine Falle gestellt. »Ist die Existenz des Freimaurertums noch zu rechtfertigen?«, fragt er, und antwortet sich selbst: »Jeder der diese Frage stellt, kennt die wahre Natur des Freimaurertums nicht, die initiatisch und daher nicht auf irgendeinen politischen Zeitabschnitt begrenzt ist. Man könnte behaupten, da amerikanische Freimaurer für die Unabhängigkeit ihres Landes kämpften und sie auch erreichten, daß es für das Freimaurertum keinen Grund mehr gibt in Amerika zu bestehen. Aber für das Freimaurertum, als initiatische Gesellschaft verstanden, mag es oder mag es kein politisches oder soziales Engagement geben, und dies ist auf jeden Fall zweitrangig zu den wahren Zielen, die es verfolgt.«

Die unendliche Macht der Seele

Ist die Existenz des Freimaurertums zu rechtfertigen? Wenn es kein politisches oder soziales Engagement, aber andere »wahre Ziele« hat, was sind diese dann? Da Di Bernardo Freimaurer des 33. Grades ist, sind wir auf alle Fälle dazu berechtigt, ihm diese Frage zu stellen.

Was er uns soeben beschrieben hat, ist seinem eigenen internen Eingeständnis nach ein alter Kult, eines der vielfältigen syrischen oder ägyptischen Geheimnisse, dessen einziges Ziel es ist, sich selbst zu verewigen durch ein verworrenes Gewebe von seltsamen persönlichen »Freundschaften«. Es gibt einen Weg hinein, aber keinen hinaus, außer den Tod. Dadurch verewigt sich die Elite, die zu den Riten zugelassen wird auch selbst. Dies ist das Wesen einer Geheimgesellschaft, und nur die geltenden Presse-Gesetze hindern mich daran, meine Gedanken noch freier, oder wenn man so will noch farbenfreudiger, zum Ausdruck zu bringen.

Das Geheimnis ist nicht gut

Was die Frage der Geheimhaltung betrifft, so scheint es, daß die fünf Gedanken des Freimaurertums Freiheit, Toleranz, Brüderschaft, Transzendenz, initiatische Freiheit sind. Das letztere wirft jedes feine Gebäude nieder, das das Freimaurertum um die vorhergehenden spinnen mag. Wenn das Freimaurertum das Christentum scheut, weil es so universal wie möglich sein will, dann wünscht es seine eigene spezielle Auffassung so weit wie möglich unter der Menschheit auszubreiten. Wenn nicht, warum nicht?

Wenn das Geheimnis gut ist, dann muß das bekanntgemacht werden. Warum darf es nicht jeder Mensch kennen? Die Wahrheit ist, daß das Geheimnis nicht gut ist. Es ist schlecht. Es ist zu allererst durch die Tatsache schlecht, daß eine Klasse von Leuten durch das Geheimnis die übrige Menschheit ausschließen kann; dies ist eine antirepublikanische Auffassung und ist per Definition schlecht.

Die einzige Einschränkung, die wir hierzu machen können, ist, daß es zu Kriegszeiten für eine sehr kurze Zeit notwendig ist von einem operationellen Standpunkt aus strengstes Geheimnis zu bewahren.

Aber Di Bernardo hat, wie ich schon sagte, diese Dringlichkeitsgrenze speziell ausgeschlossen.

Zweitens, wenn das Geheimnis gut wäre, dann wäre es etwas, was man offen bekennen oder zumindest seiner Frau im Ehebett erzählen kann, da die Bibel uns nicht nur sagt, sondern bestimmt, daß Mann und Weib eins sind. Aber man kann nicht, man darf nicht, und der Lohn für das, was sie Sünde nennen, ist der Tod. Andernfalls wäre das Geheimnis bekannt, und das Geheimnis ist nicht bekannt.

Daher widerspricht nach ihrer eigenen Aussage das freimaurerische Schweigegelübde den Lehren der christlichen und hebräischen Religion, die besagen, daß der Mensch eines Geistes ist, und

Freimaurerei

Neues vom Schottischen Ritus

daß er im Angesicht Gottes offen sein muß. Was bedeutet offen im Angesicht seines Mitmenschen? Für die Hebräer und die Christen ist der Mensch nach dem Ebenbild Gottes gemacht.

Ritualbestattung und Wiedergeburt

Einige Beispiele von Eiden, die in der Edinburgh Lodge um 1711 abgelegt wurden, werden von David Stephenson in seinem niederdrückenden Buch angegeben: »Du sollst ihn zur Geheimhaltung beschwören, indem Du damit drohst, daß die Sonne am Firmament ein Zeuge gegen ihn sein wird, und die ganze dann gegenwärtige Gesellschaft ... und ebenso die Freimaurer ihn mit Sicherheit ermorden werden«. Und weiter: »Um die Schlüssel davon zu bewahren, unter keiner geringeren Qual, als daß meine Zunge unter meinem Kinn herausgeschnitten wird, und daß ich innerhalb des Hochwasserstandzeichens bestattet werde, wo kein Mensch es wissen wird. Dann gibt er wieder das Zeichen, indem er seine Hand längst der Kehle unter seinem Kinn herzieht, was anzeigen soll, daß sie durchgeschnitten wird falls er sein Wort bricht.«

Stephenson selbst schreibt: »Ein Zentralthema bei vielen Einweihungsfeierlichkeiten war Ritualtod und Wiedergeburt ... Wenn man diese Punkte zusammenfügt, dann ist es wahrscheinlich, daß das freimaurerische Ritual des 17. Jahrhunderts den Kandidaten in eine Art von Ritualtod verwickelte mit anschließendem Wiederauferstehen von den Toten oder Wiedergeborenwerden in die Welt des Freimaurertums hinein, indem er aus dem Grab heraus in die fünf Punkte der Bruderschaftsumarmung gehoben wurde. Ritualbestattung, der Totenkopf zur Schau gestellt, um die Sterblichkeit zu betonen, von den Toten emporgehoben zu werden und vielleicht den Kandidaten Hirams Körper bei einer nekromantischen Suche nach den geheimnisvollen Schlüsseln zum Freimaurertum selbst exhumieren zu lassen.«

Variante des antiken Todeskult

Ich glaube, es steht uns frei, die Vergangenheitsform durchlaufend durch die Gegenwartsform zu ersetzen ..., da die Freimaurer selbst auf der absoluten Kontinuität ihrer Riten über die Jahrhunderte oder gar Jahrtausende hinweg bestehen: der Gestank des Grabes als Parole für den Eintritt in eine »unschuldige gesellschaftliche Versammlung«. Was Stephenson soeben beschrieben hat, ist eine Variante des antiken Todeskults des Nahen Osten. Wer wird getötet, wessen Leiche wird ausgegraben, welche Narkosemittel werden angewendet, um den »Tod« des Einzuweihenden hervorzurufen? So ist das auch bei Hexenversammlungen. Häßliches Zeug, und man möchte nicht irgendwo in der Nähe sein, wenn es geschieht.



David Stephenson, der Direktor des Center for Scottish Studies an der University of Aberdeen ist, ließ sein Buch von der Cambridge University Press veröffentlichen, was seltsam anmutet für einen Mann, der sagt, er sei über den »Anglozentrismus« in der Geschichte der Freimaurer besorgt. Vielleicht kann das alles rituell erklärt werden. Eines steht fest: Stephenson ist Pluralist. Man wird ihn nicht dabei erwischen, daß er sagt, was er persönlich von diesen seltsamen Dingen hält, mögen sie gut oder schlecht sein.

Während ich glaube, daß Geschichte eine Wissenschaft ist; sie gehört zur Suche nach der Wahrheit. Die Wahrheit beginnt mit einem selbst, und damit, daß man sagt, auf welcher Seite man steht.

Stephenson schreibt heiter und vergnügt: »Die Qualen des Eintritts in Mysterienkults in der antiken Welt hatten Schmerz, Angst, Erniedrigung und Erschöpfung als Hilfen für sich verändernde Einstellungen ausgenutzt, ebenso wie es Gehirnwäschetechniken von heute tun ... das Element der Erniedrigung und rauhen Rüpelei (ist dies eines von Mr. Stephensons Euphemismen für homosexuelle Vergewaltigung?), die man gewöhnlich bei dieser Art von Zeremonien findet ... können würdelose, aber geformte wichtige Elemente in dem Ritual mit seriösen Funktionen sein, und ihre psychologische Zugkraft zeigt dadurch, daß sie heute noch bestehen bei Einweihungspraktiken in viele Berufe, Schulen, Universitäten und andere Gruppen, ungeachtet der Feindschaft moderner Auffassungen gegenüber unwürdigem Verhalten.«

Kotau gegenüber dem Zeitgeist

Was meint er mit »Feindschaft moderner Auffassungen gegenüber unwürdigem Verhalten«?

Ist etwas an der Würde falsch? In der Tat, die »moderne Auffassung« der Heiligkeit des menschlichen Lebens und folglich der Unverletzbarkeit des Körpers – was die Unverletzbarkeit des Körpers, wenn er tot ist, die Heiligkeit der Gräber, einschließt –, ist mehrere Tausend Jahre alt. Judentum und sokratischer Gedanke, die Grundlagen des Christentums, entstanden als Polemik gegen genau jene geheimnisvollen initiatischen Religionen, für die es heute den Begriff Freimaurertum gibt.

Der Kotau Stephensons gegenüber jedem modernen Trend in der Geschichtsschreibung ist bestimmt kein würdiges Verhalten. Er schreibt: »In den letzten Jahrzehnten haben die Historiker mehr und mehr erkannt, daß Interessen der Renaissance in Themen wie Astrologie, Zauberei und Alchimie ... nicht mit peinlicher Verlegenheit als unglückliche Verirrungen am Rande der Renaissance abgetan werden sollten. Solche Belange werden jetzt als zentral zum Verständnis der ganzen Einstellung der Renaissance ... zur Welt gesehen.«

Welche Historiker? Wann haben sie »mehr und mehr« erkannt? Dieses »mehr und mehr« beginnt mit der Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts, die von solchen Leuten beherrscht wird, besonders nach dem Zweiten Weltkrieg, die dem Einfluß des britischen Geheimdienstes unterliegen.

Ein letzter Punkt: Stephenson stellt fest, er habe »Scotland's Century« geschrieben, um nachzuweisen, daß die Ursprünge des modernen Freimaurertums nicht englisch, sondern schottisch sind, und er führt folgende »schottisch-freimaurerische ›Früherscheinungen‹« auf:

»Früheste Verwendung des Wortes ›Loge‹ im modernen freimaurerischen Sinne; früheste amtliche Protokollbücher; Früheste Versuche Logen auf nationaler Ebene zu organisieren; Früheste Beispiele von ›Nichtaktiven‹, die den Logen beitreten; Frühester Nachweis, der das Logen-Freimaurertum mit spezifischen ethischen Gedanken verbindet, die mit dem Gebrauch von Symbolen erklärt werden; Frühester Nachweis, der darauf hindeutet, daß einige das Freimaurertum als finster oder verschwörerisch« erachteten.

Furchtbares Zeug. Sich damit zu brüsten, wie die politische Führung des Heimatlandes von den Engländern in Mehl gerollt und sauber gebraten wurde! Das ist der Grund, warum ich als neuen Wahlschlager für Schottland – obwohl er vielleicht in Italien, oder vielleicht Frankreich nicht so glatt heruntergehen würde – die bescheidene Frage gestellt habe: »Sind Sie ein Mann oder ein Freimaurer?«. Nachdem ich den Herren Baigent, Stephenson und Konsorten die letzten paar Jahrhunderte lang eine mehr als faire Anhörung gewährt habe, wird das wirkliche Schottland jetzt bitte aufstehen? □

Bei den besprochenen Büchern über Freimaurerei handelt es sich um folgende Titel: »The Temple and the Lodge« von Michael Baigent und Richard Leigh, Arcade Publishers, New York; »The Origins of Freemasonry: Scotlands Century, 1590-1710« von David Stephenson, Cambridge University Press, New and Cambridge; »Freemasonry and Its Image of Man. A Philosophical Investigation« von Giuliano Di Bernardo, Freestone Press, Tunbridge Wells, England. Außerdem der Hinweis auf das Buch »Der namenlose Krieg«, das im Diagnosen-Verlag, Leonberg, erschienen ist und einen Gesamtüberblick über die Thematik gibt.

Kuba

Sowjets liefern MiGs

Mike Blair

»Perestroika« und »Glasnost« mögen sowjetische Nebenbegriffe für Freiheit und Unabhängigkeit für Osteuropa sein, aber in Amerikas Hinterhof, in der Karibik, scheint es für die Führer des Kreml Geschäft wie üblich zu sein. Eine Sendung von sechs der modernsten sowjetischen Jagdbomber vom Typ MiG-29 wurde von den Sowjets von Nikolajew am Schwarzen Meer ins kommunistische Kuba verschickt.

Die MiG-29 hat einen Kampfradius von über 640 km und eine Spitzengeschwindkeit von 2430 Kilometern pro Stunde. Sie sind ohne Schwierigkeiten in der Lage, Ziele in Florida anzugreifen. Sie können mit 500-Kilo-Bomben bestückt werden.

Das ist eine sowjetische MiG-29, einer der modernsten Jagdbomber der Welt, die Moskau an Kuba liefert.

Eine Verletzung von Abkommen

Die MiG-29 ist für Angriffseinsätze konstruiert, was ihre Lieferung nach Kuba zu einer direkten Verletzung der zwischen dem ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy und dem ehemaligen sowjetischen Ministerpräsidenten Nikita S. Chruschtschow getroffenen Abkommen führt, die 1962 die sogenannte kubanische Raketenkrise beendete. Mit der Beendigung der Krise war Chruschtschow bereit Atomraketen aus Stützpunkten auf Kuba zu entfernen und in der Zukunft keine Angriffswaffen mehr in das rote Inselreich zu liefern.

Kennedy stimmte zu, die Raketenstützpunkte in der Türkei abzubauen und gelobte, daß die Vereinigten Staaten nicht in Kuba einmarschieren werden. Die Lieferung der offensiven MiG-29 nach Kuba stellt daher eine direkte Verletzung des Kennedy-Chruschtschow-Abkommens dar.

Was die Dinge noch verschlimmert ist, wie aus Kreisen der Nachrichtendienste verlautet, daß die sechs Düsenjagdbomber die ersten einer Gesamtzahl von 36 sind, die die Sowjets nach Kuba zu liefern gedenken. Sie umfassen drei Geschwader. Aus zwei Quellen weiß der amerikanische Nachrichtendienst über die Angriffsnatur der sowjetischen MiG-29 Bescheid.
Im vergangenen Herbst flog ein desertierender sowjetischer Pilot eine MiG-29 in die Türkei. In ausgedehnten Besprechungen mit Experten des amerikanischen Geheimdienstes legte er den offensiven Charakter der modernen sowjetischen Düsenmaschine in allen Einzelheiten dar.

Vorausplanung für einen Angriff der USA

Außerdem teilte der Brigadegeneral Rafael del Pino Diaz, der ehemalige stellvertretende Kommandeur der kubanischen Luftstreitkräfte der im Mai 1987 in die Vereinigten Staaten desertierte, dem amerikanischen Geheimdienst mit, Moskau plane Kubas Luftstreitkräfte mit drei Geschwadern der MiG-29 zu modernisieren, die in erster Linie zu Angriffszwecken gedacht seien. Offensichtlich machen die Sowjets ihr Versprechen gegenüber dem kubanischen Diktator Fidel Castro wahr.

Präsident George Bush sind Pinos Enthüllungen bekannt, da er den kubanischen General selbst interviewt hat, als er Vizepräsident in der Reagan-Regierung war. Man nehme zur Kenntnis, daß Bush ein ehemaliger Direktor der CIA ist. Während der ausgedehnten Besprechungen wies Del Pino warnend darauf hin, daß die kubanische Luftwaffe Vorausplanungen hat, die Homestead Air Force Base in Florida und die Guatanamo Bay Naval Base an der Ostspitze von Kuba anzugreifen, wenn die Vereinigten Staaten jemals in einen Krieg mit dem Castro-Regime eintreten sollten.

Während des kürzlich erfolgten militärischen Eingreifens der USA in Panama wurde bekannt, daß die Kubaner zu der Zeit Pläne hatten, einen amerikanischen Kernreaktor in Florida zu bombardieren, falls Kuba von US-Streitkräften angegriffen werden sollte.
Bei seinen Besprechungen gab del Pino bekannt, daß die kubanische Luftwaffe, die damals noch ältere MiG-23 Jagdbomber verwendete, Übungsflüge für den Angriff auf Homestead geflogen habe. Die simulierten Angriffe seien von San Antonio de los Banos, etwa 32 km südwestlich von Havanna auf einen simulierten Homestead-Flugplatz auf der kubanischen Insel Youth, südlich von der Hauptinsel Kuba, gelegen, geflogen worden.

Es sind rund 320 km von San Antonio de los Banos noch Homestead, das sich weit innerhalb der Reichweite von Kubas neuen MiG-29 befindet, von der jede vier 500-Kilo-Bomben trägt. Del Pino sagte, daß die MiG-Geschwader Übungseinsätze für einen Angriff auf Homestead flögen. Der kubanische General sagte, er habe »zwei- oder dreimal«, einmal erst 1986, selbst einen dieser Übungseinsätze geflogen.

Del Pino erläuterte die Wahrheit seiner Behauptungen, indem er eine Skizze von Homestead, einschließlich des Kontrollturms des Stützpunkts, Pisten und Parkflächen für US-Düsenabfangjäger zeichnete.



Cubas Fidel Castro (links) mit Michael Gorbatschow. Die Sowjets unterstützen Kuba weiter mit modernen Waffen.

Der General meinte, die kubanische Luftwaffe habe den Lageplan des amerikanischen Stützpunktes 1968 bekommen als eine Gruppe von Offizieren der kubanischen Luftstreitkräfte nach Homestead reisen durften, um eine kubanische MiG-17 abzuholen, die von einem kubanischen Deserteur in die Vereinigten Staaten geflogen worden war. Del Pino sagte die Offiziere hätten die Situation ausgenutzt, um den Stützpunkt gründlich zu fotografieren. Homestead ist der Heimatstandort des 13th Tactical Fighter Wing der US-Air Force, der beim Schutz des Südostens der Vereinigten Staaten gegen einen feindlichen Luftangriff eine Schlüsselrolle spielen soll. Von 1979 flog Air Cubana, die kubanische Fluglinie, auf ihren regulären Flügen an der Ostküste entlang nach Montreal über viele US-Militäranlagen hinweg.
Es ist seit langem bekannt, daß die Passagierflugzeuge kommunistischer Länder als Spionageflugzeuge verwendet werden. □

Die Fehler der Israelis und Palästinenser

Palästinenser überschlagen sich, um mit Israel Schritt zu halten. Die im Kielwasser der dramatischen Reformen durch die Länder Osteuropas fegenden Veränderungen haben Israels Status als »Vollpartner« der USA in dem geostrategischen Kampf mit der Sowjetunion ernsthaften Schaden zugefügt. Aber diese historischen Veränderungen waren auch nicht gerade eine Wohltat für die Palästinenser.

Israel überschlägt sich geradezu, um seine Bindungen an die neu demokratisierten Regierungen Osteuropas, die sich bislang traditionsgemäß geweigert hatten den zionistischen Staat anzuerkennen und die Palästinenser in ihrem Kampf um Anerkennung als Staat unterstützt hatten, zu zementieren. Viele osteuropäische Regierungen stufen jetzt ihre Beziehungen zur PLO herab und verringern ihre finanzielle Unterstützung; gleichzeitig nahmen sie diplomatische Beziehungen zu Israel auf und schmieden neue Handelsvereinbarungen.

Jedes Land im Sowjetblock hat seine Absicht bekundet, diplomatische Beziehung mit Israel anzuknüpfen, mit Ausnahme der UdSSR. Sogar Moskau unternimmt jedoch Schritte in diese Richtung, signalisiert durch seine kürzliche Unterzeichnung eines Handelsabkkommens mit dem zionistischen Staat. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bevor die Sowjetunion Israel ebenfalls formell anerkennen wird.

Die palästinensische Führung, sowohl die im Exil als auch die im Land, weiß nicht, wie sie darauf reagieren soll. Gleichzeitig – ebenfalls als unmittelbare Folge der in der Sowjetunion stattfindenden Reformen – strömt eine neue Welle jüdischer Einwanderer nach Israel und in die besetzten Gebiete. Im gleichen Augenblick, wo im Kielwasser der dramatischen Ereignisse in Osteuropa die Aufmerksamkeit der westlichen Medien vom Elend der Palästinenser abschweifte und sie in Stille leiden ließen, während die israelische Unterdrückung unvermindert und ohne den Druck einer negativen internationalen Meinung weiter ging, leben palästinensische Aktivisten in der Angst, daß Israels neue, engere Beziehungen mit Osteuropa die internationale Kritik an der verstärkten jüdischen Besiedlung am Westufer abstumpfen werden.

Der israelische Premierminister Jitzhak Shamir freute sich hämisch: »Die Araber, um uns herum, befinden sich in einem Zustand der Panik. Sie sind von einem Gefühl der Niederlagen befallen, denn sie sehen, daß die Intifada nichts nützt. Sie können den natürlichen Strom der Juden in ihr Heimatland nicht aufhalten.«

Shamir weist eindringlich darauf hin, daß seine kürzliche Äußerung, wonach ein »Groß-Israel« erforderlich sei, um die wöchentlich ins Land strömenden 1000 Juden aus der Sowjetunion unterzubringen, sich nicht spezifisch auf das Westufer bezieht, obwohl die amerikanische Regierung dies so auslegt.

Führer der Palästinenser geben zu, daß sie einen taktischen Fehler begingen, als sie Hilfe von den jetzt nicht mehr bestehenden kommunistischen Gewaltregimen entgegennahmen. Ein palästinensischer Sprecher beschrieb die Beziehungen zu den gestürzten Regierungen Rumäniens, der Tschechoslowakei und der DDR als »schweren Fehler«. »Wir setzten auf die Regierungen, nicht auf das Volk. Jetzt müssen wir neue Beziehungen zu den Völkern dieser Länder aufnehmen.«

Wie konnten sich die Palästinenser so sehr verrechnen? Eigentlich war es mehr eine Frage der Entgegennahme von Hilfe aus welchen Kreisen auch immer, die bereit waren diese anzubieten. Und da keine wesentliche aus den Vereinigten Staaten oder Westeuropa kam, bestand kaum eine Alternative zur Entgegennahme von Hilfeleistungen seitens dieser kommunistischen Unterdrückungsregime der harten Linie.

Die Palästinenser machten effektiv den gleichen Fehler wie Israel, indem sie es zuließen, sich auf dem Schachbrett des Konflikts der Supermächte auf der Seite der Sowjets als Bauern einsetzen zu lassen. Als jener Konflikt praktisch genommen zu Ende ging, kamen sie sich ausgeschlossen vor. Da Israel den Vorteil hat ein wesentlicher Faktor in der Rechnung und ein Liebling der USA zu sein, und da die osteuropäischen Regierungen begierig sind, sich als fähige Partner der USA zu erweisen, rücken sie näher an Israel heran als Zeichen ihrer Bereitwilligkeit, die Sünden der Vergangenheit wiedergutzumachen.

Die Palästinenser werden einigermaßen getröstet durch die Wärme, die ihnen durch die sich jetzt bildende politische und wirtschaftliche Führung der kurz vor der Vereinigung stehenden Europäischen Gemeinschaft entgegengebracht wird. Und das Westeuropa ein weit größeres Interesse am Nahen Osten hat – basierend auf seiner Abhängigkeit vom arabischen Öl und seinen Handelsrouten in der Region – und oft größere Betonung auf Menschenrechte und Demokratie gelegt hat als die USA, ist zu erwarten, daß die EG in den kommenden Jahren als Vermittler einer Vereinbarung zwischen den Palästinensern und den Israelis eine größere und positivere Rolle spielen wird.

Aber es sind die Ereignisse, die sich wahrscheinlich in der Zwischenzeit abspielen werden, die die Palästinenser und die Führer der umliegenden arabischen Staaten beunruhigen.

Während sie sich im neu geordneten Europa um taktische Vorteile bemühen, sind die Palästinenser als Begünstigte des Tauwetters zwischen Ost und West deutlich hinter die Israelis zurückgefallen. Man muß sich jedoch daran erinnern, daß die israelischen Ansprüche auf die besetzten Gebiete immer noch von fast allen Regierungen der Welt zurückgewiesen werden, und daß die Palästinenser in der Weltmeinung moralisch hoch angesehen werden.

Da ein internationaler Konsensus schließlich doch erreicht werden wird, wird es mehr eine Frage sein wann, nicht ob, die umstrittenen Gebiete von den Palästinensern zurückverlangt werden können. □

Ein untergehender Stern

Wie es früher oder später kommen mußte, hat Henry Kissinger jetzt in Washington keine Freunde mehr. Und so wurde der überhebliche ehemalige Berater des verstorbenen Nelson Rockefeller und Richard Nixons vor einigen Wochen langsam aus dem President's Foreign Intelligence Advisory Board (PFIAB) herausgedrängt. Als Folge davon hat er keinen freien Zugang mehr zu den streng geheimen Informationen über die nationale Sicherheit der USA – bei der Führung seines lukrativen Beratungsgeschäfts ist dies ein gewisses Handikap.

Kissingers offenkundige Interessenkonflikte – Großfirmen und ausländische Regierungen dazu zu bringen, ihm viel Geld für seine internen Kenntnisse über die Politik der US-Regierung zu zahlen – wurde selbst seinen alten Freunden einfach zu viel. Mit ihm befreundete, in mehreren Zeitungen schreibende Journalisten, führende Zeitungen des Establishments wie die »New York Times«, das »Wall Street Journal« und die »Washington Post« und alte Kumpels im US-Kongreß haben sich schließlich alle gegen den einstigen amerikanischen Außenminister gestellt.

Konservative ebenso wie Liberale begannen im vergangenen Jahr damit, Kissinger ernsthaft anzugreifen, als zwei seiner Schützlinge, Brent Scowcroft und Lawrence Eagleburger, in Schlüsselstellungen in der Bush-Regierung gehievt wurden. Kritiker glaubten, die Wahl von Scowcroft als Berater für nationale Sicherheit für den Präsidenten und Eagleburger zum stellvertretenden US-Außenminister würde Kissinger unzulässigen Einfluß im Weißen Haus und im US-Außenministerium verleihen. Es wurde jedoch bald offensichtlich, daß Scowcroft seine Loyalität gegenüber dem US-Präsidenten über den Rest von Zuneigung stellte, die er Kissinger gegenüber gehabt haben mag und die aus ihren früheren Geschäftsverbindungen in der Beratungsfirma herrührte.

Was Eagleburger betrifft, so wurde er ganz einfach aus der Schlinge solcher Fragen wie die »besonderen Beziehungen zu Is-

rael« befreit und seitdem mit anderen Aufgaben betraut, die ihm abverlangen, sich auf die neuen Demokratien Osteuropas zu konzentrieren.

Aber Kissinger selbst loszuwerden war eine weit schwierigere Sache. Ironischerweise wählten seine Feinde Rotchina – zu dem er die stärksten Bindungen hatte –, um ihn auszuschalten. Dies war umso erstaunlicher, als die Regierung Kissingers Rat, enge Beziehungen zu dem Regime beizubehalten, nachdem es im vergangenen Sommer die Studentenrevolte niedergeschlagen hatte, gefolgt war. Kissinger behauptete später, er sei nicht zu Rate gezogen worden und habe von den geheimen Reisen Scowcrofts und Eagleburgers nach Peking nichts gewußt. Aber niemand glaubte ihm.

Kissinger wurde in der US-Presse und im amerikanischen Kongreß für seinen Teil an der Ermutigung der Bush-Regierung, keine Sanktionen gegen die chinesische Regierung wegen deren grausamer Behandlung der Studenten zu betreiben, angegriffen. Er diente als Prügelknabe für den Präsidenten in dieser Sache, und dann wurde er vom Weißen Haus nicht einmal dafür gelobt. Von Bush in Stich gelassen, sah sich Kissinger bald als jedermanns Angriffsziel.

Und der Faktor seiner Gier kam noch hinzu. Kissingers Engagement für das bewährte Prinzip, Geld auf Washingtoner Art zu machen, war selbst nach den geltenden Maßstäben übertrieben. Als Berater profitierte er zu sehr von seinen vergangenen und derzeitigen Regierungsverbindungen, vor allem denjenigen im Bereich der streng geheimen Nachrichtendienste wie seine Mitgliedschaft in PFIAB. □

Bewertung des Falles John Demjanjuk

Das seltsame und traurige Schicksal des John Demjanjuk hat plötzlich eine unerwartete Wende genommen, die sein Leben retten und möglicherweise dem offiziellen sittenwidrigen Zusammenwirken der USA mit Israel zur Vortäuschung eines Sachverhalts bei der erbarmungslosen Jagd auf Nazi-Kriegsverbrecher – wirkliche oder imaginäre – ein Ende bereiten könnte.

Demjanjuk, ein ehemaliger Automechaniker aus dem US-Bundesstaat Ohio und naturalisierter amerikanischer Bürger aus der Ukraine, sitzt in Jerusalem in der Todeszelle, nachdem er von einem israelischen Gericht verurteilt wurde, während des Zweiten Weltkrieges ein mörderischer Wachmann im Konzentrationslager Treblinka in Polen gewesen zu sein. Er wartet derzeit in Zusammenhang mit seiner Berufung gegen das Todesurteil auf eine mündliche Verhandlung vor dem Obersten Gerichtshof Israels über neues Beweismaterial.

Das Beweismaterial, das benutzt wurde, um Demjanjuk in Israel zu verurteilen, beruht auf höchst fragwürdigen Angaben, die das Office of Special Investigations (OSI) des amerikanischen Justizministeriums zusammengestellt hatte. Zum Beispiel kam vor einigen Monaten ans Tageslicht, daß entscheidende Zeugenaussagen eines ehemaligen Wachmanns des Lagers, Otto Horn, gegen Demjanjuk bei dessen Ausbürgerungsverfahren – vor seinem Prozeß in Israel – falsch waren.

Horns Meineid kam heraus, als die OSI-Fahnder George Garand und Bernard Dougherty versuchten, die Berichte darüber zu vernichten, daß Horn unter Eid gelogen hatte. Aber sie vermasselten die Arbeit. Die weggeworfenen Berichte wurden in einer Mülltonne außerhalb eines McDonald-Restaurant in der Nähe der Dienststelle des OSI in der Washingtoner Innenstadt aufgefunden. Der Oberste Gerichtshof in Israel weigert sich jedoch, die neuen Beweismittel zuzulassen.

Später machten Demjanjuks Verteidiger eine Zeugin, Josefine Dolle, ausfindig, die in der Lage war bestätigende Aussagen zu machen, daß Demjanjuk im letzten Kriegsjahr tatsächlich in einem Kriegsgefangenenlager bei Heuberg in Württemberg – wie er behauptet – war und nicht in Treblinka. Und auf dieser Grundlage wurde Demjanjuk eine neue mündliche Verhandlung zugestanden.

Und erst kürzlich berichtet die amerikanische Fernsehanstalt CBS-TV in ihrem Programm »60 Minutes« im einzelnen über die Ereignisse ihrer eigenen Ermittlungen, die weitere Zweifel auf die Behauptung der Anklage werfen, Demjanjuk sei tatsächlich Iwan der Schreckliche gewesen. Die Sendung brachte ein Interview mit Maria Dudek, ihr Leben lang Bewohnerin eines Dorfes in der Nähe des Lagers Treblinka, die außerhalb der Kamera aussagte, sie habe »Iwan Grozny« – russisch für Iwan der Schreckliche – gekannt. Sie sagte aus, Iwan pflegte ins Dorf zu kommen, um sich sexuelle Vergünstigungen und Wodka gegen Gold zu kaufen, das er jüdischen Häftlingen weggenommen habe. Sie identifizierte Iwan den Schrecklichen als Iwan Marczenko. CBS-TV fand heraus, daß Marczenkos Name tatsächlich in einer Aufstellung von ukrainischen Wachleuten von Treblinka verzeichnet ist, nicht aber Demjanjuks.

Demjanjuk hatte immer wieder eindringlich seine Unschuld beteuert und gesagt, es handele sich hier um eine Personenverwechslung. Kürzlich stimmte der Oberste Gerichtshof Israel zu, als Teil des automatischen Berufungsverfahrens Demjanjuks die Beweisaufnahme wieder aufzunehmen. Ursprünglich war seine Berufung auf den 14. Mai 1990 festgesetzt, aber dieses Datum wurde verschoben, um seinen Anwälten Zeit zu geben neue Beweise einzuholen und vorzulegen.

Demjanjuk hat mindestens ein Mitglied des amerikanischen Kongresses auf seiner Seite. Der Abgeordnete James Traficant, ein Unabhängiger und ehemaliger Sheriff, hat einen Brief an den amerikanische Außenminister James Baker geschrieben und ihn gebeten im Namen Demjanjuk in Israel zu intervenieren. Traficant schrieb: »Das OSI-Mandat zur Fahndung auf Nazi-Kriegsverbrecher ist lobenswert. Das OSI sollte jedoch nicht in eklatanter Weise die von unseren Vorvätern entwickelten Richtlinien und Verfassungen außer Acht lassen, um die Rechtsfindung zu vereinfachen und sich auch nicht dermaßen von seinem Eifer überwältigen lassen, daß es unter Verletzung der Rechte des Einzelnen handelt. Der Gerechtigkeit wird erst dann Genüge getan, wenn John Demjanjuk Senior nach Hause entlassen wird.« Traficant trug in das Protokoll des amerikanischen Kongresses vom 28. Februar 1990 eine Aufstellung von Beweismitteln ein, die dazu dienen, die Anklage gegen Demjanjuk zu widerlegen. Sie dienen auch dazu, gegen das OSI wegen seiner schlampigen Ermittlungen und der von ihm in Gang gesetzten überstürzten Beurteilung, um seine Anklage zu begründen, öffentliche Anklage zu erheben.

Traficant: »Noch bestürzender – als das neue Beweismaterial für Demjanjuks Unschuld – ist die Tatsache, daß dem OSI schon seit 1979 bekannt ist, daß John Demjanjuks Name in keiner Akte über den Zweiten Weltkrieg, die ihn mit dem Todeslager Treblinka in Verbindung bringt, verzeichnet ist. Offensichtlich hat die polnische Kriegsverbrecher-Kommission das Office of Special Investigations darüber in Kenntnis gesetzt, daß ihr keine Informationen vorliegen, die Demjanjuk in irgendeiner Weise mit Treblinka in Verbindung bringen und darüber, daß sich damals 100 ukrainische Wachleute in Treblinka befanden, von denen 43 namentlich bekannt sind. Unter diesen 43 Namen ist auch Iwan Marczenko aufgeführt. Demjanjuk steht nicht auf der Liste.«

In seinem Eifer, die Flammen der Emotionen, die durch den Holocaust des Zweiten Weltkriegs entzündet wurden, anzufachen, könnte Israel sich diesmal selbst die Finger verbrannt haben. Demjanjuks Strafverfolgung war der am stärksten publizierte Fall dieser Art seit dem Fall Adolf Eichmann Anfang der sechziger Jahre. Womit die Israelis jedoch nicht gerechnet hatten, war die treue Unterstützung durch die Familie und Freunde Demjanjuks sowie durch die amerikanisch-ukrainische Gemeinde in den Vereinigten Staaten. Auch das OSI hatte bei seiner fanatischen Verfolgung von »Kriegsverbrechern« bestimmt nicht einkalkuliert, daß seine wackelige Anklage gegen Demjanjuk einer so harten Prüfung durch diejenigen unterzogen werden würde, die nach der Wahrheit und nicht nach den Opfern für Schauprozesse in Israel suchen. □



Wirtschaft am Kreuzweg

Victor Marchetti

Da eine Beschneidung der amerikanischen Hilfeleistung drohend über seinem Haupt schwebt, erhält Israel in diesen Tagen viele Ratschläge darüber, wie es seine Volkswirtschaft verbessern könnte. Es wird oft Kritik erhoben, daß sich Israels Wirtschaft niemals verbessern wird, bevor das Land selbst nicht in die kalte grausame Welt der Wirtschaftsrealität hineingestoßen wird, das heißt, daß die Vereinigten Staaten die Wirtschaftshilfe einstellen und die Israelis dazu zwingen, eine echte, unabhängige, freie Marktwirtschaft aufzubauen.

Aber die Frage bleibt: Wie kann Israel, das die große Wirtschaftskonjunktur der achtziger Jahre in jeder Hinsicht verpaßt hat, möglicherweise darauf hoffen, seine Wirtschaft umzugestalten, um dem gerecht zu werden, was viele glauben seine Rolle als führendes Handelszentrum der Region ist?

Düsteres Portrait von überholten Ideologien

Und wenn dies möglich ist, warum ist es denn noch nicht erreicht worden? Wie es in einem kürzlich veröffentlichten Artikel im »Moment Magazine« heißt: »Warum können Juden überall Geld machen nur nicht in Israel?« Der Artikel »Warum hat Israel den weltweiten Wirtschaftsboom verpaßt?«, von Pinhaus Landau, einem angesehenen israelischen Wirtschaftskorrespondenten, beantwortet die Frage, indem er ein düsteres Portrait von »überholten Ideologien« und dem Nichtvorhandensein eines Profitmotivs malt.

Daß sich die israelische Wirtschaft in einem beklagenswerten Zustand befindet, wird von niemanden bestritten. Hyperinflation, tiefgehende Wirtschaftsflaute, finanzielle Aderlasse, die dem Land durch den Palästinenseraufstand auferlegt werden und eine stark bürokratisierte, unwirksame Zentralplanung sind alle zusammen charakteristisch für das israelische Wirtschaftsleben.

Koor Industries, der riesige, quasi staatliche Industriekonzern, hat ein SOS an die Regierung gesandt. Falls Koor keine gewaltige Bargeldspritze erhält, wird man dort wahrscheinlich in naher Zukunft Betriebe schließen und 11.000 Arbeiter entlassen müssen.



Israels Präsident Yitzhak Shamir wird wegen seiner Haltung »vom göttlichen Recht«, das heißt, wenn ein Jude was tut, muß es richtig sein, kritisiert.

Nur die Hälfte der Arbeitskräfte des Landes ist zur Zeit beschäftigt und viele von ihnen nur auf unsicheren Arbeitsplätzen. Von denen, die Arbeit haben, arbeiten 30 Prozent für die Regierung. Aber, so versichert der Autor, »die Lage ändert sich. Jedoch nicht von oben nach unten wie in der Sowjetunion. Die Änderungen werden vielmehr von unten geschaffen und verschlingen die Führung an der Spitze. Die israelische Annäherung an die Probleme mag langsam sein, weil sie

Geld schnuppert nach Gewinnen

heftigen Widerstand von althergebrachten Interessen überwinden muß, aber sie hat auch mehr Aussichten auf Erfolg«. Diese Meinung, sollten wir schnell hinzufügen, wird von vielen Volkswirten und anderen Beobachtern der israelischen Szene keineswegs geteilt. Landaus Einschätzung der Lage beruht auf persönlichen Eindrücken. Zum Beispiel seine Bemerkung »smart money is nosing around for bargains« (»kluges Geld schnuppert nach Gewinnen«) wird folgendermaßen eingeschränkt: »Man kann diese Dinge noch nicht genau bezeichnen und mengenmäßig festlegen, aber ›die Nase weiß Bescheid‹.« Nach seiner durch nichts begründeten freundlichen Bewertung der Wahrscheinlichkeit, daß sich die Dinge bessern werden, kommt Landau auf die »harten, unangenehmen« Schritte, die Israel unternehmen muß, zu sprechen. Dazu gehören eine Verbesserung in der Ertragsrate bei Kapitalanlagen, Steuerermäßigung, eine Umleitung der staatlichen Resourcen von der Regierung auf den Geschäftssektor, Entregulierung und der Verkauf von staatseigenen Unternehmen und anderen Vermögenswerten. Klingt einfach.

Landau wartet bis zum letzten Absatz um folgenden schrillen Ton in seine Betrachtung einzubringen: »Alles, was erforderlich ist – um diese Änderung zu erreichen –, ist, daß die Regierung zur Seite tritt, und daß die Vereinigten Staaten damit aufhören, aus Israel einen Hilfsleistungssüchtigen zu machen. Um das übrige werden sich dann die Juden selbst kümmern.«

Die Welt befindet sich im Fluß

Aber wer hält nun wen zum Narren? Es besteht kein Zweifel, daß das israelische Volk den größten Vermögenswert des Landes darstellt, und daß das Potential vorhanden ist, um wirtschaftlich lebensfähig zu werden. Aber die Israelis werden sich nicht über Nacht ändern, ganz gleich wie sehr dies notwendig ist.

Im Augenblick sind sie zu sehr mit anderen Dingen voll beschäftigt, wie das Hineinströmen sowjetischer Juden, Israels sich verändernder Status als Verbündeter der USA, die sich verändernden Märkte der Europäischen Gemeinschaft und Osteuropas, und der Palästinenseraufstand. Wenn sie ihre engherzige Art in den achtziger Jahren – als es so viel leichter war dies zu tun und als amerikanische Unterstützung stets gewährleistet war, falls sie auf den Bauch fallen sollten – nicht ablegen konnten, wie sollen sie es jetzt tun können, wo so viele Münder mehr zu füttern sind, und wo man einer derart unsicheren Zukunft entgegensieht?

Trotz Israels elender Wirtschaftsleistung seit seiner Gründung bleiben israelische Geschäftsleute anscheinend ewig hoffnungsvoll. Der Industrialist Stef Wertheimer glaubt, daß Israel im kommenden Jahrzehnt in der Arena des internationalen Geschäfts erfolgreich sein wird. Die Welt befindet sich im Fluß, sagt er, und bietet Israel eine historische Gelegenheit mit Westeuropa, dem Ostblock und sogar mit dem Fernen Osten Handel zu treiben. □

John Demjanjuk

Neue Beweise für die Unschuld

Fred Blahut

»John Demjanjuk ist unschuldig. Er ist immer unschuldig gewesen. neu aufgetauchtes Beweismaterial belegt seine Unschuld ohne jeden Zweifel«, sagte Jerry Brentar, ein Mitglied aus der Gruppe, die sich um die Verteidigung von John Demjanjuk bemüht.

John Demjanjuk, ein im Ruhestand lebender Automechaniker aus dem US-Bundesstaat Cleveland, befindet sich mit einem Todesurteil durch Hängen in einem Gefängnis in Israel. Er wird beschuldigt, während des Zweiten Weltkrieges ein Mann namens »Iwan der Schreckliche«, Wachmann im deutschen Konzentrationslager Treblinka in Polen, gewesen zu sein. Der Amerikaner aus der Ukraine hat stets seine Unschuld beteuert und gesagt, es handele sich um eine Personenverwechslung.

Neue Beweis-Aufnahme festgesetzt

Das so eben aufgetauchte Beweismaterial, darunter die Aussage einer deutschen Frau, die in einem deutschen »Grundausbildungslager« für Nichtdeutsche – vor allem Gefangene der Sowjetarmee, die man für Feinde des Bolschewismus hielt – in Polen tätig war, versetzt Demjanjuk dorthin, wo er sich nach eigener Aussage zu der Zeit aufhielt, als er angeblich der sadistische Wachmann »Iwan« gewesen sein soll.

Ende Februar dieses Jahres stimmte der Oberste Gerichtshof Israels in Zusammenhang mit Demjanjuks automatischer Berufung, die jetzt für den Mai festgesetzt ist, einer erneuten Beweisaufnahme zu. Das Gericht erklärte sich bereit, den Termin für die Berufungsverhandlung erneut zu verschieben, während neues Beweismaterial zusammengestellt wird.

Der angebliche Dienstausweis von John Demjanuk, der als Beweis dient, ist eine plumpe Fälschung des KGB.

Ein israelischer Staatsbürger, Yoram Sheftel, sagt, er habe eine Zeugin, Josefine Dolle, ausfindig gemacht, die von 1938 bis 1945 in Heuberg, einem Truppenübungsplatz, gearbeitet hat. »Sie bestätigt, daß sich dort ab Sommer 1944 sowjetische Gefangene – Kriegsgefangene – aufhielten, und das ist genau die Zeit, in der der Angeklagte nach eigener Aussage in Heuberg war«, sagte Sheftel im Israili Army Radio.

OSI verweigerte Zeugen die Einreise

Und während er den Durchbruch als großen Sieg lobte, verurteilte Brentar die Aktionen des dem amerikanischen Justizministerium unterstehenden Office of Special Investigations (OSI) wegen dessen Bemühungen, entlastendes Beweismaterial verschwinden zu lassen. »Uns liegen diese Beweise schon seit 1983 vor«, sagte Brentar. »Wir hatten drei Zeugen, darunter Josefine Dolle, die bereit waren nach Amerika zu kommen, um für John auszusagen.«

»Aber Michael Wolf vom OSI rief die amerikanische Botschaft an und forderte diese auf, den Zeugen die Einreisevisa zu verweigern, da der Prozeß ›zuende‹ sei.«

Iwan hieß in Wirklichkeit Marczenko

»Der Prozeß war nicht zuende. Der Richter hatte uns Zeit eingeräumt, um diese Zeugen vorzuladen«, sagte Brentar.

Inzwischen brachte das amerikanische CBS-TV-Programm »60 Minutes« einen Bericht aus Polen, in dem Demjanjuks Unschuld untermauert wird. Eine Reportermannschaft reiste zu einem Dorf in der Nähe von Treblinka, wo Dorfbewohner ihnen mitteilten, daß sie »Iwan« als einen Mann namens Marczenko, nicht Demjanjuk, gekannt hätten.

Brentar sagte, er habe nicht nur mit Dorfbewohnern in der Nähe Treblinkas, sondern auch mit dem Kommandanten eines Lagers, wo Wachleute für Treblinka ausgebildet wurden, gesprochen. Es bestand keine Möglichkeit für einen gefangenen Nichtdeutschen der sowjetischen Armee als Wachtposten nach Treblinka versetzt zu werden, ohne daß der Lagerkommandant es wußte. »John war niemals Wachmann in Treblinka«, sagte Brentar. »Seine Angaben entsprechen der reinen Wahrheit.«

Brentar hat zehn Jahre lang in Deutschland gelebt. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatte er mit dem internationalen Programm für verschleppte Personen (displaced persons) zu tun. Er ist mit den Umständen der gefangenen Soldaten der Sowjetarmee, die von der deutschen Wehrmacht zur Arbeit herangezogen wurden, bestens vertraut.

Untersuchung der Tätigkeiten des OSI

»Johns Angaben stimmen mit dem Beweismaterial, das ich entwickelt habe, überein«, sagte Brentar.

Demjanjuks amerikanische Staatsbürgerschaft wurde aufgehoben und er selbst nach jahrelanger Verfolgung durch das OSI 1985 nach dem zionistischen Kleinstaat ausgewiesen.

Die Anklage stützt sich in der Hauptsache auf einen vom sowjetischen KGB zur Verfügung gestellten Dienstausweis. Demjanjuk und seine Verteidigungsmannschaft waren von Anfang an davon überzeugt, daß dieser Ausweis eine Fälschung ist.

Indessen erneuerte der Abgeordnete James Traficant seinen Aufruf, zu einer gründlichen Untersuchung der Tätigkeiten des OSI durch das amerikanische Justizministerium.

Traficant rief im vergangenen Jahr erstmals zu einer Untersuchung auf, als Dokumente aufgefunden wurden, die auf die Möglichkeit eines Fehlverhaltens und Amtsmißbrauchs durch Beamte des Office for Special Investigations hinwiesen.

Traficant sagte, er werde auch an den amerikanischen Außenminister James Baker schreiben, um herauszufinden, ob dieser im Namen des verurteilten Mannes intervenieren könne.

Israel erhält jährlich mehr als drei Milliarden Dollar als Hilfsleistungen aus den Vereinigten Staaten. □

Israel

»Schickt mehr Geld!«

Mark Lane

Die Lösung der Wirtschaftsprobleme Israels heißt: »Schickt mehr Geld!«. Die größte Bedrohung für die israelische Sicherheit ist nicht der Palästinenseraufstand oder etwa die zusammengeballte Macht arabischer Armeen, die drauf und dran sind, die winzig kleine zionistische Nation ins Meer zu stoßen. Die größte Bedrohung, der sich Israel gegenübersieht und die größte Herausforderung an seine Freunde und Verbündete in der ganzen Welt ist, das drohende Gespenst eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs.

Totaler Zusammenbruch ist keine zu übertriebene Beschreibung dessen, was Israel zustoßen kann, es sei denn, es unternehme drastische Maßnahmen um entweder seine Wirtschaft zu reformieren oder eine massive Dollar-Spritze aus Amerika zu bekommen. Von diesen beiden Wegen ist letzterer derjenige, den Israel bereit ist zu beschreiten.

Seit 1977 droht der Zusammenbruch

Israel sollte eigentlich vor der Möglichkeit eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs mehr als gewarnt sein, denn es bewegt sich schon seit 1977 in diese Richtung. Es wurde nur durch großzügige amerikanische Hilfsgelder von drei Milliarden Dollar und mehr jährlich, den von den zionistischen Geldauftreibe-Organisationen in der ganzen Welt – vor allem in den USA – gesammelten Geldern und von den Wiedergutmachungs-Leistungen der deutschen Regierung über Wasser gehalten.

Jetzt, wo im amerikanischen Kongreß und in der Regierung von George Bush über mögliche Beschneidungen der Auslandshilfe an Israel gesprochen wird, debattieren die Denker, Wissenschaftler und politischen Führer in der Welt darüber, welchen Weg Israel einschlagen sollte, um seine Wirtschaft in das späte 20. Jahrhundert hinüber zu retten.

Die geo-strategische Lage ändert sich so schnell, daß Israel sich gerade in dem Augenblick als »ausgezählt« vorkommt, in dem es weiterer amerikanischer Unterstützung bedarf, um die unvermeidlichen Verschiebungen und Entbehrungen, die das israelische Volk bei einer Wirtschaftsreform erdulden muß, erträglich zu machen. Zu diesen Problemen kommen noch die Lasten hinzu, die dem Land durch das Hineinströmen sowjetischer Juden auferlegt werden, die untergebracht und in die Wirtschaft eingegliedert werden müssen, sowie der andauernde Aderlaß, den die Staatskasse durch den Palästinenseraufstand erleidet.
Denkt man noch an die wachsende Wirtschaftsmacht Japans und an die bald vereinigte Europäische Gemeinschaft, beide stark von arabischem Öl abhängig und Israel gegenüber sehr kritisch eingestellt, dann beginnt man die Dimensionen des Problems zu begreifen.

Die Inflation schoß in den Himmel

Aber zunächst einmal stellt sich die Frage, wie Israel in diesen traurigen Schlamassel hineingeraten ist. Die Wurzeln des derzeitigen Problems können bis zu den Wahlen von 1977 zurückverfolgt werden. Dies war das Jahr, in dem der am rechten Flügel stehende Likud-Block der harten Linie schwungartig zur Macht kam, und der einstige Terrorist und zionistische Fanatiker Menachem Begin auf den Posten des Premierministers gehievt wurde. In dem Bestreben, sich bei einer immer noch skeptischen Wählerschaft einzuschmeicheln, öffneten Begin und seine Minister Israels Grenzen für eine Flut von importierten Luxusartikeln – nach einem »Kauft jetzt, zahlt später«-Plan.

Der israelische Schriftsteller Ze'ev Chafetz, Verfasser des Buches »Inside the New Israel«, schreibt: »Die Israelis reagierten wie es jeder andere tut, wenn der Lebensstandard steil nach oben geht – mit Freude. Die Leute kauften sich neue Autos, größere Wohnungen, Farbfernsehgeräte. Die Inflation schoß zum Himmel empor, aber der Bürger wurde durch ein Indexsystem geschützt, das Löhne und Gehälter mit den Lebensunterhaltskosten verknüpfte. Volkswirte wiesen warnend darauf hin, daß die Nation über ihre Verhältnisse lebte, daß die gewaltige Auslandsschuld die Blase schließlich zum Platzen bringen würde, aber die Menschen hörten nicht zu.«

Die Währungsumstellung war keine Lösung

Die Folgen dieser Ausgabelust waren vorhersehbar. Israel befand sich mitten in einer Inflationsspirale, die mit der jedes anderen Landes der dritten Welt wetteiferte. Im Februar 1980 trat die Regierung endlich in Aktion. Sie nannte die amtliche Währung in Schekel um und löste die damals gebräuchlichen Pfundnoten zum Kurs von 10 Pfund für jeden neuen Schekel aus. Mit anderen Worten, die Regierung unternahm den gefürchteten Schritt der Währungsabwertung.

Der israelische Volkswirt Harry Klinger schrieb in seinem Buch »Salad Days«: »Was wirklich geschah war, daß sich die Regierung dazu entschloß, der blühenden Untergrundwirtschaft den Todesstoß zu versetzen. Etwa 150 Milliarden Pfund (60 Prozent der Volkswirtschaft) gingen in andere Hände über, ohne daß der Fiskus seinen Anteil bekam.«

Diese Razzia auf die Untergrundwirtschaft bestand in der Auferlegung strenger Meldepflichten auf jeden Geschäftsabschluß über 1.500 Schekel, damals etwa 375 Dollar wert.
Aber trotz der besten Absichten der israelischen Regierung wurde mit diesen Maßnahmen keine Eindämmung der Ausgabeflut erzielt. Ein weiteres Ziel, größere Steuerehrlichkeit, wurde auch nicht erreicht. Chafetz schreibt: »Durch eine ehrliche Steuererklärung wird man als freier abqualifiziert, was so viel wie ›Einfaltspinsel‹ oder ›williges Opfer‹ bedeutet.« Diese Einstellung herrscht heute noch vor. Israel ist eine der am höchsten besteuerten Nationen der Welt, mit einer Mehrwertsteuer von 17 Prozent auf alle im Lande verkauften Produkte, einem Randsteuersatz von 66 Prozent und hohen Zöllen auf Verbrauchsgütern, die die Kosten um das Zwei- oder Dreifache des Einkaufspreises erhöhen, die anderswo verlangt werden. Und doch bleibt den Steuereinziehern mehr als die Hälfte des Volkseinkommens verborgen.

Es bleibt immer bei symbolischen Maßnahmen

Diese untauglichen Hilfsmaßnahmen machten bald eine weitere Abwertung erforderlich. Im Januar 1986 schuf die Regierung den »neuen Schekel«, von denen einer 1.000 alte ersetzte. Das Ausmaß der Verwüstungen durch die Inflation zeigt sich in der Verschiebung in dem Wechselkurs zum US-Dollar. Im Jahre 1980, als der Schekel eingeführt wurde, wurde er zum Kurs von vier Schekel pro US-Dollar gehandelt. Sechs Jahre später betrug der Wechselkurs 1.500 zu eins.

Wieso konnte sich die israelische Wirtschaft dermaßen verschlechtern? Kann dies alles mit der übertriebenen Bürokratie, den amtlichen Barrieren gegen neue Investitionen, den hohen Steuern und der Beherrschung der Wirtschaft durch untüchtige staatseigene Betriebe erklärt werden? Diese Faktoren machen alle zusammen einen großen Teil des Problems aus. Aber da ist noch mehr, etwas fast Unaussprechliches, was man nur als den Glauben Israels an sein göttliches Recht auf einen Lebensstandard, der über seine Verhältnisse geht, bezeichnen kann.

Heute hat Israel ein paar Reformen in Angriff genommen, die von Volkswirten sowohl in den USA als auch in Israel angeregt wurden: Privatisierung, verminderte Steuern, ein größeres Schwergewicht auf Ausfuhren. Aber das Kernproblem wird nicht angepackt. Und diese mehr

symbolischen Maßnahmen werden nicht dazu ausreichen, daß Israel mit einem Handelsüberschuß wirtschaften, oder seinen Staatshaushalt ausgleichen, oder von der Notwendigkeit der Auslandshilfe abgebracht werden kann. Der letzte Punkt ist wichtig.

Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung

Israel ist nach den Worten des israelischen Finanzkorrespondenten Pinhaus Landau ein »aid junkie« (Abhängiger von Hilfsleistungen, wie man von Drogen abhängig ist). Da es von ausländischer Großzügigkeit abhängig ist, wird Israel niemals finanziell auf eigenen Beinen stehen bis die Krücke entfernt wird.
Klingt einfach. Nun, es gibt da ein Problem. Die führenden Persönlichkeiten Israels haben lange darauf bestanden, daß sie keine drastischen Schritte unternehmen können, um die Wirtschaft zu reformieren ohne die brüchige Koalition zu gefährden, die die israelische Politik stets beherrscht hat. Jeder Aufruf der politischen Führung zu größeren Opfern seitens des Volkes löst eine sofortige Regierungskrise aus, die durch eine oder mehrere der Dutzenden von kleinen politischen Parteien, deren sich verschiebenden Bündnisse den Machtausgleich herbeiführen müssen, beschleunigt wird.
Mit anderen Worten: Israels vielgepriesene demokratische Regierungsform, die angeblich in diesem Teil der Welt einmalig ist, hindert es daran, wirklich selbstregierend, das heißt wirklich unabhängig zu sein.

Eins steht fest, die Ausgaben des Verbrauchers und des Staates gingen weit über die Mittel der israelischen Wirtschaft hinaus, und amerikanische Auslandshilfe, obwohl großzügig bemessen, war immer noch unzureichend, um die Differenz auszugleichen. Und so hat sich Israel mit aller Macht verschuldet. Seine Gesamtschulden belaufen sich auf 24,9 Milliarden Dollar. Pro Kopf macht dies 5.570 Dollar aus, eine der höchsten Schulden der Welt.

Die meisten anderen mit Schulden belasteten Länder der dritten Welt haben Reformen eingeführt, um den Inlandsverbrauch einzudämmen, die Produktion und Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten anzukurbeln und Einfuhren zu begrenzen. Der Zweck dieser Maßnahmen besteht darin, Devisen zu verdienen, um mit den Zinszahlungen an internationale Geldverleihungsinstitute, bei denen sie verschuldet sind und die in vielen Fällen diese Reformen zur Bedingung für neue Darlehen gemacht haben, auf dem laufenden zu bleiben. Israel funktioniert jedoch unter einer völlig anderen Ethik.

Seit Jahrzehnten kein Handelsüberschuß

Israel hat niemals einen Handelsüberschuß erwirtschaftet. In der Ausgabe vom September 1989 der »International Currency Review« liest man: »In keinem der Jahre von 1960 bis 1988 gelang es dem Land einen Handelsüberschuß zu erzielen. Dies beweist, daß die Wirtschaft ohne fortlaufende massive Subventionen durch die Vereinigten Staaten einfach nicht lebensfähig ist.«

Die Zeitschrift führt weiter aus, daß die israelischen Regierungsbeamten über einen Schuldenstand, der in jedem anderen Land als katastrophal erachtet würde, keineswegs beunruhigt sind. Das ist darauf zurückzuführen, daß viele, der von den USA geleisteten Zahlungen von Darlehen, in direkte Bewilligungen umgewandelt wurden, während ein Teil der ausstehenden Schulden erlassen oder zu günstigen Zinssätzen refinanziert wurden. Und trotz aller Aufregung über die kürzlich in den USA gemachten Vorschläge zur Kürzung der Auslandshilfe, glaubt die israelische Regierung, sie brauche nur noch mehr Druck auf den amerikanischen Kongreß auszuüben.
Aber das kann sehr wohl ein großer Irrtum sein. Es besteht kein Zweifel darüber, daß Israel um jeden Dollar, den es jetzt erhält, und um noch mehr Dollar zur Finanzierung der Umsiedlung sowjetischer Juden mit Zähnen und Klauen kämpfen muß. Ob es diese Runde gewinnen wird, ist jedoch noch nicht entschieden. Wenn auch in Bezug auf die besonderen Beziehungen zwischen den USA und Israel jetzt ein frischer Wind durch Washington bläst, darf man die ungeheure Macht der Pro-Israel-Lobby keineswegs unterschätzen. □

Revisionismus

Der Prozeß in Remscheid

Karl Philipp

Unter dem Vorsitz von Amtsrichter Franke mußten am 1. März 1990 im Sitzungssaal 14 des Amtsgerichts Remscheid ein weiterer beisitzender Richter sowie zwei Schöffen über den sich im vorzeitigen Ruhestand befindenden Studiendirektor Ernst Günter Kögel befinden und urteilen. Staatsanwältin Bohnstedt legte dem von Rechtsanwalt Krempel und Rechtsanwalt Hermann flankierten Angeklagten zur Last, er habe wider besseren Wissen unwahre Tatsachen behauptet, die geeignet seien, andere verächtlich zu machen und Teile der Bevölkerung zu verleumden, das Andenken Verstorbener verunglimpft und die Menschenwürde anderer angegriffen, den öffentlichen Frieden gestört und zum Haß gegen Teile der Bevölkerung und zum Rassenhaß aufgestachelt zu haben.

Dieser Straftaten machte sich der ehemalige Studienrat nach Ansicht der Staatsanwaltschaft schuldig, weil er in einer von ihm veröffentlichten Broschüre den Bericht über die Pressekonferenz des englischen Historikers David Irving vom 23. Juni 1989 mit einem eigenen – diese Straftatbestände unterstreichenden – Vorwort versah. Interessant ist die neue Qualität der Tatsachenwürdigung.

David Irving kam in den Zeugenstand

Der Remscheider Richter gestattete im Gegensatz zu allen vorausgegangenen »Auschwitz-Lüge«-Prozessen einen Experten-Zeugen. Eine solche Beweisführung galt bislang als unnötig, da man von einer Offenkundigkeit der Dinge ausging. Irving, der in der das Schöffengericht beschäftigenden Broschüre ausgiebig zitiert wird, durfte also in den Zeugenstand.

In seiner Aussage ging der Zeitgeschichtsforscher auf das Leuchter-Gutachten ein und bekräftigte seinen Standpunkt, wonach es weder in Auschwitz, Birkenau und Majdanek Gaskammern zur Tötung von Menschen gegeben haben konnte. Irving ist sich in dieser Frage deshalb so sicher, weil Leuchter in den entnommenen Gemäuerproben der als ehemalige Gaskammern ausgewiesenen Gebäuden, keine Zyanidrückstände fand, während er in den von der Lagerverwaltung als Entlausungskammern bezeichneten Einrichtungen beträchtliche Mengen von Ferrozyanidverbindungen feststellte.

Irving zufolge, der sich in seiner Aussage auf das Leuchter-Gutachten stützt, hätten die Rückstände in den angeblichen Gaskammergebäuden bis zu einer Million höher sein müssen, als in den Entlausungskammern. In seiner Aussage ging der Historiker ausführlich auf das von ihm angeblich entdeckte Dokumentenmaterial ein, das die Londoner Abteilung für psychologische Kriegsführung als Erfinder des »Gaskammermärchens« entlarvte.

Seit dreißig Jahren unwiderlegt geblieben

Ob es zutreffe, daß er, Irving, in Kollegenkreisen als Außenseiter und als umstritten gelte, wollte die Staatsanwältin von dem Zeugen wissen. Irving bejahte dies, fügte allerdings hinzu, daß er von den ihn Außenseiter und kontrovers bezeichnenden Kollegen seit dreißig Jahren unwiderlegt geblieben sei. Richter Franke wollte von dem Zeugen wissen, ob er ausschließen könne, daß es in anderen, als in den drei genannten Konzentrationslagern Gaskammern gegeben habe. Irving wollte diese Möglichkeit nicht ausschließen.

Der Prozeß in Remscheid

Kögel wurde zur Last gelegt, daß er in seinem Vorwort pauschaliert die Existenz von Gaskammern in allen deutschen Konzentrationslagern verneine. Der um einen fairen Prozeß bemühte Vorsitzende Richter hielt dem Angeklagten vor, daß Irving lediglich die Gaskammern in Auschwitz, Birkenau und Majdanek verneine.

Die Verteidigung wiederum führte an, daß das »Institut für Zeitgeschichte« von keinen Gaskammern in Konzentrationslagern auf dem Gebiet des Altreiches mehr spreche. Richter Franke wollte sich dieser Ansicht nicht anschließen und wandte ein, daß eine solche Feststellung womöglich nur die persönliche Meinung des verstorbenen Direktors Broszat gewesen sei.

Die Verteidigung stellte Beweisantrag, das »Institut für Zeitgeschichte« möge Auskunft darüber erteilen, in welchen Lagern Gaskammern zur Judenvernichtung in Betrieb waren. Das Gericht lehnte diesen Beweisantrag, wie auch den, den Experten Leuchter als Zeugen zu laden, ab. Richter Franke wollte, wie er sich ausdrückte, keinen politischen Prozeß in einer Sache führen, die hinreichend geklärt sei.

In den anschließenden Schlußplädoyers führte Staatsanwältin Bohnstedt aus, daß ihrer Ansicht nach alle Straftatbestände erfüllt seien. Der Angeklagte wußte demgemäß, daß es in Auschwitz, Birkenau und Majdanek sehr wohl Gaskammern gab, in denen Millionen von Menschen den Tod fanden. Ganz besonders schlimm sei es, daß durch eine wie von dem Angeklagten veröffentlichten »Hetzschrift« die Juden und ihre schrecklichen Leiden, die nach vielen Jahren harter Auseinandersetzung mit Behörden und Historikern, endlich von der großen Mehrheit des Volkes anerkannt wurden, nun verächtlich gemacht würden.

Die Juden hätten sich darüber hinaus auch materielle Wiedergutmachung ertrotzt, die, würde derartige Hetze Verbreitung finden, gefährdet wäre. Eine Gefängnisstrafe von vier Monaten zur Bewährung und viertausend Mark Geldstrafe wollte Frau Bohnstedt als gerechte Strafe verhängen.



Der US-Gaskammer Experte Fred Leuchter beschäftigt sich in seinem Gutachten eingehend mit den Gebäuden des Konzentrationslagers Auschwitz.

Leuchter wurde als Gutachter abgelehnt

Die beiden Verteidiger forderten Freispruch. Sie empfanden es als Fehler, die Beweisanträge nicht zuzulassen. Verteidiger Krempel bezeichnete es als ungerecht, den Historiker Irving als Außenseiter abzuwerten, obwohl seine Bücher in Großauflagen von allen namhaften Verlagen der Welt nachweislich verlegt würden. Er konnte es nicht verstehen, daß von den Historikerkollegen nur Kritik zu hören sei, aber die Herausforderung, ihn wissenschaftlich zu widerlegen, niemals angenommen wurde.

Verteidiger Herrmann betonte, daß man im Zeitalter von laborwissenschaftlichen Methoden dann nicht länger von Offenkundigkeit sprechen kann, wenn solche in der strittigen Sache keine Anwendung fanden. Als Beispiel führte er Fälle an, in denen fünf Zeugen schwörten, der Angeklagte habe nur ein halbes Glas Bier getrunken. Der Bluttest hingegen ergab 1,5 Promille Alkohol im Blut. Eine Verurteilung erfolgte, obgleich fünf Zeugen die Unschuld des Angeklagten beschwörten. Ähnlich, so der Verteidiger, verliefen die Wiederaufnahmeverfahren von Vaterschaftsklagen. Es wurde Mehrfachverkehr beschworen. Das nach Jahre eingeholte erbbiologische Gutachten veranlaßte das Gericht, entgegen aller Eidesformel der Zeugen, den Vater alleine nach laborwissenschaftlich angewandten Kriterien und entgegen allen vorherigen Gerichtsurteilen neu zu bestimmen.

Der Anwalt empfand es als Zumutung, von einem »nicht offiziellen« und von einem »sogenannten« Gutachten zu sprechen. Schließlich sei der amerikanische Ingenieur Fred Leuchter nicht gerade ein dahergelaufener Möchtegern-Experte. Vielmehr handele es sich bei diesem Gutachter um den einzigen Konstrukteur für Gaskammern zur Tötung von Menschen. Wenn dieser Ingenieur dazu nichts sagen könne, so Herrmann, wer denn sonst? Er verwies darauf, daß es offiziell gar nicht erlaubt sei, ein derartiges Gutachten einzuholen.

Darüber hinaus sei es mit den Menschenrechten nicht vereinbar, daß dem Angeklagten die Beweislast aufgebürdet werde. Wenn das Gericht Zweifel am Leuchter-Gutachten habe, sei das Gericht aufgefordert, ein eigenes einzuholen.

Rechtsanwalt Herrmann ist es ohnehin unverständlich, daß in einem Komplex, wie dem der Gaskammern in den deutschen Konzentrationslagern, eine wissenschaftliche Untersuchung der Tatwaffe nicht von vornherein vorgenommen wurde. Er berief sich abschließend auf den verfassungsrechtlich verbrieften Anspruch auf freie Meinungsäußerung sowie auf den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der aufgrund neuer Erkenntnisse im Zusammenhang mit den Gaskammern nichts mehr in dieser Angelegenheit sagen könne und stattdessen die Diskussion zu diesem Thema aufmerksam beobachten wolle. Sein Mandat hätte mit bester Absicht versucht, zu dieser Diskussion mit einer sachlichen Veröffentlichung beizutragen.

Kein Strafbestand nachzuweisen

Nach einer langen Beratungspause von Schöffen und Richtern verkündete der Vorsitzende das Urteil. Der Angeklagte sei in allen Punkten freizusprechen. Franke wörtlich: »Objektiv erfülle die vom Angeklagten veröffentlichten Darstellungen zwar in jedem Fall die Tatbestände wie Verleumdung, Verunglimpfung und Volksverhetzung. Subjektiv sei ihm jedoch nicht nachzuweisen, daß er in jedem Fall wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt hat.«

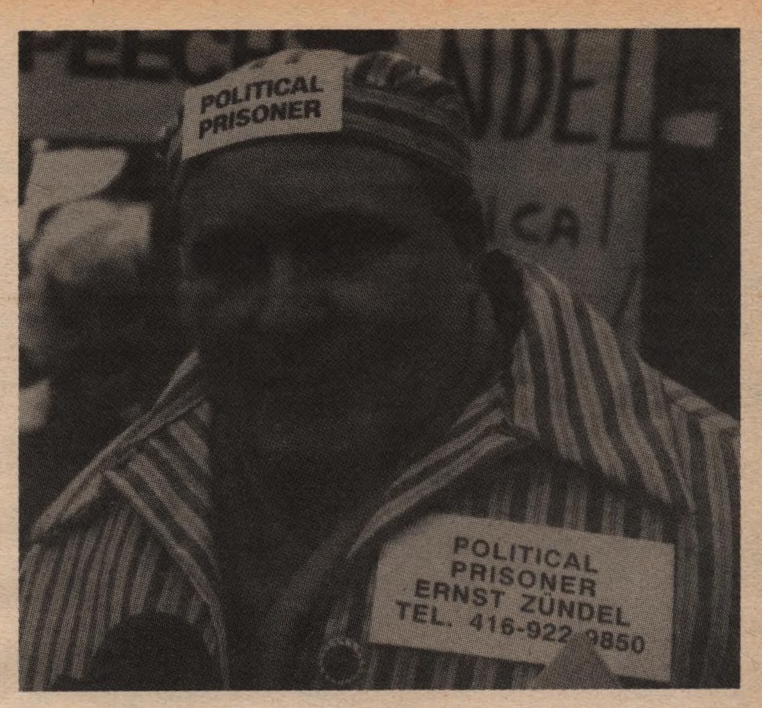
Dem Angeklagten sei nach Ablauf des Verfahrens nicht abzusprechen gewesen, daß er Thesen habe zur Diskussion stellen wollen, vor allem im Zusammenhang mit der Londoner Pressekonferenz, die immer wieder berichterstattend dargestellt worden sei. Deshalb könne sein Vorwort auch nicht losgelöst, sondern nur im Zusammenhang mit der Berichterstattung gesehen und beurteilt werden. Insofern sei ihm auch in diesem Sinne subjektiv kein Strafbestand nachzuweisen. □

Revisionismus

Ernst Zündel vor Kanadas höchstem Gericht

P. Samuel Foner

Der in Deutschland geborene revisionistische Publizist Ernst Zündel verbrachte eine Woche im Gefängnis, als ein Berufungsgericht seine Verurteilung wegen einer »Haß-Straftat« aufrechterhielt. Er befindet sich derzeit gegen eine Kaution von 10.000 Dollar auf freiem Fuß, während sein Anwalt Doug Christie beim höchsten Gericht Kanadas Berufung eingelegt hat.

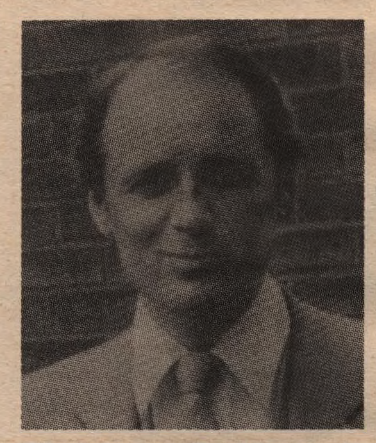


Der revisionistische Publizist Ernst Zündel in einem »Arbeitsanzug« vor Antritt seiner Haftstrafe.

Das Ontario Court of Appeal hielt die Verurteilung Zündels von 1988 wegen »Verbreitung von Falschnachrichten« aufrecht und kritisierte Christie, weil er den Vorrichter beschuldigt hatte, persönliche Vorurteile gegen seinen Mandanten bekundet zu haben. In einem 95seitigen Urteil, das am 5. Februar 1990 verkündet wurde, hielt das Berufungsgericht Zündels Verurteilung zu neun Monaten Haftstrafe aufrecht und nannte Christie »unverantwortlich«, weil er die Motive des Vorrichters in Frage gestellt habe.

Nicht wegen politischer Ansichten bestraft

Zündel meldete sich am 5. Februar im Torontoer Gefängnis Don Jail, während sich seine Anhänger draußen versammelten. Der in Deutschland geborene kanadische Einwohner wurde im Mai 1988 wegen »Verbreitung von Falschnachrichten« verurteilt, die darin bestand, daß er eine Broschüre mit dem Titel »Did Six Million Really Die?« veröffentlicht hatte, in der die vom Establishment gelehrte Holocaust-Theorie in Frage gestellt wurde. Indem sie die Verurteilung zu neun Monaten Gefängnis aufrechterhielten, sagten die Richter, Zündel sei nicht wegen seiner politischen Ansichten be-



Zündels Rechtsanwalt, Doug Christie, hat gegen das Urteil beim höchsten Gericht Kanadas Berufung eingelegt.

straft worden, sondern für das, was er getan habe.
Laut Gericht ging aus der Entscheidung hervor, daß die Geschworenen ohne angemessenen Zweifel davon überzeugt waren, daß Zündel »vorsätzlich eine falsche Tatsachenaussage gemacht habe, von der er wußte, daß sie falsch war, und daß die Aussage möglicherweise das öffentliche Interesse am gesellschaftlichen und rassischen Frieden gefährden könnte« – mit anderen Worten die kanadischen »Haß-Gesetze« übertreten hatte.

Dazu Christie: »Ich glaube, es ist ein merkwürdiges Land, das zwar Leuten gestattet menschliches Leben zu beenden (Abtreibung), das ihnen aber nicht gestattet, sich ein Buch auszusuchen, das sie lesen wollen und selbst darüber (das heißt über die These des Buches) zu entscheiden.«

Der Streit um die Tatsachen

Indessen sagte die Liga für Menschenrechte der B'nai B'rith Loge, sie sei durch die Handlung des Gerichts »erleichtert«.
»Ich wurde in Einzelhaft gehalten, ohne Fenster, ein Licht brannte, und ein Guckloch«, sagte Zündel. »So ähnlich wie Rudolf Heß behandelt wurde.«

Heß war Adolf Hitlers Stellvertreter, der 1941 nach Großbritannien flog, um zu versuchen, die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und England zu beenden. Er wurde auf Churchills Anordnung festgesetzt und bis zu seiner kürzlichen Ermordung in Einzelhaft gehalten.

Einer der wesentlichen Punkte des Berufungsgerichts war der Absatz im Gesetz, der sich mit dem »tatsächlichen Wissen um die Falschheit« der behaupteten Tatsache befaßt. Nach diesem Absatz ist es nicht erforderlich, daß der Beschuldigte unmittelbare persönliche Kenntnis von den Tatsachen hat, die falsch sein sollen. Es reicht aus, wenn er glaubt, daß die Tatsachen, die er veröffentlicht hat, falsch sind.

Keine Garantie für freie Meinung

Zündel sagt er sei davon überzeugt, daß die Tatachen, die er veröffentlicht hat, wahr sind. Das Gericht vertrat jedoch die Ansicht, daß, da die Schrift die Holocaust-Story so wie sie vom Establishment aufrechterhalten wird, in Frage stellt, Zündel unmöglich an etwas anderes geglaubt haben kann.

Und obwohl er sich zur Zeit auf freiem Fuß befindet, wurde Zündel effektiv ein Maulkorb umgehängt, wie das auch während des langen Prozesses der Fall war. Zu den Bedingungen der Freilassung auf Kaution gehört die Bestimmung, daß der Torontoer Publizist weder direkt noch indirekt »irgendetwas veröffentlicht oder vertreibt oder etwas zum Ausdruck bringt oder veröffentlicht, mit dem die Ansichten oder Tatsachenbehauptungen, die in der Broschüre ›Did Six Million Really Die?‹ enthalten sind, unterstützt oder erweitert werden«.

Kanadisches Gesetz ist britisches Gesetz. Es gibt nach britischem Gesetz keine Garantie für die Freiheit der Meinungsäußerung, wie das in Amerika der Fall ist. □

David Irving

Ein Historiker kämpft gegen die Kriegs-propaganda

Tom Valentine

Unser Mitarbeiter Tom Valentine interviewte den britischen Historiker David Irving in einer abendlichen Talkshow im Radio Free America. Irving ist der meist gelesene Historiker im englischen Sprachraum, Verfasser der Bücher »Hitler's Krieg« und des zweibändigen Werkes »Churchill's War«, das leider noch nicht in deutscher Sprache vorliegt. Neben anderen unglaublichen Enthüllungen in diesem Interview sprach Irving von neu entdeckten Tatsachen über den »Holocaust« des Zweiten Weltkrieges, die ihn davon überzeugt hätten, daß die angeblichen Vergasungen im Konzentrationslager Auschwitz durch die Deutschen in Wirklichkeit niemals stattfanden.

Mein Sohn hat an der University of California in San Diego Geschichte studiert und einer seiner Professoren teilte ihm sehr unwillig mit, er glaube, daß die besten Arbeiten über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges von Ihnen, David Irving, geleistet werden.

Irving: Gelegentlich bekomme ich diese indirekten Komplimente. Ich höre sogar, daß einer der führenden britischen Historiker, A. L. Rouse, mein Buch über Göring – eine Biographie des Reichsmarschalls Hermann Göring – das »Buch des Jahres« genannt hat.

Man muß zum großen Haufen gehören

Wenn ich solche Dinge höre, habe ich den Eindruck, daß diese Leute noch nicht das Rundschreiben bekommen haben, in dem gesagt wird, daß man mich in den Boden stampfen sollte.

Im Laufe der Zeit werden sie das Rundschreiben natürlich erhalten. Sie werden von jemanden einen Brief erhalten, der besagt: »Ist Ihnen eigentlich nicht klar, daß Irving nicht auf unserer Seite steht?«



Der britische Historiker David Irving beschuldigt seine Kollegen, Informationen aus zweiter Hand zu verarbeiten und Vorurteile zu haben.

Das ist interessant, daß wir darüber reden, »wer auf unserer Seite steht«. Ich habe immer geglaubt, wenn wir über Geschichte sprechen, dann sprechen wir über Tatsachen.

Irving: Nun, man muß zum großen Haufen gehören, und wenn man nicht dazu gehört, dann bekommt man in der Tat große Schwierigkeiten. Und man stellt fest, daß man an der Madison Avenue oder, was noch schlimmer ist, in Hollywood für einen Zeitraum von 10, 15 oder gar 20 Jahre als nicht fein gilt.

Theorie des Propaganda-Schwungrads

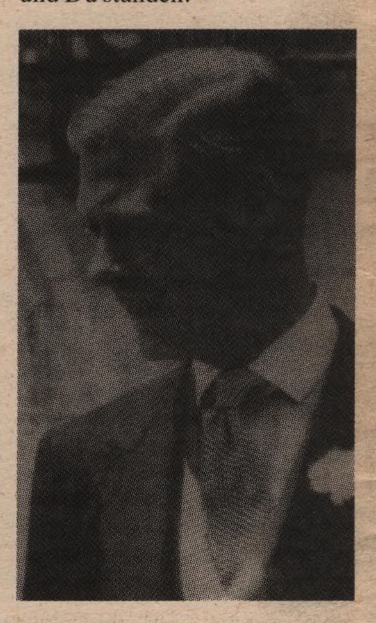
Es scheint, daß Amerikaner keine Flecken auf den Bildern bekommen möchten, die sie mit der Propagandamaschine geschaffen haben, die alle Staaten zur Kriegszeit besitzen, aber unsere Kriegspropagandamaschine ist nicht verschwunden.

Irving: Es gibt eine Theorie, die ich im Verlauf einer Reihe von Vorträgen rund um die Welt entwickelt habe. Ich nenne sie die Theorie des »Propaganda-Schwungrads«.

Während des Krieges wird die Propaganda ganz natürlich als eine der wichtigsten Kriegswaffen erkannt. Adolf Hitler war, glaube ich, der erste, der dies im Zweiten Weltkrieg erkannt hat, als er zu den altmodischen Generälen sagte, daß man im Kriege nicht nur mit Kanonen und Panzern, sondern auch mit psychologischer Kriegsführung kämpft. Und Hitler war darin sehr gut. Generäle und Regierungen haben die Aufgabe eine psychologische Kriegsführung auf die Beine zu stellen.

Wir erlebten psychologische Kriegsführung in intensivster Form in den Wochen vor und nach dem Sturz und der Gefangennahme des panamaischen Führers Manuel Noriega. Dem gesamten amerikanischen Volk wurde beigebracht, was für eine Ratte General Noriega sei.

Oder um ein neutraleres Beispiel anzuführen, nehmen wir den rumänischen Diktator Ceausescu. Bis kurz vor seiner Überwältigung und Hinrichtung war Ceausescu einer der letzten überlebenden kommunistischen Führungspersönlichkeiten, mit denen alle Führer des Westens stolz auf Du und Du standen.



König Eduard VIII, nach seiner Abdankung Herzog von Windsor, bewunderte die Deutschen.

Auch nach einem Krieg wird gelogen

Er war die einzige Person, die als liberaler kommunistischer Diktator angesehen wurde. Sein Land wurde, abgesehen von Ungarn, als das fortschrittlichste und den westlichen Mächten gegenüber freundschaftlichste Land erachtet. Es fiel niemals ein häßliches Wort über Ceausescu. Er wurde höchstens als etwas exzentrisch angesehen.

Das entspricht jetzt natürlich überhaupt nicht mehr dem Bild, das wir von Ceausescu haben.

Das ist Propaganda. Das Schwungrad setzt sich in Bewegung. Die Menschen haben ein festbegründetes Interesse daran, zu jeder Krisen- oder Kriegszeit das Schwungrad der Propaganda in Tätigkeit zu setzen.

Aber wenn der Krieg zu Ende geht, hat niemand ein Interesse daran, das Schwungrad anzuhalten. Niemand erhebt sich und sagt: »O.K., Leute, wir geben es jetzt zu: Wir haben gelogen. Die Japaner warfen keine Kleinkinder umher und fingen sie mit Seitengewehren auf, und Deutsche haben keine Menschen zu Seife verarbeitet. Wir mußten Sie übers Ohr hauen, damit Sie Ihre Kanonen auf sie richteten.«

Niemand sagt das, sehen Sie, und das Propaganda-Schwungrad rotiert weiter.

Die einzigen Leute, die ein Interesse daran haben, das Schwungrad anzuhalten – oder zumindest ein Interesse daran haben sollten –, sind die Historiker. Aber sie lernen schnell, daß, wenn man die Hand auf das Schwungrad legt, man sich dabei die Finger verbrennt.

Und sie haben Ihre Hand auf das Schwungrad gelegt. Ich weiß, daß Sie lange Zeit jedem 1.000 Dollar angeboten haben, der auch nur den Fetzen eines Beweises dafür vorlegen kann, daß Adolf Hitler irgendetwas über das Umsiedlungslager Auschwitz wußte.

Irving: Das ist richtig. Die Leute waren bestürzt. Sie waren darüber verägert. A.J.P. Taylor, der englische Historiker, sagte zu mir: »Irving, das ist so unwürdig, dies zu tun.«

Ohne Beweise gegenseitig zitiert

Und ich sagte: »›Unwürdig‹ ist nicht der richtige Ausdruck. Das Wort ist ›peinlich‹. Denn in den letzten vierzig Jahren hat man dies immer wieder ohne die Spur eines Beweises behauptet. Die Historiker haben sich gegenseitig zitiert ohne irgendwelche Beweise dafür vorzulegen.«

So haben Sie also in all den Jahren Ihrer Nachforschungen in Tagebüchern, Archiven und allen anderen amtlichen Dokumenten niemals die Spur eines Beweises dafür gefunden, daß Hitler »über Auschwitz Bescheid wußte«.

Irving: Das ist richtig. Und ich gehe sogar noch weiter. Ich sage, daß ich nirgendwo Beweise dafür gefunden habe, daß Hitler über den »Holocaust« Bescheid wußte, was dies auch immer gewesen sein mag. Vor zehn Jahren, wissen Sie, kam einer der führenden westdeutschen Historiker zu mir und sagte: »Wir haben ein kleines Problem. Das Wort ›Holocaust‹ – was bedeutet es? Wir können es in den Wörterbüchern nicht finden, aber es taucht immer wieder auf.«

Und ich mußte ihm erklären, daß es ein veraltetes griechisches Wort ist und »Tod durch Feuer« bedeutet, das aber »entführt« worden ist und jetzt eine bestimmte Greueltat bezeichnet, die während des Zweiten Weltkriegs begangen worden sein soll.

Das ist einer der Vorteile meiner Arbeitsweise: Ich treibe meine Forschungen nur in den Archiven und schenke der Arbeit anderer Historiker keinerlei Beachtung, weil es sich schließlich um Informationen aus zweiter Hand handelt. Sie haben Vorurteile und möchten gerne ihr eigenes Süppchen kochen.

Es geht um die Geschichtsfälschung

Ich habe Sie vor Versammlungen des in Costa Mesa, Kalifornien, ansässigen Institute for Historical Review (IHR) reden gehört.

Irving: Das ist richtig, und wie Sie wissen, entwickelt sich das IHR zu einer wirklich prachtvollen Körperschaft. Man pflegte es früher scheel von der Seite anzusehen. Es ist eine sehr nützliche Einrichtung. Und ich glaube nicht, daß ich Geheimnisse verrate, wenn ich Ihnen sage, daß auf der nächsten Zusammenkunft (die an der Ostküste stattfinden wird) einige der ganz großen Namen in der Welt der Geschichtsschreibung dabei sein werden. Die Leute werden das Maul aufsperren, wenn sie einige der Namen der teilnehmenden Historiker lesen.

Auf jener IHR-Zusammenkunft sprachen Sie darüber, wie sich Ihre Ansichten hinsichtlich des »Holocaust« geändert hätten. Sie beschrieben, wie Sie nach Toronto flogen, um dort als Gutachter beim Prozeß gegen Ernst Zündel, der wegen »Geschichtsfälschung« angeklagt war, auszusagen (Anmerkung der Redaktion: Zündel ist niemals wegen »Geschichtsfälschung« angeklagt worden, sondern wegen »Verbreitung einer falschen Nachricht, Aussage oder Erzählung die möglicherweise den gesellschaftlichen und rassistischen Frieden« gefährden könnte).

Irving: Das ist richtig. Und Sie wissen, daß Zündel einen sehr nützlichen Dienst geleistet hat, indem er eine Mannschaft von Experten nach Auschwitz entsandte, um dort wissenschaftliche Untersuchungen an den »Gaskammern« vorzunehmen, die dort zu besichtigen sind. Seine Mannschaft unterzog die Gaskammern der gleichen Art von Untersuchungen, denen ich als Historiker Dokumente unterziehe, Laboruntersuchungen der Tinte und des Papiers. Und Zündels Experten taten das Gleiche mit den »Gaskammern«. Sie untersuchten die Decken und die Wände und die Fußböden. Und sie kamen zu dem außergewöhnlichen wissenschaftlichen Befund, daß sich absolut keine Rückstände von Giftgas in diesen Kammern befinden.

Sind dies nun die Kammern, die tatsächlich im Zweiten Weltkrieg vorhanden waren, als die Deutschen angeblich Millionen von Juden in Auschwitz vergasten?

Irving: Ja. Eine andere Mannschaft ist hinübergefahren und hat die gleichen Tests und noch mehr durchgeführt und außergewöhnliche Fotografien mitgebracht, aus denen hervorgeht, daß die polnischen Behörden tatsächlich die »Gaskammern« in Auschwitz gefälscht haben, damit sie zu den Nachkriegs-Zeugenaussagen, die in verschiedenen »Kriegsverbrecher«-Prozessen gemacht wurden, passen.

Viele Fälle von Massenhysterie

Zum Beispiel behaupteten Zeugen, sie hätten deutsche Wachtposten gesehen, wie sie Giftgas durch quadratische Öffnungen in den Decken der Gaskammern warfen. Aber das Peinliche daran ist, daß sich in den Decken keine quadratischen Öffnungen befanden. Daher kamen die Polen mit Bohrern und Preßlufthämmern daher und schnitten quadratische Öffnungen dort aus, wo sie nach Aussage der Zeugen gewesen sein sollen. Und aus den Fotos geht hervor, wo die Polen diese Öffnungen angebracht haben.

Nun, was sagen Sie in Reaktion auf diejenigen, die auf alle jene Augenzeugen hinweisen, die über die angeblichen Vergasungen ausgesagt haben?

Irving: Ich sage, daß sich die Psychiater einmal mit dieser Sache befassen sollten. Es gibt viele Fälle von Massenhysterie. Und ich meine das nicht im beleidigenden Sinne.

Aber ich habe in den 30 Jahren des Bücherschreibens festgestellt, daß die Menschen halt so sind. Wenn sie an der Peripherie eines großen Ereignisses waren, läßt es ihr Stolz nicht zu, daß sie nur an der Peripherie waren. Er drängt sie allmählich auf den Mittelpunkt zu.

Die Totenbücher von Auschwitz

So ist es bei vielen Menschen, die Auschwitz als Sklavenarbeiter durchlebt haben – sie können auf die Tätowierung auf ihrem Arm hinweisen –, daß ihr Stolz sie nicht sagen läßt, daß sie alle diese Dinge – die erzählt werden – nicht selber erlebt haben.

Sie sind sich sicherlich darüber im klaren, daß es vielen Amerikanern schwerfällt, sich das anzuhören. Wir sprechen über den Holocaust. Es ist eine Legende, die Teil unserer Geschichte geworden ist. Wir zweifeln das niemals an. Aber es gibt andere Historiker wie Sie, die an die Öffentlichkeit treten und genau die gleichen Dinge sagen.

Irving: Sogar sowjetische Historiker sagen es. Als Teil ihres Glasnost haben die Sowjets bereits mit der Freigabe von Dokumenten begonnen. Und jetzt haben sie laut Tass, der amtlichen sowjetischen Nachrichtenagentur, die echten Totenbücher von Auschwitz freigegeben.

Bis jetzt ist natürlich gesagt worden, daß drei oder vier Millionen

David Irving

Ein Historiker kämpft gegen die Kriegs-propaganda

Menschen in den »Gaskammern« von Auschwitz starben. Aber in den in Moskau befindlichen Totenbüchern sind insgesamt 74.000 Todesfälle verzeichnet – nicht vier Millionen oder auch nur eine Million. Und die Menschen, die in Auschwitz starben, sind mit Namen und Datum und Ursache des Todes in, glaube ich, 45 Totenbüchern aufgeführt. Und als ich die Aufzeichnungen im Jewish Research Institute in New York durchsah, fand ich die Befehle, die den Kommandanten der KL erteilt wurden, über alle vorgekommenen Todesfälle genau Buch zu führen. Wenn man nun diese Tatsache mit den jetzt von den Sowjets freigegebenen Büchern und mit den Forschungen eines jüdischen Historikers in Zusammenhang bringt, der freimütig darlegte, seiner Meinung nach seien über die Hälfte der Todesfälle in Auschwitz aus natürlichen Ursachen eingetreten, dann kommt man in der Tat auf eine sehr kleine Anzahl.

Die Wahrheit ist unteilbar

Demnach wären etwa 35.000 Menschen in Auschwitz vorsätzlich getötet worden. Mord ist ein Verbrechen ganz gleich in welcher Größenordnung er begangen wird, aber – das Verbrechen in Auschwitz ist – ein Verbrechen, das mit den 48.000 Menschen, die wir Engländer in Luftangriffen über Hamburg 1943 in einer Nacht getötet haben, vergleichbar ist.

Nun sind Sie aber Engländer und kein Verteidiger des Dritten Reiches.

Irving: Das ist richtig. Sehen sie, ich glaube, die Staatsangehörigkeit zählt nicht mehr je weiter man zeitlich von den Ereignissen entfernt ist, über die man schreibt. Patriotismus hat hiermit nichts zu tun. Meinungen haben auch nichts damit zu tun.



König Georg VI., gekrönt am 12. Mai 1937, war ein schwacher und schwankender Monarch und trägt mit Churchill die Schuld am Verlust des britischen Weltreichs.

Die Wahrheit bei der Geschichtsschreibung ist unteilbar. Die Völker haben ein Recht darauf, über das was geschehen ist, die Wahrheit zu erfahren. Und dieses Recht ist den Deutschen in den letzten 50 Jahren verweigert worden.

Nun glaube ich, daß wir Engländer bei der Geschichtsschreibung eine Tradition der Fairness haben – die Amerikaner auch. Aber die deutschen Historiker haben seltsamerweise eine völlig blinde Stelle, wenn es dazu kommt, über ihre eigene jüngste Geschichte zu schreiben. Sie haben eine Propagandaversion von der Wahrheit, und sie gießen immer noch als »Geschichte« jene Propaganda aus, die wir während der Kriegsjahre aus militärischen Gründen in ihr Land hineingepumpt hatten.

Ihre Grundtheorie bei der Forschung, die sehr interessant ist, besagt, daß es »Lücken« in den Geschichtsaufzeichnungen und -dokumenten gibt, und daß diese Lücken eine deutlichere Aussage sind als die Aufzeichnungen selbst.

Irving: Das ist richtig. Manchmal entdeckt man die Lücken erst wenn man Archive mit Archiven – zum Beispiel die britischen mit den amerikanischen und den deutschen – vergleicht.

Nehmen wir das Staatsarchiv (National Archives) in Washington. Man wird feststellen, daß die amerikanische Regierung die gesamten Unterlagen über die Abfangung und Entschlüsselung der japanischen diplomatischen und militärischen Kommunikationen, die sogenannte Operation Magic, vor und während des Zweiten Weltkriegs, freigegeben hat.

Die Lücken in den Archiven

Aber ich bin jetzt auf Grund meiner eigenen Forschungen davon überzeugt, daß das britische Entschlüsselungswesen – das seinerzeit zehn- oder fünfzehnmal besser als das amerikanische war – die Codes der Japaner auf einem beträchtlich höheren Niveau entschlüsselt hat.
Die Spur, die darauf hindeutet, daß die Briten dies taten, ist wiederum eine Lücke. Wenn Sie in die britischen Archive gehen, dann werden Sie feststellen, daß nicht eine einzige Seite der abgefangenen japanischen Meldungen an die Öffentlichkeit freigegeben worden ist.

Wir haben die abgefangenen Meldungen der Deutschen, der Spanier, der Vichy-Franzosen, aber nicht die der Japaner freigegeben. Und wenn einzelne abgefangene japanische Meldungen in den Archiven vorhanden waren, dann wurden sie herausgenommen.

Es war Churchills Krieg

Wenn Sie jedoch in die amerikanischen Archive gehen, dann werden Sie feststellen, daß die englische Regierung den Amerikanern viele der abgefangenen japanischen Botschaften zugeleitet hat, aber nicht alle.

Mit anderen Worten, man findet tatsächlich einige der von den Engländern abgefangenen Meldungen in den amerikanischen Akten, aber es ist einem nicht gestattet, diese gleichen Meldungen in den britischen Akten einzusehen?

Irving: Das ist richtig, und wir verbergen sie, weil wir etwas kaschieren wollen, dessen wir schuldig sind.

Sie spürten diese abgefangenen Meldungen während Ihrer Forschungsarbeiten für Ihr Buch »Churchill's War« auf.

Irving: Aber dies war Churchills Krieg in mehr als einem Sinne. Churchills Krieg dauerte effektiv von 1940 bis 1945, und es war Churchills Krieg in dem Sinne, daß er ihn im Juni 1940 mit einem Fingerschnippen hätte beenden können, als die Deutschen den Briten ein sehr großzügiges Friedensangebot machten.

Das deutsche Friedensangebot wurde in allen amtlichen britischen Kommunikationen völlig unterdrückt und die britische Öffentlichkeit wurde zu keinem Zeitpunkt davon unterrichtet. Jedesmal, wenn ein deutscher Diplomat versuchte, die britische Regierung von dem Friedensangebot in Kenntnis zu setzen, ordnete Churchill persönlich an, dem deutschen Diplomaten das Betreten des britischen Grundstücks zu verwehren.

Als der britische Botschafter Lord Lothian sich bei dem deutschen Botschafter in Washington, Hans Thomson, über die Natur des Friedensangebots erkundigte, bekam Churchill Kenntnis davon, denn wir entschlüsselten ja den deutschen Code. Und er sandte ein wütendes Telegramm an Lord Lothian und wies diesen an, unter keinen Umständen irgendwelche Verbindungen zu den Deutschen aufzunehmen. Churchill rief auch gleichzeitig den Leiter des Bomberkommandos der Royal Airforce zu sich und fragte, wann wir frühestens mit der Bombardierung Berlins beginnen könnten.

Churchill kalkulierte damit, daß in dem Augenblick, in dem wir mit der Bombardierung Berlins begannen, die Deutschen auf London zurückschlagen würden, da sie bis dahin noch nicht ange-

griffen hatten. Und das würde dem verrückten Gerede über Friedensangebote ein Ende bereiten, meinte Churchill.

Churchill konnte sich keinen Frieden leisten

Wissen Sie, Churchill konnte sich keinen Frieden leisten. Er war erst einen Monat zuvor an die Macht gelangt. Wenn es zum Frieden gekommen wäre, wäre Churchill erledigt gewesen. Und deswegen verlängerte er absichtlich den Krieg.

Und deswegen lautet der Titel meines Buches »Churchill's War« (»Churchills Krieg«). Er verlängerte den Krieg von Juni 1940 an und ließ ihn zu dem schrecklichsten Holocaust im wahrsten Sinne des Wortes werden.

Viele Leute sagen, die Deutschen hätten mit der Bombardierung von Zivilisten begonnen, und dann wären die Briten zur Vergeltung geschritten und hätten das Gleiche getan. Stimmt das?

Irving: Das stimmt überhaupt nicht. Wenn Sie sich die Geschichte des Krieges ansehen, dann werden Sie herausfinden, daß sich die Deutschen schon innerhalb eines Tages nach Beginn des Krieges im September 1939 formell an die britische Regierung wandte, und diese um einen Aufschub jedes Bombardements ziviler Ziele ersuchte. Aber die britische Regierung wich diesem Ersuchen aus.

Dann fand in den darauffolgenden zwölf Monaten keine Bombardierung irgendwelcher britischer Städte statt. Natürlich bombardierten die Deutschen Hafenanlagen, Schiffswerften und ähnliche Ziele. Aber die Innenstädte wurden nicht angegriffen. Es gab keine Flächenbombardierung.

Die deutsche Regierung hatte sogar die Bombardierung Londons völlig untersagt. Und Churchill wußte dies, denn wir lasen ja die verschlüsselten Einsatzmeldungen der deutschen Luftwaffe. Churchill wußte also, daß Hitler Befehle erteilt hatte, britische Städte unter keinen Umständen anzugreifen.

Aber Ende August 1940 schickte Churchill seine Bomber nach Berlin, um Berlin sechs- oder siebenmal höllisch zu bombardieren, wobei viele Menschen getötet wurden.

Hitler begab sich sofort nach Berlin, um bei seinem Volk zu sein, sobald die Bombardierung begonnen hatte; und im September 1940 hielt er seine berühmte Rede, in der er sagte, daß, wenn »dieser Wahnsinnige in London« weiterhin deutsche Städte bombardiert, die deutsche Luftwaffe dann antworten werde; wenn die Bombardierung weitergeht, sagte er, »werde ich ihre Städte ausradieren«.

Churchill provozierte den Luftkrieg

In diesem Augenblick befahl Churchill einen weiteren massiven Luftangriff auf Berlin. Dies ist genau das, was Churchill wollte. Er wollte die Bombardierung Londons herausfordern. Und einen Tag später erschienen eintausend deutsche Bomber über dem Osten (East End) von London. Und im September 1940 starben 7.000 Londoner, darunter 700 Kinder, und das alles nur, weil Churchill dies vorsätzlich provoziert hatte.

Sie haben ausgeführt, daß in einem Falle Churchill genau wußte, welche Stadt die Deutschen bombardieren wollten, und er kletterte auf ein Dach, mutmaßlich in kühner Herausforderung der Bomber, obwohl er in Wirklichkeit genau wußte, daß diese Stadt nicht das Ziel der deutschen Bomber war.

Irving: Das ist wahr. Churchill wußte aus zwei verschiedenen Quellen, welche Städte angegriffen werden sollten. bis spätestens 1940 wußte Churchill nämlich in 80 oder 90 Prozent der Fälle schon Stunden im voraus, welche britischen Städte bombardiert werden würden. Aber natürlich konnte er dies den Menschen in diesen Städten nicht mitteilen, denn dann wäre herausgekommen, daß wir die verschlüsselten deutschen Meldungen lasen.

Churchill hielt sich niemals wissentlich in London auf, wenn die deutsche Luftwaffe kurz darauf London bombardieren würde. Alle diese Geschichten über seinen Mut einer Bulldogge und seine große Durchhaltekraft sind völliger Unsinn.

Pearl Habor brachte Churchill die langersehnte Möglichkeit die USA in den Zweiten Weltkrieg hineinzuziehen.

Die Feigheit von Churchill

Wenn er ein paar Stunden Vorwarnung vor einem bevorstehenden Luftangriff hatte, schlüpfte er durch die Hintertür von No. 10 Downing Street hinaus, stieg in seinen großen splittersicheren Wagen und fuhr nicht nur in die Vororte hinaus, sondern 150 Meilen bis nach Oxfordshire zur Wohnung eines Milliardärfreundes, um bei ihm Schutz zu suchen.

Und am nächsten Morgen, als das Bombardement vorüber war, zog er sich die Uniform eines Kommandeurs der Air Force an, fuhr durch die ausgebombten Bezirke des East End und sagte: »Wir werden es dem Nazi-Abschaum heimzahlen.« Und die Menschen jubelten ihm zu. Sie glaubten, er sei in London bei ihnen geblieben.

Können Sie etwas zu dem kürzlich veröffentlichten Bericht sagen, daß König Eduard VIII. (später nach seiner Abdankung Herzog von Windsor) den Thron wieder übernehmen wollte, falls Churchills Regierung stürzen sollte?

Irving: Ja, ich habe in den deutschen Archiven Beweismaterial darüber gefunden, daß Hitler den Herzog von Windsor als Ersatz für dessen Bruder, der ihm auf den Thron gefolgt war, König Georg VI., sehr geschätzt hat.

Ich muß sagen, daß meiner Ansicht nach sowohl Georg VI. als Winston Churchill gleichermaßen an dem Verlust des britischen Weltreiches die Schuld tragen. George VI. war ein sehr schwacher und schwankender Monarch.

König Eduard schätzte die Deutschen

Der Bruder des Königs, Eduard, der wegen seiner Vermählung mit Wallace Simpson, einer geschiedenen Amerikanerin, abdanken mußte, war sehr deutschfreundlich und fast pro-Hitler. Er kannte Hitler und bewunderte sehr, was die Nationalsozialisten

David Irving

Ein Historiker kämpft gegen die Kriegspropaganda

in Deutschland auf dem sozialen Sektor für die arbeitenden Schichten getan hatten.

Eduard hätte sicherlich nicht zugelassen, daß Großbritannien gegen Deutschland in den Krieg zog. Darüber gibt es überhaupt keinen Zweifel. Wenn Eduard König geblieben wäre, dann hätte es mit Sicherheit keinen Krieg zwischen Großbritannien und Deutschland gegeben.

Vieles von dem, was Sie sagen, ist für Amerikaner kaum verständlich.

Irving: Es ist für Engländer auch schwer zu begreifen. Ich hielt einen Vortrag in British Columbia und sprach darüber, wie während der berühmten Rundfunkrede »Churchills«, in der er sagte, »People will say this was their finest hour« (»die Leute werden sagen, dies war ihre beste Stunde«), es nicht einmal Churchill war, der die Rundfunkrede hielt.

Es war ein Schauspieler der British Broadcasting Company (BBC), Norman Shelley, der wegen seiner Kindersendungen sehr berühmt war. Ich erinnere mich daran, daß er die Rolle von »Larry the Lamb« (»Larry das Lamm«) spielte. Anscheinend war Churchill gegen Abend keineswegs in der Lage – wegen seiner schweren Trunksucht – Rundfunkreden zu halten. So mußte Larry, the Lamb, Churchills Rundfunkreden halten.

Wer finanzierte Hitler?

Als ich diese Geschichte bei meinem Vortrag in British Columbia erzählte, saß ein englisches Paar unter meinen Zuhörern, und sie standen auf und gingen hinaus. Sie machten keinerlei Schau daraus, aber sie konnten es halt nicht mehr ertragen. Dies war für sie die endgültige Enttäuschung.



Der britische Geheimdienst nahm auf einerr deutschen Karte territoriale Veränderungen vor, die dann dem US-Präsidenten Roosevelt vorgelegt wurden.

Es gab sehr viel Spekulation über die Frage, wer finanzierte Hitler. Wer hat Hitler finanziert?

Irving: Nun, zu einem sehr großen Teil waren es die Deutschen selbst. Aber es gab Zeiten in Hitlers Laufbahn, in denen er am Rande des Bankrotts stand.

Zum Beispiel als Hitlers Zeitung kurz vor dem Konkurs stand. Es liegen Beweise durch den Reichskanzler jener Tage, Heinrich Brünning – der später in den Vereinigten Staaten Unterschlupf fand und der kein Nazi war –, vor. Er schrieb einen Brief an Churchill und teilte ihm mit, diejenigen, die Hitler finanziert haben und ihm somit aus der Bredouille halfen, seien die führenden Persönlichkeiten der größten Banken in Berlin, die, wie er schreibt, »von Juden beherrscht« werden.

Insbesondere war einer derjenigen, der das meiste Geld aufbrachte, der Führer der jüdischen Kultusgemeinde in Berlin. In den Archiven von »Time/Life« in der Columbia University in New York fand ich einen Brief Brünnings an die Zeitschrift – die Churchills Memoiren veröffentlichte –, in dem er die Redaktion beschwört, seine Briefe an Churchill, in denen diese Tatsachen offengelegt werden, nicht abzudrucken, da es sehr nachteilig wäre, wenn die Welt erfahren würde, daß ausgerechnet die Leute, die das Geld für Hitler aufgebracht hatten, in Wirklichkeit führende Mitglieder der jüdischen Kultusgemeinde waren.

Es gibt ein neues Buch »Other Losses« von James Bacque, das in Kanada herauskam. Der Autor schreibt, daß General Dwight D. Eisenhower eine Politik entworfen habe, von der er wußte, daß sie zum Tode einer riesigen Zahl von deutschen Kriegsgefangenen führen würde, die in den letzten Jahren des Krieges gefangengenommen worden waren. Nach Bacques Forschungen starben tatsächlich fast eine Million Gefangene.

Eisenhower und der Morgenthau-Plan

Irving: Mir ist Bacques Buch bekannt, und es liegen Beweise dafür vor, daß Eisenhower, der eigentliche Urheber des Morgenthau-Plans – benannt nach dem damaligen US-Finanzminister Henry Morgenthau –, eines außergewöhnlichen, irrsinnigen Planes war, der ganz Deutschland in ein Ackerland verwandeln sollte und seine Industrie und Bergwerke zerstört hätte.

Es ist sehr interessant. Aber als sein Plan nach dem Kriege unter Beschuß geriet, weil Leute sagten, dies koste das Leben von zwei Divisionen amerikanischen Soldaten, da die deutschen Soldaten von dem Plan erfahren hätten und zweimal so hart kämpften, sagte Morgenthau: »Aber das war überhaupt nicht mein Plan. Ich bekam diese Idee von Eisenhower. Es war Eisenhower, der mich darauf brachte.«

Sehen sie, Morgenthau besuchte im August 1944 Eisenhower auf dem Schlachtfeld der Normandie, und beim Mittagessen sagte Eisenhower zu Morgenthau: »Ich glaube, wir sollten das tun«, und er entwarf einen Plan für Deutschland nach dem Kriege und das war der Morgenthau-Plan.

Nach seiner Rückkehr in die Vereinigten Staaten brauchte Morgenthau nur noch, sozusagen die »Muttern und Schrauben« des von Eisenhower, der ein fanatischer Deutschenhasser war, entworfenen Planes zu überprüfen. □



»Unser Schicksal sind die Strahlen –
der Mensch und sein strahlender Lebensraum« ist ein Buch,
das über die bioenergetischen und bioplasmatischen
Funktionen des menschlichen Organismus, das energetische
Milieu als Ursache von Zellfunktionsstörungen
und Krankheiten berichtet.



Josef Oberbach »Unser Schicksal sind die Strahlen«
200 Seiten mit 25 Abbildungen. DM/Sfr 28,– ISBN 3-923864-03-5
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel

Winston Churchill

Kriegsheld oder Verbrecher?

Vivian Bird

Die Vereinigten wollen auf einem Zusammentreffen der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und der beiden deutschen Staaten eine Vereinbarung über die Zukunft Deutschlands zimmern. Eine solche Vereinbarung wäre das endgültige Ende der militärischen Besetzung Deutschlands durch die vier Länder – die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion –, die schon seit 1945 beteht. Es wäre ein Zeichen, daß der Krieg endgültig vorbei ist, da noch kein Friedensvertrag unterzeichnet worden ist. Amerikanische Regierungsbeamte meinen jedoch, es sei immer noch zu früh, um über einen Friedensvertrag zu sprechen, da über 50 Nationen an dem Krieg teilgenommen haben.

Jetzt, wo die deutsche Wiedervereinigung sowohl unvermeidlich als auch unaufhaltsam ist, ist die richtige Zeit gekommen, um einige geschichtliche Ereignisse, Trends und Persönlichkeiten, die mit der Kriegszeit zu tun haben, unter die Lupe zu nehmen, um eine Idee von der Art des Friedens zu bekommen, der nun folgen soll.

Die Rolle Winston Churchills

Der Historiker David Irving bezeichnet sich selbst als »Lückologe«, das heißt, er sucht nach Lücken in den historischen Unterlagen als Spuren zu dem, was sich wirklich ereignet hat. Um zu verstehen, was sich in Deutschland und der Welt heute ereignet und um die Zukunft zu planen, ist es von absolut wesentlicher Bedeutung zu wissen, was in der Vergangenheit geschah.

Winston Churchill wurde vorzeitig am 30. November 1874 in einer Umgebung von großer Pracht und Wohlstand in Blenheim Palace, Woodstock, in Oxfordshire zu einer Zeit geboren, als das Britische Weltreich auf der Höhe seiner Macht war. Sein Vater, Lord Randolph Henry Spencer Churchill, starb an Syphilis. In der Tat wurde Churchill sein ganzes Leben lang von der Furcht vor Symptomen einer angeborenen Syphilis geplagt. In Anbetracht seines späteren Verhaltens gibt es gute Gründe für die Feststellung, daß viele seiner Handlungen von den Folgen der Infektion seines Vaters, die in der Gebärmutter auf seinen ungeborenen Sohn übertragen wurde, beeinflußt wurden.

Den Dank einer »dankbaren Nation«

Sein Vorfahre aus dem 17. Jahrhundert, John Churchill, später Herzog von Marlborough, war der Sohn eines verarmten Kavalierabenteurers, war jedoch durch eine Reihe von Intrigen, Vertrauensschwindel und Doppelzüngigkeiten sowie Betrug zu einem der einflußreichsten Männer im Königreich aufgestiegen.

Winston und John Churchill hatten eine wesentliche Eigenschaft gemeinsam: Sie waren völlig skrupellos und schreckten niemals davor zurück, die Seiten zu wechseln, wenn es ihnen paßte. Beide nahmen an effektiv jedem europäischen Bürgerkrieg teil und beide empfingen im Laufe der Zeit »den Dank einer dankbaren Nation«; im Falle von Marlborough war es der riesige Palast und das Grundstück von Blenheim, und in Zusammenhang mit diesem Erwerb kursierten Gerüchte über Korruption. Heute drängen sich Tausende von Amerikanern unter zahlreichen Besuchern aus der ganzen Welt jährlich durch das überheizte stickige Museum, zu dem Blenheim geworden ist, und besichtigen mit unkritischer Verzük-

Nachdem Churchill mit dem Bombenkrieg gegen die Zivilbevölkerung begonnen hatte, bombardierten die Deutschen am 14. November 1940 die Kathedrale von Coventry.



kung eine Vielfalt von glanzlosen Reliquien, die mit ihrem Helden und dessen Vorfahren verbunden sind.

Die Folgen häufiger Prügelstrafen

Als Kind verhätschelte ihn seine Mutter zunächst, schickte ihn dann fort in eine Reihe von Internaten, die er mit einiger Rechtfertigung fürchtete und haßte. Insbesondere eine Schule, die von einem sadistischen, übelgesinnten Kirchenmann geleitet wurde, war berüchtigt für ihre häufigen Prügelstrafen bei den kleinen Schuljungen. In seinen Memoiren beschreibt Roger Fry, ein etwas älterer Zeitgenosse, in allen abscheulichen Einzelheiten eine dieser Montagmorgen-Prügelstrafen vor den Augen der versammelten Schülerschaft.

Natürlich waren solche Ereignisse in britischen Schulen zu jeder Zeit gang und gebe, auch in den Schulen, wo die oberen Klassen erzogen wurden, und es besteht kein Zweifel darüber, daß seine frühen Erfahrungen in der »Präparanda-Schule« den kleinen Winnie fürs Leben zeichneten. Es ist oft gesagt worden, daß sein eigener späterer Mangel an Mitgefühl für andere und viele seiner brutaleren Kriegshandlungen auf diese Episoden zurückzuführen sind, bis hin zum Massenmord an Frauen und Kindern.
Seine Mutter hatte wenig Zeit für ihre Kinder übrig, sobald sie glaubte, ihre mütterlichen Pflichten erfüllt zu haben. Sie wurden einfach, wie das in den oberen Schichten der Gesellschaft üblich war und ist, den Kinderfräulein übergeben und von diesen aufgezogen und durften ihre Eltern nur bei seltenen Anlässen sehen. Dann, sobald sie als alt genug dafür erachtet wurden, verfrachtete man sie zu diesen scheußlichen Internaten und später zu den noch rauheren »Public Schools« (Privatschulen).

Erste Erfahrungen mit Konzentrationslagern

In Harrow, seiner »public school«, trat Chruchill nicht durch Leistungen hervor. Er wurde verhöhnt, beschimpft, tyrannisiert und allgemein als Tölpel und Dummkopf angesehen. Seine Lehrer erachteten ihn außerdem als ziemlich faul und träge.

In aristokratischen britischen Familien ist immer gesagt worden, daß während der Trottel der Familie in die Kirche eintritt, der Halunke der Familie in die Armee eintritt. Churchill trat dementsprechend der Armee bei und nahm bald an der Schlacht von Omdurman (2. September 1898) teil, in der es britischen Berufssoldaten unter ihrem brutalen homosexuellen Kommandeur, General Horatio Kitchener, nach einer blutigen Kampfhandlung gelang, die moslemische Armee des Abdullah et Taaisha (Seyyid Abdullah Mohammed, des Kalifen) in die Flucht zu schlagen und fast gänzlich zu vernichten, obwohl sie mit dem Mut der Verzweiflung kämpften.

Während des Burenkrieges wurde Churchill als Kriegsberichter von den Buren gefangengenommen, die ihn gut behandelten und ihm das Ehrenwort gewährten, nachdem er ihnen auf Ehre und Gewissen als britischer Offizier versprochen hatte, keinen Fluchtversuch zu unternehmen. Bei der ersten sich bietenden Gelegenheit tat er genau das, und es gelang ihm, sich zu den britischen Linien zurückzuschleichen.

Die Errichtung von großen mit Stacheldraht und Wachtürmen umgebenen Konzentrationslagern durch die Briten, in denen Tausende von südafrikanischen Zivilpersonen, darunter viele Frauen und Kinder, wie die Fliegen an Fleckfieber und Hunger starben, störte Churchill nicht. Es ist interessant darauf hinzuweisen, daß Konzentrationslager von den Briten während des Krieges und nicht später von den Deutschen erfunden wurden.

Churchill geht in die Politik

Nach dem Burenkrieg bewarb sich Churchill um einen Sitz im Parlament, und seine Familie und Parteiverbindungen ermöglichten es ihm, 1900 als Liberaler gewählt zu werden. Opportunistisch zur Conservative Party überschwenkend, gelang es ihm 1906 wiedergewählt zu werden.

Während der Aufstände in Taff Vale in Südwales durch hungernde, streikende Bergarbeiter zögerte er als kurz zuvor ernannter Innenminister nicht, Truppen und gepanzerte Fahrzeuge hinauszuschicken, um die Arbeiter niederzuschlagen. Die Aufwertung des englischen Pfunds durch Churchill im Jahre 1925 verschlechterte ohne Zweifel die wirtschaftliche Lage und war somit ein Faktor der zum Generalstreik im Jahre 1926 beitrug.

Erbarmungslos im Kampf gegen Irland

Churchill trat für erbarmungslose Maßnahmen ein, um jedes Anzeichen eines Kampfes um die Freiheit in Irland im Keime zu erstikken.

Gegen eine kleine Bande russischer Anarchisten, die sich in der Londoner Sydney Street verbarrikadiert hatten, rief er Einheiten eines Wachbataillons auf und sah zu, wie das Haus und seine Besetzer in Flammen aufgingen.

1911 wurde er auf den sehr einflußreichen Posten des Ersten Lords der Admiralität berufen, wo er mit seinem alten Bekannten und Vorgänger John »Jackie« Fisher Pläne schmiedete, um der wachsenden Präsenz der deutschen Kriegsmarine entgegenzutreten. Churchill und Fisher kamen auf die Idee, einen hinterhältigen Anschlag auf die deutsche Flotte zu verüben. Aber als Fisher diesen Gedanken König Georg V. vortrug, erwiderte dieser: »Fisher, ich glaube Sie sind wahnsinnig.«

Churchill und Fisher wurden stark von einem Stück hoch imaginärer Prosadichtung des irischen Autoren Erskine Childers beeindruckt, der sowohl Churchill als Fisher Exemplare seines spannenden Romans »The Riddle of the Sands« überreicht hatte. In diesem Spionageroman wurde unterstellt, daß die Deutschen eine massive Überraschungsinvasion über die Nordsee unter Verwendung von äußerst gut getarnten Schiffen in Form von Lastkähnen und Leichtern planten.

Ein derartiger Angriff war in keiner Weise durchführbar, und einen solchen Plan gab es auch zu keiner Zeit auf deutscher Seite. Im Gegenteil, ein Überraschungsangriff, verbunden mit einer Invasion in das deutsche Festland von See her, war ein von Fisher konzipierter und vielverkündeter Plan, der von dem kriegseifrigen Churchill in den Jahren vor dem europäischen Konflikt, der sich zum ersten Weltkrieg ausweitete, unterstützt wurde.

Die Kriegserklärung war die Stunde Churchill's

Als schließlich 1914 der Krieg erklärt wurde, war Churchill außer sich vor Freude. Er fühlte, daß nun seine Stunde gekommen war. Er war so voller Eifer, daß er nicht einmal auf die Genehmigung des Kabinetts wartete, sondern unverzüglich selbst Befehle zur allgemeinen Mobilmachung der Kriegsmarine erteilte, eine Handlung, die ihm einige Feinde unter seinen Kollegen schaffte, die seine kriegslüsterne Eifrigkeit mit Argwohn und Verachtung betrachteten.

Sein Verbleiben in der Admiralität war für alle Beteiligten untragbar, und er wurde bald in einige katastrophale militärische Abenteuer verwickelt, in denen er natürlich seine eigene kostbare Haut nicht riskierte. Dazu gehörte, daß Churchill eine unzureichende Armee entsandte, die versuchte, sich an den belgischen Kanalhäfen festzuklammern. Dann die furchtbare Katastrophe der Dardanellen, bei deren Planung er eine führende Rolle gespielt hatte, die unter anderen furchtbaren Verlusten wegen der Taktik des britischen Oberkommandos, das die »Anzacs« unnötigerweise in fruchtlosen Frontalangriffen gegen die türkischen Linien verheizte, zur Vernichtung der Blüte der australischen Jugend führte.

Der Zwischenfall mit der Lusitania

Aber vielleicht seine ruchloseste »Errungenschaft« während seiner Zeit in der Admiralität war die Verwendung sogenannter Q-Schiffe, um deutsche U-Boote in die Falle zu locken, zu jagen und zu zerstören. Q-Schiffe waren schwer bewaffnete leichte Kreuzer, die als Handelsschiffe getarnt waren und häufig die Flagge neutraler Länder, insbesondere der Vereinigten Staaten hißten.
Zu dieser Zeit erteilte er den Befehl, daß Überlebende auf deut-

Kriegsheld oder Verbrecher?



Winston Churchill zeichnete sich durch Zynismus, Skrupellosigkeit, Erbarmungslosigkeit und Heuchelei aus.

scher Seite gefangenzunehmen oder »wenn es günstiger erscheint, durch Maschinengewehr zu töten sind. In allen Fällen ist auf weiße Flaggen zu schießen«, lautete Churchills Botschaft. Über zahlreiche Vorfälle dieser Art wurde von überlebenden berichtet, aber die Admiralität leugnete jede Kenntnis von derartigen Greueltaten ab.

Churchills größter Streich war jedoch der Zwischenfall mit der »Lusitania«, als es ihm gelang, das große Schiff in eine solche Position zu manövrieren, daß der Angriff eines deutschen U-Bootes wahrscheinlich wurde; nachdem er vorher verhindert hatte, daß irgendeine bewaffnete Eskorte gestellt wurde.

Die »Lusitania« war in Wirklichkeit bewaffnet und trug auch eine große Ladung Munition, und das Schiff sank als Folge eines Torpedos, der tatsächlich abgefeuert wurde, aber durch eine gewaltige Explosion dieser Munition mittschiffs.

Viele Amerikaner verloren dabei ihr Leben und die amerikanische öffentliche Meinung wurde dadurch entscheidend beeinflußt, um den Eintritt Amerikas in den Ersten Weltkrieg herbeizuführen.

Die Begegnung mit Bernard Baruch

Nach Ende des Ersten Weltkriegs war Churchill, dessen einziger Beruf aus der Stiftung von Unruhe und Zwistigkeiten bestand, ruhelos, aber immer noch politisch und militärisch aktiv. Zu einer Zeit, als er ganz besonders wegen Geldmangel unter Druck stand, reiste er nach Amerika, wo er zufällig die Bekanntschaft des New Yorker Bankers Bernard Baruch machte, und es entwikkelte sich daraus eine lebenslange Freundschaft, sobald Baruch angeboten hatte, Churchill finanziell aus der Patsche zu helfen.

Nun begann sich bei Churchill eine prozionistische Einstellung zu offenbaren. Bis dahin war Churchill betont judenfeindlich gesinnt.

Als der Zweite Weltkrieg näherrückte, schloß er sich mehr und mehr der Kriegspartei an. Als Frankreich fiel, nachdem er alles getan hatte, was er tun konnte, um dessen Beteiligung an einem Krieg zu verlängern, den niemand wollte außer er selbst und seine Zionistenfreunde, ergriff er diese Gelegenheit, bootete Chamberlain aus und begann seinen Feldzug für einen totalen Krieg, mit dem Endziel die Amerikaner darin zu verwickeln.

Sein prahlerischer Wortschwall zu diesem Zeitpunkt im Rundfunk, »Wir werden kämpfen an den Buchten«, war, wie sich später herausstellte, Wort für Wort einer Rede entnommen, die Garibaldi in der Mitte des 19. Jahrhunderts hielt. Außerdem wurde diese Rundfunkansprache, wie sich ebenfalls viele Jahre später erwies, nicht einmal von Churchill selbst, sondern von dem Schauspieler Norman Shelley gehalten, der Churchills harsche Stimme nachahmte. Churchill selbst hatte sich in die relative Sicherheit auf dem Lande, weit von den Gefahren der deutschen Bomben begeben, wo er Pläne schmiedete, wie er Amerika noch einmal in einen europäischen Krieg hineinziehen könnte.

Churchills viele grauenhaften Taten

Als sich der Krieg weiterentwikkelte, vollbrachte Churchill einige schreckliche Taten, von denen viele erst Jahrzehnte später ans Tageslicht kamen. Als Frankreich, trotz Churchills bizarren Angebots einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft in dem Bemühen Frankreich am Kämpfen zu halten, fiel, und er glaubte, es bestünde eine Möglichkeit, daß die französische Flotte bei Toulon und Mars-el-Kebir in deutsche Hände fallen könnte, startete er einen hinterhältigen Angriff, versenkte die größten Schiffe und tötete Tausende von französischen Seeleuten.

1940 bedrohte er auch seinen einstigen Freund, den Herzog von Windsor, der sich in Portugal aufhielt und offen zum Frieden mit Deutschland aufrief, mit Kriegsgericht, falls er nicht unverzüglich den Posten des Gouverneurs der Bahamas annehmen würde, um den Herzog aus der Reichweite deutscher Abgesandter zu bringen.

Als Rudolf Heß, Stellvertreter Adolf Hitlers, dem der Gedanke das Herz zerriß, daß England und Deutschland sich zum Wohle der Feinde Europas gegenseitig vernichteten, 1941 in einer letzten verzweifelten Friedensmission nach Schottland flog, weigerte sich Churchill, ihn zu empfangen.

1941, zu einer kritischen Zeit für Europa, einer Stunde der Entscheidung für die westliche Zivilisation, zögerte er keinen Augenblick damit, Stalin und die roten Horden und die Kommunistische Internationale als Verbündete zu empfangen; aber seine größte Freude war es, als im Dezember 1941 die Vereinigten Staaten auch in den europäischen Konflikt hineingezogen wurden.

Er wußte damals, daß alle seine Bemühungen – kriminelle Handlungen wie die Fälschung der sogenannten Nazi-Karte von Südamerika, mit der angeblich deutsche Pläne für diesen Bereich enthüllt wurden, die die Vereinigten Staaten bedrohten – nicht ohne Erfolg geblieben waren.

Ein hinterlistiger, skrupelloser Tyrann

Im August 1941 traf er vor der Küste von Neufundland mit Roosevelt zusammen, um die sogenannte Atlantic Charter zu konzipieren, die wie Churchill hoffte, die Vereinigten Staaten noch enger an Großbritannien heranführen würde.

Solange er konnte, verbarg er Katastrophen und Niederlagen vor dem britischen Volk. Als zwei große britische Schlachtschiffe durch japanische Luftangriffe versenkt wurden, nachdem Chur-

chill sie ohne Deckung aus der Luft auf den Weg nach Singapur geschickt hatte und die gesamten Mannschaften umkamen, gab er diesen ungeheuren Verlust seinem Volk erst viel später bekannt.

Und man könnte noch viele andere Vorfälle von dreister Hinterlist aufzählen. Aber sein lärmendes diktatorisches Auftreten schüchterte die meisten seiner parlamentarischen Kritiker ein, und er konnte seinen Willen mehr oder weniger durchsetzen, wie er wollte. Als eines Tages auf dem Höhepunkt des Krieges Wladislaw Sikorski, der im Exil lebende polnische Oberkommandeur, zu ihm kam und sich bitterlich beklagte, weil ihm Beweise dafür vorlagen, daß die Sowjets Abertausende von polnischen Offizieren und hohen Beamten in den Wäldern bei Katyn ermordet hatten, zuckte Churchill lediglich die Schulter und sagte: »Wenn das wahr ist, dann gibt es nichts, was Sie in dieser Sache unternehmen können.«

Sikorski war nicht damit einverstanden und brach die Beziehungen zu den Sowjets ab. Später starb Sikorski durch einen mysteriösen Flugzeugabsturz. Es besteht ein begründeter Verdacht, daß Churchill ihn beseitigen ließ, weil er ihm bei seinen Beziehungen mit den Sowjets ein Hindernis war.

Zu einem anderen Zeitpunkt kam Churchill auf den Gedanken Milzbrandbomben auf deutsche landwirtschaftliche Gebiete abwerfen zu lassen, um in einem weiten Bereich Tod und Pest über Mensch und Tier zu säen, und er gab diesen Gedanken erst auf, als ihm von seinen Beratern klargemacht wurde, daß der Erfolg eines solchen Einsatzes nicht gewährleistet werden könne, und daß er die Weltmeinung noch mehr entfremden würde.

Churchills Holocaust gegen Dresden

Inzwischen hatte er es geschafft, eine ganze Insel in Schottland mit tödlichen Milzbrandkeimen zu infizieren, und erst in allerjüngster Zeit wurde die Insel Versuchen unterzogen, sie zu entseuchen. Milzbrandbomben wurden auf angebundene Schafe und Ziegen abgeworfen, um die Auswirkungen an diesen hilflosen Kreaturen, die die Zivilbevölkerung in Nordeuropa simulierten, zu erproben.
Andere Experimente zur Erzeugung von kleinen Feuerstürmen, wie sie später im Holocaust von Hamburg und Dresden zur Perfektion gebracht wurden, wurden auf den Feldern in der Nähe von Oxford unter der Leitung von Churchills technischen Beratern und Zionistenfreunden wie Solly Zuckerman durchgeführt.



Winston Churchill – hier mit seiner Frau Clementine – wollte Milzbrandbomben auf deutsche landwirtschaftliche Gebiete abwerfen.

Arthur Travers »Bomber« Harris schickte sich an, mit Churchills wissentlichem Gewährenlassen, Freund und Feind gleichermaßen mit wahllosen Bombenangriffen auf deutsche und andere europäische Städte zu vernichten. Churchill sorgte dafür, daß Harris und nicht er die Verantwortung für den Terrorangriff auf Dresden im Februar 1945 übernahm. Harris, der protestierte, er habe nur Befehlen gehorcht, war inzwischen entbehrlich geworden.



In Potsdamm konnten Winston Churchill (links) mit US-Präsidenten Truman (Mitte) und Josef Stalin die Zerschlagung Deutschlands besiegeln.

Als Churchill nicht mehr in Amt und Würden war, spielte er sich als Anwalt für ein vereintes Westeuropa auf. So wie die Jahre vergingen wurde er jedoch immer seniler.

Die Neubewertung der Geschichte

Wenn auch in immer kleiner werdender Anzahl, werden viele ältere Menschen, wenn sie Kritik an Churchill hören, sich entweder ohne Vorbehalte auf seine Seite stellen oder vielmehr erwidern: »Stimmt, aber was hätten wir ohne ihn machen sollen? Wo wären wir heute?«

Es ist eine traurige Sache dies eingestehen zu müssen, aber was so viele der älteren Engländer an Churchill liebten und bewunderten war sein angeborenes Philistertum, sein Fremdenhaß, sein Mangel an wirklicher innerer Kultur, sein Zynismus, seine Skrupellosigkeit, ja sogar seine Brutalität, seine Erbarmungslosigkeit, seine Heuchelei, sein hochtrabender, bombastischer und übertriebener Stil, und vor allem seine billige Sentimentalität, die ihn in die Lage versetzte, wenn er es wünschte, bei öffentlichen Anlässen die Menschen zum Weinen zu bringen oder zu Tränen zu rühren, ganz gleich ob es sich um Pokal-Endspiele, Feiern zum Gedenken an die Kriegstoten, Beerdigungen und ähnliches handelte.

Was waren seine guten Seiten? Sie sind schwer zu finden, praktisch nicht vorhanden. Es mangelte ihm völlig an Kreativität, an echter Empfindsamkeit. Sein angeborenes Zerstörertum verhinderte dies, und dies zeigte sich auch in der mittelmäßigen Qualität seiner Gemälde. Sein Leben war voller Geräusch und Wut und bedeutete nichts.

Die Neubewertung der Geschichte, die heute in Großbritannien langsam Formen annimmt, muß in ihrer Untersuchung von katastrophalen Gestalten wie Churchill gnadenlos sein. Das Blut und der Schweiß mögen der Vergangenheit angehören, aber die Tränen bleiben und die ewige Trauer über den Verlust von so vielem, was in Europa groß, edel und schön war. □

Vertrauliches

Nordkorea

Beunruhigt über das Schicksal des Kommunismus

»Die heutige internationale Lage ist sehr ernst und gefährlich«, warnten die scharf überwachten Medien des nordkoreanischen Diktators Kim Il-Sung. »Die Entwicklung der Gesamtsituation ist so, daß jetzt nicht die Zeit ist, sich von solchen Bemerkungen wie Entspannung oder Zusammenarbeit verlocken zu lassen.«

Etwa zur gleichen Zeit, wie der japanische Nachrichtendienst Kyodo berichtet, rief Nordkorea seine Abgesandten aus dem Ausland zu einer dringenden Sitzung zusammen, um die turbulente Situation in Osteuropa und der Sowjetunion zu besprechen. Nordkoreanische Botschafter in 30 Ländern, darunter Polen, Ungarn, Rotchina und die Sowjetunion, trafen sich mit der Kim-Il-Sung-Führung.

Abgeordnete des japanischen Landtags, die aus der Hauptstadt des Nordens, Pjöngjang, zurückkehrten, sind davon überzeugt, daß die nordkoreanische Führung, wie die Rotchinas, bis zum letzten Mann kämpfen wird, um irgendwelche Änderungen in ihren jeweiligen Diktaturen abzuwenden. In der japanischen Presse wird die Untersuchung der westlichen Medien, aus der hervorgeht, daß die kommunistischen Hardliner-Länder kurz vor dem Zusammenbruch stehen, in Frage gestellt.

Als Beweis gegen dieses »Isolationsthema« berichtet die japanische Tageszeitung »Yomiuri Shimbun« unter Berufung auf Geheimdienstkreise, Kim-Il-Sung habe seine Absicht bekannt gegeben, in nächster Zeit in die Sowjetunion zu reisen.

Sowjetische Experten in Europa meinten, der Grund dafür, daß die kommunistischen Länder der harten Linie, vor allem China, ihre Anti-Gorbatschow-Richtung beibehalten, sei in ihren Verbindungen zu der Hardliner-Partei in Moskau zu sehen, von der man erwarte, daß sie letztendlich Oberhand behalten wird. □

USA

Noriega hat Status eines Kriegsgefangenen

Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte sich damit einverstanden, General Manuel Noriega als Kriegsgefangenen zu behandeln. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß diese Bezeichnung seine strafrechtliche Verfolgung wegen der Anklage des illegalen Drogenhandels vor einem amerikanischen bürgerlichen Gericht nicht verhindern werde.

Noriegas Anwälte hatten darauf plädiert, daß Noriega zum Kriegsgefangenen erklärt und aus seiner Zelle in Miami in das Gewahrsam eines neutralen Landes gebracht werden sollte. Sie sagten, der Fall muß vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

In Papieren, die beim US-Bundesgericht in Miami hinterlegt wurden, stellten sich Anwälte des amerikanischen Justizministeriums gegen diesen Vorschlag und führten aus, daß die Genfer Konvention es zulasse, daß Kriegsgefangene wegen gewöhnlicher Straftaten belangt werden können, »vorausgesetzt, daß die gleichen Handlungen auch strafbar wären, wenn sie von einem Angehörigen der bewaffneten Streitkräfte der Gewahrsamsmacht begangen worden wären«.

Andere internationale Rechtsexperten bestreiten diese Auslegung. Der Forscher am Queens College der Cambridge University, Marc Weller, behauptete in einer Zuschrift in der britischen Zeitung »Independent«, daß Noriega »Anspruch auf die gleiche Behandlung habe, die die USA für ihren eigenen Stabschef wünschen würden, sollte er von einer fremden Macht gefangengenommen werden«.

Wenn die USA dies zurückweisen würden, schrieb Weller, dann würde dies jene Grundsätze des humanitären Gesetzes verwässern, auf die die Vereinigten Staaten sich selbst einmal verlassen müssen. »Angenommen zum Beispiel amerikanische Flieger würden nach einem Bombeneinsatz auf angebliche terroristische Ziele, sagen wir einmal in Libyen oder im Libanon abgeschossen. Wenn dann die Soldaten der Luftwaffe nicht durch die Genfer Grundsätze geschützt wären, könnten sie von den örtlichen Behörden vor Gericht und wegen gewöhnlicher Verbrechen wie Mord hingerichtet werden.« □

Tunesien

Seltsame politische Spiele

Ein seltsamer Prozeß steht in Tunesien zur Verhandlung an. Darin wird Ahmed Kedidi, ein ehemaliger tunesischer Parlamentarier, verwickelt sein, der von 1980 bis 1986 Mitglied des Zentralkomitees der herrschenden Dastour-Partei unter Präsident Habib Bourguiba war und der die Tageszeitung der Partei »Al Amal« leitete.

Beweise deuten auf die Tatsache hin, daß das Verfahren im November 1987 durch den Premierminister Hedi Bakoush als politische Vendetta in die Wege geleitet wurde wegen Kedidis engen Beziehungen zu dem ehemaligen Premierminister Mohammed M'Zali, der sich 1986 mit Präsident Bourguiba überworfen hatte. Sowohl Kedidi als auch M'Zali leben seitdem im Exil.

Zu den ersten Anklagepunkten gegen Kedidi gehörten Vorwürfe der Korruption und der widerrechtlichen Verwendung von Staatsbesitz. Sie wurden vom Magistrat verworfen; aber Bakoush ließ den Fall wieder aufnehmen.

1985 war Kedidi das Ziel einer Reihe von Briefbomben gewesen, während einer Welle des Terrors, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Tunesien und Libyen führte. Aus späteren Untersuchungen geht auch hervor, daß Netzwerke der tunesischen Fundamentalisten, die sowohl mit dem Iran als auch mit Libyen in Verbindung stehen, darin verwikkelt waren. Am 6. Juli 1986 gestand ein Fundamentalist, Jalal Jebali, ein, daß die Kampagne Teil eines Mordkomplotts gegen den damaligen Staatssekretär für Sicherheit Zin el Abidin Ben Ali, den heutigen Präsidenten, und Kedidi war.

Als Teil der zwischen Bakoush und den Fundamentalisten 1987 und 1988 über eine »nationale Versöhnung« geführten Verhandlungen verlangten die Fundamentalisten Kedidis Kopf. Bakoush wurde jedoch Ende 1989 selbst von Präsident Ben Ali entlassen, nachdem er seine Weigerung bekanntgab, die fundamentalistische Opposition zu legalisieren. □

Japan

Satelliten-Trio kommt in die Umlaufbahn der Erde

Japan feuerte am 7. Februar 1990 an Bord einer zweistufigen H-1-Rakete ein Satelliten-Trio in den Umlaufkreis der Erde. »Die Satelliten müssen alle in verschiedene Umlaufkreise gebracht werden, und daher ist das ziemlich schwierig«, sagte ein Beamter bei der staatlichen Raumfahrt-Entwicklungsbehörde in Japan.

Die Satelliten trennten sich und traten in verschiedene Umlaufbahnen ein, obwohl man noch dabei war, die Genauigkeit der Umlaufkreise zu überprüfen. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, China und die europäische Raumfahrt-Behörde haben schon früher Mehrfach-Satelliten von einer Rakete aus in die Umlaufbahn geschickt.

Der Marine Observation Satellite 1b (MOS-1b) ist Teil eines internationalen Netzes von Erdbeobachtungssatelliten und wird Temperaturen, Niederschlag und andere Merkmale der Ozeane und Festländer überwachen. Er wird die vom MOS-1, einem 1987 gestarteten Satelliten ähnlicher Bauart, der nächstes Jahr auslaufen soll, ausgesandten Daten ergänzen.

Ein zweiter Satellit, DEBUT, Abkürzung für Deployable Boohm and Umbrella Test (Test mit entfaltbarem Ausleger und

Schirm), ist darauf ausgelegt, die Fachkenntnisse zu vertiefen, die Japan benötigen wird, wenn es in den späteren neunziger Jahren an der amerikanischen Raumstation Freedom ein Modul anbringt. Es wird die Entfaltung eines Auslegers mit Halteseil in den Raum testen, der benutzt werden kann, um Versuchsplattformen von den Vibrationen und Magnetfeldern abzuhalten, die die Umgebung innerhalb eines Raumschiffes infizieren. Der dritte Satellit wird Satelliten-Verbindungen zu Funkamateuren in der ganzen Welt herstellen. □

Sri Lanka
Verurteilung von Amnesty International

»Amnesty International ist eine weitere terroristische Organisation. Sie können sagen, daß ich das gesagt habe«, äußerte Außenminister Ranjan Wijeratne auf einer Pressekonferenz.

Wijeratne nahm zu einer Erklärung des Oppositionsführers Sirimavo Bandaranaike Stellung, in der er die hilfeleistenden Staaten aufforderte, die Protokolle der Regierung über Menschenrechte und angebliche Auswaschung der Demokratie auf der Insel zu prüfen.

»Ich klage an, daß sich in Amnesty International terroristische Sympathisanten und Terroristen befinden«, sagte Wijeratne in bezug auf frühere Beschuldigungen der Organisation, die Colombo-Regierung habe die Menschenrechte verletzt.

»Amnesty International geht im Schafpelz einher und tut teuflische Dinge, um demokratische Regierungen zu destabilisieren«, stellt er fest. □

Angola
UNITA nicht für Ein-Parteien-Staat

Der angolanische Rebellenführer Jonas Savimbi sagt, es wäre für seine UNITA gleichbedeutend mit Selbstmord einen Ein-Parteien-Staat hinzunehmen, wie es von der marxistischen Regierung des Landes verlangt wird. »Er ist überholt, sogar für angolanische Verhältnisse«, meint er. »Wer wird heute in der Welt noch ein Ein-Parteien-System akzeptieren?«

Savimbi wies die von Präsident José Eduardo dos Santos gemachten Friedensvorschläge als Sophisterei, die den Friedensprozeß nicht voranbringe, zurück. Er war besonders zornig über dos Santos' Behauptung, unabhängige Verbände könnten unter der Ein-Parteien-Herrschaft der Popular Movement for the Liberation of Angola (PMLA) politische Freiheiten ausüben.

»Verbände, die von einer politischen Partei beherrscht werden, die nichts vertritt«, sagte er mit einem Lachen. »Das ist keine Demokratie. Ich kann das nicht hinnehmen. Man fordert keinen Mann auf Selbstmord zu begehen, um den Frieden zu gewinnen.« □

Südkorea
Das Land will sich selbst verteidigen

Der südkoreanische Präsident Noh Tae Woo, der hervorhob, daß die Zeit gekommen sei, daß das Land sich völlig selbst verteidigt, rief zur »Koreanisierung« der Verteidigung als Vorbereitung zum Abzug der US-Truppen aus.

»Wie wir an der teilweisen Umorganisierung der in Korea stationierten US-Streitkräfte gesehen haben, muß die Rolle der USA darauf beschränkt werden Hilfe zu gewähren, und wir sollten unser Land mit unserem eigenen Blut und Schweiß verteidigen«, sagte No Tae Woo während einer Lagebesprechung mit dem Verteidigungsminister Yi Sang Hun über das Verteidigungsprogramm für 1990.

Koreanische Regierungsbeamte behaupten, die USA könnten entweder 2000 bis 3000 Angehörige der zweiten Infantry Division abziehen oder die Anzahl der Division und der Zivilpersonen, die in Korea stationiert sind, bis Ende des laufenden Jahres verringern. □

Japan
Die Vorteile der Kernkraft

Das jährliche Weißbuch der japanischen Agentur für Wissenschaft und Technologie, das kürzlich vom japanischen Kabinett gebilligt wurde, hob die Vorteile der Kernkraft für die Umwelt hervor. Im Weißbuch wird vorgeschlagen, daß die industrialisierten Länder sich mehr auf Kernenergie verlassen sollten, um fossile Brennstoffe für die Entwicklungsländer und zukünftigen Generationen im Boden zu belassen.

Yukiko Araki, ein Vertreter der Agentur für Wissenschaft und Technologie, betonte, daß die Verwendung von Kernenergie eine »Schlüsselmaßnahme« zur Lösung der Probleme des sauren Regens und der globalen Erwärmung sei. □

Kolumbien
Todesdrohungen vom Drogen-Kartell

Der kolumbianische Politiker Maximiliano Londono, Generalsekretär der Andean Labor Party (PLAN) bekannte, er und seine Mitstreiter seien mit dem Tode bedroht worden. Die Andean Labor Party führt seit vielen Jahren eine Kampagne gegen die Drogenmafia und ihre »liberalen« Helfershelfer und rief zu einem ernsthaften Krieg gegen Drogen durch die Regierung auf. Sie unterstützte intensiv die Politik einer solchen Kriegsführung gegen den Drogen-Terrorismus.

Londono meinte: »Wir sind gegen den Vorschlag des Ex-Präsidenten Alfonso Lopez Michelsen, mit den illegalen Drogenhändlern einen Dialog zu führen; und in gleicher Weise sind wir gegen die Idee des Lieblings der Drogen-Lobby, Ernesto Samper Pizano, Drogen zu legalisieren.«

»Wir haben die Behörden über die erneute Bedrohung gegen Mitglieder der Andean Labor Party unterrichtet, und wir sind zuversichtlich, daß die Regierung dementsprechend handeln wird, um die Teilnahme unserer Bewegung an der künftigen Politik des Landes zu gewährleisten.« □

Population Council
Bevölkerungspolitik durch Tyrannei

Der in New York ansässige Population Council hat offen zugegeben, daß seine Politik zur Bevölkerungseinschränkung einer kommunistischen Tyrannei bedarf, um zu funktionieren.

Der Rat, der seit langem von McGeorge Bundy als Vertreter von amerikanischen und britischen Bankeliten geleitet wird, hat kürzlich mehrere Warnungen des Inhalts herausgegeben, daß eine Schwächung des Pekinger-Regimes sich für das Programm der Massensterilisation und Massenabtreibung als tödlich erweisen könnte.

In einer Abhandlung mit dem Titel »The Evolution of the One-Child-Policy in Shaanxi Province« (»Die Entwicklung der Ein-Kind-Politik in der Provinz Shaanxi«) beklagt sich die Forscherin des Rates, Susan Greehalgh, über die Schwierigkeit »eine schnelle Fruchtbarkeitsverringerung zu erzielen, wenn die Werte pronatalistisch (zur Bevölkerungsvermehrung tendierend) sind«.

»Zwangsmaßnahmen sind wahrscheinlich die einzigen verfügbaren Maßnahmen für Politiker, um dieses Ziel zu erreichen«, schreibt sie. »Die Wucht der Kampagne verringert sich, sobald sie sich zum politischen System herunter bewegt – je tiefer nach unten angelangt, desto schwächer werden die Vollstrekkungsmaßnahmen, je dünner die Hilfsmittel werden, um so größer ist die Identifizierung der Führungsschichten mit jenen, deren Fruchtbarkeit sie einschränken sollen.« □

Betr.: Revisionismus »Mein Leben als Revisionist«, Nr. 2/90

Ein Mitarbeiter von CODE hat Professor Dr. Ernst Nolte vom Fachbereich Geschichtswissenschaften Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin angeschrieben und erhielt von dem Historiker die folgende Antwort:

Ich bin wie Sie der Meinung, daß man historischen Untersuchungen oder auch Zweifeln nicht mit Verboten entgegentreten soll, und ich stimme der Auffassung zu, daß im Hinblick auf die »Endlösung der Judenfrage« mancherlei Widersprüche und Schwierigkeiten zu verzeichnen sind, so daß eine gewisse Bandbreite der Antworten beziehungsweise Lösungsversuche nicht nur tolerabel, sondern wünschenswert ist. Ich glaube aber nicht, daß solche Zweifel sich auf die Grundtatsache ausgedehnter Massenvernichtungen von Juden im Osten erstrecken dürfen, die durch zahllose Zeugnisse und Berichte gesichert ist und schon aus Äußerungen Hitlers und anderer führender Nationalsozialisten mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit abgeleitet werden kann.

Man könnte die Deutschen immer noch als ein »Volk von Massenmördern« bezeichnen, wenn nur zwei Millionen durch die Erschießungen der Einsatzgruppen und durch den Typhus in den Gettos umgekommen wären, und man kann diese Charakterisierung auch dann unzulässig finden, wenn tatsächlich sechs Millionen Menschen ermordet wurden, und zwar großenteils in Gaskammern.

Eine solche Kennzeichnung wäre nur dann keine »kollektivistische Schuldzuschreibung«, wenn Hilberg mit seiner These recht hätte, daß jeder Reichsbahn- und Polizeibeamte, der mit den Transporten und Deportationen in Berührung kam (und damit zahllose Familienangehörige und letzten Endes das ganze Volk) über die Gaskammern und Vernichtungslager informiert gewesen wäre.

Ich schreibe den »Revisionisten« einen Verdienst zu, sofern sie das Thema aus dem Bereich der bloßen Anklage herausbringen wollen, aber sie gehen meines Erachtens in die Irre, wenn sie nach dem Muster der »Kriegsdiskussion« der Jahre ab 1918 einen Kampf für die »nationale Ehre« oder ähnliches führen zu müssen glauben. Freilich ist es vermutlich noch nie so schwer gewesen, einen ganzen Bereich der Weltgeschichte »für die Wissenschaft« zu erschließen.

Professor Dr. Ernst Nolte, Berlin

*

Zum lesenswerten Beitrag von Professor Dr. Faurisson ist aus antizionistischer Sicht folgendes zu sagen: Es erscheint logisch, daß die 74.000 Toten, die Professor Dr. Faurisson erwähnt, an Seuchen gestorben sind.

Da es widersprüchliche Angaben zu dieser Sache gibt, soll hier aus fachlicher Sicht nicht kommentiert werden. Über die unfreiwilligen Enthüllungen über das Entstehen des Mythos möchte man als antizionistischer Jude, der in den dreißiger und vierziger Jahren nicht in Europa gelebt, nichts sagen. Es kann aber gesagt werden, daß eine französische – also europäische – antizionistische Zeitung am 29. Mai des Jahres 1981, also lange vor dem 6. Juni 1986 (Nolte-Artikel in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«: »Vergangenheit, die nie vergehen will«), eine Sache veröffentlichte, die damals für keinerlei Aufregung irgendwelcher Kreise sorgte. Sie soll hier zitiert werden: »On attribue à Staline une remarque cynique, mais étonnament exacte du point de vue psychologique: ›La mort d'un homme, c'est de la tragédie; la disparation de millions de gens, c'est de la statistique‹.

Aus berechtigten Gründen wird hier nur dieser kleine Teil zitiert, da gewisse Kreise sich auf den Schlips getreten fühlen würden.

Die Übersetzung lautet folgendermaßen:

Man weißt Stalin, folgende zynische, vom psychologischen Standpunkt aus jedoch erstaunlich zutreffende Bemerkung zu: ›Der Tod eines Menschen ist tragisch, der Tod von Millionen von Menschen ist reine Statistik‹.«

Es kann also festgestellt werden, nachdem wir unverdächtige Druckerzeugnisse konsultiert haben, daß es auch in dem prozionistischen Flügel der Juden angehörenden Gruppierungen Tote gegeben hat.

A. van Rosendahl, Visselhövede

Betr.: Leuchter-Gutachten »Landgericht entscheidet für Revisionisten«, Nr. 3/90

Der Angeschuldigte hat vor dem Landgericht Bielefeld obsiegt, die Beschlagnahme der Nr. 36 der »Historischen Tatsachen« ist aufgehoben. Damit könnte der Fall ad acta gelegt werden. Dennoch mögen einige Überlegungen hierzu erlaubt sein.

Das Gericht hat zwar die Erfüllung des Tatbestandes der Beleidigung verneint, aber dennoch die sogenannte »historisch gesicherte Wahrheit«, beziehungsweise die »geschichtlich erwiesenen Tatsachen« als »offenkundig« i.S. des § 244 StPO angesehen und das Leuchter-Gutachten als dieser Offenkundigkeit widersprechend keiner Würdigung unterzogen. Solange aber angeblich »geschichtlich erwiesene Tatsachen« als offenkundig und damit i.S. des § 244 StPO keines Beweises bedürfend, behandelt werden, ist der Sieg des Angeschuldigten in diesem Verfahren ein Pyrrhussieg und die Euphorie des Kommentators nur bedingt gerechtfertigt.

Das 21. Strafrechtsänderungsgesetz hat die Diskussion der »Wahrheit« in unbegreiflicher Weise beschnitten. Dabei ist es doch gerade die Wahrheit, die immer und immer wieder diskutiert werden müßte. Ob der römische Prokurator Pontius Pilatus ein Idiot war, weiß ich nicht. Immerhin ist seine Frage »Was ist Wahrheit?« (Johannes 18,38) in weiten Teilen bis heute nicht beantwortet.

Daß aber Heraklit kein Idiot war, dürfte unbestritten sein. Und der hatte schon 500 Jahre früher gedacht: »Durch ihre Unglaubhaftigkeit entzieht sich die Wahrheit dem Erkanntwerden.«

Und schließlich sei zur Abrundung auch noch Lichtenberg erwähnt, der richtig erkannt hatte: »Was jedermann für abgemacht hält, verdient am meisten untersucht zu werden.«

Um die Richtigkeit dieser alten Erkenntnisse zu belegen, brauchen wir nicht einmal Galilei zu bemühen, der eine »wissenschaftlich gesicherte Erkenntnis« wegwischte und deshalb einen dornenvollen Weg gehen mußte.

Gerade in unserer Zeit, wo gewissermaßen Schlag auf Schlag »wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse« hinweggefegt werden, wo gerade auch »historisch gesicherte Erkenntnisse« durch archäologische Funde, durch Archiv-Öffnungen oder durch welche Gründe auch immer über Nacht zu Makulatur werden, zeugt es von einer Überheblichkeit ohnegleichen von »historisch gesicherter Wahrheit« zu sprechen und dafür auch noch die Vorschrift des § 244 StPO zu mißbrauchen.

Wenn es uns also wohl anstände, in aller Bescheidenheit die »Wahrheit« immer wieder von neuem zu erforschen, dann gilt das vor allem und ganz besonders für die politisch beeinflußten »geschichtlich erwiesenen Tatsachen«. Dann gilt das vor allem und ganz besonders auch in einer Zeit, in der doch auch die Kriegspropaganda unserer einstigen Gegner wohl noch unser Geschichtsbild beeinflußt. Daß dies absolut nicht aus der Luft gegriffen ist, dafür sei ein unbestritten integrer Mann, nämlich Professor Friedrich Grimm als Zeuge angerufen. Er spricht in seinen Büchern »Mit offenem Visier« und »Politische Justiz« von der verheerenden Wirkung der Propaganda, die es auch den gutgesinnten Menschen so schwer mache, die wirklichen Vorgänge des Zeitgeschehens zu erkennen und zu beurteilen und dem 1945 ein französischer Major von der Spionageabwehr erklärte, daß man auch nach dem gewonnenen Krieg die Greuelpropaganda fortsetzen und sogar noch steigern werde, bis in der Welt der letzte Funke der Sympathie für Deutschland ausgelöscht sein werde. Daß dies durchaus auch heute noch so sein kann, dafür sprechen – um nur ein Beispiel zu nennen – die antideutschen Filme unserer amerikanischen Freunde.

Es wäre gar nicht auszudenken, wenn das alles auch auf Auschwitz zuträfe.

Wenn der Insider Janusz Patek recht hätte (Warum sollte ein Pole in dieser Frage lügen?)–

Wenn der Gutachter Alfred Leuchter recht hätte (Warum sollte ein Amerikaner ein falsches Gutachten erstellen?)–

Verdient nicht gerade das »am meisten untersucht zu werden«?

Wenn wir also die Erkenntnisse so gescheiter Leute wie Heraklit und Lichtenberg nicht widerlegen können und wir uns auch nach 2000 Jahren mit Pontius Pilatus immer noch fragen müssen: »Was ist Wahrheit?«, dann ist es anmaßend, durch die Anwendung des § 244 StPO auf »geschichtlich erwiesene Tatsachen«, die Wahrheitssuche zu umgehen.

Was spricht eigentlich dagegen, das Leuchter-Gutachten durch einen entsprechenden Einsatz von Richtern und Gutachtern (Historiker, Chemiker, Physiker) entweder zu bestätigen oder zu widerlegen? Warum darf diese brennende Frage nicht endlich so oder so geklärt werden?

Ich meine, die Welt habe ein Recht darauf. Ich meine, insbesondere wir Deutschen haben ein Recht darauf.

Gunther Hartmetz, Passau

Betr.: Deutschland »Frankreich und die deutsche Einheit«, Nr. 3/90

Wenn man die Einstellung Frankreichs und Englands zur bevorstehenden deutschen Einheit betrachtet, fühlt man sich an die Zeiten vor 1914 und 1939 erinnert.

Schon 1898 wünschte sich der französische Außenminister Delcassé einen Bund Frankreich, England und Rußland gegen Deutschland.

Die englische Zeitung »Saturday Review« hetzte schon ab 1895 laufend gegen Deutschland und versäumte nicht, immer darauf hinzuweisen, »Deutschland müsse vernichtet werden!«

Vor 1939 hetzte Winston Churchill, »Deutschland werde zu stark, es müsse vernichtet werden!«

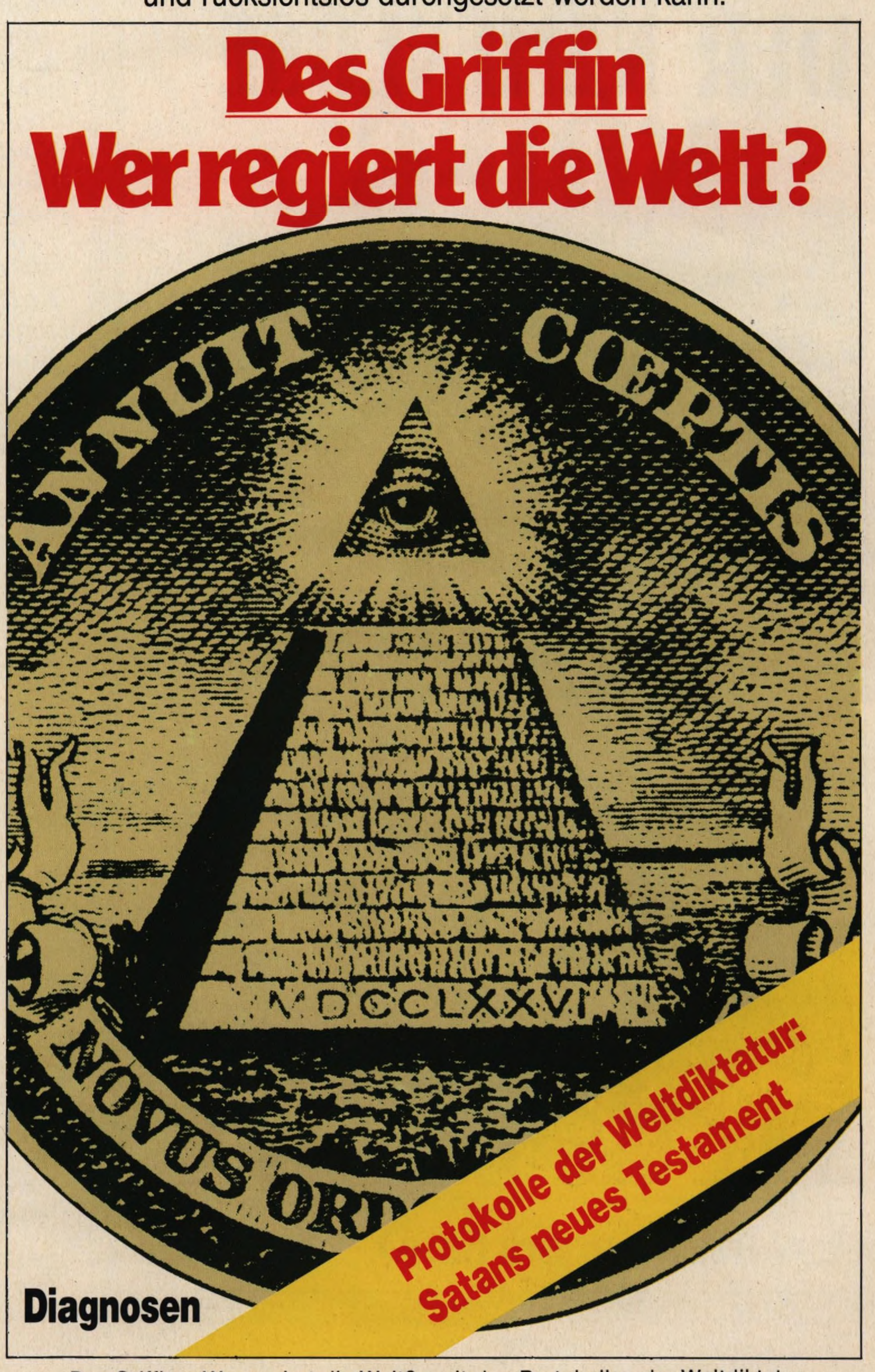
Nun hört man wieder die gleichen Töne, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zu stark sei.

Diese Vorbehalte Frankreichs und Englands sind scheinheilig, von Neid geprägt und unrealistisch. Ein schwaches Deutschland wäre niemals in der Lage, die Lasten zu tragen, die man ihm aufgebürdet hat. Was können wir Deutschen eigentlich dafür, daß wir fleißiger und tüchtiger als die anderen sind? Es hindert die anderen doch niemand daran, es uns gleich zu tun.

Schon der britische Außenminister und spätere Premierminister Earl of Balfour sagte 1910, daß es um die britische Vorherrschaft in Europa ginge, und daß ein Krieg gegen Deutschland einfacher wäre, als härter zu arbeiten und den Lebensstandard senken zu müssen.

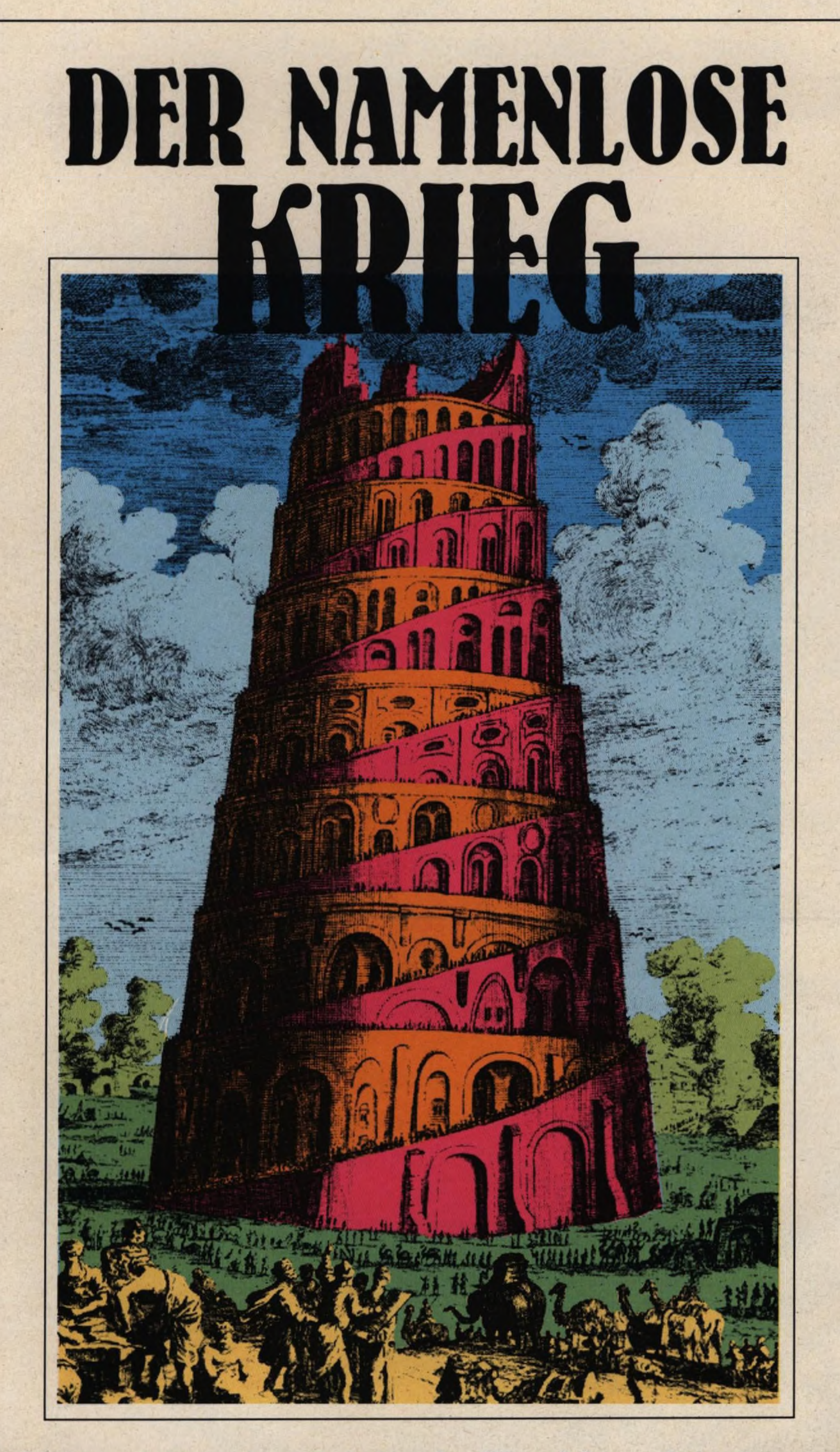
Werner Käuflin, Wutöschingen

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 22,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel

Die umfassende Dokumentation über Hintergründe zur Geschichte von Krieg und Revolutionen. Die Autoren haben sich eingehend mit dem internationalistischen Netzwerk beschäftigt, das die Welt regiert.



Archibald Maule Ramsay »Der namenlose Krieg«
Adolf Rossberg »Der Orden des Herrn Weishaupt«
Karl Heise »Okkultes Logentum«
Leon de Poncins »Hinter den Kulissen der Revolution«
Konrad Lerich »Der Tempel der Freimaurer«
Im Anhang: Die Konstitution »Alter und Angenommener Schottischer Ritus«

»Der namenlose Krieg«, 448 Seiten mit 84 Abbildungen
DM/Sfr 36,–
ISBN 3-923864-04-3
Verlag Diagnosen
D-7250 Leonberg
Zu beziehen über den Buchhandel